

4. Sitzung

Potsdam, Mittwoch, 11. Dezember 2019

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen der Präsidentin	4	Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
1. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg und Aussprache.....	5	<u>Drucksache 7/123</u>	
Ministerpräsident Dr. Woidke	5	<u>2. Lesung</u>	
Herr Abg. Kalbitz (AfD).....	13	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen	
Herr Abg. Stohn (SPD).....	18	<u>Drucksache 7/296</u>	
Herr Abg. Walter (DIE LINKE).....	22	Herr Abg. Vogelsänger (SPD)	41
Herr Abg. Dr. Redmann (CDU).....	28	Herr Abg. Galau (AfD)	41
Herr Abg. Vida (BVB/FW).....	32	Herr Abg. Bretz (CDU)	42
Herr Abg. Raschke (B90/GRÜNE)	36	Herr Abg. Kretschmer (DIE LINKE)	43
2. Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens "Zukunftsinvestitionsfonds des Landes Brandenburg" (Zukunftsinvestitionsfonds-Errichtungsgesetz - ZifoG)	40	Herr Abg. von Gifycki (B90/GRÜNE)	44
Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Herr Abg. Dr. Zeschmann (BVB/FW).....	46
<u>Drucksache 7/120</u>		Ministerin der Finanzen und für Europa Lange	47
<u>2. Lesung</u>		Herr Abg. Walter (DIE LINKE) - Kurzintervention.....	48
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Herr Abg. Bretz (CDU)	48
<u>Drucksache 7/295</u>		3. Straßenerschließungsbeiträge landesrechtlich regeln und abschaffen	49
in Verbindung damit:		Antrag der AfD-Fraktion	
Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2019 - NTHG 2019)		<u>Drucksache 7/149</u>	
		Herr Abg. Freiherr von Lützow (AfD)	49
		Herr Abg. Noack (SPD)	50
		Frau Abg. Johlige (DIE LINKE).....	50
		Herr Abg. Schaller (CDU)	50
		Herr Abg. Vida (BVB/FW).....	51
		Herr Abg. Klemp (B90/GRÜNE)	52

	Seite		Seite
Minister für Infrastruktur und Landesplanung Beermann.....	52	7. Gesetz zur Aufhebung des Parité-Gesetzes (Drittes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Landeswahlgesetzes)	65
Herr Abg. Freiherr von Lützow (AfD)	53		
4. „Das Haus brennt - und Sie sperren die Feuerwehr aus!“ - Zivilgesellschaftliches Engagement muss in Brandenburg und Deutschland gemeinnützig sein!	53		
Antrag der Fraktion DIE LINKE			
<u>Drucksache 7/266</u>			
Frau Abg. Block (DIE LINKE)	53		
Herr Abg. Adler (SPD).....	55		
Frau Abg. Duggen (AfD)	56		
Herr Abg. Walter (DIE LINKE) - Kurzintervention	56		
Frau Abg. Duggen (AfD)	56		
Herr Abg. Lakenmacher (CDU)	57		
Herr Abg. Vida (BVB/FW).....	58		
Frau Abg. Schäffer (B90/GRÜNE).....	59		
Ministerin der Finanzen und für Europa Lange	59		
Frau Abg. Block (DIE LINKE)	60		
5. Fünftes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften.....	60		
Gesetzentwurf der Präsidentin			
<u>Drucksache 7/247</u>			
1. Lesung			
6. Erstes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes	61		
Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE			
<u>Drucksache 7/232</u>			
1. Lesung			
Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE			
<u>Drucksache 7/235</u>			
Herr Abg. Domres (DIE LINKE).....	61		
Herr Abg. Roick (SPD).....	62		
Herr Abg. Drenske (AfD)	62		
Herr Abg. Senftleben (CDU).....	63		
Frau Abg. Wernicke (BVB/FW).....	64		
Frau Abg. Hiekel (B90/GRÜNE).....	64		
Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz Vogel	65		
Gesetzentwurf der AfD-Fraktion			
<u>Drucksache 7/239 (Neudruck)</u>			
Frau Abg. Bessin (AfD)	66		
Frau Abg. Gossmann-Reetz (SPD)	66		
Frau Abg. Johlige (DIE LINKE).....	67		
Frau Abg. Augustin (CDU).....	68		
Frau Abg. Wernicke (BVB/FW).....	69		
Frau Abg. Damus (B90/GRÜNE).....	70		
Minister des Innern und für Kommunales Stübgen	70		
Frau Abg. Bessin (AfD)	71		
8. Landesaufnahmeprogramm für syrische Geflüchtete verlängern und ausweiten!.....	73		
Antrag der Fraktion DIE LINKE			
<u>Drucksache 7/78</u>			
Frau Abg. Johlige (DIE LINKE).....	73		
Frau Abg. Gossmann-Reetz (SPD)	74		
Herr Abg. Dr. Berndt (AfD)	75		
Frau Abg. Richstein (CDU).....	76		
Herr Abg. Vida (BVB/FW).....	76		
Frau Abg. Schäffer (B90/GRÜNE).....	77		
Minister des Innern und für Kommunales Stübgen	78		
Herr Abg. Büttner (DIE LINKE)	79		
9. Für den Wald der Zukunft: Brandenburger Waldgipfel einberufen	81		
Antrag der Fraktion DIE LINKE			
<u>Drucksache 7/147</u>			
Entschließungsantrag der AfD-Fraktion			
<u>Drucksache 7/314</u>			
Entschließungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN			
<u>Drucksache 7/324</u>			
Herr Abg. Domres (DIE LINKE)	82		
Herr Abg. Roick (SPD)	83		
Frau Abg. Muxel (AfD).....	84		
Herr Abg. Senftleben (CDU)	84		
Frau Abg. Wernicke (BVB/FW).....	85		
Frau Abg. Hiekel (B90/GRÜNE)	86		
Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz Vogel.....	87		

Seite

10. Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums 88

Antrag mit Wahlvorschlag
der SPD-Fraktion

[Drucksache 7/278](#)

Anlagen

Gefasste Beschlüsse..... 89

Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen..... 90

Zu TOP 4:

Namentliche Abstimmung zu:..... 90

- „Das Haus brennt - und Sie sperren die Feuerwehr aus!“ - Zivilgesellschaftliches Engagement muss in Brandenburg und Deutschland gemeinnützig sein! - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drucksache 7/266 vom 03.12.2019

Zu TOP 7:

Namentliche Abstimmung zu:..... 91

- Gesetz zur Aufhebung des Parité-Gesetzes (Drittes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Landeswahlgesetzes) - Gesetzentwurf der AfD-Fraktion - Drucksache 7/239 (Neudruck) vom 28.11.2019

Anwesenheitsliste 92

Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind von der Rednerin oder vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).

Beginn der Sitzung: 10.01Uhr

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie herzlich zur 4. Sitzung des Landtages Brandenburg. Am heutigen Morgen darf ich unter den Gästen auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler des Fläming-Gymnasiums Bad Belzig sowie Schülerinnen und Schüler der Käthe-Kollwitz-Oberschule Potsdam begrüßen. Seien Sie uns herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Ebenso begrüße ich die Zuschauer außerhalb des Saals, die unsere Plenarsitzung mitverfolgen.

Der Abgeordnete Lüttmann kann krankheitsbedingt heute leider nicht an unserer Sitzung teilnehmen. Deshalb gestatte ich mir, ihm von hier aus - auch über die Medien - alles Gute zum Geburtstag zu wünschen, vor allen Dingen viel Gesundheit.

(Allgemeiner Beifall)

Wir haben in den letzten Wochen viele Strukturen in unserem Landtag bestimmt, und ich möchte vor Eintritt in die Tagesordnung einige Bemerkungen dazu machen: Ich informiere Sie darüber, dass Herr Rainer Genilke mit Ablauf des 20. November 2019 auf sein Mandat im Landtag Brandenburg verzichtet hat und gemäß Mitteilung des Landeswahlleiters Frau Nicole Walter-Mundt seit dem 25. November 2019 Mitglied des Landtags Brandenburg ist. Sie gehört der CDU an.

(Allgemeiner Beifall)

Frau Ursula Nonnemacher hat mit Ablauf des 2. Dezember 2019 auf ihr Mandat im Landtag Brandenburg verzichtet. Gemäß Mitteilung des Landeswahlleiters gehört Frau Carla Kniestedt seit dem 3. Dezember 2019 dem Landtag Brandenburg an und ist Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Allgemeiner Beifall)

Des Weiteren hat Herr Abgeordneter Axel Vogel am 10. Dezember 2019 zur Niederschrift der Präsidentin des Landtags erklärt, dass er mit Ablauf des 31. Dezember 2019 auf sein Mandat im Landtag Brandenburg verzichtet.

Meine Damen und Herren, ich informiere Sie darüber, dass die SPD-Fraktion am 21. November 2019 Herrn Abgeordneten Erik Stohn zu ihrem Fraktionsvorsitzenden und Herrn Abgeordneten Daniel Keller zum Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt hat.

(Allgemeiner Beifall)

Zu Stellvertreterinnen und Stellvertretern wurden die Damen und Herren Abgeordneten Inka Gossmann-Reetz, Katja Poschmann, Helmut Barthel, Björn Lüttmann und Wolfgang Roick gewählt.

(Allgemeiner Beifall)

Die CDU-Fraktion hat am 27. November 2019 Herrn Abgeordneten Steeven Bretz zum Parlamentarischen Geschäftsführer sowie Herrn Danny Eichelbaum zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt.

(Allgemeiner Beifall)

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat am 26. November 2019 Frau Abgeordnete Petra Budke und Herrn Abgeordneten Benjamin Raschke zu Fraktionsvorsitzenden sowie Frau Abgeordnete Sahra Damus zur Parlamentarischen Geschäftsführerin gewählt.

(Allgemeiner Beifall)

Die Fraktion DIE LINKE hat am 27. November 2019 Frau Abgeordnete Kathrin Dannenberg und Herrn Abgeordneten Sebastian Walter zu Fraktionsvorsitzenden, Frau Abgeordnete Marlen Block zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden sowie Herrn Abgeordneten Thomas Domres zum Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt.

(Allgemeiner Beifall)

Es ist meine Pflicht, Sie auch über die Konstituierung der folgenden Ausschüsse des Landtags Brandenburg und die erfolgten Wahlen zu informieren:

Der Hauptausschuss tagte am 04.12.2019 und hat den Abgeordneten Erik Stohn zum Vorsitzenden gewählt.

Der Petitionsausschuss - Tagung am 10.12.2019 - hat die Abgeordnete Carla Kniestedt zur Vorsitzenden gewählt, zur stellvertretenden Vorsitzenden Frau Abgeordnete Bettina Fortunato.

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales hat am 10.12.2019 getagt und zum Vorsitzenden Herrn Abgeordneten Andreas Büttner gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Abgeordneten Björn Lakenmacher.

Der Rechtsausschuss hat am 05.12.2019 getagt und zu seiner Vorsitzenden Frau Abgeordnete Tina Fischer gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Abgeordneten Danny Eichelbaum.

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport hat am 05.12.2019 getagt und zu seiner Vorsitzenden Frau Abgeordnete Kristy Augustin gewählt, zur Stellvertreterin Frau Abgeordnete Katja Poschmann.

Der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur hat am 04.12.2019 getagt und zum stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Abgeordneten Ludwig Scheetz gewählt.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz hat am 04.12.2019 getagt und zum Vorsitzenden Herrn Abgeordneten Björn Lüttmann gewählt, zum Stellvertreter Herrn Abgeordneten Ronny Kretschmer.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Energie hat am 04.12.2019 getagt und zum Vorsitzenden Herrn Abgeordneten Frank Bommert gewählt, zum Stellvertreter Herrn Steffen Kubitzki.

Der Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz hat am 04.12.2019 getagt und zum Vorsitzenden Herrn Abgeordneten Wolfgang Roick gewählt, zum Stellvertreter Herrn Abgeordneten Lars Hünich.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung hat am 05.12.2019 getagt und zum Vorsitzenden Herrn Abgeordneten Daniel Münschke gewählt, zum Stellvertreter Herrn Abgeordneten Clemens Rostock.

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle hat am 03.12.2019 getagt und zum Vorsitzenden Herrn Dr. Philip Zeschmann gewählt, zum Stellvertreter Herrn Thomas von Gifycki.

Der Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik hat am 05.12.2019 getagt und zum Vorsitzenden Herrn Abgeordneten Christian Görke gewählt, zum Stellvertreter Herrn Abgeordneten Matthias Stefke.

Der Wahlprüfungsausschuss hat am 26.11.2019 getagt und zum Vorsitzenden Herrn Lars Hünich gewählt, zur Stellvertreterin Frau Abgeordnete Tina Fischer.

Der Sonderausschuss BER hat am 28.11.2019 getagt und zum Vorsitzenden Herrn Abgeordneten Thomas von Gifycki gewählt, zum Stellvertreter Herrn Abgeordneten Steffen Kubitzki.

Meine Damen und Herren, gibt es von Ihrer Seite Bemerkungen zum Entwurf der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Tagesordnung abstimmen. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

Für den heutigen Sitzungstag haben die Herren Abgeordneten John, Hanko, Hohloch, Lüttmann, Rostock und Wiese ganztägige bzw. partielle Abwesenheit gemeldet.

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf.

TOP 1: Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg und Aussprache

Ich darf Herrn Ministerpräsidenten Dr. Dietmar Woidke ans Pult bitten.

Ministerpräsident Dr. Woidke:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Liebe Gäste!

Am 19. November 2019 hat die Brandenburg-Koalition ihren Koalitionsvertrag unterschrieben, und diese Koalition hat ein Ziel: Brandenburg zur Gewinnerregion im 21. Jahrhundert zu machen. Das ist der Anspruch, den wir haben, und das ist der Anspruch, den ich habe. Wir haben einen Koalitionsvertrag mit vielen wichtigen Punkten ausgehandelt, und wir werden den Weg für Brandenburg weitergehen, den Weg des Erfolgs und der Zuversicht.

Die Geschichte unseres Landes, die Gespräche mit den Menschen und die Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen haben mich darin bestärkt: Mut, Zuversicht und Vertrauen sind wertvolle Rohstoffe; sie sind vielleicht die wertvollsten Rohstoffe, die wir überhaupt haben. Wenn man auf ihnen herumtramp-

pelt oder zulässt, dass andere sie vergiften, gehen sie kaputt, sie stehen nicht mehr zur Verfügung. Wenn man sie aber ausstellt, hegt und pflegt, wachsen und gedeihen sie. Bei uns in Brandenburg, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir diese kostbaren Rohstoffe.

Besonders gut gedeihen sie dort, wo sich beispielsweise stinknormale Superhelden und Superheldinnen um sie kümmern - wie in Rathenow. Ich durfte diese Heldentruppe vor Kurzem kennenlernen. Sie arbeitet seit sieben Jahren ehrenamtlich mit großem Spaß und Riesenerfolg für eine bessere Welt vor ihrer Haustür, aber auch für eine bessere Welt in ihrer Nachbarschaft.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Oder nehmen Sie Coconat aus dem Fläming: Landeroberer im besten Sinne. Sie errangen für ihr zukunftsgewandtes Konzept gerade den ersten Platz beim Deutschen Tourismuspreis. Glückwunsch und Dank allen Gewinnern und den vielen Alltagshelden, die wir in Brandenburg haben! Menschen, die nicht nur Mut, Zuversicht und Vertrauen ausstrahlen, sondern die Regionen wachsen lassen.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Sie alle sagen nicht „Man müsste mal“ oder „Jemand müsste mal“, sondern diese Menschen sagen: „Wir machen mal!“ Da gilt auch unser Slogan - das merkt man sehr schnell -: „Brandenburg. Es kann so einfach sein“. - Sie alle haben uns darin bestärkt, Neues zu wagen und uns auch in dieser neuen Koalition große Ziele zu setzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Wort „Gewinnerregion“ bringt diese Ziele gut auf den Punkt: Wir wollen, dass Brandenburg als Land gewinnt; wir wollen, dass alle Menschen in unserem Land gewinnen: an Zusammenhalt, an Sicherheit, an Nachhaltigkeit, kurz gesagt: gewinnen an Lebensqualität und an Zukunft.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Dafür haben wir den Koalitionsvertrag ausgehandelt, der jetzt der Rahmen für die neue Brandenburger Regierung ist.

Wer im 21. Jahrhundert zu den Gewinnern gehören will, braucht gute Partner. Brandenburg wird in Deutschland und Europa nur dann zu den Gewinnerregionen gehören, wenn wir mit Berlin, aber auch mit unseren Nachbarn in Polen und allen anderen gut zusammenarbeiten. Gewinnen werden wir nur gemeinsam. Gewinnen werden wir nur mit Weltoffenheit und Toleranz, mit Zusammenarbeit und Austausch, mit Mut und Lust auf Neues.

Wir haben drei Jahrzehnte großer Veränderungen hinter uns. Dabei ist viel Gutes entstanden, vieles entstanden, auf das wir heute zu Recht stolz sein können. Wir leben in einer stabilen Demokratie, wir genießen Freiheitsrechte. Wir sind deutlich vorangekommen, was den Arbeitsmarkt angeht. Große, auch internationale, Unternehmen haben bei uns investiert. Moderne Wohnungen wurden gebaut, Straßen und Schiene wurden ausgebaut. Und unsere Luft, unsere Seen und Flüsse sind sauberer geworden.

Aber in diesen drei Jahrzehnten gab es auch Brüche im Leben vieler Menschen. Auch deshalb sind viele der Veränderungen

müde. Sie sind skeptisch, wenn wir ihnen sagen: Das Neue bietet auch viele Chancen. - Gerade in der Lausitz, der Herzkammer unserer Industrie, ist diese Skepsis mit Händen zu greifen. Das kann ich gut verstehen, denn die Erfahrungen vieler Ostdeutscher mit dem Wandel in den vergangenen 30 Jahren sind eben auch zwiespältig. Das gehört zur Wahrheit und das müssen wir auch im Blick haben, wenn wir über Veränderungen sprechen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir werden unser Land mit allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern voranbringen. Wir wollen für alle Heimat sein und wollen für alle Zukunft gestalten. Wir wollen gemeinsam anpacken und füreinander einstehen. Deshalb hat Brandenburg auch für das Jahr seiner Bundesratspräsidentschaft das Motto „Wir miteinander“ gewählt. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir Zukunft und Heimat schaffen, wenn wir miteinander dafür arbeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Fundament für ein Brandenburg, das Fundament für Zusammenhalt, Sicherheit und Nachhaltigkeit ist lange gelegt. Die Brandenburger haben seit 1989 eine große Aufbauleistung vollbracht. Uns ist viel gelungen - darauf sind wir zu Recht stolz. Es gibt nicht den geringsten Grund, unser Brandenburger Licht unter den Scheffel zu stellen.

Wir können Mut, Zuversicht und Vertrauen aus dem schöpfen, was wir beim schwierigen Übergang von der Diktatur zur Demokratie, von der sozialistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft erreicht haben - trotz mancher Rück- und auch mancher Fehlschläge, trotz Enttäuschungen und Kränkungen.

Wir können stolz darauf sein, wie wir durch die schweren Wasser der 90er-Jahre und auch rund um die Jahrtausendwende gekommen sind. Ich erinnere an die mancherorts extrem hohe Arbeitslosigkeit, an weggefallene Sicherheiten, weggezogene Familienmitglieder oder die Umstellung der Sozialsysteme, an die Veränderungen durch Digitalisierung und Globalisierung. Das alles hat den Menschen auch in unserem Land viel abverlangt.

Brandenburg steht heute besser da denn je. Wir haben die geringste Arbeitslosigkeit seit 1990, eine leistungsfähige und regional verankerte Wissenschafts- und Forschungslandschaft, starke kleine und mittelständische Unternehmen; einige davon sind Weltmarktführer. Wir sind deutschlandweit führend bei der Erzeugung erneuerbarer Energien, und wir wollen und werden es auch bleiben. Auch beim Ökolandbau liegen wir vorn. Das sind viele gute Gründe, unser neues Ziel mutig anzusteuern: Gewinnerregion Brandenburg im 21. Jahrhundert.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Umsetzung des vorliegenden Koalitionsvertrags werden wir dieses Ziel erreichen. Auf diesem Weg haben wir bereits mit der Umsetzung konkreter Maßnahmen begonnen. Dazu gehört der Zukunftsinvestitionsfonds im Umfang von 1 Milliarde Euro. Er soll nachhaltiges Wirtschaften und zusätzliche Investitionen sicherstellen, zum Beispiel durch ein Folgeprogramm für das erfolgreiche Kommunale Investitionsprogramm - gewissermaßen ein KIP 2 - , durch den Bahnanschluss des PCK Schwedt an die künftig ausgebauten Strecke Berlin-Stettin oder durch die Kofinanzierung von Bundesmitteln im Rahmen des Schienenprogramms i2030.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Zukunftsinvestitionsfonds ist eben kein Widerspruch zu einer soliden und nachhaltigen Finanzpolitik. Er ergänzt sie, er erweitert unsere Möglichkeiten. Der Zukunftsinvestitionsfonds macht unser Land zukunftsfähig. Er ist außerdem generationengerecht, denn er legt gerade für kommende Generationen den Grundstein für die Zukunft.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Es gibt eine Menge Gründe dafür, dass wir uns in der Koalition für diesen Fonds entschieden haben. Wir brauchen schnellere Verbesserungen bei der Infrastruktur, bei der Digitalisierung oder beim Klimaschutz und in vielen weiteren Handlungsfeldern.

Erstens erwarten die Menschen zu Recht, dass wir Funklöcher schließen, den öffentlichen Nahverkehr stärken, die ärztliche Versorgung und die Pflege vor allem im ländlichen Raum verbessern, bezahlbaren Wohnraum schaffen und anderes mehr und dass wir natürlich genauso für Energiesicherheit sorgen wie für den Klimaschutz eintreten.

Zweitens müssen wir Brandenburg als Wirtschafts-, Energie-, Wissenschaftsstandort stärken, damit unsere Potenziale noch besser ausgeschöpft werden können und Brandenburg für junge Menschen noch attraktiver wird, für Fachkräfte und Investoren, für Gründungswillige und Kulturschaffende, für Erholungssuchende und vor allem natürlich für die zweieinhalb Millionen Menschen in unserem Land.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Brandenburg ist ein Flächenland. Das stellt uns vor Herausforderungen, bietet aber auch große Möglichkeiten. Wir werden alle Regionen in gleichem Maße stärken und lebenswert gestalten. Das ist unser Ziel; denn Brandenburg lebt auch und besonders von der Vielfalt seiner Landesteile.

Die Landesregierung wird eine ganzheitliche strategische Regional- und Landesentwicklung für ganz Brandenburg verfolgen. Wir stehen für den regionalen Zusammenhalt und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse überall in unserem Land.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Brandenburg und Berlin bilden gemeinsam die Hauptstadtregion. Sie ist einmalig und ein Riesenvorteil für beide Länder. Berlin im Herzen Brandenburgs - das ist nicht nur ein benachbartes Bundesland, Berlin ist unser geborener Partner. Die Menschen in Brandenburg und Berlin leben die Hauptstadtregion schon längst - weit über den sogenannten Speckgürtel hinaus. Wir werden die Zusammenarbeit mit der Hauptstadtreigon vertiefen und unsere wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potenziale, aber auch die kommunale Familie noch besser einbeziehen.

Die Kooperation mit Berlin wird noch erfolgreicher, wenn neben den Regierungen auch die Parlamente und die direkt benachbarten kommunalen Ebenen intensiver zusammenarbeiten. Deshalb freue ich mich sehr, dass unser Vorschlag für einen gemeinsamen Parlamentsausschuss in Berlin positiv aufgenommen worden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Umsetzung unserer Regionalstrategie werden wir zusätzlich zum Lausitzkoordinator Regionalkoordinatoren für alle Planungsregionen

einsetzen, und wir wollen das Konzept der Regionalen Wachstumskerne zu innovativen Wachstumskorridoren entlang der zentralen Verkehrsachsen weiterentwickeln.

Wir werden gemeinsam mit den politischen Akteuren prüfen, inwieweit Standortverlagerungen von Behörden oder Behörden(teile) der Landesverwaltung sinnvoll, effizient und machbar sind. Die Ministerien werden in Potsdam verbleiben. Aber Außenstellen oder Stabsstellen werden wir - wie schon bisher - einrichten.

Der Ausbau der Infrastrukturen von und nach Berlin sowie in den berlinerfernen Regionen bleibt vordringlich. Dieser Ausbau ist so wichtig wie langwierig. Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern zu lange. Wir werden deshalb alles unterstützen, vor allem auf der Bundesebene, was diese Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt. Denn die Dauer von Planung und Genehmigung wird der Dynamik unserer Region längst nicht mehr gerecht; deswegen muss daran gearbeitet werden.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Wir werden zusammen mit Berlin das Infrastrukturprojekt i2030 voranbringen, die S-Bahnverlängerung nach Rangsdorf und Velten genauso wie die Heidekrautbahn. Langfristig brauchen wir den 10-Minuten-Takt für die S-Bahn in Brandenburg und im ganzen Land werktags mindestens einen Stundentakt im Regionalverkehr, auf manchen Abschnitten auch einen 20-Minuten-Takt.

(Beifall SPD und B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)

Die weltweit beachtete Investitionsentscheidung von Tesla zeigt, was uns gelingen kann, wenn wir die Standortvorteile Brandenburgs und Berlins klug gemeinsam nutzen. Sie zeigt auch, wie stark wir sind, wenn vertrauensvoll und seriös verhandelt wird. Ich danke deshalb allen, die in den letzten Monaten intensiv und in großen Teilen auch sehr verschwiegen dafür gearbeitet haben.

(Zuruf sowie vereinzelt Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind zuversichtlich, dass der BER am 31. Oktober 2020 endlich eröffnet werden kann, so wie es die Flughafengesellschaft am 29. November bekannt gegeben hat. Dann werden wir auch diesen Trumpf endlich ausspielen können. Wir werden das zentrale Standortmanagement für das Flughafenumfeld gemeinsam mit Berlin ausbauen. Der BER ist ein Beitrag dazu, das ganze Land voranzubringen und noch stärker zur Gewinnerregion zu machen.

Unser Rückgrat aber - das sollten wir nie vergessen - sind die vielen kleinen und mittleren Unternehmen in allen Wirtschaftsbereichen, im industriellen Bereich genauso wie im Handwerk, aber auch in der Landwirtschaft. Sie sind in den vergangenen drei Jahrzehnten mit Mut, Zuversicht und Vertrauen in die Zukunft gestartet, häufig mit großen Schwierigkeiten. Das Land hat sie dabei unterstützt und auch in schwierigen Zeiten gute Rahmenbedingungen geschaffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wirtschaftslage in Brandenburg ist gut. Globale Handelsspannungen, das Brexit-Chaos und der wachsende Fachkräftemangel bergen aber auch für Brandenburg beträchtliche Risiken. Wir wollen

deshalb gezielt Wachstumsimpulse für unsere Unternehmen setzen.

Zur Stärkung und Unterstützung unserer Wirtschaft planen wir erstens die Unterstützung der Kommunen bei der Erschließung von Gewerbeflächen, zweitens eine gezielte Unterstützung von Gründern und Start-ups, drittens die maßgeschneiderte Förderung für kleine und mittelständische Unternehmen fortzuführen, viertens die Unterstützung von Industrieparks wie Schwarze Pumpe oder dem Innovationscampus in Schwedt, fünftens eine Arbeitskräftestrategie - unterstellt mit Maßnahmen zur Fachkräftesicherung, der Berufsorientierung, der Aus- und Weiterbildung und auch der gezielten Zuwanderung. Sechstens wollen wir die Bündnisse für Gute Arbeit und Fachkräfte fortsetzen, denn faire Löhne und attraktive Arbeitsbedingungen gehören zu den Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Fachkräftegewinnung und -sicherung.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Für all das und vieles mehr werden wir uns mit den Unternehmen, den Kammern und den Kommunen intensiv und regelmäßig austauschen. Das wird nicht nur in Potsdam passieren, wir werden das vor Ort, in den Regionen mit Unternehmen, aber auch mit Kommunalvertretern tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden uns als Koalition mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass die Lausitz auch in Zukunft eine Energie- und eine starke Industrieregion bleibt.

Sie soll ein Vorbild für erfolgreiche Strukturrentwicklung und Klimaschutz werden, sie wird - davon bin ich fest überzeugt - eine europäische Modellregion, in der es uns gelingen kann, Klimaschutz und wachsende Wertschöpfung miteinander zu verbinden. Dieses Modell ist ein Modell, nach dem derzeit die ganze Welt sucht. Wir können es in Brandenburg schaffen, und wir werden dieses Modell in die Tat umsetzen.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Dazu werden wir unter anderem gemeinsam mit den Unternehmen Konzepte zur Nachnutzung der bestehenden Kraftwerksstandorte in Schwarze Pumpe und Jänschwalde erarbeiten und umsetzen. Dazu werden wir die Wissenschaftsregion Lausitz stärken und die BTU Cottbus-Senftenberg weiterhin gesondert fördern. Weiter werden wir dazu speziell im Bereich Gesundheit mit dem Aufbau einer staatlichen Universitätsmedizin in Cottbus und im Rahmen des Gesundheitscampus Brandenburg mit dem Ausbau des Carl-Thiem-Klinikums zu einem digitalen Leitkrankenhaus beitragen.

Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind unsere Zukunftslabore. Sie sind aber viel mehr als das, sie sind wichtige Leitplanken für die regionale Entwicklung und auch Leitplanken für die wirtschaftliche Entwicklung. Wir zeigen in Brandenburg an jedem einzelnen Tag: Akademische Exzellenz und Anwendungsorientierung sind eben kein Widerspruch. Wissenschaft und Forschung vollziehen sich schon lange nicht mehr im Elfenbeinturm. Sie sind für unser Land unverzichtbar - für jeden Einzelnen von uns.

Potsdam ist mit dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung das internationale Zentrum der Klimaforschung. An der BTU Cottbus-Senftenberg wird heute schon an Energiesystemen für morgen gearbeitet. Es geht aber nicht nur um die einzelnen

Forschungsthemen, so faszinierend sie in Teilen auch sein mögen. Es geht auch um die Begeisterung, den Optimismus der Menschen, die dort forschen und lehren. Wir wollen die Weichen dafür stellen, dass die klügsten und engagiertesten Menschen aus ganz Deutschland, aus ganz Europa und am besten aus der ganzen Welt sagen: Brandenburg - das ist der Platz, an den ich will, denn da kann man Zukunft gestalten!

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Wir werden die großen Chancen der Digitalisierung über sämtliche Handlungsfelder hinweg mit großem Nachdruck nutzen. Mithilfe der Digitalisierung kann die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger verbessert werden. Digital können Stadt und Land, Speckgürtel und ländlicher Raum leichter und enger zusammenrücken. Mit der Zukunftsstrategie haben wir in der letzten Legislaturperiode bereits den Startschuss zu einer ambitionierten Digitalpolitik gegeben. Wir werden diese Digitale Agenda weiter vorantreiben. Zugang zu schnellem Internet und flächendeckendem Mobilfunkanschluss sind ein Muss. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei den Gewerbegebieten.

Neben der Förderung und Unterstützung für ein breitbandiges Mobilfunk- und ein Glasfasernetz werden wir uns schwerpunktmäßig um die Digitalisierung in den Handlungsfeldern Verwaltung, Mobilität, Bildung und Gesundheit kümmern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden strategisch und mit konkreten Vorhaben das Land von der Prignitz bis zur Lausitz, von Elbe und Havel bis zur Oder weiterentwickeln. Doch nicht nur ein dichtes Schienen-, Straßen-, Mobilfunk- und Glasfasernetz, nicht nur Zusammenarbeit auf kommunaler, regionaler und Landesebene stärken unser Land und halten es zusammen. Genauso wichtig oder vielleicht noch wichtiger ist der Zusammenhalt der Menschen in unserem Land auf der Grundlage gemeinsamer Werte.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Wir stehen fest auf dem Boden der Demokratie und auf dem Boden des Rechtsstaats. Jeglicher Form von Extremismus und Gewalt werden wir uns weiterhin konsequent entgegenstellen.

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE sowie vereinzelt DIE LINKE und des Abgeordneten Kalbitz [AfD])

Wir brauchen keinen Populismus, wir brauchen keine Ausgrenzung. Wir brauchen Zusammenhalt. Populismus und Extremismus dürfen in unserem Land keinen Platz haben. Wir sagen Stopp zum Rechtsextremismus und wehren uns gegen die Verrohung unserer Sprache, gegen Hetze und Hass.

Toleranz und die Freiheit der Religionsausübung haben in Brandenburg eine lange Tradition, und genau dieser preußischen Tradition fühlen wir uns verpflichtet.

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE, DIE LINKE und BVB/FW)

Wir werden die Zusammenarbeit mit den Kirchen fortsetzen und die Staatskirchenverträge anpassen, und wir werden - und müssen; das sage ich mit großem Bedauern - die Entwicklung jüdischen Lebens nicht nur weiterhin unterstützen, sondern wir werden jüdisches Leben in Brandenburg in jeder Art und Weise und mit allen Kräften schützen.

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE, AfD und BVB/FW)

Das sage ich gerade und insbesondere nach dem Anschlag in Halle.

Und: Auch andere dem Humanismus und unserer Werteordnung verpflichtete Glaubensgemeinschaften haben ihren Platz hier bei uns in Brandenburg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft braucht auch eine freie Presse, und sie braucht genauso Qualitätsjournalismus. Freiheit und Unabhängigkeit der Presse müssen gesichert werden. Die Koalition wird jeglichen Einschüchterungsversuchen und Behinderungen der Arbeit der Presse entschieden entgegentreten.

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE, DIE LINKE und BVB/FW)

Demokratie beginnt vor Ort, im unmittelbaren Lebensraum der Bürgerinnen und Bürger. Deswegen ist auch der Lokaljournalismus ganz besonders wichtig. Künftig können und werden wir auch lokaljournalistische Angebote fördern.

Kultur und Sport stärken das Miteinander und den Zusammenhalt. Jeder Chor, jedes Theater, jeder Sportverein, alle Festivals und Feste in unserem Land verbinden und vernetzen uns. Brandenburger Künstlerinnen und Künstler, Sportlerinnen und Sportler sind die besten Botschafter unseres Landes. Wir sind stolz auf sie, und wir sind stolz auf ihre Erfolge.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Brandenburg hat eine wunderbare Kulturlandschaft, auf die wir stolz sein können. Kunst und Kultur bringen Menschen zusammen. Sie sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und auch Motor für den Tourismus. Sie sind aber auch jenseits solcher Erwägungen ein Ort für sich. Wir werden deshalb unsere kulturpolitische Strategie forschreiben. Dabei kann man nicht oft genug betonen: Die Kunst ist frei, und wir werden auch die Freiheit der Kunst verteidigen.

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE, DIE LINKE und BVB/FW)

Denn ohne freie Kunst gibt es keine freie Gesellschaft.

Sportvereine sind bei uns im Land überall aktiv und leisten Großartiges - überwiegend ehrenamtlich. Wir werden weiterhin im gesamten Land Sportstätten der Vereine durch Investitionen unterstützen und weiter ausbauen. Wir werden zur Stärkung des Breiten-, Behinderten- und Leistungssports die Sportförderung weiterführen - sie bleibt hier der zentrale Baustein -, und wir werden die Sportförderung in den nächsten Jahren an die Entwicklung der Mitgliederzahlen und die Kostensteigerungen anpassen. Das Haus des Sports in Potsdam soll zur Heimstätte des Breiten- und des Spitzensports werden.

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE und DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben im Land einen weiteren großen Schatz: Mit der sorbischen und wendischen Sprache und Kultur haben wir einen einmaligen Schatz in Brandenburg, den wir nicht nur zu schätzen wissen, sondern den wir auch erhalten und stärken müssen - in enger Abstimmung mit unseren sorbischen und wendischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und mit der Stiftung für das sorbische Volk. Die

Förderung der Stiftung werden wir gemeinsam mit dem Bund und dem Freistaat Sachsen verlässlich fortfsetzen.

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE sowie vereinzelt DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Menschlichkeit und Solidarität, Hilfe für die Schwächsten und Schutzbedürftigen sind der großen Mehrheit in Brandenburg und unserer gesamten Koalition ein Herzensanliegen. Brandenburg ist und bleibt auch in Zukunft ein weltoffenes und solidarisches Land. Ich möchte an dieser Stelle all denen danken, die mit ihrer täglichen Arbeit - häufig auch ehrenamtlich - dazu beitragen. Wir werden auch weiterhin unsere humanitäre Pflicht erfüllen, Schutzbedürftigen helfen und Bleibeperspektiven ermöglichen.

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE und DIE LINKE)

Menschen aus anderen Kulturen bereichern unser Land. Viele, die zu uns gekommen sind, arbeiten bereits in märkischen Betrieben und Unternehmen und stärken damit auch unser Land Brandenburg. Mein Dank auch hier an all jene, die dies unterstützen.

Zugleich gilt für die Koalition: Unsere Regeln müssen - egal, von wem - eingehalten werden. Von der Sicherheit dürfen keine Abstriche gemacht werden.

(Vereinzelt Beifall SPD und CDU)

Ausreisepflichtige Flüchtlinge und Asylsuchende, die als sogenannte Gefährder eingestuft sind oder die als Intensivstraftäter auffällig wurden, müssen unser Land wieder verlassen.

(Vereinzelt Beifall AfD)

Hierfür richten wir eine Taskforce ein, auch um Vollzugsdefizite zu vermeiden. Sie wird die Rückführungen koordinieren und Abschiebungen oder Ausweisungen prioritär umsetzen, wenn eine freiwillige Ausreise nicht möglich ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein starker Staat gewährleistet Daseinsvorsorge und gibt Sicherheit. Sicherheit zu gewährleisten ist eine Leitlinie unseres Handelns. Wir wollen, dass sich die Menschen im Land Brandenburg sicher und geborgen fühlen. Sie erwarten von uns zu Recht die Sicherheit zum Schutz ihrer Rechte und die Durchsetzung von Recht und Gesetz in ihrem Lebensumfeld. Sie erwarten von uns die Sicherheit, dass die Feuerwehr kommt, wenn es brennt. Sie erwarten von uns die Sicherheit, dass Pflege im Alter gewährleistet und damit ein würdevolles Altern möglich ist. Sie erwarten von uns die Sicherheit, dass ihre Kinder die bestmögliche Bildung für einen guten Start ins Leben erhalten. Sie erwarten von uns die Sicherheit und den Schutz ihrer Privatsphäre und ihrer Daten. Und sie erwarten von uns auch, dass unsere Welt auch für kommende Generationen eine lebenswerte Welt bleibt.

Wir werden aber auch die innere Sicherheit weiter stärken. Wir bekennen uns dabei zu einer bürgernahen und modernen Brandenburger Landespolizei. Konkret heißt das, dass alle Polizeireviere erhalten bleiben und die Erreichbarkeit der Polizei vor Ort gestärkt wird. Durch die weiterhin verstärkte Ausbildung an der Hochschule der Polizei werden wir die Zielzahl bis zum Ende der Legislaturperiode auf mindestens 8 500 Bedienstete aufstocken. Zusätzlich werden 40 Stellen für vollzugsunter-

stützende Bereiche und Spezialistinnen und Spezialisten geschaffen.

Unser Land braucht aber auch eine leistungsstarke Justiz. Vertrauen in den Rechtsstaat schafft Vertrauen in die Demokratie. Damit die Justiz ihre Aufgaben auch in Zukunft erfüllen kann, wird den Gerichten und Staatsanwaltschaften eine auskömmliche und bedarfsgerechte Sach- und Personalausstattung zur Verfügung stehen.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sicherheit ist aber auch immer soziale Sicherheit. Und soziale Sicherheit ist untrennbar verbunden mit Chancengerechtigkeit, Teilhabe und Bildung. Gute Bildung für alle von Anfang an! In der vergangenen Legislaturperiode sind wir diesem Ziel deutlich nähergekommen. Gleichwohl bleibt noch viel zu tun, damit wir in unseren Kitas und Schulen eine rundum qualitätsvolle Bildung anbieten können.

Gute Bildung schafft Chancen, und gute Bildung macht immun gegen die Einflüsterungen von Demokratiefeinden.

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE und DIE LINKE)

Bildung schafft Geschichtsbewusstsein, und Geschichtsbewusstsein, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist wiederum die Grundlage von Haltung und Orientierung im Leben.

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE sowie vereinzelt DIE LINKE)

Bildung beginnt vor der Schulzeit. Sie findet zu Hause statt, aber auch in unseren Kitas. Wir wollen mehr Erzieherinnen und Erzieher ausbilden. Wir werden den Personalschlüssel im Kindergarten ab August 2020 auf 1:10 absenken. Für die Kleinsten werden wir ihn in den Krippen ab 2021 in drei Schritten auf 1:4 senken. Dafür setzen wir als Land jährlich zweistellige und mittelfristig sogar dreistellige Millionenbeträge zusätzlich ein. Vom Bund erwarten wir, dass die Mittel aus dem Gute-Kita-Gesetz auch nach 2024 möglichst verstetigt werden.

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE sowie vereinzelt DIE LINKE)

Für beste Bildung an unseren Schulen setzen wir besonders auf gut ausgebildete Lehrkräfte. Wir setzen aber auch auf qualifizierte Seiteneinsteiger, multiprofessionelle Fachkräfte-teams mit sozialer, pädagogischer und Verwaltungskompetenz. Wir setzen auf den Ausbau von Ganztagsangeboten, eine gezielte Förderung von Kindern mit besonderen Begabungen und Talenten und auch - Stück für Stück - auf eine moderne digitale Lernumgebung.

(Vereinzelt Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist auch der Moment, um den vielen engagierten Menschen, die in unseren Krippen, Kindertagesstätten und Schulen arbeiten, zu danken.

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE, DIE LINKE, BVB/FW sowie vereinzelt AfD)

Neben den dort Beschäftigten gilt der Dank aber auch allen, die mit viel Zeitaufwand in Schüler-, Eltern- und Schulvertretungen für eine gute Arbeit in diesen Einrichtungen wirken.

(Beifall der Abgeordneten Budke [B90/GRÜNE])

Damit der Übergang von der Schule in die Ausbildung funktioniert, brauchen die Jugendlichen Orientierung und Vorbereitung. Die Landesstrategie für die Berufs- und Studienorientierung werden wir deshalb weiterentwickeln.

Eine besondere Rolle für die Berufsbildung spielen die Oberstufenzentren unseres Landes. Sie spielen schon deshalb eine große Rolle, weil nur Regionen mit einem guten Angebot an Fachkräften auch eine gute wirtschaftliche Zukunft haben können. Deshalb werden wir die Ausbildung stärken. Klar bekennt sich Brandenburg auch zu bundesweit einheitlicheren Schulparametern und einer besseren Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse bundesweit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin mir sicher: Gesundheit und Pflege sind Themen in jeder Familie in Brandenburg. Die Jungen, die sich Kinder wünschen, brauchen eine Entbindungsstation, sie brauchen Hebammen und Kinderärzte. Alle Menschen brauchen Sicherheit bei der medizinischen Versorgung und für die Zeit der Pflege.

Für diese Koalition gilt das klare Bekenntnis zu all unseren Krankenhausstandorten.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Wir wollen alle diese Standorte erhalten, und wir wollen die finanzielle Förderung der Krankenhäuser nicht nur fortsetzen, sondern auch verbessern. Wir wollen im Bereich der Pflege mit einem Pakt für Pflege jährlich 30 Millionen Euro einsetzen. Wir wollen Pflegeausbildung und Pflegeberufe stärken und die Medizinerausbildung in Cottbus aufbauen. Wir werden den Bund nicht aus seiner Pflicht entlassen und beispielsweise die Reform der Pflegeversicherung einfordern. Die Kommunen in Brandenburg werden wir bei diesen Aufgaben der Daseinsvorsorge gut unterstützen.

Wie wichtig Verbraucherschutz für uns alle ist, zeigt sich jeden Tag aufs Neue, mehr denn je - im Alltag und in der Politik gleichermaßen.

Als Konsumenten, als Patienten, als Verkehrsteilnehmer oder auch als Nutzer sozialer Medien sind wir auf den Schutz durch einen starken und durchsetzungsfähigen Staat angewiesen. Genauso wichtig ist, dass wir mündige, kritische, selbstbewusste Verbraucherinnen und Verbraucher sind oder werden. Nur so gewinnen wir an Sicherheit.

Zu den großen Themen der Daseinsvorsorge, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehört auch das große und aktuelle Thema Wohnen - und zwar nicht nur hier in Potsdam oder im Berliner Speckgürtel, sondern mittlerweile in ganz Brandenburg. Wir wissen um die besonders angespannte Wohnungssituation in den berlinalnahen Regionen. Deshalb sorgen wir dafür, dass landeseigene Liegenschaften zu günstigen Konditionen für Zwecke des Wohnungsbaus an Kommunen, kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften abgegeben werden können. Wir setzen außerdem die Wohnraumförderung im Umfang von mindestens 100 Millionen Euro pro Jahr fort. Eine Wohnungsbauoffensive gemeinsam mit

der Wohnungswirtschaft und dem Land Berlin ist in Vorbereitung.

Wir werden auch die Stadtentwicklung und den Stadtumbau fortsetzen, denn unsere Städte sind Anker im Raum und wichtig für den sozialen Zusammenhalt in Brandenburg. Wir wollen lebendige Städte, in denen die Menschen gerne und gut miteinander leben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Politik ist der Nachhaltigkeit verpflichtet. Wir wollen, dass auch kommende Generationen hier in Brandenburg ein gutes Leben führen können. Nachhaltigkeit lässt sich nur als Querschnittsaufgabe verwirklichen. Wir werden die Nachhaltigkeitsstrategie deshalb überarbeiten und zur Erfüllung dieser Aufgabe einen Nachhaltigkeitsbeirat in der Staatskanzlei einrichten.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Brandenburg, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird die Ziele des Pariser Klimaschutzzabkommens erreichen. Wir werden trotzdem die bestehenden Strategien des Landes zu einer verbindlichen Klimastrategie weiterentwickeln. Für dieses Ziel setzen wir auf stärkere Impulse für Klimaschutz und erneuerbare Energien aus unserer hochkompetenten Wissenschaft. Wir brauchen eine Richtschnur für eine nachhaltige Wirtschaft in unserem Land und ein Gesamtkonzept zur Anpassung der Landnutzung an den Klimawandel. Wir brauchen viele praktikable Lösungen, um Wirtschaftswachstum und Klimaneutralität miteinander vereinbaren zu können.

Klar ist: Unsere Klimaziele können wir nur mit einer schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung bis 2038 erreichen. Die Ergebnisse der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung werden wir 1:1 umsetzen. Mit uns wird es keine neuen Tagebaue oder Tagebauerweiterungen geben.

(Beifall SPD und B90/GRÜNE sowie des Abgeordneten Walter [DIE LINKE])

Die Koalition schafft damit bereits jetzt Klarheit und Planungssicherheit für die Menschen, aber auch für die Kommunen in der Region. Wer uns Brandenburgern vorhält, wir würden uns nicht für den Klimaschutz einsetzen, kennt allerdings die Wahrheit nicht: In der Lausitz wird nicht nur Strom für Brandenburg, nicht mal nur Strom für Brandenburg und Berlin, sondern für ganz Deutschland produziert. Wenn man CO₂-Bilanzen bewertet, sollte dies mitunter doch berücksichtigt werden.

(Beifall SPD sowie der Abgeordneten Dannenberg und Walter [DIE LINKE])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kohleausstieg wird nur dann erfolgreich sein und Vorbildfunktion haben, wenn die Lausitz eine wirtschaftlich starke und lebenswerte Region bleibt. Dazu müssen wir dort gute, tarifvertraglich abgesicherte Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen. Außerdem muss die sichere und bezahlbare Versorgung mit Strom und Wärme gesichert sein.

Brandenburg - und darauf können wir stolz sein - ist weiterhin Deutschlands Nummer 1 bei den Erneuerbaren, bezogen auf Landesfläche und Einwohnerzahl. Wir halten an dem Ausbauziel der Energiestrategie 2030 von 10 500 MW für Windkraft fest. Wichtiges Ziel der Koalition bleibt aber auch die Erhöhung

der Akzeptanz für den Windkraftausbau. Dazu dient auch die 1 000-Meter-Abstandsregelung, die bereits als Empfehlung in den bestehenden Regionalplänen Windenergie weitgehend umgesetzt worden ist. Sie wurde nun auch vom Bund aufgegriffen. Es bleibt unser Ziel, dass das Geld aus dem Ausbau der erneuerbaren Energien auch den betroffenen Kommunen zugekommt.

Ein besonderes Anliegen der Koalition wird es sein, der heimischen Industrie durch die Nutzung von grüner Energie einen Standortvorteil zu verschaffen. Dazu soll der in Brandenburg erzeugte Strom aus erneuerbaren Energien in zunehmendem Maße direkt in den Regionen genutzt werden können, nämlich da, wo er auch erzeugt wird. Wer sich an die 90er-Jahre erinnert: - Es gab damals den Satz: Erneuerbare Energien haben eine ganze Reihe von Vorteilen, sie sind nachhaltig, sie sind ökologisch, aber sie sind auch dezentrale Energieträger und gewährleisten eine dezentrale Energieversorgung. - An diesen Satz sollten wir uns, glaube ich, wieder erinnern. Deshalb werden wir uns für eine entsprechende Anpassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes einsetzen. Wir wollen bei den erneuerbaren Energien Dezentralisierung und Demokratisierung voranbringen.

(Beifall SPD und B90/GRÜNE sowie des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

Bei der wirtschaftlichen Nutzung spielt natürlich auch der Wasserstoff bei uns hier in Brandenburg eine Schlüsselrolle. Damit werden wir Vorhaben zur emissionsarmen Industrieproduktion, das Reallaborprojekt „Referenzkraftwerk Lausitz“ oder die Nutzung von Wasserstoffzügen auf den Weg bringen.

Wir wollen, können und werden Vorreiter im Bereich der klimafreundlichen Wirtschaft, der Wirtschaft der Zukunft sein. Wir wollen Wirtschaftswachstum mit Klimaschutz verbinden. Dass wir das können, hat sich inzwischen nicht nur deutschland- und europaweit herumgesprochen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Brandenburg wird nur mit unseren ländlichen Räumen zur Gewinnerregion im 21. Jahrhundert. Die Menschen, die auf dem Land leben und arbeiten, haben großen Anteil daran, dass dieses Land Brandenburg ein starkes Land ist.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Die Menschen dort pflegen, schützen und nutzen Brandenburgs einzigartige Natur- und Kulturlandschaft. Wie schon 1990 muss auch heute noch gelten: Unser Naturreichtum ist unser Tafelsilber. - Bei aller Freude über Wirtschaftswachstum und den Ausbau der Infrastruktur: Dieses Tafelsilber müssen und werden wir auch an kommende Generationen weitergeben. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist auch unser Auftrag.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE sowie der Abgeordneten Dannenberg [DIE LINKE])

Den Brandenburgerinnen und Brandenburgern in den grünen Berufen müssen wir nicht erzählen, was Nachhaltigkeit ist. Sie arbeiten und leben in der Natur, sie arbeiten und leben mit der Natur.

(Beifall SPD und CDU)

Sie wissen, wie man Wald aufforstet und wie man den bekanntmaßen nicht allzu ertragreichen märkischen Böden gute Erträge abringt. Wir müssen sie unterstützen, damit sie noch stärker, noch nachhaltiger wirtschaften können. Wir müssen sie auch dabei unterstützen, dass sie von ihrer Arbeit leben können. Gute und gesunde Lebensmittel, die wir alle bedenkenlos essen können, gibt es eben nicht zu Billigpreisen.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE sowie des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

Nachhaltigkeit gibt es nicht zum Nulltarif. Land- und Forstwirtschaft und Klimaschutz gehören zusammen und sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

Die Koalition wird auch den ländlichen Raum stärken - gemeinsam mit den Menschen, die dort zu Hause sind. Dabei geht es keineswegs nur um die uns besonders wichtige Landwirtschaft, sondern auch um Wohnen. Es geht um Zuzug, um den Ausbau der Infrastruktur und den Tourismus.

Wir wollen mit mehr ökologischer Landwirtschaft und mehr Tier- und Artenschutz unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und die Wertschöpfung auch im ländlichen Raum verbessern. Dazu soll auch eine Regionalkennzeichnung von Lebensmitteln beitragen.

Wir wollen mit einem Agrarstrukturgesetz den Ausverkauf von Grund und Boden an Finanzinvestoren stoppen.

(Beifall SPD, B90/GRÜNE sowie DIE LINKE)

Wir müssen beim Waldumbau, bei der Wiederaufforstung und der Moorrevitalisierung vorankommen. Wir werden die Landwirte, die Waldbesitzer und alle anderen, die unsere ländlichen Räume im wahrsten Sinne des Wortes beleben, mit Rat und Tat, aber auch finanziell unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Vielzahl unserer Vorhaben, Maßnahmen, Projekte und Ideen zeigt: Wir meinen es ernst mit der Gewinnerregion Brandenburg. Es mangelt uns nicht an Mut, es mangelt uns nicht an Zuversicht und es mangelt es uns erst recht nicht an Vertrauen. Wir sind guten Mutes, dass wir in der neuen Legislaturperiode einen großen Schritt in Richtung Zukunft gehen werden. Wir sind zuversichtlich, dass wir die Brandenburgerinnen und Brandenburger sowie alle Akteure in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft für unser Ziel begeistern können und auch gewinnen werden.

Wir werben um das Vertrauen der Menschen in unserem Land, wir werben um Ihr Vertrauen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir werben um das Vertrauen aller, die in Brandenburg leben und arbeiten, um das Vertrauen aller, für die Brandenburg wirkliche Heimat ist.

Sozialdemokratie, Christdemokratie und Bündnisgrüne haben verschiedene Lebenswege, verschiedene Geprägtheiten und in Teilen auch verschiedene Einstellungen. Und es ist wahr: Am Anfang mussten wir uns zusammenraufen - mit unterschiedlichen Strukturen, unterschiedlichen Politikstilen, unterschiedlichen Erfahrungen und auch unterschiedlichen Akteuren. Aber recht bald haben wir alle gespürt: Ob in einer Regierung zwei oder drei Parteien sitzen, ist vielleicht gar nicht so entscheidend. Entscheidend sind die Sachfragen, entscheidend sind die Dinge, die wir für die Menschen im Land bewegen können und

bewegen wollen. Sie sind wichtiger als Partei- oder Koalitionsmathematik.

Auf dieser Grundlage haben wir zusammengefunden. Wir haben auf das Gemeinsame geschaut: Wir alle stehen für unser Grundgesetz ein; wir alle verteidigen unsere Demokratie. Wir alle wollen das Beste für Brandenburg. Wir alle sind bereit und fähig, die Unterschiede zwischen uns nicht als Hindernis, sondern als Bereicherung zu sehen.

Ich darf einmal rekapitulieren: Eine Bereicherung und Erleichterung war es für die Beteiligten auch, dass wir festgestellt haben - das ging relativ schnell -, dass wir gemeinsam lachen können, wenn wir mal wieder festsäßen und es scheinbar weder vor noch zurück ging. Glauben Sie mir: Die Verhandlungen waren nicht immer bequem. Aber uns eint das Ziel, den Nutzen für die Menschen in unserem Land zu mehren, dieses Land zukunfts-fester zu machen und weiter voranzubringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Streit gehört zu einer lebendigen Demokratie. Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin, haben in Ihrer Antrittsrede Meinungsstreit als Kennzeichen guter Politik gewürdigt und eine positive Streitkultur eingefordert. Die Regierungskoalition, die Landesregierung und auch ich persönlich unterstützen das. Ich bin fest davon überzeugt, dass der Zusammenhalt der Koalition, das Vertrauen, das entstanden ist, und die gemeinsamen Ziele, auf die wir uns geeinigt haben, dass all das beispielhaft sein wird für ganz Brandenburg. Wir haben - aus unterschiedlichen Lebensläufen, aus unterschiedlichen Erfahrungen, aus unterschiedlichen Positionen heraus - ein großes Ziel: Wir wollen dieses Land für die Menschen, die hier leben, besser machen. Politik - egal auf welcher Ebene - wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie sich den Menschen zuwendet und das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern sucht und pflegt. Der politische Dialog ist so lebendig wie lange nicht mehr.

Wir wollen eine Jugend, die sich für Politik interessiert. Wir wollen Bürgerinnen und Bürger, die sich einmischen und uns ihre Meinung sagen. Protest, Kritik, Fragen - das sind zunächst alles Einladungen zum Miteinander. Wir alle - Parlamentarier, Regierungsmitglieder, Landrätinnen und Landräte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister - sind es den Brandenburgerinnen und Brandenburgern schuldig, zuzuhören. Wir sind es ihnen schuldig, sie zu fragen, sie reden zu lassen, ihnen zu antworten und nicht zuletzt auch Rechenschaft über das zu legen, was wir in diesem Parlament tun. Ich habe in den letzten Jahren gelernt, dass ich mir dafür noch mehr Zeit nehmen muss. Für mich ist es eine Frage des Respekts, dass ich mir diese Zeit auch nehmen werde. Außerdem erfahre ich auf diese Weise sehr vieles direkt, von dem ich sonst nur auf Umwegen - wenn überhaupt - erfahren würde.

Wir wollen also auch Neues wagen im Hinblick auf die Art und Weise, wie wir Politik machen. Wir haben Mut, Zuversicht und Vertrauen in den Koalitionsverhandlungen gewonnen, sodass auch ein neuer Politikstil gelingen kann - für die Menschen in Brandenburg, aber vor allen Dingen auch mit den Menschen in Brandenburg. Wir werden um das Vertrauen der Menschen werben und dafür auch weiterhin zu den Menschen gehen.

Die Landesregierung und ich persönlich werden die Bürgerdialoge fortsetzen und verstetigen, und wir werden die überaus wertvollen Kabinettsitzungen vor Ort fortführen. Es geht um ein besseres gegenseitiges Verständnis, und es geht auch in dieser Frage um Vertrauen. Wenn wir gute Politik machen, dann reichen die Gespräche an den Esstischen der Menschen

bis in dieses Plenum und bis an den Kabinettstisch. Dann sitzen wir wirklich alle gemeinsam an einem Tisch.

(Beifall SPD sowie vereinzelt CDU und B90/GRÜNE)

Gefährlich wird es, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Dialog nicht mehr möglich ist. Gewalt, Hass und Hetze grenzen eben nicht nur aus; sie zerstören vor allem die Basis für Dialog. Mit manchen Bühnenschreihälsen, die Demokratie und Verfassung verächtlich machen, ist Dialog tatsächlich nicht möglich. Darauf sollten wir auch gar keine Zeit und Mühe verwenden.

Aber die vielen anderen können und sollten wir zu erreichen versuchen - die große Mehrheit, die eigentlich mitmachen will, die zurzeit aber aus verschiedenen Gründen nur schwer zu erreichen ist. Kommunikationstheoretisch könnte man sagen: Sender und Empfänger kommen derzeit manchmal noch nicht so zusammen, wie sie es sollten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen muss es uns auch ein Herzensanliegen sein, politische Bildung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Generationengerechtigkeit heißt eben auch Mitsprache und Mitentscheidung von Kindern und Jugendlichen. Mit der Senkung des Wahlaters, mit Kinder- und Jugendparlamenten, mit „Jugend debattiert“ haben wir hier bereits viel erreicht. Wir werden diese Beteiligung weiter ausbauen, denn Ernstgenommenwerden ist auch ein Impfpass gegen Populismus und Rassismus.

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE sowie vereinzelt DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein neuer Politikstil entsteht nicht über Nacht. Doch wir können auf viele gute Erfahrungen und Beispiele zurückgreifen. Aufbruch können wir in Brandenburg! Das haben wir vor drei Jahrzehnten schon einmal geschafft.

Wir wollen jetzt mit Energie und Entschlossenheit an die Arbeit gehen und den Koalitionsvertrag umsetzen. Wir sind die Koalition der Mitte, wir sind die Brandenburg-Koalition. Wir sind eine Koalition für die große Mehrheit der Menschen in unserem Land, die in diesem Land leben und die dieses Land lieben - für die Menschen, die unser Land aufgebaut haben und es jeden Tag mit ihrem Optimismus und ihrer Arbeit weiter voranbringen. Diesen Menschen Mut zu machen, diesen Menschen den Rücken zu stärken, diesen Menschen beizustehen, wenn sie Hilfe brauchen - das ist der Grundkonsens unserer Koalition.

Im 30. Jahr der deutschen Einheit hat Brandenburg die Bundesratspräsidentschaft übernommen. Sie ist für unser ganzes Land und auch für mich persönlich eine große Ehre und Verpflichtung zugleich. Gemeinsam mit allen anderen Ländern und dem Bund, gemeinsam mit den Menschen in ganz Deutschland wollen wir dieses Jahr nutzen und das Miteinander stärken.

Vor 15 Jahren hatten wir schon einmal die Ehre, die Bundesratspräsidentschaft zu übernehmen. Wie hat sich Brandenburg, wie hat sich unsere Landeshauptstadt seitdem verändert! Wir haben also allen Grund stolz zu sein, Frohsinn zu verbreiten und gegebenenfalls auch hin und wieder einmal zu feiern. Zeigen wir, dass wir Brandenburgerinnen und Brandenburger uns eben nicht nur nach innen freuen können. Ich bin sicher, dass wir am 3. Oktober des Jahres 2020 hier eine sehr schöne Jubiläumsfeier zur deutschen Einheit haben werden, nämlich

die Feier anlässlich des 30. Jahrestages der deutschen Einheit hier, in Potsdam, mit vielen Gästen aus ganz Deutschland und der ganzen Welt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, 40 Jahre nach Gründung der Solidarność, 35 Jahre nach Glasnost und Perestroika, 30 Jahre nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs, 30 Jahre nach der Wiedervereinigung, 30 Jahre nach der Neugründung der ostdeutschen Länder, 15 Jahre nach der EU-Osterweiterung - also jetzt - wird es Zeit, dass wir für Zusammenhalt, Sicherheit und Nachhaltigkeit in Brandenburg, in Deutschland, in Europa und weltweit erneut enger zusammenrücken. Nur gemeinsam werden wir es schaffen, die Zukunft unserer Kinder und Enkel zu sichern.

Wir können stolz und selbstbewusst auf 30 Jahre Land Brandenburg zurückblicken. Wir blicken mit Mut, Zuversicht und Vertrauen auf Brandenburg als Gewinnerregion im 21. Jahrhundert.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, obwohl ich Sie heute zeitlich doch sehr lange beansprucht habe. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Inzwischen hat sich die Besuchertribüne neu gefüllt, und ich begrüße ganz herzlich Schülerinnen und Schüler der Regine-Hildebrandt-Gesamtschule in Birkenwerder sowie Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Elbe-Elster. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache. Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kalbitz zu uns.

(Beifall AfD)

Herr Abg. Kalbitz (AfD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich bin noch ganz überwältigt von der Worthülsenparade des Ministerpräsidenten, von nicht enden wollenden Versprechungen und Rekorderfolgsmeldungen. Das Paradies naht ja jetzt offensichtlich. 30 Jahre nach dem, was die SPD da nicht unmaßgeblich alles mit vermurkt hat, löst sich das jetzt mithilfe der CDU und der Grünen in Freude auf.

Ich freue mich auch, dass Sie das neu entdeckt haben: Sie haben ja vorher - am Ende Ihrer Rede - leicht verzückt über das Format des Bürgerdialogs, das Sie neu entdeckt haben, gesprochen. Mal etwas Neues: Mit Menschen reden. - Ja, kann man machen.

(Zuruf des Abgeordneten Adler [SPD])

Sie haben ja selbst erwähnt, dass es schwer sei, das einzubauen. Da wünsche ich Ihnen viel Erfolg - den haben Sie nämlich schwer nötig.

(Beifall AfD)

Aber schon in der Präambel Ihres Koalitionsvertrages wird klar, wo Ihr Hauptbetätigungsfeld liegen wird: nicht beim Schutz der Bürger, nicht bei der Förderung der Familie als Eckpfeiler unserer Gesellschaft und auch nicht bei der Bewältigung der Folgen der unkontrollierten Masseneinwanderung. Nein, beim deutschen Sonderweg des dogmatischen Klimaschutzes blickt man dann noch tiefer auf Ihr undifferenziertes Bekenntnis zur Multikulturalität und der ausschließlichen Betrachtung von Zuwanderung als Bereicherung, ohne reale Probleme ansprechen zu dürfen und zu wollen.

Da dürfte jedem schnell klar werden, wer sich bei den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt hat: Das waren die Grünen - muss man ganz klar sagen. Die Koalitionstaktgeber vom linken Rand müssen zur Inhaltsdurchsetzung eigentlich gar nicht regieren.

(Zuruf des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

Der Weg in den Zerfall der bürgerlichen Gesellschaft kann nun in Brandenburg durch die grüne Regierungsbeteiligung noch konsequenter verfolgt werden - und die Union hilft dabei auch noch fleißig mit. Konrad Adenauer würde sich im Grabe umdrehen.

(Beifall AfD - Dr. Redmann [CDU]: Haben Sie den Koalitionsvertrag überhaupt gelesen?! - Walter [DIE LINKE]: Hat er nicht!)

Sie haben keine Brandenburgkoalition, sondern mehr eine „Frankensteinkoalition“ geschmiedet; das muss man ganz klar sagen. Und Sie wissen das offensichtlich auch, wie man an Ihren Ausführungen erkennt.

Der eigentliche Grund für Ihre Zusammenarbeit - der zunehmende Widerstand der Bürger gegen den von Links aufkotrierten Zeitgeist klingt schon in der Einleitung des Vertrages an - hört sich erst einmal gut an - Zitat -:

„Gemeinsam sorgen wir entschlossen dafür, dass Hass, Rassismus, Diskriminierung, Antisemitismus, politischer und religiöser Extremismus niemals die Oberhand gewinnen.“

(Vereinzelt Beifall AfD - Domres [DIE LINKE]: Das ist auch richtig!)

Das teilen wir vollumfänglich;

(Zuruf von der SPD: Das sind doch Heuchler!)

darum geht es nicht. Die Realität ist ganz einfach: Es geht natürlich darum, das parteipolitisch zu instrumentalisieren. Das tun Sie ja gekonnt, indem Sie Dinge wie den Begriff des Populismus mit dem Begriff des Extremismus vermengen. Sie verschieben die Grenze immer weiter, um das Sagbare selbst zu definieren. Schlechte Nachrichten im Übrigen: Die Einzigsten, die den ganzen Tag nur über Rassen und Geschlechter nachdenken, sitzen in der Regierung. Der grüne Hass auf den alten weißen Mann hat Rassismus und Sexismus schon lange wieder gesellschaftsfähig gemacht. Dazu kommt noch die ständig indirekte doppeldeutige Duldung politischer Gewalt bis hin zur offenen Solidarisierung mit noch nicht letalen Terroristen der sogenannten Antifa. Herr Stohn kennt sich da ja aus, er war schon eifrig mit denen Fähnchen gegen den AfD-Parteitag

schwenken. Dass ausgerechnet Parteien, welche für den ungezügelten Import von Judenhass, ja sogar für den Familiennachzug terroristischer Gefährder stehen, sich dann als Brandmauer gegen Antisemitismus stark machen, ist scheinheilig und widersprüchlich.

(Beifall AfD)

Aber wir vergaßen, dass - wie schon zu DDR-Zeiten - die Regierung bestimmte, wer Hetzer sind. Auch heute hat sie den Alleinvertretungsanspruch, darüber zu befinden, was Hass und was der Kampf für das Gute ist - all das kennen wir schon. Diese pseudodemokratische Denkweise zieht sich selbst durch Ihre Regierungserklärung. Sie setzen die Kritik an politischen Inhalten und die Forderung nach Volksabstimmungen mit der - Zitat - „Verächtlichmachung von Verfassung und Demokratie“ gleich. Und: Mit diesen Leuten muss man ja nicht reden. Diese Leute gehören mit allen Mitteln ausgegrenzt. Man braucht ja schließlich keinen Populismus. - Sie sollten einmal darüber nachdenken, was das über das eigene Demokratieverständnis aussagt, wenn man ein diskreditierendes Wort für in der Gesellschaft weitverbreitete Meinungen prägt. Sie haben offensichtlich in dieser Allianz - diese Koalition ist eine Allianz der Wahlverlierer -

(Zuruf des Abgeordneten Rostock [B90/GRÜNE])

auch schon Ihre Misserfolgsgeschichte vergessen und die Prozente, die Sie alle erhalten haben - die Sitzreihen haben sich ja deutlich gelichtet -, verdrängt. Aber da stehen Sie in Brandenburg wenigstens weniger schlecht da als auf Bundesebene.

Scheinheilig ist auch das Bekenntnis zur freien Kunst, weil sie in Brandenburg immer stark mit dem Staat verflochten war. Wir würden gerne einmal sehen, dass Sie auch wirklich oppositionelle Kunst fördern, zum Beispiel solche mit Kritik an der Grenzöffnung und unkontrollierten Zuwanderung.

Besonders dreist ist allerdings, dass Sie die deutsche Einheit für Ihr Hirngespinst des Kampfes gegen diese angeblich allgegenwärtige Nazigefahr, die wir jetzt haben - und wo der Machtverlust so offensichtlich wird -, instrumentalisieren.

Zu den Folgen der Einheit schreiben Sie - Zitat -:

„Verstärkt wird diese Diskussion durch die Frage nach Ursachen für den zunehmenden Rechtspopulismus.“

Wieso kommen Sie eigentlich nicht auf die Idee, dass der Aufstieg der neuen Kraft etwas damit zu tun haben könnte, dass an deren Position etwas dran ist? Nein, bei Ihnen werden Willensbildungen nicht als funktionierende Demokratie oder Normalisierung unseres Parteiensystems wahrgenommen, sondern als regelrechte Krankheit verstanden. Das ist eine schlichte Verachtung des Wählerwillens!

(Beifall AfD)

So kommt es, dass Sie ironischerweise ausgerechnet in dem Abschnitt, der sich um das Ende der letzten deutschen Diktatur dreht, die Bekämpfung des politischen Gegners in Ihr Regierungsprogramm schreiben. Ein Schelm, der Böses dabei denkt! Doch was wollen Sie hinsichtlich der Landesentwicklung konkret umsetzen? Zum mindesten nicht viel. Versprechen haben wir ja

jetzt viele gehört. Hauptsächlich scheinen sich Ihre Vorhaben in diesem Bereich darum zu drehen, wie man am besten Planungen delegieren kann, oder es geht um die Bearbeitung bestehender Planungskonzepte.

Hinzu kommen zugegebenermaßen diverse kleine bzw. Kleinstprojekte. Als die wenigen konkreten Neuvorgaben sind eigentlich nur die Erschließung von alten Bahn- und Militärflächen sowie die Neugliederung von Landschaftsschutzgebieten zu nennen.

Auch Ihre Pläne für eine Konzentration der Landesentwicklung auf die Hauptverkehrsachsen passen in Wirklichkeit nicht zu Ihrer proklamierten ganzheitlichen Regionalstrategie oder einer effektiven Förderung wirklich abseits gelegener Räume. Wir kennen das Phänomen: Wo die Lebensadern der Regionalbahnen nicht vorhanden sind, sieht der ländliche Raum ganz anders aus. Dieses Problem wurde nicht gelöst. Interessanterweise in der letzten Legislaturperiode oft von der CDU angesprochen, findet es sich ebenso wenig wie anderes, das für die CDU prägend oder charakteristisch war, in diesem Koalitionsvertrag. Wirkliche Pläne zur zielführenden Förderung des ländlichen Raumes mit klarer Benennung der jeweiligen Problemlagen, genau definierte Ziele oder Visionen? Fehlanzeige! Unter dem Strich zu wenig - vor allem für eine Partei, die mit in der Regierung ist und deren Wahlkampslogan „Hallo Dorf, Tschüss Abgehängt“ war. Dass diese Aussage von der grünen Vertretung des großstädtischen Bionademilieus wenig glaubhaft ist, war ja klar.

Schließlich wurde die Landwirtschaftsfachkräftestudie noch um das Thema Zuwanderung erweitert. Was auch sonst? - Das war es dann schon.

Zum Thema Integration bietet die Landesregierung derart wirkungslose Pseudomaßnahmen oder schädliche Ideen an, dass man sich wundern muss. Statt syrische Kriegsflüchtlinge wegen des nahenden Endes des Bürgerkrieges auf ihre Rückkehr vorzubereiten, wollen Sie das Landesaufnahmeprogramm sogar noch verlängern.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Gut so!)

Statt sich endlich effektiv gegen kriminelle Schlepperei einzusetzen, bekennen Sie sich zur weiteren Aufnahme von „aus Seenot Geretteten“. Warum Seenotrettung mit einem Taxisevice Hunderte Kilometer nach Norden anstatt nur 12 Kilometer nach Süden erfolgen muss, kann ebenfalls niemand erklären. Außerdem sind Menschen, die sich einen Schlepper leisten können, mitnichten diejenigen, die am meisten Hilfe benötigen, und jeder vor Ort eingesetzte Euro würde 50- oder 100-mal so viel bewirken wie in Deutschland. Aber das am Rande.

(Beifall AfD)

Statt klarer Benennung von Asylmissbrauch volles Bekenntnis zum zur Duldung weißgewaschenen Status der Berechtigung der Unberechtigten mitsamt Einmischung in private Betriebe mittels verbindlicher Regelungen. Der Wirtschaft die eigene Regierungsideologie aufzwingen - großartige Idee! Alles schon mal dagewesen! Statt deutscher Leitkultur und Erwartungshaltung, Integration als Bringschuld - Zitat - „interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung und der politischen Entscheidungsprozesse.“ Ich bin ganz zuversichtlich, dass die Brandenburger begeistert sein werden, ihr Zusammenleben täglich neu auszuhandeln zu dürfen.

(Beifall AfD)

Statt endlich vollumfänglicher politischer Rückendeckung für Polizei und Rettungsdienste das angeblich bewährte System der interkulturellen Kompetenzvermittlung. Bewährt? - Die Realität sieht anders aus. Fragen Sie Polizeibeamte und Rettungskräfte vor Ort, schauen Sie sich die gestiegenen Zahlen der Angriffe auf Polizeibeamte und Feuerwehrleute in den Einsätzen an! Der Respekt vor der Ordnungsmacht sinkt und da werden Ihre Placebo-Maßnahmen sogenannter interkultureller Kompetenzvermittlung auch nicht helfen. Und da fragen Sie sich allen Ernstes, warum die Sicherheitskräfte in Scharen zur AfD überlaufen! Das wundert mich überhaupt nicht, das hat etwas mit gesundem Menschenverstand derjenigen zu tun, die da draußen ausbaden müssen, was Sie hier drinnen verzapfen und beschließen.

(Beifall AfD)

Stattdessen wollen Sie die Polizei mit lächerlichen 250 Extrastellen abspeisen, 250 Stellen, deren Aufbau auch noch die ganze Legislaturperiode benötigt. Jetzt ist das aufzuräumen, was Rot-Rot mit großem Schwung kaputtgefrühstückt hat. Ich weiß, Sie haben das schon verdrängt, doch wir erinnern uns an die Polizeistrukturreform, die diese Situation erst verursacht hat, die jetzt ausgebügelt werden muss. Mit diesen 250 Extrastellen wird es kein Mehr an Sicherheit geben. Unter Mühen wird der Status quo gewahrt. Wir schauen dabei noch nicht auf diejenigen, die demnächst in Pension gehen. Da sieht es nämlich ähnlich düster wie bei den Lehrern aus.

(Walter [DIE LINKE]: So ein Unsinn! Mann!)

Aber eine angemessene Unterstützung dieser tragenden Säule unserer Allgemeinheit war ja auch kaum zu erwarten, wenn Grüne und Rote als parlamentarischer Arm linksextremer Steinewerfer und Polizeihasser in der Regierung sitzen.

(Unruhe bei der Fraktion DIE LINKE - Walter [DIE LINKE]: So ein Unsinn!)

Quo vadis, CDU? Was ist aus euch geworden?

(Beifall AfD - Heiterkeit CDU)

Außer einem bunten Reigen infantiler Anbiederungspolitik gegenüber der Bedrohung der Neuzeit im religiösen Gewand - ich rede nicht vom Islam, sondern vom Islamismus, um das ganz klar zu differenzieren - kommt hierzu nichts Reales. Da kommt mehr Geld für kommunale Integrationssimulation, für eine teilweise Begrenzung der Höchstunterbringungszeiten in Gemeinschaftsunterkünften; es kommen mehr sogenannte Beratungsangebote für sogenannte Flüchtlinge. Doch schauen Sie sich die realen Zahlen von Abbrechern von Sprachkursen einmal an! Es kommt das schnellere Anerkennen von ausländischen Abschlüssen. Das muss gar nicht schlecht sein, wenn es denn eine vernünftige qualitative Überprüfung gäbe. Doch wenn vom sogenannten Fachkräftemangel gesprochen wird, dürfen wir auch nicht vergessen - das wird ja ständig verschwiegen oder einfach negiert -, dass wir jedes Jahr 180 000 hochqualifizierte deutsche Fachkräfte durch Abwanderung in andere Länder verlieren. Wie aber begegnen Sie diesem Problem? Statt einer Bekämpfung der Asylklageflut, indem Sie an die Ursachen gehen, wird in lächerlicher Weise an den Symptomen herumgeieckt. 40 Stellen für die Justiz - das ist doch keine auskömmliche Ausstattung, wie Sie behauptet haben. Sie beschäftigen sich mit den Symptomen, nicht mit den Ursachen!

In der Bundesrepublik befinden sich ungefähr 700 000 nicht bleibeberechtigte Personen, die häufig illegal eingereist sind, über ihre Herkunft falsche Angaben gemacht haben und in vielen Fällen sogar Straftäter sind. Doch statt wenigstens die Intensivierung von Abschiebung oder das Festsetzen dieser Personen voranzutreiben, sagt die Landesregierung: Abschiebehalt darf nur die Ultima Ratio sein. - Jetzt hat man eine Taskforce gegründet, getreu dem Motto: Wenn ich nicht mehr weiterweiß, gründe ich 'nen Arbeitskreis.

(Unmut bei der Fraktion B90/GRÜNE)

Nicht einmal eine eigene Abschiebeanstalt soll Brandenburg bekommen. Das ist eine derartige Minimalforderung, dass sie es sogar ins CDU-Programm geschafft hat. Man muss ganz klar sagen: Noch nicht einmal damit konnten Sie sich durchsetzen. Wie kann man sich eigentlich, werte Union, derart über den Tisch ziehen und als Feigenblättchen missbrauchen lassen für eine dezidiert rot-grüne Politik? Eigentlich müsste man „grün-rot“ sagen, denn das ist der Stempel, der gesessen hat. Chapeau! bei der Gelegenheit!

Knallhart setzt die Koalition stattdessen die Förderung der freiwilligen Rückkehr dagegen. Da werden die Betroffenen ja zittern - natürlich vor Freude. Durch die sperrangelweit offenen Grenzen kann man auch gleich mehrfach einreisen. Das ist so, als wenn ein Einbrecher, der in eine Wohnung eingedrungen ist, dafür bezahlt würde, dass er wieder geht. Sie schreiben: „Brandenburg braucht Zuwanderung, um ein wirtschaftlich und sozial erfolgreiches Land zu bleiben.“ Sie überhöhen damit Zuwanderung zu einer Grundvoraussetzung unseres Fortkommens. Sie meinen, durch den Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials würde die Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften wichtiger werden. Das würde auch gelten, wenn wir wie Australien oder Japan eine wirkliche Zuwanderung nach Bedarf betreiben würden, aber nicht bei einer Politik, die wie hierzulande hohe Pullfaktoren für zukünftige Sozialfälle aufweist. Die Zahlen belegen das eindeutig. Andererseits werden durch hohe Abgabeleistungen Hochqualifizierte abgeschreckt, die die Option haben, in andere Länder zu gehen, wo die Steuerlast nicht so hoch und die Bürokratie nicht so ausgeprägt ist. Die Sozialleistungen mögen dort geringer sein, aber das interessiert Hochqualifizierte nicht. Trotzdem schürt die Koalition fleißig den Mythos des wirtschaftlichen Mehrwerts der Flüchtlingskatastrophe.

(Domres [DIE LINKE]: Sag doch mal was zu Brandenburg, Mann!)

Die Realität ist: Drei von vier Syrern leben von Hartz IV. Aber wenn man die Wahrheit ausspricht, ist es für Sie gleich Hetze, weil man Ihren politischen Vorstellungen nicht entspricht.

(Zuruf von der SPD)

Es gibt noch andere Möglichkeiten, dem Problem einer überalternden Bevölkerung beizukommen. Andere Staaten zeigen anschaulich, wie eine konsequente Politik zur Erhöhung der Geburtenrate aussehen kann. In Ungarn gibt es Ehegründungskredite in Höhe von rund 30 000 Euro, Frauen mit vier oder mehr Kindern müssen keine Einkommenssteuern mehr zahlen. Auch Russland hat effektive Maßnahmen zur Familienförderung eingesetzt, aber das ist hierzulande uninteressant. Wir haben in der letzten Legislaturperiode auch ganz praktische Initiativen zur Familienförderung eingebracht: Den Antrag auf Senkung der Mehrwertsteuer für Kinderprodukte - als Initiative beim Bundesrat -, das Babywillkommensdarlehen in Höhe von

25 000 Euro - das wollten Sie alles nicht haben. Wir haben ein Babystarterset für in Brandenburg geborene Kinder beantragt - das wollten Sie auch nicht haben. Wir haben die Wiedereinführung des Haushaltstages beantragt, drei Tage für Väter, drei Tage für Mütter, sechs Tage für Alleinerziehende - das wollten Sie - die Sie angeblich so sozial sind - auch nicht haben.

Gerade so konnte sich die Landesregierung noch zur Beitragsfreiheit für zwei weitere Kita-Jahre überwinden.

(Stohn [SPD]: Lassen Sie mich raten: Das war auch von Ihnen!)

Ein Witz, da die vollständige Beitragsfreiheit schon lange versprochen war!

Und dem Satz - ich habe das mehrfach nachgelesen - „Die Koalition will Familien umfangreiche Unterstützung anbieten.“ folgt kein ordentlicher Maßnahmenkatalog. Da kommt gar nichts, nur die Förderung von Familienzentren - das war's. Sicherlich keine falsche Idee, aber auch lächerlich wenig, und dann wird noch der Schwerpunkt gesetzt, dass diese Beratungseinrichtungen für Transkinder sensibilisiert werden sollen. Wieder Minderheitenfetischismus statt Familienpolitik in der Fläche. Das erinnert mich an das Zitat von Sigmar Gabriel, der irgendwann entsetzt feststellte, die SPD habe die Mehrheitsgesellschaft aus dem Fokus verloren. Herzlichen Glückwunsch, liebe SPD, Sigmar Gabriel hat recht!

(Beifall AfD)

Von den ideologischen Untiefen grüner Politik zu ihrem Herzstück, der Klimaagenda: Nichts hat im Koalitionsvertrag eine derart herausgehobene Stellung. Im Infrastrukturbereich sollen, anstatt abhängige Regionen durch gute Anbindung als Wirtschaftsstandort attraktiver zu machen, mit Bundesmitteln 30 Millionen Euro für Radwege ausgegeben werden. Das entspricht einem Drittel der übrigen Straßenmittel. Jedes Gesetz soll auf seine Klimatauglichkeit überprüft und die Windkraft soll ausgebaut werden. Auch die Stadtentwicklung ist hauptsächlich auf Klimafragen ausgerichtet. Selbst eigentlich sinnvolle Projekte wie die Wasserstoffforschung werden grüneideologisch aufgeladen. 16 Millionen Euro lässt die Regierung für den Klimaschutzplan springen. Setzen wir diese Zahlen einmal ins Verhältnis zum Beispiel zur Polizei, können wir schon einiges darüber sagen, in welchem Verhältnis die Sicherheit der Bürger zum Weltamaritertum dieser Koalition steht.

Wind, Solar und Wasserkraft haben enorme Nachteile. Sie sind wegen der hohen Strompreise und des Verlusts unzähliger Arbeitsplätze nicht sozialverträglich. Wir erinnern uns noch daran, wie die Solartechnologie als großer Jobmotor angepriesen wurde. Das war Unsinn, hat sich in Luft aufgelöst, weil die Asiaten das irgendwann besser und wettbewerbsfähiger konnten. Genauso, was die Windkraft angeht: Jetzt stellt man plötzlich fest, dass man mit der Entsorgung Probleme hat. Wer übernimmt da die Finanzierung? Alles unausgegoren!

Wirtschaftlich ist es auch nicht, und mit der Versorgungssicherheit - von der Sie sprachen, Herr Woidke -, die zu gewährleisten ist, ist es auch nicht weit her, wenn man den Strom nicht speichern kann. Die bisher einzige halbwegs realisierbare Möglichkeit, Strom aus regenerativen Energien zu speichern, sind Pumpspeicherkraftwerke. Die Speicherkapazität von gerade einmal 53 MW des neuen Batterieprojekts „Big Battery“ veranschaulicht, dass dies auf absehbare Zeit auch so bleiben wird. Pump- und Wasserkraftwerke sind auch alles andere als ökolo-

gisch. Nach Inbetriebnahme solcher sind Flüsse als Lebensadern unserer Ökosysteme häufig nicht wiederzuerkennen. Es gibt Probleme mit wichtigen Sedimentbewegungen, und ganze Fischpopulationen bzw. -arten werden ausgerottet.

Hinzu kommt der enorme Flächenverbrauch von Windkraft, der unsere letzten zusammenhängenden Waldgebiete bedroht, denn wir wissen: Wenn Sie - ich habe die Landesentwicklungspläne im Blick - am Ausbau der Windkraft in dieser Form festhalten, kann das nur mit Windkraft im Wald funktionieren. Anders wird es nicht gehen. Auch das Festhalten an der 1 000-Meter-Regelung ist eine Mogelpackung, weil wir wissen, dass es inzwischen Windräder gibt, die 130 m hoch sind, und dann bedeutete die 10H-Regelung einen Abstand von 1 300 m. Insofern ist das auch kein Fortschritt, sondern eher ein Rückschritt in der Praxis.

(Beifall AfD)

Es geht also um Klima gegen Naturschutz, und selbst bei vollständiger Akzeptanz wäre die einzige Möglichkeit für effektiven Klimaschutz, eine Politik zu betreiben, die den großen CO₂-Emittierern als Vorbild dient. Das leisten volatile Energieträger nicht. Allein Chinas Steigerungsraten bei der Kohleverstromung liegen auf dem deutschen Gesamtniveau. Doch anstatt in wirklich innovationsorientierte Projekte zu investieren, zum Beispiel in die Erforschung von Fusionskraft und Dual-Fluid-Reaktoren, beschreitet die Landesregierung ideologisch blind weiter den deutschen Sonderweg der volatilen Energiewende. Herr Woidke sagte eben, wie unverzichtbar die Forschung in Brandenburg ist. Dann unterstützen Sie endlich derart wichtige Projekte in vollem Umfang, anstatt Geld für Windmühlen und pseudowissenschaftlichen Gender-Unsinn zu verschwenden! Es hilft auch nichts, dass sich Herr Woidke mit dem angeblichen Standortvorteil Ökostrom in Bezug auf Tesla brüstet, da jeder weiß, dass diese Ansiedlung nur durch massive Subventionen zustande kommt - wenn sie denn gelingt. Mein Optimismus, was Großprojekte im Land Brandenburg angeht, hält sich in engen Grenzen - das muss ich ehrlich sagen.

(Beifall AfD - Zuruf von Ministerpräsident Dr. Woidke)

Ich rede gar nicht mehr vom BER, das kann ohnehin keiner mehr hören.

(Bretz [CDU]: Sie haben ja gar keinen Optimismus!)

Wir reden vom Lausitzring, wir reden von Cargolifter - alle haben es noch in Erinnerung.

(Ministerpräsident Dr. Woidke: Da waren Sie noch gar nicht hier!)

Wir werden also sehen, was dabei herauskommt. Sollten es Arbeitsplätze für das Land Brandenburg sein, würden wir uns darüber freuen. - Nein, die sinnlose Zeche berappt natürlich der kleine Mann. So sieht moderne sozialdemokratische Politik aus. Das betrifft auch die CDU, da gibt es keinen Unterschied mehr.

In der Lausitz sei die „Skepsis mit Händen zu greifen“. Wer konnte das kommen sehen, nach dem rot-roten Dilettantismus der letzten Jahre? Aber dafür hat Herr Woidke ein neues Format entdeckt: den Bürgerdialog. Wenn man jetzt mit Menschen in der Lausitz spricht, dann sensibilisiert man sich vielleicht auch für die Probleme derer, die da leben und arbeiten und auch in Zukunft arbeiten wollen - völlig egal, ob man zur erfolg-

reichen Umsetzung dieser Versprechen geltende Naturgesetze überwinden müsste.

Sie sprachen außerdem das bereits erfolgte Herunterfahren von zwei Kraftwerksblöcken in Jänschwalde an: Davon sind schon 600 Menschen betroffen. Und dann sagten Sie dazu weiter - nichts.

(Bretz [CDU]: So ein Stuss!)

Das dürfte exemplarisch für die zukünftige Unterstützung der Lausitzbewohner sein. Die Demokratisierung der Erneuerbaren ist interessant. Würden Sie hier echten Entscheidungsspielraum zugestehen, würden Sie kein einziges Windrad mehr bauen, weil die Dinger nämlich keiner vor seiner Haustür haben will und Brandenburg jetzt schon völlig verspargelt ist.

(Beifall AfD - Domres [DIE LINKE]: Mann, Mann, Mann!)

Herr Woidke sagt: Brandenburg wird seinen Beitrag zu den Zielen des Klimaabkommens leisten. Großartig! Da sind wir wohl die einzigen. Die Frage ist, um welchen Preis - die Menschen müssen es ja bezahlen.

Zum Schluss noch die Bildungspolitik: Obwohl das Leistungs niveau seit Jahren fällt, wird die durch Radikalegalitarismus geprägte Ideologie auch hier gnadenlos fortgeführt. Totale Inklusion - völlig egal, ob förderungsbedürftige Kinder nicht mehr adäquat gefördert und leistungsstarke Schüler vernachlässigt werden -, Aushöhlung des Leistungsprinzips - symptomatisch hier die Abschaffung von Halbjahreszeugnissen und Ziffernoten in den unteren Jahrgangsstufen, ganz abgesehen von der nicht zielführenden Kompetenzorientierung -, dazu noch das eben erfolgte Bekennen zu noch mehr Quereinstiegern - Verbesserung der Unterrichtsqualität ade! Da nützen auch die ganzen schöngefärbten Plansoll-Überfüllungsberichte nichts. Wenn ich mir das Bertolt-Brecht-Gymnasium in Brandenburg an der Havel anschau und dort einmal durchgehe, sehe ich, dass der Zustand einfach nur bedauernswert ist, und da helfen auch die Luftschlösser, die Sie hier im parlamentarischen Glasturm bauen, nichts.

Angesichts all dessen nützt auch die erwähnte Digitalisierung nichts, über die ich mich freuen würde, wenn sie denn einmal käme. Da ist in der letzten Legislaturperiode nicht viel passiert, in der vorletzten auch nicht - da gab es das Internet übrigens schon.

Dass Niveauabsenkung bei der Bildung der Kern linker Politik ist, weiß jeder, aber dass die Union hier munter mitmacht, ist bezeichnend. Sich in der Opposition als Verfechter einer bürgerlichen Bildungspolitik inszenieren und dann einen Vertrag unterschreiben, in dem das Wort „Gymnasium“ nicht einmal vorkommt - genau mein Humor!

(Beifall AfD - Dr. Redmann [CDU]: Stimmt doch gar nicht! Was erzählen Sie denn für einen Quatsch?)

Darauf, wie Sie die folgende Steigerung der Studienberechtigungenzahlen mit der Stärkung der Ausbildung in Einklang bringen wollen, sind wir schon gespannt.

Alarmiert aufhorchen sollte jeder bei Herrn Woidkes Aussage bezüglich der Immunisierung gegen Demokratiefeinde durch gute Bildung. Wir wissen ganz genau, wer in den Augen von

Rot, Dunkelrot und Grün Antidemokraten sein sollen. Das kennen wir alles von vor 89 - für die Menschen, die hier gelebt und das erlebt haben -: jeder, der nicht links ist.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Sie können es in noch so schöne Chiffren packen: Es bedeutet die Verabschiedung vom Beutelsbacher Konsens und ideologisierten Unterricht, den keiner wollen kann.

(Bretz [CDU]: Kommt bei Ihnen auch mal Inhalt?)

Zusammengefasst: Die Koalition betreibt eine Politik der kulturellen und sozialen Fragmentierung, die unsere Gesellschaft nicht voranbringt. Darunter wird die Demokratie, in der über Sachfragen abgestimmt werden muss, leiden. Eine Gesellschaft ohne Zusammenhalt und öffentliche Sicherheit wird die Folge sein. Das dritte Schlagwort - die Nachhaltigkeit - wird durch eine gegen den Naturschutz gerichtete und klimatisch wirkungslose Klimapolitik ad absurdum geführt. Außerdem werden die Zukunftschancen unserer Kinder durch eine katastrophale linke Bildungspolitik zerstört.

Natürlich darf auch das Bekenntnis zur Auflösung unseres Nationalstaats nicht fehlen - Stichwort EU -, ganz abgesehen von der absurden Gender-Ideologie. Fast schon zum Lachen ist die „geschlechtergerechte Haushaltsführung“. Abgerundet wird das noch vom totalitär miefenden Kampf gegen Rechts, der sich natürlich in der Hauptsache nicht gegen wirklich bekämpfenswerte extreme Bestrebungen richtet, sondern gegen einen parteipolitischen Konkurrenten, dem Sie mit Argumenten einfach nicht mehr beikommen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall AfD)

Von den linken Parteien war das nicht anders zu erwarten. Die Union hat offensichtlich noch nicht genug gelitten, verrät das bürgerliche Lager endgültig und beweist so anschaulich, dass sie eventuell nicht mehr reformierbar ist. Das würde ich persönlich bedauern. Wenn Sie alle Inhalte über Bord werfen, ist natürlich auch klar, dass der Aufbau von Vertrauen zu Ihren neuen Koalitionspartnern nicht sonderlich schwerfiel.

(Bretz [CDU]: Das ist intellektueller Dünnenschiss!)

Das freut uns, da Sie uns hiermit das Alleinstellungsmerkmal als konservativ bürgerliche Volkspartei geben - vielen Dank. Mit der Unterschrift unter dieses Machwerk werden Sie noch mehr Wählern - und übrigens auch den eigenen Mitgliedern - die Augen öffnen.

Eine Gewinnerregion wird die Mark bei der konsequenten Umsetzung dieses Koalitionsvertrags, an der ich auch zweifle, nicht unbedingt. Da kommen mir eher Länder in den Sinn - diese Koalitionen haben ja solche Namen -: Kenia, Afghanistan, Simbabwe; je nachdem, welche Farbe zuerst genannt wird - schön bunt, hört sich alles nicht stabil an. Stabilität hätte Brandenburg jenseits von farbenfrohen Versprechungen aber verdient. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Wir setzen die Aussprache fort. Das Wort hat der Abgeordnete Stohn von der SPD-Fraktion.

(Bretz [CDU]: Herr Kalbitz, möge Ihnen der Weihnachtsmann Besinnlichkeit schenken! - Frau Bessin [AfD]: Sind Sie der Weihnachtsmann?)

Herr Abg. Stohn (SPD):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Präsidentin! Werte Gäste! Was Sie in der letzten halben Stunde gehört haben, war viel schlechte Luft, viel Negatives, viel Polarisierung. Kommen wir doch einmal auf unser schönes Brandenburg zurück.

(Beifall SPD, B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)

Wir reden heute über die nächsten fünf Jahre. Wir haben heute die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gehört. Hier machen sich drei Fraktionen bzw. drei Parteien auf, die nicht den kleinsten gemeinsamen Nenner, nicht die Addition aller Positionen darstellen. Sie sind angetreten, um mit neuem Mut, neuer Kraft die Herausforderungen der Zukunft zu stemmen.

(Dr. Berndt [AfD]: Amen!)

Wir haben uns zusammengerauft, wir haben inhaltlich um die besten Lösungen und Ideen gerungen. Wir sind nicht den einfachen Weg gegangen, sondern haben uns auf einen gemeinsamen Weg verständigt; Formelkompromisse sind unseres nicht.

SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben unterschiedliche Erfahrungen und Ansichten eingebracht. Diese haben wir zusammengeführt und schlagen ein neues Kapitel für Brandenburg auf.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Und ja, es ist wahr: Koalitionen sind keine Liebesheiraten, sondern Bündnisse auf Zeit. Das Besondere an dieser Koalition ist aber, dass wir uns gemeinsam auf den Weg machen und Gegensätze überwinden wollen. Das will ich mit Blick auf den Zustand der Großen Koalition in Berlin auch sagen: An diese Stelle wollen wir nie kommen. Warum? Weil wir miteinander reden werden, anstatt übereinander zu klagen, weil wir nicht ans Mikrofon treten, sondern zum Telefonhörer greifen werden. Wir werden gemeinsam und mit offenen Herzen die Fragen, die die Menschen umtreiben, bearbeiten und lösen. Wir wollen Probleme bewältigen und sie nicht aufbauschen. Das ist in unseren Verhandlungen deutlich geworden: Wir wollen keine kleinen Schritte gehen, sondern die Siebenmeilenstiefel anziehen, und keine Beruhigungspillen verteilen, sondern sinnvolle Verabredungen für die Zukunft unseres Landes treffen.

(Beifall SPD)

Das ist mit diesem Koalitionsvertrag auch gelungen. Er ist mutig, und es wird anstrengend, aber es wird auch spannend in den nächsten fünf Jahren.

Ich für meinen Teil kann versprechen, dass die unterschiedlichen Perspektiven immer erkennbar sein werden. SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden nicht zur Unkenntlichkeit verschmelzen.

(Dr. Berndt [AfD]: Ach nee?)

- Nein.

Und ich kann Ihnen sagen: Nicht jeder Tag der Verhandlungen war gleich schön und gleich einfach. Aber es ist uns gelungen, eine Vertrauensbasis aufzubauen. Die Verhandlungen haben gezeigt: Wir können auch schwierige und schwierigste Dinge miteinander besprechen und zu Verabredungen kommen.

(Beifall SPD, B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)

Wir wollen Gegensätze überwinden und sozialen Fortschritt, ökonomische Vernunft und ökologische Nachhaltigkeit zu einer neuen Politik zusammenführen. Davon haben alle mehr.

(Beifall SPD, B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)

Wir wollen Brandenburg zu einem Gewinnerland machen. Wer wird konkret gewinnen?

Pendler werden gewinnen. Sie werden leichter von A nach B kommen. Es wird längere Züge geben, die mehr Platz bieten. Die Züge werden häufiger fahren, weil wir die Takte verbessern. Sie werden auch schneller fahren, weil wir die Gleise ausbauen.

Und ja, auch Radfahrer werden gewinnen, weil wir die Ausgaben für Radwege deutlich erhöhen, alte Radwege sanieren, sodass man täglich mit dem Rad zur Arbeit fahren oder eben bei Ausflügen durch unser schönes Land reisen kann.

Familien in diesem Land werden gewinnen. Wir werden nämlich die Kitabeiträge abschaffen, damit Familien mehr Geld zur Verfügung haben. Familien werden ihre Kinder mit einem besseren Gefühl in die Kindergärten schicken,

(Dr. Berndt [AfD]: Ach, wird das schön!)

weil wir die Gruppen verkleinern werden und eine Erzieherin im Ergebnis mehr Zeit für die einzelnen Kinder und in diesem anspruchsvollen wie auch wundervollen Beruf weniger Stress haben wird.

(Beifall SPD, B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)

Auch Kinder werden gewinnen. Wir bringen 400 Fachkräfte an die Schulen und bauen multiprofessionelle Teams auf, bestehend aus sozialen, pädagogischen Fachkräften sowie Verwaltungs- und IT-Fachkräften. Wir werden Teams an Schulen vor Ort unterstützen, die vor besonderen Herausforderungen stehen. Der Aufbau dieser Teams wird auf der Grundlage von Sozialindikatoren erfolgen.

Und ja, auch Patientinnen und Patienten werden gewinnen, denn wenn man krank ist, braucht man schnell Hilfe, und die muss überall gewährleistet werden. Deswegen werden wir jedes Krankenhaus in Brandenburg erhalten.

(Beifall SPD, B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)

Eine solide Grundversorgung muss es überall geben. Komplexe Leistungen werden wir an einzelnen Standorten konzentrieren. Und: Brandenburg wird künftig Medizinerinnen und Mediziner selbst ausbilden. Anfang der 90er-Jahre dachten wir noch: Es reicht, wenn eine große Stadt in der Mitte unseres Landes, nämlich Berlin, unsere Mediziner ausbildet. - Das war ein Trugschluss, daraus haben wir gelernt. Jetzt gründen wir eine eigene staatliche medizinische Fakultät und bekommen mehr Fachkräfte. Mit dem Brandenburg-Stipendium stellen wir auch sicher, dass sich genügend Ärztinnen und Ärzte in allen - auch unversorgten - Regionen niederlassen. Denn wir unterstützen diejenigen, die sich schon während ihres Studiums bereiterklären, in diesen unversorgten Regionen zu praktizieren.

Auch Mieter werden gewinnen. Wir haben es heute gelesen: Im Speckgürtel steigen die Mieten mittlerweile auf Berliner Niveau. Daher starten wir eine Wohnungsbauoffensive und nehmen dafür jährlich 100 Millionen Euro in die Hand. Wir werden die Arbeit im Bündnis für Wohnen fortsetzen und uns speziell auf den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau konzentrieren.

(Beifall SPD, B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden auch profitieren und gewinnen. Wir werden die Tarifbindung in Brandenburg stärken.

(Walter [DIE LINKE]: Ab wann?)

Öffentliche Aufträge, also Aufträge aus der Hand aller Brandenburgerinnen und Brandenburger, sollen nur diejenigen erhalten, die auf Tarifniveau oder tarifähnlichem Niveau zahlen.

(Frau Dannenberg und Walter [DIE LINKE]: Wann?)

Außerdem werden wir den Mindestlohn, der ein sozialpolitischer Meilenstein war, armutsfest machen: Wer einen öffentlichen Auftrag erhalten will, muss seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens 13 Euro pro Stunde zahlen. Auch im Bund werden wir uns für eine deutliche Erhöhung des allgemeinen Mindestlohns einsetzen.

(Beifall SPD, B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)

Universitäten werden gewinnen. Wir werden deutlich mehr Geld für Hochschulen ausgeben, denn Brandenburg braucht die klügsten Köpfe. Jedes Jahr wird die Grundfinanzierung der Hochschulen um 5 Millionen Euro angehoben. Das heißt, am Ende der Legislaturperiode stehen insgesamt über 75 Millionen Euro mehr zur Verfügung als heute - für die Zukunft in Forschung und Wissenschaft.

Und, sehr verehrte Damen und Herren, auch der Rechtsstaat wird gewinnen. Durch eine bedarfs- und sachgerechte Ausstattung der Justiz werden Altverfahren abgebaut, Verfahren beschleunigt und der Generationswechsel eingeleitet.

(Beifall SPD, B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Feuerwehr wird gewinnen und damit wir alle. Es wird Geld für Fahrzeuge, moderne Wachen und Ausrüstung geben. Wir wissen: Es geht nicht nur um die Ausstattung, sondern Feuerwehrleute müssen auch fit gemacht und ausgebildet werden. Dafür müssen sie

derzeit nach Eisenhüttenstadt; das ist für manche schwer erreichbar. Deswegen schaffen wir eine zweite Ausbildungsstätte für hauptamtliche und freiwillige Feuerwehrleute, um da Verbesserungen hinzubekommen.

(Beifall SPD, B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)

Wir alle wissen um das Engagement von 40 000 ehrenamtlichen Feuerwehrkräften in diesem Land. Mit der Retterprämie erkennen wir die Leistung an und sagen denjenigen Danke, die immer für uns da sind und ins Feuer gehen, wenn andere dort herausgeholt werden wollen.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

An dieser Stelle herzlichen Dank an unsere Rettungskräfte!

(Beifall des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

Auch Sportlerinnen und Sportler werden gewinnen. Wir investieren in Sportstätten, und Brandenburg bekommt eine neue Attraktion: Wir bauen das Haus des Sports für Spitzen- wie Breitensport. Die Bedingungen für die Aktiven werden also noch besser.

Auch die Landwirte gewinnen, und zwar im Ökolandbau wie auch im konventionellen Anbau. Wir wollen regionale Wertschöpfungsketten stärken, um mit kurzen Transportwegen die Umwelt zu schonen, faire Preise für die Erzeuger zu erzielen und gute Qualität und Frische für die Verbraucher zu garantieren. Beim Ökolandbau liegen wir bereits über dem Bundesdurchschnitt, aber wir wollen noch besser werden.

(Beifall SPD und B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch das Klima gewinnt.

(Dr. Berndt [AfD]: Och, toll!)

Der Klimaschutz wird der Schwerpunkt unserer Arbeit. Wir werden darauf achten, dass die Energieversorgung gesichert bleibt, dass die Menschen, die heute in der Energieregion Lausitz leben, auch in Zukunft eine gute Perspektive haben und dass Strom für die Menschen in ganz Brandenburg bezahlbar bleibt. Und ja, wir werden die Akzeptanz für Windkraft erhöhen. Dafür haben wir bereits in der vergangenen Legislaturperiode den sogenannten Windeuro eingeführt. Das heißt, dass 10 000 Euro pro Anlage und Jahr in den Kommunen, wo die Windräder stehen, ankommen und dort eingesetzt werden können. Das fördert die Akzeptanz der Windkraft. Außerdem halten wir am Abstand von 1 000 Metern zur Wohnbebauung fest. Das sind Beiträge zum Klimaschutz. Auch Klimaschutz geht nicht ohne soziale Akzeptanz bei den Menschen; das ist uns gewiss. Diesen Weg gehen wir also.

(Beifall SPD und B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)

Alle in Brandenburg sollen gewinnen. Deshalb werden wir alle Regionen mit Glasfaser ausstatten und so ein schnelles Internetvergnügen bereiten. Das hilft Unternehmen, die darauf angewiesen sind, und hilft genauso Otto Normalverbraucher, der abends Netflix schauen oder die Weihnachtsgeschenke online bestellen will.

Menschen, denen die Stadt zu eng und zu laut ist, sollen bei uns einen Platz finden. Wohn- und Arbeitsorte sollen gut miteinander verbunden werden. Auch dazu braucht es ein gutes Netz; denn manche wollen an einigen Tagen auch von zu Hause arbeiten. Das ist, was meine Generation will, und das soll sie in Brandenburg finden.

Brandenburg ist attraktiv für früher Abgewanderte: Sie kehren zurück und wollen dort leben, sich niederlassen, wo sie einst groß geworden sind. Es ist eine selbstbewusste ostdeutsche Generation herangewachsen, die gut ausgebildet ist und ihren Beitrag leisten will. Sie alle sollen ihren Platz bei uns finden. Der Siedlungsstern rund um Berlin ist in den vergangenen Jahren größer geworden. Wir wollen die Zacken noch länger machen, die Strahlkraft soll erhöht werden - bis weit in den ländlichen Raum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Brandenburg wird gewinnen. All diese Projekte und Maßnahmen bringen unser Land voran. Aber diese Entwicklung wollen wir jetzt beschleunigen - mit dem Zukunftsinvestitionsfonds.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE - Dr. Berndt [AfD]: Ohl!)

Das ist zinspolitisch wie konjunkturpolitisch eine kluge Entscheidung, denn Brandenburg braucht Investitionen. Es geht nicht nur um das Decken von Bedarf oder die Abkehr vom falschen Sparen oder Sparen auf Kosten der Infrastruktur. Ich glaube, es ist auch ein Beitrag zur Demokratie. Denn es ist die Antwort auf die Erwartung, dass alles jetzt, gleich, schnell, ja sofort passieren muss. Und ich habe die feste Erwartung, dass auch der Bund sich Brandenburg zum Vorbild nehmen wird.

(Zuruf von der AfD)

Denn es ist ja nicht nur die gemeinsame Empfehlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des BDI, sondern auch von vielen anderen. Ich glaube, dass dies der richtige Weg ist, um unser Land schneller in die Zukunft zu führen.

(Beifall SPD und B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)

Wir werden das Miteinander stärken, um das Land insgesamt stärker zu machen. Wir wollen, dass Menschen einander begegnen und das Verständnis füreinander wächst. Ich möchte keine fragmentierte und individualisierte Gesellschaft, in der nur der Lauteste Recht bekommt. Ein altes Sprichwort sagt: Das schlechteste Rad am Karren ist meistens das lauteste.

(Dr. Berndt [AfD]: Deswegen demonstrieren Sie mit der Antifa!)

Hören Sie also auch den Leisen zu, geben Sie auch den Schwachen eine Stimme! Seien Sie offen für kluge Gedanken, machen Sie Politik für alle! Wir sind das Parlament für alle Brandenburgerinnen und Brandenburger.

(Frau Dannerberg [DIE LINKE]: Es ist gut, dass es die Antifa gibt! - Frau Bessin [AfD]: Ach, das ist ja eine tolle Aussage!)

- Würden Sie Ihren Dialog bitte in der Pause führen? - Vielen Dank.

Für die SPD gilt: Wir sind für alle in Brandenburg da - nicht nur für diejenigen, die uns gewählt haben. Das unterscheidet uns übrigens von einer anderen hier im Parlament vertretenen Partei.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Berndt [AfD])

Die ersten Tage haben es wieder deutlich gemacht: Sie haben nicht den Anspruch, Politik zu machen, Sie haben nicht den Anspruch, Probleme zu lösen. Nein, Sie bauschen Probleme auf, Sie schaffen Probleme und halten die Arbeit hier im Parlament auf,

(Zuruf der Abgeordneten Duggen [AfD])

zum Beispiel mit nicht enden wollenden Abstimmungen über immer wieder neue Personalvorschläge für das Amt eines überparteilich und neutral agierenden Präsidiumsmitglieds: Sie machen keinen vernünftigen Vorschlag, schlagen keine Person vor, die wählbar ist oder sich auf den Straßen und Marktplätzen dieses Landes auch einmal für Zusammenhalt statt für Spaltung einsetzt.

(Dr. Berndt [AfD]: Demokratie ist so anstrengend, Herr Stohn, nicht? - Keller [SPD]: Deswegen ist auch keiner da - wo sind denn Ihre Leute?!)

- Man kann das so machen, aber dann macht man halt nichts für die Menschen, Herr Berndt, sondern nur für sich. Ich bin mir sicher, dass die Menschen im Land dieses Schauspiel auch durchschauen.

(Dr. Berndt [AfD]: Das wollen wir mal sehen!)

Wir machen Politik mit den Menschen und für alle Menschen.

Herr Kalbitz - was wundert es mich! - ist nicht da; also werde ich meine Redezeit auch nicht auf die ganzen Stöckchen verwenden, die er uns hingehalten hat.

(Beifall SPD und B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)

Denn wir kennen die Methode: Sticheln und provozieren - und hinterher in die Kamera heulen! - Ach, jetzt weiß ich, was er macht.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das bringt unser Land nicht weiter. Wir wollen Menschen zusammenbringen und gesellschaftliche Konflikte lösen. Sie, die Konflikte entfachen und anheizen, werden in uns entschiedene Gegner finden.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE sowie des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

Brandenburg ist ein tolerantes Land. Die größten Herausforderungen, die uns aufgegeben wurden, haben wir immer im Miteinander bewältigt. Wir wissen um diese Stärke Brandenburgs. Unser Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke und die ihn tragende Fraktion setzen auf Zusammenhalt und wollen mit praktischen Verbesserungen den Lebensalltag der Menschen besser

gestalten. Wir werden alles dafür tun, Brandenburg zu einem Gewinnerland zu machen.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Wir konzentrieren uns auf den Auftrag, den uns die Bürgerinnen und Bürger erteilt haben. Die Menschen erwarten, dass wir die Probleme lösen.

(Dr. Berndt [AfD]: Von Ihnen nicht!)

Unser Job ist es, den Rahmen dafür zu organisieren, dass Menschen ihre Talente entdecken und ausleben können, dass sie Familien gründen und ihren Enkeln einen lebenswerten Planeten hinterlassen. Wir wollen dafür sorgen, dass alle von ihrer Arbeit leben können,

(Zuruf der Abgeordneten Duggen [AfD])

am liebsten in tariflichen Beschäftigungsverhältnissen.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE sowie des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

Wir wollen dafür sorgen, dass mehr Menschen mit Bus und Bahn fahren können, um ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Wir wollen dafür sorgen, dass der Kohleausstieg begleitet wird, dass die Versorgungssicherheit erhalten bleibt und neue Perspektiven für die Menschen in der Region entstehen. Wir lassen uns nicht aufhalten und werden mit neuer Gestaltungskraft in diese Legislaturperiode gehen. Dabei geht unser Gestaltungsdrang über diese Legislaturperiode hinaus.

(Dr. Berndt [AfD]: Um Gottes willen!)

Der Kompromiss für die Strukturentwicklung in der Lausitz umfasst 20 Jahre und reicht bis ins Jahr 2038. Wir werden dafür sorgen, dass die Zeitschiene, wie sie im Kohlekompromiss verabredet ist, verlässlich eingehalten wird. Nur dann fassen Menschen Vertrauen und gewinnen Sicherheit. Im Jahr 2050 soll unser Land klimaneutral wirtschaften und leben. Das, liebe Kritiker, zeigt, welchen Ehrgeiz diese Koalition hat - weit mehr, als uns die linke Seite der Opposition attestiert. Sehr geehrte Kathrin Dannenberg, sehr geehrter Sebastian Walter, ich freue mich auf Ihre kritischen Beiträge, von denen wir in den vergangenen Tagen ja schon einiges hören durften. Und da gerade Weihnachtszeit ist, erlaube ich mir, einen Wunsch zu äußern.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Weihnachtsstollen für alle! - Walter [DIE LINKE]: Von Frau Theiss! - Heiterkeit DIE LINKE)

- Das müssen Sie mit ihr selbst verabreden.

Ich habe den Wunsch, dass eure Beiträge von Sachlichkeit geprägt sind

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Immer!)

und das Ziel haben, eure Ideen einzubringen. Denn auch eine Oppositionspartei hat zwar das Recht, alles zu diskreditieren, was von der Koalition kommt, auch gegen die eigenen Über-

zeugungen - siehe Zukunftsinvestitionsfonds. Doch wäre es nicht besser, wenn dieses Schauspiel nicht täglich aufgeführt würde?

Ich hoffe, dass Sie nicht immer nur das Haar in der Suppe suchen. Sie dürfen gern loben, wo Lob angebracht ist, und sollen dort kritisieren, wo Kritik nötig ist. Dann entsteht in diesem Parlament ein Ideenwettbewerb, der unserem Land hilft, der es voranbringt. Das wäre ostdeutscher Pragmatismus, und das würde Brandenburg gut zu Gesicht stehen.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE - Frau Dannenberg [DIE LINKE]: Da klatscht die CDU! Ich lache mich kaputt!)

Deswegen an dieser Stelle meinen herzlichen Glückwunsch an Kathrin Dannenberg und Sebastian Walter. Ich freue mich auf den Austausch. Wir werden

(Walter [DIE LINKE]: Wir werden viel Spaß miteinander haben!)

viel Spaß miteinander haben und uns mit euren Anträgen sachlich befassen sowie unseren Standpunkt dazu entwickeln und erläutern.

Nur in einem solidarischen Wettstreit um die besten Lösungen kann man die Herausforderungen derzeit bewältigen - wie es gerade in der Lausitz passiert: Verschiedene Seiten setzen sich an einen Tisch und suchen einen gemeinsamen Weg. Das ist ein gutes Beispiel für Zusammenhalt in diesem Land.

In diesem Geist wurde diese Koalition ausgehandelt und beschlossen. Diese Koalition ist auch Ausdruck des Wählerwillens der Brandenburgerinnen und Brandenburger. Das Signal dabei lautet: Arbeitet zusammen und macht das Beste daraus! - Das werden wir tun.

Liebe Freie Wähler, Sie haben angekündigt, die Straße ins Parlament tragen zu wollen. Ich hoffe aber auch, dass Sie das Parlament auf die Straße tragen. Wir jedenfalls werden das tun. Wir sind ein offenes Parlament und öffnen unsere Türen. Wir suchen das Gespräch mit unseren Gästen und hören zu. Wir werden aber auch hinausgehen - mehr als in der Vergangenheit. Mit mir als Vorsitzendem der SPD-Fraktion werden wir unterwegs sein. Wir werden eine Fraktion sein, die das Gespräch sucht, Beschlüsse erläutert und genauer nachfragt. Meine Fraktion besteht nur aus direkt gewählten Abgeordneten. Das zeigt, wie stark verankert die SPD-Abgeordneten in ihren Regionen sind.

(Frau Bessin [AfD]: Das zeigt, wie stark die SPD geschrumpft ist!)

Da, wo wir jedoch nicht gewonnen haben, wo wir keine Direktmandate gewinnen konnten, werden wir stärker als zuvor unterwegs sein. Denn das ist die logische Konsequenz aus dem, was ich gesagt habe: Wir machen Politik für ganz Brandenburg, für jede Region und für alle Menschen.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Wir Brandenburgerinnen und Brandenburger können mit einem Stolz darauf zurückblicken und sehen, was wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten erreicht haben. Der Zusammenhalt war dabei immer unsere größte Stärke. Das

Miteinander und die Bereitschaft, sich neu aufzumachen, etwas zu wagen, ist doch das, was uns heute weiterbringt, damit in 30 Jahren die Brandenburgerinnen und Brandenburger sagen können: Ihr habt damals die Weichen richtig gestellt und unser Land auf einem sicheren, auf einem soliden Kurs gehalten; beherzt und ohne Übermut, mit dem Sinn für das Machbare, dem Gespür, dass jede Veränderung neue Sicherheiten stiften muss, mit dem Willen zur Erneuerung, ohne Bewährtes aufzugeben. - Das ist unser Auftrag aus der Landtagswahl. Dem stellen wir uns. - Vielen Dank.

(Starker Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Meine Damen und Herren, von der Abgeordneten Bessin wurde eine Kurzintervention angezeigt. Dazu muss ich jetzt auf § 29 Abs. 7 unserer Geschäftsordnung verweisen. Dort heißt es:

„Während der Fragestunde sowie einer Regierungserklärung sind Fragen zu einem Redebeitrag sowie Kurzinterventionen nicht zulässig.“

(Vereinzelt Beifall SPD)

Das Wort hat der Abgeordnete Walter für die Fraktion DIE LINKE.

Herr Abg. Walter (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Lieber Herr Stohn, ich musste mir nach Ihrer Rede gerade noch die Freudentränen wegwischen.

(Stohn [SPD]: Es freut mich, Sie gerührt zu haben!)

- Ja, ich sage Ihnen, Sie haben mich gerade an der Stelle zu Tränen gerührt, als Sie von Schauspielerei geredet haben. Also der Schauspieler, der hier die Märchen erzählt, waren heute leider Sie. Aber so ist es.

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt AfD)

- Ihren Applaus brauche ich ganz sicher nicht.

(Lachen bei der AfD)

Sehr geehrter Herr Woidke, was Ihre neue Koalition anbelangt, so sprechen Sie sich selbst schon ziemlich viel Mut zu, auffällig viel Mut zu.

Übrigens schön, dass Sie alle schon so miteinander lachen können. Das ist ja wichtig.

(Stohn [SPD]: Es ist ja auch bald Weihnachten!)

Hoffen wir also, dass auch die Menschen in Brandenburg in den vor uns liegenden Jahren viel zu lachen haben.

Herr Ministerpräsident, Sie haben viel und lange geredet, aber kaum etwas Konkretes gesagt. Wie sieht Brandenburg Ihrer

Rede zufolge aus, Herr Ministerpräsident? - Man könnte es auf den Punkt bringen: Brandenburg goes to heaven, weil Tesla nicht nur nach Grünheide kommt, sondern auch zum Mars mit eigener Rakete fliegt. Aber der Mars ist weit weg. Das Leben ist hier auf Erden, jeden Tag.

Sie sprechen von Gewinnerregionen - viele schöne Worte -, aber wer sollen die Gewinnerinnen und Gewinner sein, Herr Woidke?

Sie reden einerseits von den klügsten und engagiertesten Menschen aus ganz Deutschland, aus ganz Europa und am besten aus der ganzen Welt, die nach Brandenburg kommen sollen, und andererseits von vor allem älteren Ostdeutschen, die in ihrem Leben mit Brüchen fertigwerden mussten und nun skeptisch gegenüber Veränderungen sind. Was aber bieten Sie diesen Menschen?

Man hat den Eindruck, „Gewinnerregion“ wird eher zur Belebungsformel für Tesla-Tanz im märkischen Sand. Sie zitieren hier Gewinnerregionen. Sie sagen, die „Gewinnerregion“ ist ein Wort, das man nicht leichtfertig in die Welt setzt. Dazu braucht es Mut und Zuversicht, und das Wichtigste ist Vertrauen. - Sie wollten eigentlich sagen, dass diese Marktwirtschaft aus Sicht der Landesregierung etwas sozialer sein könnte. Aber nicht einmal diesen Satz haben Sie gesagt. Sie haben nicht einen einzigen Satz zur sozialen Situation in diesem Land gesagt, obwohl die Probleme so groß sind.

(Beifall DIE LINKE)

Dann haben Sie gesagt: Brandenburg, da will ich hin, denn da kann man Zukunft gestalten.

Herr Woidke, Sie redeten davon, dass Sie viel im Land unterwegs waren und noch mehr unterwegs sein wollen. Na, dann machen wir uns beide einmal gemeinsam auf eine Reise. Als Erstes gehen wir in meine Autowerkstatt, wo wir den Kfz-Mechaniker treffen, der in zwei Jahren in Rente geht. Wenn der „Gewinnerregion“ hört, dann denkt er an blühende Landschaften, dann denkt er an Treuhand und dann denkt er an seinen Rentenbescheid, der ihm 560 Euro im Monat voraussagt. Er wird Sie fragen, ob Sie überhaupt wissen, wie es sich anfühlt, nach 40 Jahren harter Arbeit eine solche Klatsche von der Rentenversicherung zu bekommen. Dann schaut er erstaunt und neidvoll auf Tesla. Denn er will seit fünf Jahren eine kleine Nebenhalle bauen und wartet seitdem auf eine Genehmigung. Keiner, keine Taskforce hilft ihm, ihm nicht und vielen anderen auch nicht, aber dem mächtigen Tesla-Konzern, der anders als mein Kfz-Mechaniker bisher nicht einen einzigen Cent Steuern gezahlt und auch nicht einen Arbeitsplatz geschaffen hat.

Ich sage Ihnen ganz deutlich - ich will nicht, dass Sie mich an der Stelle missverstehen -: Natürlich begrüßen wir eine solche große Investition.

(Dr. Redmann [CDU]: Ach ja!)

Diese Investition ist übrigens nicht vom Himmel gefallen, und Herr Musk hat nicht darauf gewartet, dass Herr Redmann mit seiner Fraktion mit in die Landesregierung kommt,

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE)

sondern diese Investition von Tesla ist natürlich auch Ergebnis von rot-roter Politik in den letzten Jahren.

(Lachen bei SPD und CDU - Dr. Redmann [CDU]: Ach nee!)

- Na, zumindest von linker Politik. Dass die SPD lacht, ist auch klar.

(Beifall DIE LINKE - Bretz [CDU]: Und der Rentenbescheid?)

Wissen Sie, was jetzt der Unterschied ist? - Der Unterschied, Herr Bretz, ist, dass zumindest wir deutlich machen werden, dass Herr Musk nicht denken soll, dass Brandenburg hier zum wilden Osten wird und er hier wilder Osten spielen kann. Arbeitsplätze darf es nur noch mit guten Löhnen und guten Arbeitsbedingungen geben - anders als bei ihm zu Hause. Dafür tragen wir alle hier direkt Verantwortung.

(Beifall DIE LINKE - Zuruf des Abgeordneten Stohn [SPD])

Herr Stohn, ich nehme Sie auch gern mit. Dann fahren wir jetzt also mit Herrn Stohn und Herrn Woidke gemeinsam nach Frankfurt (Oder). Da treffen wir die alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern, einem vier Jahre alten Kind und einem acht Jahre alten Kind. Sie arbeitet dort im Callcenter.

(Bretz [CDU]: Ist Herr Wilke auch dabei?)

Diese junge Mutter hat Sie gewählt, Herr Woidke. Wissen Sie, warum? - Weil Sie, Herr Woidke, und Ihre SPD - erstens - kostenlose Kitas und - zweitens - kostenloses Mittagessen an den Schulen versprochen haben. Was sagen Sie dieser Frau jetzt? - Kostenlose Kitas, vielleicht in ein paar Jahren, vielleicht in nur einem Jahr. Einmal schauen. Mittagessen? - Fehlanzeige. Aber kein Problem, denn dafür gibt es ja jetzt Noten in den Klassen 1 und 2. - Herzlichen Glückwunsch!

(Heiterkeit der Abgeordneten Dannenberg [DIE LINKE])

Davon wird zwar kein Kind satt, aber die CDU kann lachen. Glückwunsch!

(Beifall DIE LINKE)

Diese Mutter wird Sie fragen, Herr Ministerpräsident, ob Sie wissen, wie es sich anfühlt, wenn man den Briefkasten aus Angst nicht mehr aufmachen will, weil darin sowieso nur noch Mahnungen und Rechnungen sind, die sie nicht bezahlen kann. Davon, Herr Ministerpräsident, gibt es Tausende in diesem Land. Was haben Sie denen zu sagen?

Nun betrachten wir meinen Neffen: Der ist jetzt 15 Jahre alt und hört Ihren Satz, dass man hier Zukunft gestalten könne. Dann schaut er sich die Zukunft einmal konkret an, will hier in Brandenburg eine Ausbildung oder ein Studium absolvieren. Seine Freunde in Westdeutschland lachen, weil die für denselben Beruf, den er ergreifen will, monatlich 600 Euro brutto mehr bekommen. Dann hört er im Radio, dass BASF in Brandenburg investieren könnte - was wir auch begrüßen -, aber die Begründung lässt ihn tatsächlich zweifeln. Denn die Begründung, die wir zumindest gestern lesen konnten, lautete, dass man nach

Brandenburg kommen könne, weil es hier für den Konzern geringere Lohnkosten als in Westdeutschland geben werde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Reklame für das Billiglohnland Brandenburg hatten wir doch schon einmal. Das hat uns in soziale Schieflagen geführt. Das hatten wir 10 Jahre lang, als es die sogenannte Große Koalition aus SPD und CDU hier gab. Ich habe gehofft, die SPD hätte daraus gelernt. Ich hoffe, es bleibt dabei: Machen Sie keine Reklame für Billiglohnpolitik, lassen Sie die CDU erzählen, aber bleiben Sie dabei: Wir brauchen gute Löhne in diesem Land, und nicht erst nächstes oder übernächstes Jahr, sondern möglichst schnell.

(Beifall DIE LINKE - Zuruf von der AfD: Was haben die Gewerkschaften 30 Jahre lang getan?)

Es ist eben nicht so, lieber Herr Ministerpräsident, dass die Zeiten der schlechten Löhne vorbei sind. Immer noch arbeitet jeder dritte Brandenburger im Niedriglohnbereich, jeder zweite junge Mensch arbeitet befristet. Das sind auch Tausende, und was sagen Sie denen?

Ich sage Ihnen einmal, was ich dazu in Ihrer Rede lese. Sie reden von Zusammenhalt, Sicherheit und Nachhaltigkeit. Und wo ist die Gerechtigkeit?

(Stohn [SPD]: Das ist miteinander verknüpft!)

Wo ist die Gerechtigkeit, lieber Herr Stohn?

(Raschke [B90/GRÜNE]: Die entsteht aus der Verbindung!)

Lieber Herr Woidke, in Ihrer Rede kommt das Wort ganze drei Mal vor, und auch nur in Bezug auf Finanzpolitik. Chancengerechtigkeit nennen Sie auch an einer Stelle. Sie behaupten, Sie hätten eine Vielzahl von Vorhaben, Maßnahmen, Projekten und Ideen - die hätte ich übrigens heute gern gehört -, aber wenn es um konkrete Maßnahmen geht, nennen Sie an allererster Stelle die Neuverschuldung in Höhe von 1 Milliarde Euro. Das ist schon bemerkenswert. Und dann sagen Sie, dass das kein Widerspruch zu nachhaltiger Finanzpolitik wäre.

Lieber Herr Woidke! Unser ehemaliger Finanzminister, Christian Görke, hat nicht ohne Widerstand in den letzten 10 Jahren fast 1 Milliarde Euro an Schulden abgebaut. Und nach 10 Jahren haben Sie keine neue Idee? Sie setzen sich tatsächlich am Ende Ihrer Koalitionsverhandlungen zusammen, und dann kommt der Vorschlag: Wir machen mal ein Investitionspaket im Umfang von 1 Milliarde Euro. - Das hatten wir schon im letzten Plenum. Und Sie haben bis heute kein konkretes Projekt genannt, was tatsächlich zusätzlich ist.

(Beifall DIE LINKE - Dr. Redmann [CDU]: Sie müssen zu hören!)

Deshalb sage ich Ihnen ganz deutlich: Dieses Projekt zeigt doch Ihre Ideenlosigkeit für dieses Land. Und was soll denn der Zukunftsinvestitionsfonds bringen?

(Bretz [CDU]: Das sagen wir Ihnen!)

- Herr Woidke hat es mir ja schon gesagt, Herr Bretz. Hören Sie einmal zu, wenn Sie auch vorhin nicht zugehört haben: Das

kommunale Investitionsprogramm soll davon finanziert werden. Das hat Herr Woidke heute gesagt. Hatten wir das nicht schon in der letzten Legislaturperiode?

(Bretz [CDU]: Er hat von einem KIP II gesprochen!)

Haben wir es nicht schon? Was ist denn an dieser Stelle tatsächlich zusätzlich?

(Bretz [CDU]: KIP III!)

- Es wird ja noch besser, Herr Bretz, ganz ruhig. - Das nächste Beispiel ist: Was soll aus diesem Zukunftsinvestitionsprogramm an Zusätzlichem finanziert werden, etwas, das dieses Land nach vorne bringt, damit die Märchen, die Herr Stohn erzählt, auch tatsächlich wahr werden?

Was kommt als Nächstes? Die Kofinanzierung von Bundesmittern. Verdamm kreativ, liebe Koalition, wirklich. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall DIE LINKE - Dr. Redmann [CDU]: Das habt ihr doch damals nicht hinbekommen!)

Dann sagt Herr Woidke, er will Funklöcher schließen. Das Programm, auf das er sich bezieht, ist übrigens aus der letzten Legislaturperiode. Also auch da wird es keine Finanzierung geben.

(Zuruf von der SPD)

Und Herr Woidke, Sie und auch viele andere Parteien haben oft genug, auch im Wahlkampf, gesagt - und das wissen Sie auch -: Wir können noch 1 Milliarde für neue Funkmasten ausgeben. - Obwohl das gar nicht unser Job ist. Wir machen den Job von privaten Konzernen, die 20 Milliarden Euro Umsatz machen; mit zwei Dritteln Kofinanzierung bauen wir denen die Funkmasten: um das Mobilfunkproblem in diesem Land zu lösen, damit Herr Stohn auf dem Handy Netflix bekommt, damit die Leute besser bei Amazon ihre Geschenke bestellen können - wobei ich besser fände, wenn Sie nicht bei Amazon bestellten, sondern vor Ort einkaufen gingen, Herr Stohn.

(Beifall DIE LINKE)

Das Einzige, was tatsächlich helfen würde, wäre das nationale Roaming. Ich möchte Ihnen das erklären, vielleicht nehmen Sie es mit, Herr Stohn, das wäre eine Idee von uns, auch Herr Woidke hat es im Wahlkampf öfter erwähnt.

(Stohn [SPD]: Das ist nicht Ihre Idee!)

- Na, das ist doch gut, dann setzen Sie sie um! Lassen Sie es mich trotzdem erklären, vielleicht hilft das ja noch: Sie sind D1-Kunde. Und dann sind Sie irgendwo, wollen Netflix gucken und sehen: Ich habe keinen Empfang. - Gleichzeitig ist es aber so, dass Sie mit dem D2-Netz Netflix empfangen könnten.

(Stohn [SPD]: Das ist wieder ein ganz anderes Problem!)

Was könnten wir tun? Wir könnten dafür sorgen, dass die Konzerne endlich ihre Verantwortung wahrnehmen - was in Ost-europa überall möglich ist. Wissen Sie, was die machen? Die

verpflichten die Konzerne, dass sie auch Kunden anderer Netze dieses Netz zur Verfügung stellen. Wenn Sie das endlich machen würden, hätte das etwas mit Mut zu tun.

(Beifall DIE LINKE - Kalbitz [AfD]: Wo wart ihr in den letzten fünf Jahren?)

Nicht ideenreich ist übrigens auch der Koalitionsvertrag. Ich verstehe es ja. Sie sagen, Sie haben die schnellste Koalitionsvereinbarung geschafft usw. usf. Am Ende gab es Smoothies, das war auch schön zu sehen.

(Zuruf von der CDU)

- Nein, tatsächlich gar nicht. - Aber ich sage Ihnen: Ideenreich ist der Koalitionsvertrag nicht, denn immer dort, wo es konkret wurde, gibt es Prüfaufträge - 55 Prüfaufträge. Entschuldigen Sie bitte, wissen Sie, was ich heute eigentlich erwartet habe? Aber wenn man sich die 55 Prüfaufträge anschaut, wundert es einen ja auch nicht. Sie kriegen es ja nicht einmal fertig, ein 100-Tage-Programm aufzuschreiben, in dem Sie all Ihre Ideen und erste Schritte mal ganz konkret formulieren. Das würde uns doch schon reichen, da würden wir Sie auch gern unterstützen. Aber Sie bauen hier jahrelange Wunschkonzerte auf, und wir werden in fünf Jahren hier sitzen und sagen: Oh, wir haben 1 Milliarde Euro mehr Neuschulden, aber wirklich passiert ist hier nichts.

Sie haben also nicht einmal ein 100-Tage-Programm auf die Reihe bekommen, sondern Sie haben zu prüfende Maßnahmen und einen bunten Dschungel aus Strategien. Herzlichen Glückwunsch, liebe Kenia-Koalition!

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Redmann [CDU])

Diese Koalition wird dem eben nicht gerecht, was nötig ist.

Viele Menschen lesen jeden Tag, was Sie ihnen sagen, Herr Ministerpräsident: dass die Arbeitslosigkeit so gering wie nie ist, dass die Renten steigen und jetzt Investitionen wie nie in das Land fließen. Ja, die Statistiken sind gut, aber das Leben ist eben immer konkret. Und da gibt es noch viel zu viele Menschen, die in den Überschriften und Ihren Statistiken offensichtlich nicht vorkommen. Das ist die Wahrheit, und das muss man hier auch deutlich sagen.

(Beifall DIE LINKE)

Sie erklären der alleinerziehenden Mutter, dem vor der Rente stehenden Kfz-Mechaniker und meinem Neffen, dass sie Lebensmittel nicht mehr billig bekommen. Richtig, wir wollen nicht, dass die Landwirtschaft wegen der niedrigen Preise kaputtgeht. Aber dann müssen wir auch dafür sorgen, dass mein Neffe, der Kfz-Mechaniker mit rund 560 Euro Rente und die alleinerziehende Mutter tatsächlich das Geld haben, um es ordentlich zu investieren, um gute Lebensmittel zu kaufen und dabei nicht ein neues Finanzproblem zu bekommen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich habe das Gefühl, dass Sie deren Verbitterung, Enttäuschung und Sorgen nicht hören.

Sie haben von einem Rauschen in der Leitung gesprochen. Sie haben von Sendern und Empfängern in der brandenburgischen Politik geredet, die derzeit anscheinend nicht oder zu wenig zusammenkommen. Aber wissen Sie, Herr Woidke, Sie gehen dabei davon aus, dass es die Bürgerinnen und Bürger sind, die durch dieses Rauschen die Politik nicht richtig wahrnehmen. Ich denke, es ist umgekehrt: Sie sind es, der durch das Rauschen die Bürgerinnen und Bürger nicht richtig wahrnimmt. Das Rauschen liegt bei Ihnen, Herr Woidke.

Das ist die Lage, wenn man über Kommunikationsprobleme in der brandenburgischen Politik spricht. Es rauscht eben jetzt schon so einiges an dieser sogenannten Kenia-Koalition vorbei. Das Wahlergebnis vom 1. September ist ja nicht deswegen so ausgefallen, wie es ausgefallen ist, weil die Wählerinnen und Wähler endlich eine Koalition haben wollten, wo drei Partner viel miteinander lachen können,

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

oder weil es die AfD gibt.

(Zuruf von der AfD: Sonder?)

Wir alle, meine Damen und Herren von SPD, CDU und Grünen, haben doch eine Lehre erteilt bekommen. Wir alle müssen doch lernen, dass unsere bisherige Politik nicht auf der Höhe der Zeit ist,

(Beifall AfD)

dass sie eben nicht die Gewissheit vermittelt - bleiben Sie mal ganz entspannt, zu Ihnen komme ich gleich noch -, dass man damit die Anforderungen von heute und morgen packt und der Zukunft gerecht wird, dass Politik in dem Stil, wie wir sie bisher gemacht haben, kein Vertrauen schafft. Das ist doch das Problem und nicht, dass die Leute zurück in Mief und völkischen Aberwitz

(Lachen bei der AfD)

oder in die 30er-Jahre wollen.

Wir als Linke haben jedenfalls begonnen, daraus unsere Lehren zu ziehen. Menschen glauben nicht, dass es in ihrem Interesse vorangehen wird, dass es anders wird als bisher. Deswegen mauern sie sich ein. Wir müssen Ihnen wieder Sicherheit geben, Dinge ansprechen, die 10 Jahre nicht angesprochen worden sind. Klare Kante heißt: die wirklichen Probleme ansprechen. Was vor uns liegt, wird nur funktionieren, wenn es Sicherheit gibt - wie Herr Woidke gesagt hat -, aber vor allem soziale Sicherheit, und die muss konkret sein und darf nicht irgendwo in der Zukunft liegen.

(Beifall DIE LINKE)

Was schlussfolgern wir daraus? Wir schlussfolgern daraus, dass wir einen handlungsfähigen Staat brauchen, was die Rückerlangung des Öffentlichen bedeutet - nicht mehr und nicht weniger. Auch Sie alle müssen doch sehen - egal ob bei den Funkmasten, der Krankenhausversorgung, bei den Bussen, beim Straßenbau -, dass der Spruch „Der Markt regelt alles!“ schon lange nicht mehr trägt. Der Markt regelt doch nur eines: Die Profite von ganz wenigen auf Kosten ganz vieler. Das sehen wir jeden Tag in den Pflegeheimen in diesem Land, das

sehen wir jeden Tag in den Krankenhäusern in diesem Land und auch in Kultureinrichtungen dieses Landes.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn wir auf die dynamischen Entwicklungen und den Wandel, den Herr Woidke angesprochen hat, reagieren wollen, müssen wir die Frage stellen: Wem gehört das Land? Es gibt Bereiche, mit denen darf man keinen Profit machen, weder mit Gesundheit noch mit Bussen, Bahnen oder Wohnen. Wir müssen die Dinge wieder selbst in die Hand nehmen, um Zukunft gestalten zu können, um sie in allen Regionen zu sichern. Öffentliche Daseinsvorsorge sichert man nicht mit Regionalbeauftragten, denen man 100 000 Euro in den Koffer packt und die dann einmal im Jahr herumlaufen und irgendwelche Vereine glücklich machen, sondern öffentliche Daseinsvorsorge in allen Regionen sichert man dadurch, dass man sie selbst in die Hand nimmt und das auch ordentlich ausfinanziert.

(Beifall DIE LINKE)

Wir unterstützen Sie dabei, wenn Sie die Dinge ernsthaft selbst in die Hand nehmen und sich auch sicher sind, dass wir das können. An dieser Stelle helfen auch keine Überschriften, sondern nur handlungsfähige Politik. Dazu, Herr Woidke, bräuchte man Mut und störungsfreie Leistungen.

Wenn es um diese wirklichen Dinge geht, können wir auch gerne zusammenarbeiten, aber nicht so, wie Sie es heute in Ihrer Rede dargestellt haben. Ich kann verstehen, dass Sie die Leute im Land motivieren wollen. Das können und wollen wir unterstützen. Aber es fehlt uns an konkreten Projekten an der richtigen Stelle mit wirklich sozialer Substanz. Das ist ziemlich schade und eigentlich gar nicht zum Lachen.

Sie appellieren viel, benennen Absichten, aber dann kommt erst einmal eine Weile nichts und dann etwas Dünnnes, Überschriften, hinter denen bereits nach einer Woche immer weniger steht, dafür immer mehr Fragezeichen. Ich habe am Anfang gedacht - auch bei Tesla und auch bei anderen Bereichen -, dass Sie die Karten, die Sie in der Hand haben, einfach nicht auf den Tisch legen wollen, weil Sie noch Geheimverhandlungen führen oder andere Dinge. Das könnte ich verstehen, das hat etwas mit seriöser Politik zu tun. Aber ich habe immer mehr das Gefühl, Sie haben gar keine Karten in der Hand.

(Beifall der Abgeordneten Johlige [DIE LINKE])

Ich kann nur hoffen, dass Sie noch ein paar Asse im Ärmel haben; denn sonst enttäuschen Sie Hoffnungen, und das wollen wir hier alle nicht.

(Beifall DIE LINKE)

Gestern konnten wir erleben, dass es mittlerweile so viele Investitionsankündigungen gibt wie noch nie. Das ist tatsächlich spannend. Es sind so viele Investitionen, dass nicht einmal in Ihrer Regierung klar ist, wer sich denn nun als Erster damit brüsten kann. Fangen Sie mit konkreter Politik an und hören Sie mit diesen ganzen PR-Kampagnen der letzten Woche und auch der von heute endlich auf! Die Jagd nach Überschriften hilft niemandem in diesem Land. Das haben wir tatsächlich in den letzten Jahren, als wir noch gemeinsam in einer Koalition waren, deutlich anders gemacht.

(Zuruf des Abgeordneten Stohn [SPD])

Ich sage Ihnen auch: Wir könnten auch anders in diesem Land. Die Leute warten seit dreißig Jahren auf gerechte Löhne und auf Anerkennung.

(Zuruf von der AfD)

Wir könnten jetzt ... Davon haben Sie keine Ahnung, bleiben Sie mal ganz entspannt.

(Weitere Zurufe von der AfD)

- Ja, Ihr Fraktionsvorsitzender war da noch in Bayern. Also: Jetzt könnten wir ...

(Zurufe von der AfD)

- Ich rede nicht mit Nazis.

(Gelächter bei der AfD - Frau Bessin [AfD]: Wir auch nicht!)

Ich sage Ihnen deutlich: Wir könnten jetzt die Tarifreuereregelung einführen. Jetzt! Dafür brauchen wir nicht zwei Jahre Planung. Das machen andere Bundesländer auch. Wir könnten jetzt den Vergabemindestlohn auf 13 Euro erhöhen. Wir könnten jetzt dafür sorgen, dass die Menschen nicht nur hinter schönen Fassaden leben, sondern dass sie sich das auch leisten können. Dazu gehört eben auch ein Mietendeckel. Und da, Herr Woidke, ist Ihnen ja inzwischen auch die eigene Partei schon davongelaufen. Vielleicht weiß es ja die Fraktion. Gott sei Dank hat der Bundesparteitag den Mietendeckel beschlossen. Es wird auch in Brandenburg Zeit, dass wir ihn endlich hier einsortieren, denn dieses Gequatsche - entschuldigen Sie bitte -, das Gerede davon, dass nur helfen würde, immer mehr zu bauen, hilft nicht. Mein Gott, Leute, das versuchen die in Berlin seit zwanzig Jahren, und wir sind genau in dieser Situation. Jeder normale Forscher sagt, dass es nicht funktionieren wird, einfach nur mehr zu bauen. Seht euch doch die Neuvermietungspreise an! Seht sie euch doch einmal an! Die liegen doch selbst in Eberswalde bei über 9 Euro. Und ihr erzählt, dass das die Lösung ist. Das ist wirklich lächerlich und geht auch an dieser Stelle an den konkreten Problemen vorbei.

(Beifall DIE LINKE)

Dann sagen Sie, Sie wollen Grund und Boden der Spekulation entziehen. Sehr schön! Warum warten wir darauf noch so lange? Ich meine das wirklich ernst. Wir als Linksfaktion wären dabei, dieses Land sozial gerecht zu gestalten. Lassen Sie es uns doch jetzt tun; denn jetzt stehen die Fragen an. Wir können nicht noch einmal Jahre warten, bis - wie in Sachsen - Aldi kommt und auf einmal 30 000 Hektar kauft

(Dr. Redmann [CDU]: Da ist aber viel liegen geblieben!)

und damit spekulieren will. Also lassen Sie uns miteinander arbeiten und uns da aufs Tempo drücken!

Ich sage Ihnen auch ganz klar - das wird Sie nicht überraschen -: Wir haben in der Kitafrage zwei Dinge zu klären. Da werfen Sie uns nicht vor, dass es um die Beitragsfreiheit geht. Ja, uns geht es um die Beitragsfreiheit, die Beitragsfreiheit sofort und für alle. Denn alles andere, was Sie hier herumdoktern werden, wird auch den Kommunen nicht helfen. Wir

brauchen eine Überarbeitung des Kita-Gesetzes - möglichst schnell -, und das Ergebnis muss sein, dass wir die Kommunen sehr schnell entlasten, indem wir die Beiträge erlassen und damit auch keinen Heckmeck und keine Schwierigkeiten mehr bei der Abrechnung haben. So könnten wir den Kommunen konkret helfen.

(Beifall DIE LINKE - Zurufe von der AfD)

Die Bemühungen, die die Landesregierung in Bezug auf Tesla unternimmt, sind wichtig und gut. Aber ich bitte Sie: Legen Sie offen, was Sie wirklich wissen, und stimmen Sie sich untereinander ab!

An der Stelle will ich auch sagen: Es geht auch darum, dass wir bei allen großen Ankündigungen auch den kleinen und mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmern helfen. Lassen Sie uns gemeinsam eine Taskforce gründen,

(Aha! bei der AfD)

die sich auch um Genehmigungsverfahren für kleine und mittelständische Unternehmen kümmert, die Planungsverfahren tatsächlich vereinfacht. Dann können Sie mit ihrer 1 Milliarde Euro machen, was Sie wollen. Die werden sie gar nicht ausgeben können, weil nämlich gar keiner die Investitionen umsetzen kann. Das habe ich Ihnen aber schon das letzte Mal erklärt.

(Zuruf des Abgeordneten Stohn [SPD])

Das Wichtigste ist - und das muss ins Zentrum kommen -: Wissen Sie, wie wir jede Entwicklung, egal ob die Digitalisierung oder die weitere Globalisierung, klären können, wie wir den Leuten Sicherheit geben können? Indem wir Solidarität in den Vordergrund stellen und die soziale Frage klären. Das ist doch die Grundlage dafür, dass die Menschen bereit sind zu Veränderungen, auch bereit sind, die Digitalisierung anzugehen. Aber es muss darum gehen, Sicherheit zu geben. Das geht nur mit guten Tarifverträgen. Das geht nur mit der Sicherheit, dass es meinen Kindern mal besser geht, als es mir heute geht. Das war doch einmal das Versprechen. Das war doch einmal das Selbstverständliche. Dann lassen Sie uns doch gemeinsam dafür sorgen, dass das Selbstverständliche wieder selbstverständlich wird! Dabei werden wir Sie unterstützen.

(Beifall DIE LINKE)

Es geht darum, dass man nicht vor jeder Rechnung, die kommt, Angst haben muss. Es geht darum, dass man nicht vor jeder noch so kleinen ungeplanten Ausgabe ängstlich prüft, ob man sich die leisten kann. Oder darum, ob die Klassenfahrt der Kinder zu teuer wird. Wenn wir über Kinderarmut reden, müssen wir auch an dieser Stelle immer wieder deutlich machen: Kinderarmut folgt aus Elternarmut. Deshalb gilt es diese zu bekämpfen.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn ich über Solidarität rede, muss ich auch über Spaltung reden. Jetzt sind Sie endlich dran.

(Aha! bei der AfD)

Wissen Sie, Herr Kalbitz, ich habe die Reden hier in den letzten fünf Jahren immer verfolgt. Das war immer dieselbe Leier. Man könnte fast sagen: Es ist immer dieselbe Platte seit den 30er-Jahren. Es ist immer dasselbe. Und das ist es eben: Sie haben keine Antwort auf die Fragen der Zeit. Sie haben nicht einen einzigen Satz gesagt, wie Sie das mit Ihrer Politik ändern wollen. Erklären Sie doch mal: Wie wird die Kellnerin durch Ihre Politik nur einen einzigen Cent pro Stunde mehr verdienen? Keine Antwort.

(Zurufe der Abgeordneten Kalbitz und Galau [AfD])

Wie wird nur ein einziger Bus mehr fahren durch Ihre Politik?

(Zurufe der Abgeordneten Kalbitz und Galau [AfD])

Wie wird nur ein einziges Krankenhaus erhalten werden durch Ihre Politik?

(Zurufe der Abgeordneten Galau und Dr. Berndt [AfD])

Wissen Sie, was Sie machen? Sie erzählen die ganze Zeit, dass man einfach alle Ausländer abschiebt, und dann ist alles gut. Dann sagen Sie doch mal, wer soll Sie denn einmal im Krankenhaus pflegen, Herr Kalbitz?

(Kalbitz [AfD]: Sie reden wirres Zeug!)

So schnell wirkt Ihre Familienpolitik nicht.

An dieser Stelle sage ich ganz deutlich - das ist tatsächlich das Problem -: Sie haben hier über Wende 2.0 gequatscht, aber Sie haben kein Angebot in der Sache. Sie helfen niemandem und deshalb sind Ihre Vorschläge oder Ihre Reden hier von uns weiterhin deutlich abzulehnen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Ich komme zum Thema Bildung. Darüber wird nicht geredet. Bildungserfolg ist in Deutschland so abhängig vom Geldbeutel der Eltern wie in keinem anderen Land. PISA hat gezeigt: Nicht die Spitzen sind unser Problem, sondern die sozial Benachteiligten. Dafür haben wir immer wieder Konzepte vorgelegt, die an den Sozialdemokraten gescheitert sind. Erinnern Sie sich und fragen Sie uns!

Dass wir Lehrer brauchen, Herr Woidke, wissen wir. Dass wir Kitaerzieher brauchen, wissen wir. Aber die Frage ist doch auch, wie wir diese bekommen. Da hätte ich schon erwartet, dass wir darüber reden, wie wir die Ausbildungsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher verbessern können. Reden wir über Ausbildungsvergütung! Machen wir es praktisch! Schaffen wir die Schulgelder in diesem Land ab! Das wäre tatsächlich praktisch gewesen. Aber keine Sorge, auch da werden wir helfen.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn wir dann darüber reden, wird nach jeder PISA-Studie und jeder Betrachtung immer wieder gesagt: Das Problem der Bildung in Deutschland ist dadurch zu lösen, dass man für ein längeres gemeinsames Lernen sorgt. - Davon ist im Koalitionsvertrag überhaupt keine Rede mehr. Das ist tatsächlich das Problem: dass Sie nichts mehr dazu sagen und damit wieder

nichts gegen die Schwierigkeiten im Bildungsbereich tun, sondern die Spaltung zwischen Arm und Reich in diesem Land weiter verschärfen und damit sogar schon bei den Kindern anfangen.

Zu den ländlichen Regionen sage ich Ihnen: Es ist schön, dass Sie die Ergebnisse der Enquetekommission umsetzen wollen. Hoffentlich wird daraus nicht der 56. Prüfauftrag! Deshalb werden wir jetzt - auch um die Sache weiter zu befördern - die Enquetekommission für die Landwirtschaft einrichten, um sie zu unterstützen.

Auch zu Energiepolitik und zum Strukturwandel, zur Lausitz und zum Klimapaket haben Sie heute viel Richtiges gesagt. Ich sage Ihnen trotzdem - darauf müssen wir gemeinsam achten -: Strukturwandel und starke Regionalpolitik sind mehr als die Lausitz. Wenn Sie sagen, es müsse jetzt zum Strukturstärkungsgesetz kommen und es müsse zum Kohleausstiegsge setz kommen, dann bitte ich Sie: Nutzen Sie Ihre heißen Drähte nach Berlin in die Große Koalition. Nutzen Sie sie! Sie haben eine Bundestagsabgeordnete in Ihrer Landtagsfraktion, die heute leider nicht anwesend ist; ansonsten hätte ich sie gern begrüßt. Vielleicht kann sie ja helfen; das wäre noch viel schöner.

(Beifall DIE LINKE)

Beim Strukturwandel geht es tatsächlich darum, Herr Woidke, gemeinsam Identitäten zu entwickeln, wie Sie richtig gesagt haben. Aber wissen Sie, wie man keine Identitäten entwickelt und wie man dafür sorgt, dass es nicht zu einer guten Entwicklung kommt und zu keinem guten Strukturwandel gemeinsam mit den Menschen? Ich sage es Ihnen: Das schafft man nicht, wenn man Klimaleugnern mit 40 000 Euro Steuergeldern eine Bühne bietet. Da sage ich Ihnen: Das ist wirklich ein Problem.

(Dr. Berndt [AfD]: Klimaleugner - was für ein Wort!)

Zumindest waren es Klimawandelzweifler, für die gegen jegliche Vernunft 40 000 Euro ausgegeben wurden. Diese 40 000 Euro hätten Vereine und Verbände in der Lausitz wirklich gebraucht, die wirklich gute Projekte für den Strukturwandel machen. Lassen Sie uns daher den Lausitzfonds noch einmal überprüfen und die Art und Weise, wie Gelder übergeben werden. So, wie es hier stattfindet, geht es nicht.

(Beifall DIE LINKE und B90/GRÜNE - Widerspruch von der AfD)

Bei aller Umweltpolitik sage ich Ihnen auch, dass Umweltverschmutzung am Ende nicht zum Privileg derjenigen werden darf, die sie sich leisten können. Das ist keine Klimapolitik, die die Welt rettet. Deshalb lassen Sie uns vorsichtig sein, wenn wir über Belastungen für die Menschen in diesem Land reden und wenn wir über Belastungen der Pendlerinnen und Pendler reden. Denn auch diese fragen sich: Warum muss ich als Pendler die ganze Zeche zahlen, obwohl die Konzerne die ganze Zeit Party hatten und sich aus ihrer Verantwortung gestohlen haben? - Lassen Sie uns deshalb gemeinsam eine ordentliche Klimapolitik machen, denn sonst haben wir neben dem Klimakipppunkt bald einen sozialen Kipppunkt - und dann kämpfen wir gegen den Klimawandel, aber keiner macht mit, weil es sich keiner leisten kann. Das müssen wir verhindern!

(Beifall DIE LINKE)

Der soziale Kippunkt ist auch dadurch immer näher gerückt, dass 40 Familien in Deutschland mehr als 50 % des gesamten Reichtums besitzen. Das ist tatsächlich demokratiegefährdend. Deswegen rufe ich die SPD an dieser Stelle auf: Machen Sie nach Ihrem großen Bundesparteitag und Ihrer angeblichen Linkswende Ernst! Wir laden Sie ein: Lassen Sie uns tatsächlich die Umverteilung von unten nach oben stoppen! Lassen Sie es uns so machen, dass es gerecht wird und dass diejenigen, die mehr haben, auch mehr Lasten tragen müssen. Das muss auch hier in der Landespolitik deutlich werden.

(Beifall DIE LINKE)

Wir sind an Ihrer Seite, Herr Ministerpräsident, wenn Sie die Menschen im Land im Blick haben und den Mut aufbringen, ganz konkret etwas für die Menschen zu verändern. Wir sind dabei an Ihrer Seite; das will ich hier ganz deutlich betonen. Wir sind auch an Ihrer Seite, wenn es um die Verteidigung dieser Demokratie, unserer Verfassung und der Freiheit geht.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE - Lachen des Abgeordneten Galau [AfD] - Frau Dannenberg [DIE LINKE], an die AfD gewandt: Das finden Sie zum Lachen?)

Wir sind an Ihrer Seite, wenn wir der Gefahr von Rechts, deren Terror und Beifallklatschern auch hier in diesem Haus gemeinsam Kante zeigen. Das ist wichtiger denn je!

(Beifall DIE LINKE, SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Wir sind aber nicht an Ihrer Seite, wenn Sie sich drei neue Staatssekretäre berufen, daraus drei Staatskanzleien machen, um sich darüber zu freuen, wie schön Sie in der Koalition miteinander lachen können. Ich sage Ihnen: Ihr früherer Staatskanzleichef, Herr Gorholt, hat Ihnen gestern etwas ganz Wesentliches mit auf den Weg gegeben: „Um den Schwachen zu helfen, muss man selber stark sein.“ Wir, meine Damen und Herren, werden stark sein. Rechnen Sie mit uns, bauen Sie auf uns, wenn es um Solidarität und Gerechtigkeit geht. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Wir setzen mit Herrn Dr. Redmann für die CDU-Fraktion fort.

(Vereinzelt Beifall CDU und SPD)

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was, wenn wir morgen neu anfangen müssten, wenn wir uns neu erfinden müssten, wenn über Nacht nicht mehr gilt, was gestern noch galt? Wir gedenken gegenwärtig in dichter Folge der Ereignisse der friedlichen Revolution vor 30 Jahren. Ich musste in diesen Tagen viel an meine Eltern denken, denen sich diese Fragen vor 30 Jahren mit voller Wucht stellten. Unsere Elterngeneration war damals so alt wie wir heute. Welche enormen Leistungen waren das, den damaligen Wandel so gut zu bewältigen und unser Land Brandenburg neu aufzubauen! Hätte die folgende Generation das ebenso geschafft? Für viele heutige Familienväter und Familienmütter ist das gar keine hypothetische Frage, denn wieder erleben wir eine Zeit des Wandels. Sie alle kennen die Stichworte: demografischer Wandel, Energiewende, globale

Migration; die Arbeit ändert sich, unser Alltag ändert sich, und auch unsere Gesellschaft verändert sich.

Es ist nur allzu verständlich, dass mancher sich sorgt - ob seine Kinder, ob ihr Beruf oder unser aller Heimat zu den Gewinnern oder den Verlierern dieser Veränderungen zählen. Die heutige Debatte zeigt, wie unterschiedlich die in diesem Parlament vertretenen Parteien auf solche Zukunftssorgen reagieren. Wir haben soeben Sebastian Walter gehört, der über die Rückierung des Öffentlichen fabulierte. Ich finde, er hätte es ruhig etwas klarer ausdrücken können: Was er meint, ist eine Verteilung des Unternehmertums.

(Widerspruch und Gelächter bei der Fraktion DIE LINKE)

Was er meint, sind Verstaatlichungsfantasien. Er will wieder hin zu volkseigenen Betrieben. Was er meint, ist eigentlich Sozialismus, meine Damen und Herren. Darüber darf man sich keine Illusionen machen.

(Beifall CDU sowie vereinzelt AfD - Empörung und Gelächter bei der Fraktion DIE LINKE - Widerspruch des Abgeordneten Walter [DIE LINKE])

Herr Walter, Sie hatten dazu ein Beispiel genannt, das Sie sich offensichtlich schlecht überlegt hatten, als Sie die staatlichen Pflegeheime priesen, die es angeblich richten sollen. Waren Sie einmal zu DDR-Zeiten in einem Pflegeheim? Vermutlich nicht - dafür sind Sie etwas zu jung.

(Vereinzelt Beifall CDU - Widerspruch bei der Fraktion DIE LINKE)

Lassen Sie es sich am besten von Ihren Kollegen aus der Fraktion erzählen: Das waren unterfinanzierte Verwahranstalten an der Grenze der Menschenwürde. Dahir will ich nicht zurück!

(Beifall CDU sowie vereinzelt AfD - Frau Dannenberg [DIE LINKE]: Hallo, geht's noch?)

Wir haben auf der anderen Seite die AfD erlebt: Kollege Kalbitz, das war eine substanzlose Pöbelrede. Sie begeben sich mit voller Lust in eine Opferrolle - mit voller Absicht und großem Vergnügen, das konnte man auch sehen: Da träumte es sich so bequem von einer Zeit, als das Land angeblich noch Ihnen gehörte - zum Glück gehörte es niemals Ihnen -, als ein Deutscher noch eine Deutscher war, ein Mann noch ein Mann und er noch mit voller Lust unterscheiden durfte zwischen Freund und Feind, am liebsten auf irgendwelchen Sommercamps zu Pfingsten. Ach ja, die gute alte Zeit!

(Beifall CDU, SPD sowie vereinzelt B90/GRÜNE und DIE LINKE)

Damit wir uns hier nicht missverstehen: Ich sehe natürlich Unterschiede zwischen der Linkspartei und der AfD.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Ein Glück!)

Es muss aber gestattet sein, auf eine zentrale Gemeinsamkeit hinzuweisen:

(Frau Dannenberg [DIE LINKE]: Vorsicht, Vorsicht!)

Sie beide suchen Ihr Heil in Rezepten der Vergangenheit.

(Beifall CDU - Zuruf des Abgeordneten Kalbitz [AfD])

Die gute Nachricht des heutigen Morgens ist aber: Die Parteien der Mitte haben sich für die Zukunft entschieden, genau so, wie es die Generation unserer Eltern vor 30 Jahren getan hat, übrigens unter weit schwierigeren Bedingungen.

Wer dem Ministerpräsidenten heute Morgen zugehört hat, kann gar nicht zweifeln: Unsere neue Koalition will Brandenburg mutig in die Zukunft führen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

In einer Zeit, die neues Denken verlangt, bekommt Brandenburg ein Regierungsbündnis, dass es so noch nie gab. Diesem Bündnis hat am 1. September eine breite bürgerliche Mehrheit ihr Vertrauen ausgesprochen. Dieses Vertrauen werden wir rechtfertigen.

(Zurufe von der AfD)

In einem rot-schwarz-grünen Bündnis wird die CDU natürlich die Werte ihrer Wählerinnen und Wähler einbringen - mit Selbstbewusstsein und auch mit Nachdruck, aber immer in dem Bewusstsein, dass wir allen Wählerinnen und Wählern den gemeinsamen Erfolg dieser Regierung schulden - auch den Wählerinnen und Wählern der Opposition.

Rot-Schwarz-Grün ist mehr als die Summe seiner Teile: Gemeinsam bilden wir eine neue, integrative Mitte. Gerade unser breites Bündnis kann Handlungsfähigkeit beweisen, indem wir alte Gegensätze überwinden. Gemeinsam wissen wir: Freiheit bringt Sicherheit. Vielfalt braucht Zusammenhalt, denn nur, wer sich in der Heimat geborgen fühlt, wird bereit sein, sich der Welt zu öffnen. Und: Ökonomie und Ökologie ergeben erst zusammen eine nachhaltigere Wirtschaft, im Übrigen auch eine nachhaltigere Landwirtschaft.

Sicherheit, Nachhaltigkeit, Zusammenhalt - das sind nicht drei Projekte dreier Partner, Herr Walter. Das ist unser gemeinsames Projekt. Und das Projekt heißt: Brandenburg in eine sichere Zukunft führen.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)

Zeiten des Wandels müssen Zeiten eines starken Staats sein. Das Versprechen, das diese Koalition heute Morgen allen Brandenburgerinnen und Brandenburger gegeben hat, ist ein Staat, der investiert, ein Staat, der befähigt, ein Staat, der schützt. Heute Morgen geht von diesem Haus das klare Signal aus: Die rot-schwarz-grüne Koalition sorgt vor und setzt sich durch.

(Domres [DIE LINKE]: Für sich sorgt sie vor!)

Auf uns können sich die Brandenburgerinnen und Brandenburger verlassen.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)

Wenn wir vom Wandel sprechen, dürfen wir vom Offensichtlichen nicht schweigen: Zu den kontroversesten Veränderungen unserer Gesellschaft gehört die Zuwanderung. Brandenburg wird vielfältiger, nicht erst, aber besonders seit den Fluchtbewegungen des Jahres 2015. Und es stimmt: Dadurch wird das Land oft reicher, manchmal aber auch konfliktreicher. Das hat viele Menschen verunsichert und unser Land teilweise sogar gespalten. Gerade beim Streithema Migration kommt es darauf an, alte Gegensätze zu überwinden und der Rhetorik der Extreme eine Politik der Mitte entgegenzusetzen. Brandenburg war seit jeher ein weltoffenes Land, und Brandenburgs Zukunft hängt davon ab, dass wir ein weltoffenes Land bleiben. Doch gerade wer Weltoffenheit will, muss auch Regeln des Zusammenlebens mögen und diese Regeln konsequent verteidigen. Nur so können wir Hetze und Extremismus den Boden entziehen. Unsere Koalition ist dazu fest entschlossen.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)

Wir helfen Schutzbedürftigen, aber wir müssen auch jene zurückführen, die unseren Schutz nicht brauchen oder gar das Gasterrecht missbrauchen. Gleichzeitig arbeiten wir daran, Rückführungen besser zu organisieren. Unter der rot-roten Vorgängerregierung entstandene Vollzugsdefizite - der Streit zwischen Innen- und Justizministerium ist ja legendär - werden wir beheben. Erst zusammen wird daraus eine verantwortungsvolle Politik. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt dabei Gefährdern und Intensivstraftätern. Mit einer eigenen Taskforce wird der Innenminister ihre Abschiebung konsequenter durchsetzen und so die Handlungsfähigkeit des Staates beweisen.

(Beifall CDU)

In diesem Zusammenhang begrüße ich ausdrücklich, dass die Innenministerkonferenz auch Rückführungen nach Syrien geprüft wissen will, soweit es Straftäter und Gefährder betrifft. Denn wer durch seine Taten Deutschland unsicherer macht, kann nicht glaubwürdig die Unsicherheit andernorts gegen seine eigene Abschiebung anführen - das ist widersprüchlich und überzeugt mich nicht.

Manche Kritiker, meine Damen und Herren, machen sich über den starken Staat lustig. Verächtlich sprechen sie von Law-and-Order-Politik und tun so, als sei ein Leben in Sicherheit ein Bedürfnis einer kleingeistigen Minderheit. Was für eine Arroganz! Jeder hat das Recht, nicht nur in Sicherheit zu leben, sondern sich auch sicher zu fühlen. Und es ist unsere Pflicht, das zu garantieren. Vergessen wir eines nicht: Der Rechtsstaat schützt besonders die Schwachen vor dem Recht des Stärkeren, zum Beispiel Kinder, Frauen, Andersdenkende und Anderslebende. Der Rechtsstaat schützt auch alle Menschen, deren Wurzeln außerhalb Deutschlands liegen und die heute tagtäglich für Deutschlands Zukunft arbeiten. Im Übrigen schützt er auch alle Menschen, die sich Angriffen ausgesetzt sehen, weil sie sich für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft engagieren - in Parteien, Initiativen, Vereinen. Der Rechtsstaat schützt nicht weniger als die freie und offene Gesellschaft.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)

Wem das zu pathetisch ist, dem sage ich: Der Rechtsstaat steht auch jedem bei Abzocke, Einbrüchen oder häuslicher Gewalt zur Seite. Und Justizminister Hoffmann hat recht: Auch hier, bei der Verfolgung der sogenannten leichten und mittelschweren Kriminalität muss Brandenburg besser werden. Davon hängt vielleicht nicht die offene Gesellschaft ab, dafür aber umso mehr das Sicherheitsgefühl der Menschen im Alltag. Bei

allen Delikten und für alle Menschen in Brandenburg muss wieder gelten: Auf unseren Rechtsstaat ist Verlass!

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)

Dafür stehen 300 neue Stellen in Polizei und viele Dutzend neue Stellen in der Justiz. Dafür stehen im Übrigen alle mehr als 8 200 Brandenburger Polizistinnen und Polizisten, denen ich für ihren täglichen Einsatz für die Heimat sehr herzlich danke.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)

Sie leisten ihren Dienst unter immer härteren Bedingungen. Leider sind Übergriffe auf Ordnungskräfte - wie jüngst der schändliche Angriff auf einen Feuerwehrmann in Augsburg - Teil einer neuen Respektlosigkeit, die manche Teile unserer Gesellschaft erfasst zu haben scheint. Darum ist es richtig, dass wir einen Polizeibeauftragten einsetzen, an den sich Polizisten bei dienstlichen Problemen wenden können. Und wenn Polizisten sogar persönlich bedroht werden, müssen sie natürlich von der namentlichen Kennzeichnungspflicht ausgenommen werden - auch das ist richtig und überfällig.

(Beifall CDU)

Die Brandenburger können sich auf ihre Polizistinnen und Polizisten verlassen,

(Beifall des Abgeordneten Keller [SPD])

die Brandenburger Polizei auf die neue rot-schwarz-grüne Regierung mit ihrem Innenminister Michael Stübgen.

(Beifall CDU)

In Zeiten des Wandels müssen wir Sicherheit breiter denken: Innere Sicherheit ist die Grundvoraussetzung. Wirklich sicher fühlen sich die Menschen aber erst, wenn soziale Sicherheit hinzukommt. Die Arbeitswelt verändert sich, mehrere Generationen einer Familie leben häufig nicht mehr am selben Ort. Unter diesen Bedingungen müssen sich die Menschen zum Beispiel darauf verlassen können, dass ihre Angehörigen gut gepflegt werden. Darum wird diese Koalition einen Pakt für die Pflege auflegen und jedes Jahr 30 Milliarden Euro für gute Pflege ausgeben.

Sie müssen sich auch auf eine gute medizinische Versorgung verlassen. Darum wird die Koalition die Krankenhäuser massiv fördern und die Medizinerausbildung ausbauen. Einen Fehler wird die CDU aber nicht machen, und das wäre, soziale Sicherheit auf Leistungen des Sozialstaates zu verengen. Soziale Sicherheit muss mehr sein. Dazu muss auch immer gehören, Menschen durch Fördern und Fordern zu befähigen.

(Beifall CDU)

Wie von jedem Arbeitnehmer verlangt wird, dass er jeden Morgen pünktlich am Arbeitsplatz erscheint, muss dies erst recht für jene gelten, die von den Steuern und Beiträgen dieser Arbeitnehmer leben. Ich habe deshalb kein Verständnis für unentschuldigt versäumte Termine beim Arbeitsamt, abgebrochene Qualifizierungsmaßnahmen oder fehlendes Engagement bei der Jobsuche. Aus Sicht der CDU-Fraktion sind deshalb auch

nach dem Urteil des Verfassungsgerichts Hartz-IV-Sanktionen grundsätzlich notwendig.

(Beifall CDU)

Gleichzeitig müssen wir bei der Förderung besser werden: Viele Berufe stellen immer höhere Anforderungen. Das ist gut so, denn seinen hochqualifizierten Arbeitskräften verdankt Deutschland sein Wirtschaftswachstum. Aber die Menschen erwarten zu Recht, dass wir sie auf dem Weg in die neue Berufswelt auch mitnehmen. Das ist auch einer der Gründe, warum dieser Koalition Bildung so wichtig ist. Wir investieren massiv in Kitas und Schulen, fördern aber auch Hochschulen und unterstützen Weiterbildungseinrichtungen.

Zu den Prioritäten dieser Koalition gehört es, Wirtschaftsstrukturen für das 21. Jahrhundert zu entwickeln. Das gilt für alle Regionen Brandenburgs und natürlich besonders für die Lausitz.

Wir schulden der Lausitz viel, meine Damen und Herren. Bis heute bildet sie das Rückgrat der ostdeutschen Wirtschaft. Berlin glänzt dank Strom aus der Lausitz, dank Ingenieurskunst aus der Lausitz und dank harter Arbeit in der Lausitz. Das dürfen wir bei der Debatte um neue Energien nie vergessen, so notwendig sie zweifellos ist.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)

Deutschland hat sich für den Kohleausstieg entschieden aus Verantwortung für das Weltklima, zu der sich auch diese Koalition ohne Wenn und Aber bekennt. Deutschland wird darum für die Zukunft der Lausitz einstehen. Unsere Brandenburger Koalition wird beweisen, dass sie nach vorn blickt. Die Risiken des Kohleausstiegs sieht jeder - unsere Aufgabe ist es, seine Chancen erfolgreich zu ergreifen. Denn Chancen gibt es. Ein Forscher hat ausgerechnet, dass Deutschland der Lausitz mit einer Million Euro pro betroffenem Arbeitsplatz helfen wird. Wenn das keine Grundlage für eine erfolgreiche Strukturerwicklung ist, dann weiß ich nicht, wie sie sonst aussehen sollte. Die Herausforderungen der Lausitz sind groß, aber die Koalition wird noch größer denken.

(Heiterkeit beim Abgeordneten Dr. Zeschmann [BVB/FW])

Strukturerwicklung ist keine Notoperation, die der Kohleausstieg erzwingt. Strukturerwicklung geht nicht nur die Lausitz an. Strukturerwicklung muss jederzeit und überall passieren; das heißt, nachhaltig wirtschaften. Darum gilt: Was gut für die Lausitz ist, ist gut für ganz Brandenburg, und gute Wirtschaftspolitik für Brandenburg ist gute Politik für die Lausitz.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)

Brandenburg bietet Chancen für neue, nachhaltige Wirtschafts- und Geschäftsmodelle. Das behauptet mich nicht nur, das ist bewiesen: Im Wettbewerb um Teslas Gigafabrik hat sich Brandenburg gegen Standorte überall auf der Welt durchgesetzt. Darauf können wir Brandenburger stolz sein. Mich fasziniert Elon Musk. Mich beeindruckt vor allem, dass er sich niemals von Zweiflern kleinkriegen ließ, die ihm sagten: Aus deinen Visionen wird nie etwas. - Heute ist er einer der innovativsten Unternehmer der Welt. Mancher liebt ja Helmut Schmidts Satz: „Wer Visionen hat, der soll zum Arzt gehen.“ Bei allem Respekt vor Helmut Schmidt: Diesen Satz fand ich schon immer falsch.

Und Elon Musk gibt mir Recht: Wer Visionen hat, geht nach Brandenburg und verwirklicht sie.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)

Wir haben unsere Koalition unter das Motto gestellt, Brandenburg zur Gewinnerregion des 21. Jahrhunderts zu machen. Ein zugegebenermaßen ehrgeiziges Motto, aber dieser Ehrgeiz ist dringend nötig, denn innerhalb Europas, aber auch innerhalb Deutschlands sind Regionen im Wettbewerb. Im Fall Brandenburgs entscheidet sich dieser Wettbewerb konkret an zwei Fragen: Wie schnell bin ich in Berlin, Dresden oder Stettin? Und: Wie schnell bin ich im Internet?

Wenn wir diesen Wettbewerb gewinnen wollen, müssen wir investieren. Bauminister Guido Beermann hat ein Jahrzehnt der Investitionen gefordert, und ich pflichte ihm bei. Darum beschließen die Regierungsfraktionen hier im Landtag in diesen Tagen einen Zukunftsfonds, mit dem wir eine Milliarde Euro investieren werden - ich betone: zusätzlich zu dem, was wir ohnehin investieren würden. Damit folgen wir dem Rat von immer mehr Ökonomen; ich verweise zum Beispiel auf die Empfehlung der fünf Wirtschaftsweisen an die Bundesregierung. Damit folgen wir dem Ruf der Wirtschaft. Ich zitiere die Unternehmerverbände Berlin-Brandenburg, die feststellen, dass in Teilen Brandenburgs die Wirtschaftsstruktur oft nicht auf der Höhe der Zeit sei, und fordern, dass der Staat seine Aufgaben besser erfüllt, und zwar auch in den ländlichen Regionen. Ganz sicher folgen wir damit dem Wunsch der Bürger nach einem starken Staat, der sich für die Herausforderungen gerüstet zeigt.

(Beifall CDU - Heiterkeit beim Abgeordneten Walter [DIE LINKE])

Mit diesem Fonds wirtschaften wir solide. Für die CDU steht der Zukunftsfonds unter einer klaren Bedingung, nämlich, dass er ausschließlich solchen Investitionen dient, die künftig einen hohen Nutzen entfalten, und zwar mit jedem einzelnen Cent.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)

Mit Überraschung, aber auch etwas Freude nehme ich zur Kenntnis, dass ausgerechnet die Vertreter der Linkspartei dieser Tage Geschmack an Haushaltsdisziplin gefunden haben. Späte Einsicht hat ja immer etwas Rührendes.

(Unmut bei der Fraktion DIE LINKE - Walter [DIE LINKE]: Sie hören nicht zu!)

- Doch! Wir schulden unseren Kindern und Enkeln, Herr Walter, neben soliden Finanzen auch eine funktionierende Infrastruktur, und die gehört leider nicht zum Nachlass des ehemaligen Finanzministers Görke. Unter ihm ist die Investitionsquote kontinuierlich gesunken.

(Walter [DIE LINKE]: Stimmt doch nicht!)

Die Straßen und Schienen sind im schlechten Zustand - das ist ein Ergebnis der Finanzpolitik der Linken und das Gegenteil von nachhaltigem Wirtschaften.

(Beifall CDU und BVB/FW - Heiterkeit und Unruhe bei der Fraktion DIE LINKE)

Ich war wirklich überrascht, Sebastian Walter, dass Sie hier so gegen die Kofinanzierung von Projekten, die mit Bundesmitteln finanziert werden, argumentiert haben. Sie haben schon kritisiert, dass wir das vorhaben.

(Unmut bei der Fraktion DIE LINKE)

Die Kofinanzierung wird dazu führen, dass wir aus der einen Milliarde mehrere Milliarden machen können, nämlich mit dem Geld von der EU, mit dem Geld vom Bund, und dann kommt richtig etwas heraus.

(Beifall CDU und BVB/FW)

Sie waren in Ihrer Regierungszeit leider häufig nicht in der Lage, die Kofinanzierung von Bundesmitteln zu gewährleisten, und das ist ein Problem, unter dem Brandenburg bis heute leidet.

(Beifall CDU)

Wenn in der Vergangenheit der Grundsatz, Kredite ausschließlich für Investitionen zu nutzen, so konsequent beachtet worden wäre, wie wir es jetzt tun, dann käme jetzt niemand auf die Idee, über eine Schuldenbremse auch nur nachzudenken. Die linke Kritik finde ich insofern scheinheilig. Noch einmal in aller Deutlichkeit: Das wird ein Fonds für alle Regionen, ein Fonds für die nächste Generation, ein Fonds für Brandenburgs Zukunft, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE - Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Zaubern kann der wohl auch schon!)

Im Wettbewerb der Regionen hat Brandenburg übrigens schon heute einen Vorsprung. Ich finde, es ist der entscheidende Vorsprung. Zu uns wollen mehr Menschen ziehen als in jedes andere Bundesland. Damit das so bleibt, brauchen wir eine Willkommenskultur für Familien. Darum macht die Koalition weitere große Schritte in Richtung Beitragsfreiheit der Kita. Das ist mitnichten eine sozialpolitische Frage, sondern eine Frage der Gerechtigkeit und kluger Standortpolitik. Viel zu schnell führen die Kindergartenbeiträge dazu, dass sich für Eltern mit mittleren Einkommen Leistung kaum mehr lohnt und sich ihr Lebensstandard von dem nicht arbeitender Eltern nur wenig unterscheidet. Das ändern wir!

(Beifall CDU und B90/GRÜNE - Domres [DIE LINKE]: Wann?)

Diese Koalition nimmt auch in einem anderen wichtigen Politikfeld einen Paradigmenwechsel vor. Stand in der zurückliegenden Legislaturperiode noch eine Kreisgebietsreform im Mittelpunkt, die gerade dem ländlichen Raum Entwicklungspotenziale pauschal absprach, setzen wir nun mit einer neuen strategischen Landesplanung auf Wachstum im ganzen Land. Gesundes Wachstum in ganz Brandenburg! Das heißt für uns: weniger Verbote, bessere Straßen, kürzere Bahntakte, dichtere Funknetze und vor allem die klare Zusage: Zugang zu schnellem Internet für jeden Brandenburger. Mobilfunk und Internet gehören zum guten Leben und erst recht zum modernen Arbeiten. Warum sollte das in der brandenburgischen Kleinstadt anders sein als in Berlin? Digitalisierung ist zwar ein abstraktes Fremdwort, doch unsere Koalition wird es ins Brandenburgische übersetzen.

Digitalisierung bringt wieder Leben aufs Land. Das setzt Mut voraus, nämlich zu machen, was andere für unmöglich halten. Was, wenn Busse wie Sammeltaxis funktionieren würden? Ein Ruf, und eine halbe Stunde später steht es vor der Haustür. Was, wenn der Arzt übers Smartphone „zum Hausbesuch“ vorbeischauen könnte?

(Dr. Berndt [AfD]: Das ist doch Wahnsinn! Das funktioniert nicht!)

Was, wenn der tägliche Weg zur Arbeit nicht über die Autobahn oder mit dem Zug nach Berlin führen würde, sondern quer über den Hof ins heimische Büro in der Scheune. Dann, meine Damen und Herren, hätte das Leben auf dem Land eine neue Perspektive. Arbeiten und Verdienen wie in der Stadt, Leben auf dem Dorf - das ist der Traum vieler junger Familien. Unsere Politik ist es, aus diesem Traum Brandenburger Wirklichkeit zu machen.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)

Die Koalition hat sich sehr ehrgeizigen Zielen verpflichtet, die wir in Geld oder Stellen oder in Projekten messen. All diese Ziele sind unabdingbar. Mein ganz persönliches Ziel für unsere Koalition der neuen Mitte lässt sich jedoch nicht in Zahlen messen. Mein Ziel ist es, dass wir den Brandenburgerinnen und Brandenburgern den Mut geben, zu sagen: Wir wollen Vorreiter werden. Wir wollen unser Land voranbringen, genau es wie die Generation unserer Eltern vor dreißig Jahren getan hat. Wir haben Lust auf Zukunft. Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, Brandenburg kann das. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Das Wort hat der Abgeordnete Vida von der Fraktion BVB / FREIE WÄHLER.

Herr Abg. Vida (BVB/FW):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Es ist mir eine große Ehre, heute im Namen der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion hier im Landtag zu Ihnen sprechen zu dürfen.

(Beifall BVB/FW)

Wir hatten sicherlich einen der steinigsten Wege hinter uns, um die Gnade zu erfahren, den Bürgern des Landes in dieser Formation dienen zu können. Diese Erfahrung schafft Demut, mit der wir und auch ich an die neuen Aufgaben herangehen wollen. Nun weiß ich auch, dass es bei vielen von Ihnen ähnlich steinige Wege gegeben hat, und gerade als Ministerpräsident stehen Sie täglich vor Herausforderungen - mehr noch als die allermeisten von uns. Deswegen sage ich von den harten, aber inzwischen etwas angenehmeren Bänken der Opposition, dass wir auch aus dieser Stellung heraus der Regierung unsere Fürsprache und unsere Gebete schulden, auf dass sie die Geschickte des Landes gut leite, denn wir alle haben Interesse daran, dass sie Erfolg hat. Zugleich schuldet sie, die Landesregierung, uns Gehör, wenn wir Vorschläge und Ideen haben, was man im Land besser machen könnte.

Man wird in ein paar Jahren zurückblicken und fragen: Was konnten wir hier in diesem Landtag für die Bürger unseres Landes erreichen? Haben wir auf ihre Wünsche, ihre Träume gehört? Wie haben wir ihnen gedient? - Das ist auch die Triebfeder für uns als BVB / FREIE WÄHLER. Wir können und wollen keine weltpolitischen Visionen formulieren, sondern mit unseren Brandenburger Möglichkeiten und gesundem Menschenverstand zum Wohlergehen unserer Bürger beitragen.

(Beifall BVB/FW sowie des Abgeordneten Brüning [CDU])

Immer da, wo Sorgen, Nöte, Zwänge ihr Zelt aufgeschlagen haben, wollen und werden wir zur Stelle sein. Deswegen, meine Damen und Herren, stehen wir auch zu unserem Versprechen, die vielen Altanschließer in unserem Land nicht allein zu lassen.

(Beifall BVB/FW)

Zigtausend Haushalte haben Phasen durchlaufen, in denen ihnen das schiere Unrecht fast die Luft zum Atmen nahm. Als viele schon aufgaben - und es haben viele aufgegeben -, stach von Ferne und für manche unerwartet das Licht von Karlsruhe in den steilsten rechtlichen Weg, auf dem viele von ihnen in ihrem ganzen Leben gekämpft hatten. Und es gab ihnen Hoffnung, dass auch sie Recht erhalten würden. Doch viele sind bis heute in Enttäuschung und Tristesse gefangen, weil das Land und die Kommunen, auf deren Handeln sie vertrauten, keine Lösung darboten. Für uns steht fest: Hier im Landtag nahm diese Misere ihren Lauf, und mit einem mutigen Schritt muss sie auch hier ihr Ende finden.

(Beifall BVB/FW)

Die 7. Wahlperiode muss einen Schlussstrich unter die Erhebung und Vollstreckung dieser verfassungswidrigen Beiträge setzen, und deswegen rufe ich in aller Bescheidenheit zu einem überparteilichen Lösungskompromiss zur Rückzahlung der Beiträge auf. Der soziale Frieden und die Fähigkeit dieses Gremiums, ohne Ansehen der jeweiligen Person Fehler einzugestehen, gebieten eine derartige Lösung.

Wenn uns wieder entgegen gehalten werden sollte, was alles nicht geht: Erinnern wir uns kurz an die Zeit, als es noch Straßenausbaubeiträge gab. Der in den letzten eineinhalb Jahren gegangene Weg ist untrennbar verbunden mit dem Willen, Gegebenheiten zu hinterfragen. Es galt als Beton gewordenes Gesetz, dass das so zu sein habe. Doch die Entschlossenheit Tausender und Abertausender Brandenburger - weit über die persönliche Betroffenheit hinaus - hat uns gezeigt, Welch demokratischer und sozialer Geist in ihnen wohnt. Und schließlich kam es dazu - woran zu glauben ich nicht aufgehört habe -, dass wir diese ungerechten Beiträge abschafften und Kosten für Allgemeingüter nicht mehr Einzelnen aufhalsen.

(Beifall BVB/FW sowie des Abgeordneten Brüning [CDU])

Als wir diesen Erfolg errangen, war das nicht nur ein fiskalischer Vorteil für manche, sondern eine gesamtgesellschaftliche Absage an den wiederholten Versuch, die Gesellschaft zu spalten, sozialen Neid einzureden und Bevölkerungsteile - Mieter, Eigentümer - gegeneinander aufzustacheln. Deswegen werden wir auch nicht ruhen, Kommunalabgaben gerechter und transparenter zu regeln.

(Beifall BVB/FW)

Wir müssen die Denke, wer einmal gezahlt habe, könne ein weiteres Mal zahlen, überwinden und dürfen Kommunalabgaben nicht zum Schauplatz von Umverteilungskämpfen werden lassen, sondern müssen die Lebensleistung der Menschen würdigen und sie entsprechend behandeln.

(Beifall BVB/FW)

Das gilt ebenso für die Erschließungsbeiträge, die einer grundlegenden Reform unterzogen werden müssen.

Auch bei unbefestigten Straßen machen wir uns mit Anträgen, Vorschlägen auf den Weg der Mitbestimmung und der spürbaren Entlastung. Vor allem brauchen wir auf diesem Weg Rechtsstaatlichkeit. Die jahrelangen Prozesse, wie im Bereich der Altanschließerbeiträge, auf deren Wegen sich die Verbände wie losgelöst von Recht und Gesetz eine Volte nach der anderen ausdachten, müssen der Vergangenheit angehören.

(Beifall BVB/FW)

Um dies zu schaffen, meine Damen und Herren, brauchen wir gut ausgestattete Gerichte, motiviertes Justizpersonal. Nur wenn Verfahrensdauern noch einen Bezug zum Sachverhalt haben, wächst das Vertrauen in den Rechtsstaat. Daher erwarten die Bürger zu Recht, dass in allen Gerichtsbarkeiten zeitnah die nötigen Stellenaufstockungen nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich erfolgen und alle Gerichte erhalten bleiben.

(Beifall BVB/FW)

Dasselbe gilt für Staatsanwaltschaft und Polizei. Dabei geht es nicht um gefühlte Sicherheit, sondern um echte Sicherheit, auf die es einen Anspruch gibt und deren untere Grenze nicht unterschritten werden darf. Deswegen werben wir auch für Reaktionszeiten bei der Polizei, vergleichbar mit denen von Rettungsdiensten.

(Beifall BVB/FW)

Meine Damen und Herren, wir haben heute schon vieles über soziale Gerechtigkeit gehört. Diese kann man nicht denken, ohne eine Antwort auf die drängende Frage nach ausreichend bezahlbarem Wohnraum zu geben. Das ist ein soziales Gebot, eine soziale Selbstverständlichkeit - zumindest sollte das so sein -, denn bei Wohnraum geht es nicht um persönliche Begehrlichkeiten, sondern um ein Grundrecht, welches für ein gleichberechtigtes Leben absolut zu erfüllen ist, weshalb die Forderung völlig berechtigt ist. Deswegen muss das Land alle Instrumente ausschöpfen, die gegeben sind - Kappungsgrenzenverordnung, Kündigungssperrfristverordnung -, die Erstellung qualifizierter Mietspiegel in den Kommunen unterstützen, denn gerade sie eignen sich als soziales Instrument, um galoppiende Mietpreiserhöhungen gerade mittelgroßer Vermieter zumindest ein Stück weit zu bremsen.

(Beifall BVB/FW)

Die Gründung kreislicher Wohnungsbaugesellschaften sollte gefördert werden. Gerade die Landkreise können aufgrund ihrer regionalen Struktur einen Ausgleich zwischen wirtschaftlich stärkeren und wirtschaftlich schwächeren Teilen des Landes schaffen und hier auch mit sozialem Augenmaß - noch mehr als eine einzelne Kommune - entsprechende Wohnbauten fördern und unterstützen, ob in Genossenschaftsmodellen oder in

kreislichen Gesellschaften, um damit gutes Wohnen in allen Generationen und Lebenslagen zu ermöglichen. Das heißt, dass es sich für junge Leute lohnt, bei guten Wohnbedingungen in Brandenburg zu Hause zu sein, auch für ältere Bürger wie für Menschen mit Behinderungen, damit die Barrierefreiheit in Städten und Gemeinden auch in diesem Punkt weiter ausgebaut wird.

(Beifall BVB/FW sowie der Abgeordneten Hildebrandt [SPD])

Meine Damen und Herren, soziale Gerechtigkeit bedeutet aber auch gesellschaftliche Teilhabe, und das heißt für uns als BVB / FREIE WÄHLER zuvörderst Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs als Garant für Mobilität und tatsächlich gleichwertige Lebensverhältnisse. Gerade Landkreise mit hoher Rücklage - und davon gibt es einige - können noch stärker kommunale Buslinien fördern. Das Land sollte das unterstützen, denn hierbei geht es nicht um eine Luxusforderung, sondern um die Möglichkeit, alle Landesteile gut zu erreichen, und darum, ein gut angebundenes Leben zu ermöglichen. Das Land sollte das stärker unterstützen. Das Gleiche gilt für eine kreisgrenzenübergreifende Linienführung von Bussen - es wird immer wieder von vielen Bürgerinnen und Bürgern beklagt, dass dort großer Mangel herrscht. Dazu gehört im Land Brandenburg zentral der Schienenpersonennahverkehr, noch vor dem Busverkehr.

Die Zielbekenntnisse, die wir alle Jahre oder Monate wieder hören, reichen nicht aus. Wir brauchen einen konkreten, messbaren Fortschritt, denn nur er ist Garant für wettbewerbsfähige Regionen und die Attraktivität aller Landesteile, beispielsweise auch für Berufsanhänger. Deswegen braucht es neben den hier genannten Punkten auch die Realisierung der S-Bahn-Anbindung an Stahnsdorf, den 10-Minuten-Takt für S1 und S2, eine bessere Regionalanbindung von solch wichtigen Orten wie Rheinsberg, Bad Freienwalde, Senftenberg und vielen anderen Orten in unserem Land.

(Beifall BVB/FW)

Es geht dabei nicht um Bequemlichkeit, sondern um die Feststellung, dass es nicht nur im Berliner Speckgürtel Zuzugsdruck gibt. Und den Gemeinden dort müssen wir die Chance geben, sich auch etwas anderes als grenzenloses Wachstum zu ordnen.

Immer mehr Flächenversiegelungen und Nachverdichtungen führen zu verkehrlichen Belastungen. Dem muss man das Ziel eines organischen Wachsens und des Erhalts von Grünflächen und gewachsenen Stadtbildern entgegenhalten. Denn flächenmäßige Gewinnmaximierung darf nicht zur Beschränkung von Wohnqualität und Beeinträchtigung erhaltenswerter Umwelt im berlinalen Raum führen.

(Beifall BVB/FW sowie vereinzelt AfD)

Doch, meine Damen und Herren, das kennen wir aus einem anderen Bereich. In Brandenburg wird wie in keinem zweiten Bundesland so selbstverständlich in Natur und Umwelt eingegriffen, um privatprofitorientierte Interessen Einzelner zu bedienen. Durch die Errichtung von fast 4 000 Windrädern hat Brandenburg seinen Beitrag zur Energiewende geleistet. Aufgrund der Volatilität und mangels Speicherkapazitäten wird bereits seit einigen Jahren kein zusätzlicher Strom produziert. Jeder, der hier erzählt, man müsse mehr Windräder bauen, um den Kohleausstieg zu schaffen, täuscht also die Öffentlichkeit.

(Beifall BVB/FW sowie vereinzelt AfD)

Zu Beginn der letzten Wahlperiode hatten wir etwa 3 300 Windräder in Brandenburg und deckten 60 % unseres täglichen Durchschnittsstrombedarfs mit Strom aus Braunkohle. Zu Beginn dieser Wahlperiode, also fünf Jahre später, haben wir 3 900 Windräder und decken 60 % unseres täglichen Durchschnittsstrombedarfs mit Strom aus Braunkohle - und das trotz des Vorrangs des Stroms aus erneuerbaren Energien, weiterhin bestehender EEG-Förderung und sonstiger Subventionierungen. Der Strom aus Windrädern stößt in Brandenburg an seine natürlichen Grenzen. Es werden nur noch Überkapazitäten produziert; das wollen manche leider nicht zur Kenntnis nehmen.

(Beifall BVB/FW)

Die Folge ist der höchste Strompreis Europas bei uns in Brandenburg, ein wirtschaftlicher Nachteil und das auch noch auf Kosten der Umwelt. Wie es der Ministerpräsident Anfang 2018 formulierte: eine der größten Umverteilungen von unten nach oben. - Und er hatte recht. Leider schlägt sich das im Koalitionsvertrag nicht nieder.

(Beifall BVB/FW sowie vereinzelt AfD)

Daher, meine Damen und Herren, sagen wir als BVB / FREIE WÄHLER: Die Belastungsgrenze ist erreicht. Wir brauchen kurzfristig ein Moratorium für den Ausbau von Windenergie, wie es auch Teile dieser Koalition in der vergangenen Wahlperiode noch gefordert haben, sodann eine Garantie, dass zumindest nicht in Wäldern und am Rande von Naturschutzgebieten gebaut wird - das kann man wohl erwarten -, und eine Abstandsregelung, meine Damen und Herren, die den veränderten Höhengegebenheiten der Anlagen Rechnung trägt. Das sind nicht die 1 000 Meter, die im Übrigen in weiten Teilen nicht beachtet werden. Gehen Sie nach Crussow bei Angermünde - 750 Meter Abstand - oder nach Horstfelde bei Zossen - 600 Meter Abstand. Auch das ist Realität in Brandenburg.

(Dr. Redmann [CDU]: Das ist ein Problem!)

Dazu gehört: Schluss mit der Diffamierung all jener, die sich zusammen mit dem NABU und Umweltschutzbürgerinitiativen vor Ort für den Naturschutz einsetzen.

(Beifall BVB/FW)

Es braucht eine echte Hilfe für lärmbelastete Anwohner, denn da rauscht es wirklich, Herr Ministerpräsident, und das rund um die Uhr. Diesen Anwohnern wollen wir gegen Verhöhnung zur Seite stehen.

Dazu gehört auch der geordnete Ausstieg aus der Braunkohle, keine Frage. Wir als BVB / FREIE WÄHLER bekennen uns zum Kompromiss der Kohlekommission. Er bereitet den Ausstieg vor und trägt dabei auch der sozialen Verantwortung Rechnung: kein hochnäsiges Dozieren und wirtschaftliche Fantasieüberlegungen, sondern Erkennen der örtlichen Realitäten. Cottbus wird keine Beamtenstadt und die Lausitz keine Behördenregion sein, sondern all die hart arbeitenden Menschen, die es satthaben, zum Spielball von Lobbygruppen und hochgeschaukelter politischer Stimmung gemacht zu werden, benötigen eine Perspektive. Deren Umsetzung braucht nun einmal Zeit und muss darin bestehen, dass Forschung, Wissenschaft und Zukunftstechnologie noch enger verzahnt werden, die BTU mit der medizinischen Fakultät gestärkt wird - was von allen unterstützt

wird -, Gründer zielgerichtet gefördert und Kooperationen mit Unternehmen ausgebaut werden.

Doch, meine Damen und Herren, wir denken natürlich auch an andere Landesteile. Das kommende Jahrzehnt muss aus unserer Sicht eines des Infrastruktur-Boosts der berlinfernen Regionen werden: Stärken der medizinischen, schulischen und verkehrstechnischen Infrastruktur. Dazu gehört endlich eine europaweit wettbewerbsfähige Internet- und Mobilfunkversorgung. Das ist kein lustiges Evergreen, sondern ein knallharter wirtschaftlicher Standortnachteil, der behoben gehört, und zwar hier und jetzt, so schnell wie möglich. Denn das belastet die kleinen und mittelständischen Unternehmen am meisten. Ebenso müssen viele Landesstraßen von ihrem derzeitigen Walter-Ulbricht-Gedenk-Zustand

(Beifall und Lachen BVB/FW sowie vereinzelt AfD)

in eine Qualität versetzt werden, die des 21. Jahrhunderts würdig ist.

Meine Damen und Herren, wir brauchen auch eine Schulgarantie, und zwar für alle Schulen auch im ländlichen Raum. Dazu gehört eine Garantie für einen Zeitrahmen, der einer Schule angemessen ist. Das sind nicht 1, 2 oder 3 Jahre, sondern 10 oder 20 Jahre,

(Beifall BVB/FW sowie der Abgeordneten Dannenberg [DIE LINKE])

denn nur das schafft Sicherheit für Eltern, Schüler und Lehrer, hat aber auch eine wesentlich weiter gehende Verbundwirkung für den Ort insgesamt. Dadurch gewinnt ein Ort an Attraktivität und generell an Stabilität. Für all das brauchen wir keine zusätzlich geschaffenen Stellen mit der Schärfe des Regionalkoordinators, sondern gut ausfinanzierte und rechtlich gestärkte Kommunen mit ihren bestehenden Selbstverwaltungsstrukturen.

(Beifall BVB/FW sowie des Abgeordneten Dr. Berndt [AfD])

So unterstützen wir als BVB / FREIE WÄHLER grundsätzlich die Kreditaufnahme, fordern aber entsprechende Klarstellungen im Gesetz. Nur fürs Protokoll: Nein, mehr Geld für den BER ist keine Zukunftsinvestition.

(Beifall BVB/FW sowie vereinzelt AfD)

Der macht uns wahrlich nicht zur Gewinnerregion. Wir erwarten daher eine verbindliche - das betone ich - Aus- und Zusage, dass kein weiteres Landesgeld - ob als Darlehen oder dann umgewandelt als Stammkapitalerhöhung - in diese betonierte Dauerlast fließt.

(Beifall BVB/FW sowie des Abgeordneten Dr. Berndt [AfD])

Es braucht einen echten Schallschutz für alle Betroffenen vor der Inbetriebnahme - wie es ihnen gesetzlich zusteht, meine Damen und Herren.

(Beifall BVB/FW)

Denn das ist keine Luxusforderung zur Aufwertung der Grundstücke, sondern Gesundheitsschutz. Das ist grundgesetzlich verbürgter Grundrechtsschutz. Und es muss auch Schluss sein mit dem Verhöhnen der Anwohner, von wegen, sie hätten doch gewusst, wohin sie ziehen: Die Allermeisten haben schon immer dort gewohnt, und auch die, die dorthin gezogen sind, haben einen Anspruch darauf, dass ihnen der gesetzlich garantierte Immissionsschutz im Rahmen des Gesundheitsschutzes auch zuteil wird.

(Beifall BVB/FW sowie des Abgeordneten Dr. Berndt [AfD])

Deswegen braucht es ein klares, belastbares, rechtlich sicheres Nachtflugverbot, eine verbindliche Absage an eine weitere Start- und Landebahn an diesem im Übrigen ungeeigneten Standort.

(Beifall BVB/FW)

Meine Damen und Herren, ich möchte auf ein anderes Thema zu sprechen kommen, welches uns in der vergangenen Wahlperiode intensiv bewegt hat: die Migration und der Flüchtlingszuzug, die gerade im Jahr 2015 und den nachfolgenden Jahren zu sehr vielen Debatten und Anstrengungen hier im Land geführt haben. Brandenburg hat in Würdigung seiner Geschichte im Sinne der Nächstenliebe und Gastfreundschaft gehandelt. Hierbei gilt die Anerkennung nicht uns hier im Landtag, dafür, dass wir dafür die Rahmenbedingungen geschaffen haben, sondern den Kommunen und Ehrenamt lern, die all das gestimmt haben. Es waren die Initiativen vor Ort, es waren die Kommunen, die diese Kraftanstrengungen im - ich henne es einmal so - operativen Bereich zu vollbringen hatten.

Doch nun müssen wir auch eine weitere Ebene der Integration beschreiten. Neben dem Ankommen und der Existenzsicherung geht es jetzt darum, Integration in Sprache, Beruf und soziokulturelle Teilhabe zu ermöglichen. Dazu braucht es eine stärkere Unterstützung der Kreisvolkshochschulen, die eine qualitativ hervorragende Arbeit leisten. Sie müssen die Möglichkeit bekommen, ihre Sprachkurse auch in allen Teilen, allen Regionen ihrer Landkreise anzubieten.

Meine Damen und Herren, Brandenburg braucht auch wieder ein Studienkolleg. Alle reden davon, Fachkräftezuwanderung zu unterstützen sowie Fachkräftebetätigung zu ermöglichen und zu erleichtern. Wir sind neben Bremen das einzige Bundesland, das kein Studienkolleg hat, obwohl dieses Migranten ermöglicht, ihre ausländischen Studienabschlüsse anerkennen zu lassen, auf die deutsche Hochschulreife vorbereitet zu werden und dadurch gerade in hochqualifizierte Berufe einzusteigen. Deswegen können wir nicht immer auf Berlin verweisen, sondern brauchen wie jedes andere Flächenland auch ein Studienkolleg, um in diesem Bereich voranzukommen.

(Beifall BVB/FW)

Dazu gehört auch eine Unterstützung der migrantischen Selbsthilfegruppen und die Stärkung der migrantischen Selbstverwaltung durch Direktwahl der Migrationsbeiräte in ganz Brandenburg. So fördern wir christlichen, humanistischen Geist, schaffen messbare Integration und nehmen Vorurteilen den Wind aus den Segeln.

(Beifall BVB/FW)

Lassen Sie uns in dieser Wahlperiode auch hier eine gemeinsame Kraftanstrengung vollbringen, denn sie wird sich auszahlen. So stärken wir unser demokratisches Gemeinwesen.

(Beifall BVB/FW)

Meine Damen und Herren, zur Stärkung des demokratischen Gemeinwesens gehört noch etwas anderes: Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass sich die Brandenburger eine Meinung zu Sachfragen bilden und diese auch gehört wissen wollen. Eine repräsentative Demokratie punktuell durch direktdemokratische Elemente zu ergänzen und zu bereichern ist das Gebot der Stunde.

(Beifall BVB/FW sowie vereinzelt AfD)

Dazu gehört eine Senkung der Quoren für Bürgerentscheide. Wie kann es sein, dass für eine Sachfrage, in der durch die Bürger entschieden werden soll, ein höheres Quorum gilt als für die Wahl eines Hauptverwaltungsbeamten für acht Jahre?

(Beifall BVB/FW sowie des Abgeordneten Drenske [AfD])

Dazu gehören auch eine Erleichterung der Unterschriftensammlung bei Volksbegehren und eine Ausdünnung des Ausschlusskatalogs für Bürgerbegehren. Bürger wollen und können auch sachverständlich, nachhaltig und umsichtig über Bebauungspläne der Gemeinde entscheiden und sollten nicht nur gehört werden, sondern verbindlich über stadt- bzw. ortsbildprägende relevante Maßnahmen mitentscheiden können.

(Beifall BVB/FW sowie vereinzelt AfD)

Aus gegebenem Anlass füge ich hinzu, weil wir das in vielen Kommunen erleben: Es braucht Rechtssicherheit im Umgang mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden, damit keine Frustration um sich greift, wenn man von diesen gesetzlich gegebenen Instrumenten auch Gebrauch macht. Ein erster oder, wenn man so will, hier im Hause zweiter Schritt - nach der Einführung des Livestreams für Ausschusssitzungen - wäre die Einführung von Einwohnerfragestunden hier im Landtag, gerne auch als erstem Landtag Deutschlands. Meine Damen und Herren, alle reden von Schnelllebigkeit und vielen komplexen Sachverhalten und Themen, die sich entwickeln. Wahlen können in dieser Schnelllebigkeit und Komplexität nicht alle fünf Jahre jede Sachfrage vorhersehen. Deswegen brauchen wir ein themenbezogenes punktuelles Korrektiv in Form direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten. Die Möglichkeiten hierzu sollten auch in dieser Wahlperiode gestärkt werden.

(Beifall BVB/FW sowie vereinzelt AfD)

Meine Damen und Herren, wie ich eingangs sagte, wird es unsere Aufgabe sein, den Bürgern den Weg zu ebnen, sodass sie ihre Chancen, Wünsche, Potenziale und Hoffnungen umsetzen und verwirklichen können, auf dass all die Verheißungen, die dieses Land birgt, für jedermann und zu jeder Zeit erreichbar sein mögen. Das ist ab jetzt unser aller Auftrag - im Dienst für das Gemeinwesen, in Hingabe für die gerechten Belange und mit Einsatzbereitschaft für unsere Mitmenschen.

Immer wenn wir Brandenburger diese Werte würdigen, können wir unsere Ideen und Träume in die Tat umsetzen - im Dienst der Bürger. Nichts gegen die Bürger, alles mit den Bürgern und nichts ohne die Bürger!

(Beifall BVB/FW)

So verstehen wir uns auch als mutiges Sprachrohr der vielen, zugegebenermaßen kleinteiligen Anliegen der lokalen Bürgerinitiativen.

Meine Damen und Herren! Heute schlagen wir im Landtag sozusagen ein neues Kapitel auf. Seine Seiten sind noch nicht beschrieben, und sein Inhalt wird bestimmt sein von unserem Entschluss, was wir in diesem Land bewegen wollen, und unserer Hartnäckigkeit. Für die BVB / FREIE WÄHLER kann ich sagen: Solch ein Moment ist immer ein Schritt, der von großen Träumen, tiefer Entschlossenheit und Anfängen voller Demut gekennzeichnet ist. Den sich anschließenden Weg wollen wir nun beschreiten und wir strecken hierbei die Hand zur Zusammenarbeit aus und setzen auf gemeinsame Lösungen. Denn solange wir wahrhaftig zu unseren Idealen und treu an der Seite der Bürger stehen, wird uns das auch gelingen.

Ich wünsche Ihnen und uns allen - zuvörderst den Brandenburgern - eine erfolgreiche Wahlperiode und bedanke mich für Ihre mich beeindruckende Aufmerksamkeit.

(Beifall BVB/FW sowie vereinzelt SPD, AfD und B90/GRÜNE)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Das Wort hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Raschke.

Herr Abg. Raschke (B90/GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe es genau beobachtet: Einige von Ihnen schauen schon länger ganz sehnlich auf die Uhr. Ich kann das auch verstehen. Wir haben schon fast dreieinhalb Stunden Debatte, und - das ist jetzt irgendwie der Klassiker - nur ich stehe noch zwischen Ihnen und der Mittagspause.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Da habe ich schlechte Nachrichten: Das dürfte in dieser Legislaturperiode wohl öfter passieren. Aber ich bin da Kummer gewohnt; ich kenne das schon aus der letzten Legislaturperiode, das hat sich für mich nicht verändert. Wenn ich mich ansonsten hier umschau, sehe ich aber doch, dass sich einiges verändert hat: Ich sehe ein paar bekannte Gesichter, über die ich mich sehr freue; ich vermisse auch einige. Ich sehe viele neue Gesichter - einige von Ihnen durfte ich schon kennenlernen, andere noch nicht -, ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit. So richtig viel Zeit zum Kennenlernen gab es ja bisher auch nicht - wir sind alle in einer Umbruchphase und haben das auch heute gemerkt: Die Opposition ist noch nicht sortiert, die Regierung sortiert sich noch.

(Walter [DIE LINKE]: Wir sind ziemlich sortiert! - Vereinzelt Heiterkeit)

Vieles ist noch ungewohnt, zum Beispiel, dass ich bzw. wir jetzt „unsere Minister“ und „unser Ministerpräsident“ sagen dürfen. Da schwingt ein bisschen Stolz mit, das merken Sie schon. Aber so richtig leicht geht das noch nicht von den Lippen.

(Heiterkeit sowie Beifall B90/GRÜNE und SPD - Frau Dannenberg [DIE LINKE]: Das ist ja auch unser Ministerpräsident! Darf man das nur in der Koalition sagen?!)

Und während ich in der letzten Legislaturperiode auch relativ frei darin war, zu klatschen, wann ich das wollte - bei guten Reden jeder Fraktion -, ist das jetzt ein bisschen anders. Die Sitten und Gepflogenheiten dieses Hauses sehen ja klassischerweise vor, dass man nur bei Koalitionspartnern klatscht.

(Frau Dannenberg [DIE LINKE]: Das gibt's ja wohl gar nicht!)

- Keine Sorge, ich werde mich daran auch nicht streng halten.

(Walter [DIE LINKE]: Für uns ist das okay!)

Aber an einer Stelle ist das - das habe ich im letzten Plenum gemerkt - für mich besonders ungewöhnlich: wenn Kollege Jörg Vogelsänger das Wort ergreift und dann auch noch zu Finanzen spricht. Lieber Kollege Jörg Vogelsänger, nehmen Sie es mir bitte nicht krumm, wenn ich da für die Umgestaltung noch etwas länger Zeit brauchen werde.

(Heiterkeit - Bischoff [SPD]: Das wird schon!)

Insgesamt hat die neue Legislaturperiode für jeden - gerade von uns in diesem Raum - große Veränderungen gebracht und wird sicherlich unser Leben in den nächsten fünf Jahren prägen, aber nicht nur das Leben von uns 88 Abgeordneten, sondern insbesondere das der Menschen da draußen, der 2,5 Millionen Brandenburgerinnen und Brandenburger. Sie wird ihr Leben prägen. Nicht nur das Leben der Menschen, sondern - ich bin ja bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - auch das der Pflanzen und Tiere wird sich ändern.

(Beifall des Abgeordneten Stefke [BVB/FW])

Wenn ich eine Prognose wagen darf, sage ich - da erwarte ich wenig Widerspruch -, dass das Land in fünf Jahren nicht mehr das gleiche sein wird. Es wird sich viel verändert haben. Und wenn ich in meine Glaskugel schaue - vielleicht gibt es da jetzt Widerspruch -, zeigt sie mir, dass sich das Leben für viele Menschen verbessert haben wird. Es wird sich verbessert haben, aber - um den Vorwurf gleich vorwegzunehmen - ich werde jetzt nicht in Euphorie ausbrechen. Keine Sorge, ich kenne die Mühen der Ebene und habe großen Respekt vor der Aufgabe, die wir alle uns aufgeladen haben. Was uns auch am Boden hält, ist, dass wir fast täglich neue Entdeckungen bezüglich Entscheidungen früherer Regierungen machen - angefangen beim Flughafen bis zur Gleichstellungspolitik -, die uns die eine oder andere Hypothek mitgeben. Aber insgesamt sind die Voraussetzungen gut: Wir leben in einem friedlichen Land, wir haben eine funktionierende Demokratie, und wir sind drei Partner, die sich unter sehr schwierigen Voraussetzungen zusammengefunden haben - und damit haben wir im Ergebnis eins: diesen Koalitionsvertrag.

(Der Redner zeigt ein Exemplar des Koalitionsvertrags.)

Mit diesem Koalitionsvertrag haben wir 50 Abgeordnete der Regierungsfraktionen, haben sich die Ministerinnen und die Minister auf der Regierungsbank viel vorgenommen. Anders gesagt: Wir haben Großes vor.

Der Ministerpräsident sagte es schon: Die Koalition soll ein Gewinn sein - ein Gewinn für das Leben der Menschen in diesem Land. Daran wollen wir hart arbeiten. Und weil es unter anderem Herr Walter gern konkret haben möchte, mache ich es

sehr gern auch konkret. Wenn Sie in Brandenburg leben und kleine Kinder haben, heißt das für Sie konkret: Wir werden in den nächsten fünf Jahren die Qualität in den Kitas verbessern. Aus unserer Idee eines Kitaqualitätsmonitorings für einige Kitas ist in diesem Koalitionsvertrag ein Kitacheck für alle über 2 000 Kitas in diesem Land geworden. Wir werden den Personalschlüssel verstärken. Zur Beitragsfreiheit wurde schon etwas gesagt, dazu muss ich nicht weiter ausführen.

(Görke [DIE LINKE]: Doch!)

Das ist das Anliegen, das Projekt von Gordon Hoffmann, Petra Budke, Katja Poschmann und Frau Ernst. Das ist unser gemeinsames Anliegen, für das wir viel Kraft brauchen werden - daher vielleicht ein kleiner Vorschussapplaus für die Kollegen, die daran arbeiten werden.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD und CDU - Walter [DIE LINKE]: Nicht zu glauben, da müsst ihr euch selbst beklatschen! - Rüter [SPD]: Sonst macht's ja keiner!)

Wenn Sie ältere Familienmitglieder haben, Menschen in Ihrer Familie haben, die Sie pflegen, oder wenn Sie selbst der Pflege bedürfen, steht ab jetzt unsere Sozial- und Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher zur Verfügung.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Sie hat an ihrer Seite einen großen Pakt für Pflege - wir haben es schon gehört: 30 Millionen Euro jährlich schwer. Das ist Geld, das ganz konkret investiert werden soll, um die Kommunen zu unterstützen, um Plätze in der Kurzzeit- und in der Tagespflege zu schaffen, um die Pflegestützpunkte auszubauen und die Gewinnung und Ausbildung von Fachkräften zu verbessern. Wenn Sie in Brandenburg leben und eine solche Fachkraft sind oder werden wollen, dann haben wir viel für Sie vor: Wir wollen die Arbeitszeitmodelle verändern, um den Beruf attraktiver zu machen. Wir bereiten eine große Anhörung zur Einführung einer Pflegekammer vor. Wir wollen die Pflegeschulen modernisieren. Das sind gemeinsame Projekte von Roswitha Schier, Carla Kniestedt, Günter Baaske und Ursula Nonnemacher. Auch sie, glaube ich, brauchen Kraft und könnten einen Vorschussapplaus gut vertragen.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD und CDU)

Wenn Sie in Brandenburg gesund essen wollen oder Landwirt sind und Ihre Erzeugnisse zu einem fairen Preis verkaufen wollen oder wenn Sie Händlerin oder Gastwirtin sind und das beides zusammenbringen wollen, dann soll und wird diese Koalition ein Gewinn für Sie werden.

Denn wir werden ein Regionalsiegel für hochwertige Brandenburger Produkte einführen. Darauf freut sich unser Agrarminister Jörg Vogelsänger schon,

(Lachen bei der SPD)

sicherlich auch Ingo Senftleben, sicherlich auch Johannes Funke. Auch die werden hart daran arbeiten.

(Beifall B90/GRÜNE)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Da ist Ihnen eben ein Name misslungen. Das ist der Herr Vogel.

Herr Abg. Raschke (B90/GRÜNE):

Wenn Sie in Brandenburg ein Haus bauen wollen und das klimaschonend machen wollen, ist für Sie wichtig, dass wir in dieser Legislatur eine Holzbauoffensive starten wollen.

Da schaue ich jetzt zum Vorsitzenden des Umweltausschusses, Wolfgang Roick. Dem ist das ein Herzansiegen, dass Sie in Brandenburg mit regionalen, einheimischen und klimaschonenden Rohstoffen bauen können.

Wenn Sie in Brandenburg - Stichwort Miete, liebe Kollegen von der Linken - genossenschaftlich bauen wollen, dann wird diese Koalition das unterstützen.

Wenn Sie die Handwerkerin oder der Handwerker sind, die oder der diese Häuser und diese Wohnungen baut, vielleicht kurz vor der Rente stehen und Ihre Rechnung nicht bezahlt bekommen, dann müssen Sie heute vor Gericht noch lange - viele Monate - auf ein Urteil warten.

Wir haben jetzt im Koalitionsvertrag vorgesehen, dass wir die Justiz auch als Säule des Rechtsstaats mit 30 Nachwuchsstellen für Juristinnen und Juristen pro Jahr sowie mit 40 Stellen für weitere Gerichtsdienste stärken. Dafür werde ich mich auch gern persönlich mit Tina Fischer, mit Danny Eichelbaum, mit Erik Stohn einsetzen. Ich denke, unsere neue Justizministerin wird nichts dagegen haben. - Die ist schon hinausgegangen, die arbeitet schon daran.

(Heiterkeit B90/GRÜNE)

Ich hoffe, dass wir auch die Frau Finanzministerin davon überzeugen werden.

(Vereinzelt Beifall B90/GRÜNE, SPD und CDU)

Wenn ich bei der Rechts- und Innenpolitik bleibe:

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

Wenn Sie in Brandenburg zum Beispiel an der Landesgrenze leben und sich Sorgen um Ihre Sicherheit machen, dann wird diese Koalition ein Gewinn für Sie sein, weil wir die Polizei deutlich stärken werden. Umgekehrt gilt: Wenn Sie eine Polizistin oder ein Polizist einmal ausnahmsweise unangemessen behandelt haben sollte, dann werden Sie sich vertrauensvoll an eine Polizeibeschwerdestelle wenden können, die diese Regierung, diese Koalition einrichten wird.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

Auf dieses Gleichgewicht haben wir uns bei der inneren Sicherheit geeinigt. Marie Schäffer, Inka Goßmann-Reetz und sicherlich auch Björn Lakenmacher werden mit Argusaugen darüber wachen, dass dieses Gleichgewicht eingehalten wird. Und sie werden dabei unseren Innenminister, der gerade nicht im Saal

ist - der arbeitet wahrscheinlich schon daran -, sicherlich unterstützen.

Sie merken schon: Für fast jede Lebenslage soll diese Koalition ein Gewinn sein.

Ich will es nicht übertreiben, aber doch noch einen Bereich aufzählen, in dem wir vorhaben, dieses Land über Jahre und Jahrzehnte zu prägen wie sonst in keinem anderen Bereich. Wenn Sie bisher in Brandenburg im Stau stecken, weil zum Beispiel kein Zug oder Bus fährt, oder wenn diese Züge fahren, aber völlig überfüllt sind, oder wenn sie - gefühlt - nie kommen, soll sich das ändern.

Herr Minister Beermann hat eines der größten Aufgabenpakete zu bewältigen: mehr Züge, mehr Sitzplätze, bessere Taktung. Wir haben heute schon mehrfach gehört, die S-Bahn soll langfristig im 10-Minuten-Takt fahren, die Oberzentren sollen alle 60 Minuten an Berlin angebunden sein, wir wollen alte Strecken reaktivieren, wir wollen, dass im ländlichen Raum mehr Busse fahren, wir wollen die Bahnhöfe zu Mobilitätszentralen umbauen, wo man beispielsweise ein Fahrrad ausleihen kann.

Überhaupt, wenn Sie in Brandenburg gern Fahrrad fahren - völlig egal, ob auf dem Dorf oder in der Stadt -, dann haben wir jetzt zusätzlich 20 Millionen Euro für Radinfrastruktur im Gepäck. Da sehe ich schon die Tatkräft in den Augen von Clemens Rostock, von Britta Kornmesser und vielleicht auch von der neuen Kollegin Nicole Walter-Mundt von der CDU leuchten.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD und CDU)

Der Vorsitzende des Flughafenausschusses ist auch dabei. Wenn ich ihn anschau, muss ich auch noch einmal darauf hinweisen: Ja, der BER wird das größte Infrastrukturvorhaben dieser Regierung werden. Aber das Thema Fluglärm und Schallschutz soll nicht außen vor bleiben. An dieser Stelle wird sich zumindest eine Sache nicht verändern oder verschlechtern. Auch diese Koalition hat sich ganz klar dazu bekannt: Keine dritte Start- und Landebahn am Flughafen!

(Beifall B90/GRÜNE und SPD)

Ich könnte jetzt noch lange so weitermachen. Wir haben viele Verbesserungen vor, und wir haben viel Arbeit für jeden Einzelnen von uns 50 Abgeordneten vor uns. Aber ich will nicht überziehen und es auch nicht übertreiben, will es jedoch auch nicht kleinreden oder schönreden. Das wird richtig viel Arbeit werden, einige Sachen sind da auch noch nicht ganz konkret und einiges wird sich auch nicht ändern und nicht zum Besseren wenden.

Einiges wird sich nicht zum Besseren wenden; deshalb zum Schluss dieser Aufzählung eine Warnung: Wenn Sie in Berlin sind, großzügig einkaufen und beispielsweise mehr als 5 g Cannabis dabei haben, überqueren Sie bitte nicht die Landesgrenze.

(Heiterkeit B90/GRÜNE)

Wir konnten uns im Koalitionsvertrag nicht darauf einigen, die Freigrenze zu erhöhen.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und CDU)

Ich beende diese Aufzählung jetzt aber auch aus einem anderen Grund. Denn ja, es ist richtig, wir wollen dafür sorgen, dass diese Koalition für jede Einzelne und jeden Einzelnen in Brandenburg ein Gewinn ist und individuelle Verbesserungen bringt. Ich würde sagen, das ist schon Grund genug, dass sich drei so unterschiedliche Partner an einen Tisch setzen und fünf Jahre lang schwierige Verhandlungen miteinander führen werden, miteinander ringen werden und aus den Unterschieden Kraft schöpfen. Aber das allein reicht nicht. Es geht nicht nur um individuelle Vorteile Einzelner, sondern unser Anspruch ist höher. Wir wollen - da schließe ich mich den Worten unseres Ministerpräsidenten an - Gemeinschaft schaffen.

Das zeigt sich schon im allerersten Wort der Überschrift dieses Koalitionsvertrages: Zusammenhalt. Da gibt es in diesem Land tatsächlich viel zusammenzubringen und zu einen. Einiges wurde schon angesprochen. Eine der größten Aufgaben ist aus meiner Sicht, die Kluft zwischen Stadt und Land zu überwinden, sind die ländlichen Räume.

Wir als Bündnisgrüne haben dazu in der letzten Legislaturperiode eine Enquetekommission angestoßen. In dieser Kommission haben wir fraktionsübergreifend wirklich hart und gut zusammengearbeitet. Ich möchte mich an der Stelle dafür noch einmal bedanken. Als Ergebnis der Arbeit dieser Kommission ist der Bericht der Enquetekommission 6/1 entstanden. Er war Grundlage für viele Forderungen im Koalitionsvertrag, und er wird auch Grundlage vieler unserer Handlungen sein.

Man merkt das auch an den Reden der Vorrednerinnen und Vorredner: Das ist fraktionsübergreifend verinnerlicht worden. Die ländlichen Räume sind tatsächlich ein Thema geworden. Im Ergebnis würde ich die Arbeit der Enquetekommission so zusammenfassen: Ja, es gibt in diesem Land viele Orte, an denen das Gefühl herrscht, politisch abgehängt und von Potsdam vergessen worden zu sein. Es gibt Orte, an denen gibt es Einsamkeit, Müdigkeit, Wut, aber es gibt überall im Land - das haben wir in dieser Enquetekommission gemeinschaftlich gelernt - unglaublich großes Potenzial.

Die Ergebnisse der Enquetekommission möchte ich in drei Schlussfolgerungen zusammenfassen. Schlussfolgerung eins: Wir müssen mehr politische Kraft auf die ländlichen Räume richten, um sie nachhaltig zu entwickeln, und zwar von unten. Das genau soll jetzt geschehen. Einiges davon haben wir schon gehört. Die Verkehrsprojekte habe ich gerade angesprochen, der „Zukunftsinvestitionsfonds“ war eben Thema und kommt auch beim nächsten Tagesordnungspunkt wieder zur Sprache. Der Ministerpräsident hat heute Morgen die neuen Leitlinien der Landesplanung ausgegeben. Wir werden große Projekte starten - hier sehe ich jetzt Isabell Hiekel an - wie zum Beispiel die INA, die Internationale Naturausstellung Lieberose, wo wir Naturschutz und ländliche Entwicklung in einem einzigartigen Modell zusammenbringen wollen. Natürlich haben wir auch einen Minister für ländliche Räume, Axel Vogel, der sich dazu bereit erklärt. Wir werden das mit Tatkräft angehen.

Schlussfolgerung zwei aus der Arbeit dieser Enquetekommission ist: mehr Dialog, mehr Dialog auf Augenhöhe. Der Ministerpräsident meinte heute Morgen, er habe Lust darauf. Das zieht sich durch den ganzen Koalitionsvertrag: mehr Beteiligungsformen, eine Stabsstelle für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nicht nur, aber auch der ländlichen Räume, ein Parlament der Dörfer unterstützt von der Landesregierung, von den regierungstragenden Fraktionen, vielleicht auch von uns allen, eine Initiative der Dorfbewegung und ein Dialog- und Beteiligungsportal soll es geben.

Damit verbunden ist die dritte, aus meiner Sicht wichtigste Schlussfolgerung aus der Arbeit der Enquetekommission: Raus, raus, raus! Die Enquetekommission hat gute Empfehlungen für die Arbeit in diesem Landtag gegeben. Ich nenne zum Beispiel die Einführung von Livestreams von Ausschusssitzungen. Mehrere Ausschüsse haben das bereits aufgegriffen bzw. werden das noch aufgreifen. Aber vor allen Dingen ist die Empfehlung: Raus, mehr Sitzungen von Landtagsgremien außerhalb dieses Gebäudes! Ich freue mich auch sehr darüber, dass jetzt in einigen Fachausschüssen schon darüber diskutiert wurde, welche Sitzung draußen stattfinden kann. Ich werbe sehr dafür, dass es nicht nur die eine oder andere Sitzung ist, sondern wirklich verstärkt Sitzungen draußen stattfinden. Im Rechtsausschuss haben wir uns schon einmal am Rande ausgetauscht. Wir haben ja im Rechtsausschuss schon die gute Tradition, die Justizvollzugsanstalten zu besuchen - da passt „Raus, raus, raus!“ vielleicht nicht ganz so -,

(Allgemeine Heiterkeit)

aber wir werden auch Gerichtsstandorte besuchen, um uns selbst ein Bild von der Lage vor Ort zu machen.

Zusammengefasst: Wir müssen den Fokus und die Kraft mehr auf die ländlichen Räume richten. Ich werbe sehr dafür, diese Aufgabe - genauso wie in der letzten Legislatur; da schaue ich jetzt auf die Freien Wähler und auf die Linken - gemeinschaftlich anzugehen, denn da kann es keine Parteipolitik geben.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD und CDU)

Sie merken schon, ich werde hier mit fortschreitender Rede Stück für Stück anspruchsvoller. Mehr individuelle Vorteile für einzelne Personen in Brandenburg und mehr gesellschaftlicher Zusammenhalt allein reichen immer noch nicht. Nein, unser Anspruch ist noch größer und reicht über die Landesgrenzen hinaus. Deswegen lassen Sie mich zum Schluss noch auf drei Bereiche eingehen, in denen wir einen Teil der globalen Verantwortung tragen müssen und auch tragen wollen.

Das ist zum einen die Artenvielfalt: Vielleicht erinnert sich die eine oder der andere von Ihnen an den Mai dieses Jahres - wahrscheinlich nicht; wahrscheinlich waren wir alle viel zu sehr mit den Kommunalwahlen beschäftigt -, als der Weltbiodiversitätsrat einen Bericht herausgegeben hat. Dieser Bericht hat es in sich. Nach diesem Bericht ist es so, dass 23 % der Landfläche dieses Planeten ökologisch so heruntergewirtschaftet sind, dass sie nicht mehr nutzbar sind.

Dieser Bericht sagt auch, dass eine Million Arten akut vor dem Aussterben stehen, wenn wir nicht sofort und grundlegend unsere Wirtschaft und unsere Lebensweise ändern.

Wir hier in Brandenburg haben da einen regelrechten Schatz. Bedingt durch die Erfolge des Umwelt- und Naturschutzes in den Gründungsjahren dieses Landes, an die wir anknüpfen wollen, haben wir einen Naturreichtum - der Herr Ministerpräsident nannte es heute Morgen Tafelsilber -, einen Schatz, den wir hüten wollen, der Grundlage für die Lebensqualität im ländlichen Raum und auch für den boomenden Naturtourismus ist. Aber es ist ein Schatz, der immer kleiner wird, und die Koalition hat sich darauf verständigt: Den wir wollen wir behalten und mehren.

Darum haben gerade wir als Bündnisgrüne in den Koalitionsverhandlungen hart gerungen. Ich kündige an: Wir werden auch

in den nächsten fünf Jahren im Detail hart ringen. Aber wir haben auch bei beiden Koalitionspartnern Bereitschaft gesehen, Menschen getroffen, die uns unterstützen und mit uns gemeinsam die Dinge voranbringen wollen.

Konkret sieht das auferlegte Programm sehr ambitioniert, aber auch sehr gut aus. Ein Beispiel: Die Menge der eingesetzten Pestizide - wir nennen das jetzt gemeinschaftlich chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel -

(Vereinzelt Beifall SPD und CDU)

- vielen Dank - wollen wir bis 2030 halbieren. Wir werden mehr Personal für die Großschutzgebiete und vor allem für das Ministerium bekommen, für Aufgaben wie Insektenschutz, aber auch für eine Aufgabe, die bisher - wir haben es gerade gehört - straflich vernachlässigt wurde, nämlich die Kofinanzierung von Bundesmitteln. Das ging in der Vergangenheit manchmal gar nicht deswegen in die Hose, weil das Geld fehlte, sondern weil das Personal fehlte, das die Kofinanzierungsmittel bereitstellen und verwalten konnte. Dieses Personal werden wir bereitstellen.

Wir haben eine Entziegungsstrategie für Flächen im Programm. Wir haben Wildnisgebiete im Programm - ein hart errungener Punkt in den Koalitionsverhandlungen -, die sollen Teil des Brandenburger Naturerbes werden. Aber vor allem haben wir Programme und Mittel für eine nachhaltige Landnutzung. Denn der Grundkonsens dieser Koalition ist, dass wir beides schaffen wollen: Artenvielfalt und Einkommen. Das ist unser gemeinsamer Anspruch, und daran werden wir als Bündnisgrüne Sie, liebe Koalitionspartnerinnen, bei Bedarf gerne erinnern. Wir sind gleichzeitig bereit, voneinander zu lernen. Eine der wesentlichen Erkenntnisse aus den Koalitionsverhandlungen war für mich: Wir haben oft unterschiedliche Konzepte und Ziele, aber am Ende zählt das Ergebnis.

Das gilt auch für den zweiten Bereich, bei dem wir globale Verantwortung tragen: den Klimaschutz. Auch hier werden wir über Wege und Konzepte noch hart miteinander diskutieren. Und auch hier werden wir Sie - sogar in noch stärkerem Maße - im Zweifel an unsere gemeinsamen Ziele erinnern. Denn es ist kein Geheimnis: Uns Grünen und für den Klimaschutz reicht das, was momentan auf Bundesebene passiert und was im Koalitionsvertrag steht, noch nicht aus. Aber wir haben die ehrliche Bereitschaft vernommen und konkrete Projekte vereinbart, um die gemeinsamen Ziele zu erreichen und große Schritte in die richtige Richtung zu gehen. Konkret: Mit uns wird es in dieser Koalition gemeinschaftlich keinen neuen Tagebau geben, kein Dorf wird mehr abgebaggert und kein Dorf wird mehr umgesiedelt.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)

Dafür wollen wir gemeinsam den Strukturwandel in der Lausitz voranbringen. Da reden wir über Arbeitsplätze - das wurde heute schon ausgeführt -, wir reden aber auch über Lebensqualität. Ich nenne nur die Stichworte „Klare Spree“ und „Sulfat“.

Brandenburg soll bei den erneuerbaren Energien, bei neuen Technologien Vorreiter werden. Wir haben eine reiche Forschungslandschaft, auf die wir aufbauen. Wir sammeln ja jetzt bei Tesla Erfahrungen, wie das funktioniert, wenn man das in Taskforces koordiniert vorantreibt, wie man es schaffen kann, sie anzusiedeln und gleichzeitig die hohen Standards, die wir hier in Sachen Öffentlichkeitsbeteiligung und Umweltschutz haben, zu halten.

Wir wollen CO₂ binden. Ich sage noch einmal: Wolfgang Roick - Holzbaustrategie. Ich sage: Isabell Hiekel - Moorschutz. Da haben wir viel vor. Und wir wollen vor allem CO₂ einsparen: nicht nur, aber vor allem mit den Projekten im öffentlichen Nahverkehr und dem Ausbau der Windkraft. Da haben wir sehr konkrete Ziele vereinbart. Um den Ausbau der Solarenergie werden wir im Detail noch ringen.

Das Ganze soll am Ende in einer verbindlichen gemeinsamen Klimastrategie gebündelt werden. Da wird der Minister für Klimaschutz, da werden die Kolleginnen und Kollegen im Kabinett viel Arbeit vor sich haben, aber auch wir 50 Abgeordneten der Koalitionsfraktionen und alle 88 Abgeordneten hier im Parlament zusammen. Denn wir haben vereinbart, dass es in diesem Landtag in Zukunft einen Klimacheck geben soll. Jedes einzelne Gesetz, das diesen Landtag verlässt, soll darauf geprüft werden, welche Auswirkungen es auf den Klimaschutz hat. Vor allem wird es beim Haushalt interessant. Sie kennen die alte Regel: Der Haushalt spricht die Wahrheit. - Klimaschutz soll, neben Infrastruktur, Bildung und Erhalt der Artenvielfalt, einer der Schwerpunkte der nächsten fünf Jahre werden. Das alles sind große Schritte in die richtige Richtung, und deshalb wird diese Koalition auch beim Klimaschutz ein Gewinn sein.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD und CDU)

Es gibt noch einen dritten Bereich, in dem wir gemeinsam unseren Teil der globalen Verantwortung tragen. Ich habe meine Rede mit der Feststellung begonnen, dass wir hier Frieden und eine funktionierende Demokratie haben. Das ist ein Glücksfall, das haben nur wenige Orte auf diesem Planeten. Und viele Menschen auf diesem Planeten sind in Not. Einige wenige von ihnen suchen bei uns Hilfe. Ich bin froh und dankbar, dass wir uns in der Koalition darauf einigen konnten, nicht nur gemeinsam und entschieden gegen Rechtsextremismus einzutreten, sondern auch konkret Solidarität und Hilfsbereitschaft zu zeigen: mit einem fortgesetzten Aufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge, mit der Aufnahme von aus Seenot geretteten Flüchtlingen, mit einem Aufnahmeprogramm für besonders Schutzbedürftige und einem zusätzlichen Aufnahmekontingent für verfolgte Christinnen und Christen.

Das ist auch kein Geheimnis: Gerade bei Integration und Asyl haben wir sehr unterschiedliche Blickwinkel und werden auch in Zukunft den einen oder anderen Strauß miteinander ausfechten. Da sehen wir uns Grüne auch in besonderer Verantwortung. Aber dass wir diesen gemeinsamen Konsens, diese gemeinsame Basis gefunden haben und gemeinsam diese Hilfsangebote unterbreiten können, macht mich stolz und lässt mich sehr zuversichtlich auf die nächsten fünf Jahre blicken.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD und CDU)

Weil ich Sie nicht länger von der Mittagspause abhalten will, eine Zusammenfassung: Ja - ich schließe mich den Vorrednern an -, wir schlagen hier ein neues Kapitel für Brandenburg auf; ja, wir haben viel Arbeit vor uns. Es wird und es soll das Leben vieler Menschen in Brandenburg verbessern. Wir wollen Gemeinschaft schaffen und unsere Verantwortung in Europa und der Welt tragen. Und natürlich, liebe Opposition, sind das noch Ankündigungen, Projekte und Ziele. Wie sollte das am Anfang der Legislaturperiode auch anders sein? Aber sie spüren unsere Tatkraft, und Sie sehen, was wir vorhaben. Und eines gilt sicherlich für uns alle, und das lässt sich überhaupt nicht vermeiden: Wer im Landtag sitzt, schreibt Geschichte. Und ich würde mich freuen, wenn wir gemeinsam daran arbeiten, dass es eine sehr gute Geschichte für Brandenburg wird. - Herzlichen Dank.

(Starker Beifall B90/GRÜNE, SPD und CDU)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Die Fraktionen haben mir signalisiert, dass sie auf restliche Redezeiten verzichten. Damit schließe ich Tagesordnungspunkt 1 und unterbreche die Sitzung für die Mittagspause. Wir setzen die Sitzung brandenburgisch pünktlich um 14.30 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 13.48 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 14.30 Uhr)

Vizepräsidentin Richstein:

Guten Tag meine Damen und Herren, ich darf Sie ganz herzlich zur Fortsetzung unserer 4. Plenarsitzung begrüßen. Ich freue mich, dass wir heute Gäste hier haben. Ich begrüße zum einen Mitglieder des Kreisverbindungskommandos der Bundeswehr Teltow-Fläming. Herzlich willkommen!

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE, AfD und BVB/FW)

Ich darf des Weiteren Mitglieder der Senioren Union Teltow-Fläming herzlich begrüßen.

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE, AfD und BVB/FW)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf.

TOP 2: Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Zukunftsinvestitionsfonds des Landes Brandenburg“ (Zukunftsinvestitionsfonds-Errichtungsgesetz - ZifoG)

Gesetzentwurf
der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 7/120](#)

[2. Lesung](#)

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

[Drucksache 7/295](#)

in Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2019 - NTHG 2019)

Gesetzentwurf
der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 7/123](#)

[2. Lesung](#)

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 7/296

Des Weiteren liegen dazu der Änderungsantrag der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion, Drucksache 7/134, und ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 7/181, vor. Außerdem liegen ein Änderungsantrag der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion, Drucksache 7/286, ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 7/312, und ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion, Drucksache 7/323, vor.

Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD-Fraktion bitte ich Herrn Abgeordneten Vogelsänger an das Rednerpult.

Herr Abg. Vogelsänger (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Heute Vormittag hatten wir die Regierungserklärung. Da spielte der Zukunftsinvestitionsfonds eine große Rolle. Jetzt, am Nachmittag haben wir die 2. Lesung. Das nenne ich Brandenburger Tempo. Dieses Tempo haben wir auch deshalb, weil SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und Grünen-Fraktion den Gesetzentwurf eingebracht haben. Ich sage: Wir zeigen damit als Parlament Selbstbewusstsein. Wir gestalten den Haushalt.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE - Unruhe bei der Fraktion DIE LINKE)

Und es gibt die erste Unruhe bei der Linkspartei.

(Domres [DIE LINKE]: Was, die erste? Nein! - Weiterer Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

- Ja.

Ich würde der Linkspartei bei der Kritik an diesem Fonds einen Raten: Diesen Fonds haben wir uns gemeinsam erarbeitet. Diese Fonds können wir uns leisten. Vor zehn Jahren wäre es nicht verantwortbar gewesen, einen solchen Zukunftsfoonds aufzulegen. Deshalb ist es gut, dass wir das tun und diese Möglichkeit, für unser Land Brandenburg mehr Investitionen zu tätigen, haben.

(Beifall SPD und CDU sowie vereinzelt DIE LINKE)

Er ist ein völlig neues Instrument. Wir hatten noch nie einen Fonds mit Landesmitteln über zehn Jahre. Damit sind wir in der Gestaltung viel freier als bei Programmen mit EU und Bund. Wir werden genau überlegen: Wo sind Defizite im Bereich Digitalisierung, im Bereich Klimaschutz, im Bereich Infrastruktur? Das werden wir mit den Fachpolitikern beraten. Aber jetzt werden wir erst einmal die haushaltstechnische Frage klären. Wir machen nicht weniger als eine Kreditermächtigung, die dann entsprechend auszufüllen ist, auch bezüglich der fachlichen Dinge.

Dann kommt auch immer wieder unsere Finanzministerin ins Spiel; es wird befürchtet, dass sie eine schwarze Kasse bekäme.

(Lachen der Abgeordneten Stohn und Keller [SPD])

Das ist natürlich grober Unfug, denn die entsprechenden Zuweisungen zu den Einzelplänen müssen durch den Haushalts- und Finanzausschuss. Wir haben nichts in Richtung schwarzer

Kasse, sondern wir haben in Brandenburg Zukunftsinvestitionen vor.

(Beifall SPD und B90/GRÜNE sowie des Abgeordneten Bretz [CDU])

Es wird im Jahr 2020, im Jahr 2021 sicherlich auch viel darüber geschrieben werden, wie denn der Abfluss der Mittel ist. Dieser Fonds ist auf zehn Jahre angelegt. Es wird nicht eine Jahresscheibe wie die andere sein. Das soll es auch nicht.

Wir haben mit diesem Fonds eine weitere gute Möglichkeit; denn es wird eine Übergangsphase von der EU-Periode, die jetzt ausläuft, zur neuen EU-Förderperiode geben. In dieser Übergangsphase gibt es immer die eine oder andere Anlaufschwierigkeit bezüglich der neuen Förderperiode. Da ist dieser Zukunftsinvestitionsfonds ein gutes Mittel, dass wir dies austarieren und weiterhin dafür sorgen, dass wir ein Jahrzehnt der Spitzeninvestitionen im Land Brandenburg bekommen.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Vor einem will ich uns warnen: Wir haben dann nicht mehr die Möglichkeit, zu sagen: Es liegt an EU-Vorschriften, es liegt an Bundesvorschriften. Sondern es liegt dann an uns; das ist ein Landesprogramm. Wir müssen dann dafür sorgen, dass die Mittel auch abfließen.

Zu den Oppositionsanträgen: Sie engen uns nur unnötig ein.

(Heiterkeit SPD, B90/GRÜNE und AfD)

In § 2 ist ganz konkret beschrieben, was wir mit den Mitteln machen wollen. Und diese inhaltliche Ausgestaltung kommt nach der haushaltstechnischen Ausgestaltung. So wird verantwortungsvolle Politik im Land Brandenburg gemacht.

Ich bitte Sie vorsorglich schon um die Zustimmung zur 3. Lesung, die haben wir morgen. Wir gestalten mit dem Zukunftsinvestitionsfonds Brandenburg. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Vizepräsidentin Richstein:

Vielen Dank, Herr Vogelsänger. - Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Galau.

Herr Abg. Galau (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Hier stehen wir nun und können - sollen, dürfen - bekanntermaßen nicht anders. Die neue Landesregierung hat uns den Entwurf eines Nachtragshaushalts flott-flott auf den Tisch gelegt und den Entwurf für ein Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens drangeheftet.

(Bretz [CDU]: Das war nicht die Landesregierung, das waren wir!)

Sondervermögen sind Schattenhaushalte. Die heißen zu recht so, weil oft das, was mit ihnen gemacht wird, im Schatten bleibt.

Das haben wir als Opposition nicht so gerne und den Bürgern kann es auch nicht gefallen.

(Zuruf des Abgeordneten Bretz [CDU])

Wenn ich dann noch lese, dass dieses Sondervermögen durch eine Kreditaufnahme gebildet werden soll, und zwar in der komfortablen Höhe von 1 Milliarde Euro, graben sich doch einige Sorgenfalten in meine Stirn. Und dass das Ganze noch in diesem Jahr passieren soll, weil zum 1. Januar nächsten Jahres die Schuldenbremse in Kraft tritt, die die Neuverschuldung für unser Land weitgehend verbietet, macht es nicht besser.

Nun steht im Gesetz zur Errichtung dieses Schattenhaushaltes, dass die neue Landesregierung mit diesem Geld nachholen will, was die alte Landesregierung in den letzten fünf bis zehn Jahren versäumt hat, nämlich nichts weniger, als unser Land zukunftsfähig zu machen. Besser spät als nie, mag man sich denken und liest weiter, was mit dieser 1 Milliarde Euro in den nächsten zehn Jahren an Investitionen in den Bereichen Regionalentwicklung, Klimaschutz, moderne Infrastruktur, Digitalisierung und Innovation finanziert werden soll. Prima, denkt man sich, endlich geht es voran. Doch beim zweiten Draufschauen merkt man, dass dies alles ziemliche Allgemeinplätze sind und sehr wenig konkret.

Da sollen wir der neuen Landesregierung also einen Freibrief geben, unserem Land eine neue Verschuldung von 1 Milliarde Euro aufzuholzen, ohne heute sagen zu können, was genau sie damit machen will. Alle Kritik der im Ausschuss angehörten Experten an diesem unkonkreten Vorgehen, alle Kritik unseres Landesrechnungshofes, alle bohrenden Nachfragen der Oppositionsfraktionen im Haushaltausschuss halfen nichts.

Im nächsten Jahr sollen die Kreise und Kommunen nach ihren Investitionsbedarfen und Wünschen befragt werden - hört man. Daraus will man dann eine Bestenauslese machen und einen Wirtschaftsplan für dieses Sondervermögen aufstellen, um etwas Licht in den Schatten zu bringen. Wollen wir es hoffen! Das soll dann integraler Bestandteil des jeweiligen Landshaushaltes werden und darüber könne man, das heißt, kann dann die Opposition beraten und mitentscheiden. Das seien doch Kontrollmöglichkeiten genug, so haben Sie, Herr Barthel, SPD, in der Ausschussdiskussion betont. Klar, schon richtig, das hat nur den kleinen Schönheitsfehler, dass wir am Ende aufgrund der Mehrheitsverhältnisse hier im Parlament eben doch nicht mitentscheiden können - als wäre Kontrolle im Voraus besser als Katzenjammer in der Nachsicht. Doch unser Änderungsantrag zu Ihrem Gesetzentwurf, wie auch jener der anderen Oppositionsfraktionen, fiel im Haushaltausschuss komplett durch. Nicht ein Komma oder einen Punkt daraus waren Sie bereit in Ihren Entwurf zu übernehmen. Da sind Sie schon gleich zu Beginn der Legislaturperiode - noch gänzlich ohne jeden Erfolgsbeweis - ganz schön stark von Ihrer Unfehlbarkeit eingenommen.

Gerade deshalb, um zu dokumentieren, dass es uns mit der Kontrolle ausgesprochen ernst ist, legen wir unseren Änderungsantrag hier im Plenum nochmals zur Abstimmung vor, auch wenn Sie ihn natürlich gleich wieder ablehnen werden.

Ich möchte hier allerdings auch eines klarstellen, um Missverständnisse zu vermeiden: Der Investitionsbedarf ist unstrittig vorhanden. Nicht nur, dass wir von der AfD-Fraktion das schon in den gesamten letzten fünf Jahren immer wieder gefordert und angemahnt haben, auch alle angehörten Experten und

Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände bestätigen das einhellig. Muss es dann aber ein Kredit sein, um diese Investitionen zu finanzieren? Das Land verfügt doch über Rücklagen von gut 2 Milliarden Euro - oder besser gesagt: nicht ausgeschöpfte Kreditlinien. Dennoch: Die Rahmenbedingungen sprechen durchaus für eine Kreditfinanzierung, auch wenn wir als AfD nicht die großen Freunde neuer Schulden sind. Die Zinsbelastung für den laufenden Haushalt wird gegen Null tendieren, und das voraussichtlich noch viele Jahre lang. Klug investiert, wird jeder Euro eine mehrfache Rendite abwerfen und somit auch die kommenden Generationen nicht unerträglich mit der Tilgung belasten.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Das ganze Projekt „Sondervermögen Zukunftsinvestitionsfonds Brandenburg“ ist zwar eine akzeptable Idee, sie ist vom Herangehen jedoch sehr fragwürdig. Sofern unser berechtigter Änderungsantrag zu diesem Gesetzentwurf heute wieder abgelehnt wird, werden wir nicht für das Gesetz stimmen können, selbst wenn wir dessen Grundabsicht mittragen. Ich sage auch ganz deutlich, dass wir in den nächsten fünf Jahren bei jeder Gelegenheit ganz genau hinschauen werden, was Sie mit diesem Sondervermögen für unser Land und seine Bürger, die letztlich das Geld dafür mit ihren Steuern aufbringen müssen, tun werden und wie Sie dies tun. Danach sind wir dann vielleicht in der Situation, dass wir als AfD selbst daran mitwirken können. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Richstein:

Für die CDU-Fraktion spricht nun der Abgeordnete Bretz.

Herr Abg. Bretz (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die Koalitionsfraktionen möchte ich feststellen, dass wir aufgrund der Ausschussberatungen, wo wir vier Sitzungen abgehalten - im Anschluss erfolgt die fünfte - und uns mit diesem Thema beschäftigt haben, zur Kenntnis nehmen können, dass alle Experten, auch diejenigen der in diesen Ausschuss entsandten Fraktionen, es doch begrüßt haben, dass wir einen solchen Zukunftsinvestitionsfonds auflegen. Das ist für uns eine gute Grundlage, weil Sie uns damit bestätigen, dass wir einer richtigen Entscheidung - auch inhaltlich - zu einer Mehrheit verhelfen.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)

Wir fühlen uns deshalb in unserem Handeln bestärkt.

Lassen Sie uns aber auch, weil wir das ernst nehmen, mit den kritischen Anmerkungen, die es in den Ausschussberatungen gab, noch einmal umgehen, und lassen Sie mich kurz auf diese eingehen. Ich war schon einigermaßen amüsiert, als ich zur Kenntnis nahm, dass uns öffentlich erklärt worden ist, mit diesem Zukunftsinvestitionsfonds würden wir ein bürokratisches Monster schaffen.

(Domres [DIE LINKE]: Meine Güte!)

Das wurde uns von einigen in der Öffentlichkeit vorgeworfen. Andere sagten, das sei alles so schmal geregelt, dass es quasi schon eine regellose Regelung sei. Von daher muss ich Ihnen sagen: Wer einerseits sagt, dass es ein bürokratisches Monster

sei, und andererseits behauptet, es gäbe gar keine Regeln, widerspricht sich. Daher fühlen wir uns als Koalition darin verstärkt, dass wir offenkundig mit unserem Weg doch eine gute Mitte gefunden haben. Wir glauben, dass wir zwischen der Tiefe der Regelung und den zur Verfügung stehenden Möglichkeiten einen guten Kompromiss gefunden haben.

(Beifall CDU sowie vereinzelt SPD und B90/GRÜNE)

Was mich inhaltlich dann aber - ich möchte nicht sagen: verärgert - doch schon etwas befremdet hat, war der Vorwurf, wir würden mit diesem Sondervermögen etwas schaffen, was eine Art Schattenhaushalt darstelle. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich im Namen der Koalition mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Dieses Sondervermögen ist ein unselbstständiges Sondervermögen. Es ist explizit Bestandteil der Haushaltsberatungen und der Haushaltstaufstellung. Es gibt quasi gar kein transparenteres Sondervermögen als dieses. Insofern ist es auch, was die Transparenz betrifft, vollumfänglich Bestandteil der Haushaltsberatungen.

(Beifall CDU sowie vereinzelt SPD und B90/GRÜNE)

Ich ermuntere all diejenigen, die sagen, sie hätten auch Ideen, im Rahmen des Haushaltstaufstellungsverfahrens daran mitzuwirken, eigene Ideen zu entwickeln und einzubringen. Von der AfD haben wir heute ja Pöbeli zur Kenntnis nehmen müssen - von daher freue ich mich schon, wenn Sie einmal mit konkreten Inhalten aufwarten und zeigen, dass Sie zu Recht hier sitzen und zu Recht Bürgerinnen und Bürger vertreten und daher auch mit konkreten Vorstellungen aufwarten und nicht nur mit Pöbeln.

Vizepräsident Galau:

Herr Bretz, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Domres zu?

Herr Abg. Bretz (CDU):

Ja, vom Kollegen Domres sehr gern.

Herr Abg. Domres (DIE LINKE):

Herr Kollege Bretz, hat sich bei Ihnen jetzt die Erkenntnis durchgesetzt, dass der Landtag Brandenburg in Haushaltssachen tatsächlich ein Initiativrecht hat?

Herr Abg. Bretz (CDU):

Welche Erkenntnisse sich bei mir durchsetzen, ist ein Gegenstand längerer Abhandlungen.

(Allgemeine Heiterkeit - Beifall DIE LINKE)

Das ist eine sehr allgemein formulierte Frage. Ich will Ihnen aber sagen: Ich bin schon stolz, dass diese Koalition den Mut hatte, dass sich bei uns die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass wir mit diesem Sondervermögen ein richtiges, ein gutes und ein wegweisendes Projekt angehen, und wir auch nicht gewartet haben, bis sich diese Regierung final konstituiert hat, sondern gleich losgelegt haben. Insofern ist es ein Beleg für Tatendrang. Ich denke, dass wir das auch gut und vernünftig gemacht haben.

(Beifall CDU sowie vereinzelt SPD und B90/GRÜNE)

Ich hoffe, Herr Kollege Walter, dass wir damit auch ein Beispiel gegeben haben, dass wir nicht zuwarten, sondern etwas ganz Konkretes zu Wege bringen.

(Walter [DIE LINKE]: Ziemlich planlos, was Sie machen!)

Ich will sagen - und damit lassen Sie mich zu meiner Rede zurückkommen -, dass wir davon ausgehen, dass wir mit diesem Sondervermögen ein transparentes Vorgehen wählen.

Lassen Sie mich noch etwas sagen, weil es tatsächlich wichtig ist: Es ist im Ausschuss gefragt worden, warum wir nicht dieses oder jenes mit dem Sondervermögen ausschließen. Das ist ja auch Gegenstand teilweise sehr kontroverser Diskussionen gewesen.

Ich möchte Ihnen sagen: Diese Koalition hat sich bewusst und zu Recht dazu entschlossen, keine Negativliste aufzustellen. Warum haben wir das gemacht? Negativlisten haben den Nachteil, dass sie meistens nicht vollständig sind, ständig angepasst werden müssen und man Gefahr läuft, dass alles, was nicht auf dieser Negativliste steht, im Umkehrschluss plötzlich als erlaubt gilt. Deshalb haben wir davon Abstand genommen, eine Negativliste für nicht zutreffende Investitionen zu wählen.

Es geht uns um strategische Investitionen, es geht uns um zusätzliche Investitionen im Sinne des Landes - also nicht um Ersatzinvestitionen. Schlussendlich möchte ich Ihnen sagen - an die Adresse meines Vorredners von der AfD-Fraktion gerichtet, der ja beklagt hat, dass man seinen Änderungsantrag nicht mit der gebührenden Aufmerksamkeit gewürdigt hat -: Wenn Sie uns Änderungsanträge vorlegen, die nicht gegen die Landeshaushaltssordnung verstößen, sind wir gern bereit, über diese Änderungsanträge zu reden. Sofern sie aber gegen die Landeshaushaltssordnung verstößen, werden Sie uns hoffentlich nicht zum Rechtsbruch zwingen. Deshalb können wir diesen Änderungsantrag in der Form nur ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)

Vizepräsident Galau:

Als Nächster spricht Herr Abgeordneter Kretschmer von der Linksfaktion.

Herr Abg. Kretschmer (DIE LINKE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Vogelsänger! Eile mit Weile, sonst wirst du Schaden erleiden - dieses alte Sprichwort möchte ich den Koalitionsfraktionen am Anfang meiner Rede mit auf den Weg geben. Es soll verdeutlichen, dass man bei zu großer Eile möglicherweise nicht sorgfältig genug ist, sodass man später nachbessern muss. Wenn man aber vonseiten der Koalition selbst die Chancen der Nachbesserung ungenutzt lässt, kann man als konstruktive Opposition auch nicht mehr helfen.

So bleibt am Ende des Prozesses zur Beratung der Aufnahme eines kreditfinanzierten Sondervermögens von 1 Milliarde Euro nur festzuhalten: Stockfehler über Stockfehler wurden gemacht - angefangen beim ursprünglichen Plan der Koalition, nur eine schriftliche Anhörung der kommunalen Spitzenverbände durchzuführen, bis hin zu den blumigen Versprechen, mit denen die Koalitionäre berechtigte Änderungsanträge der Opposition wegzukomplimentieren versucht haben. Am Ende geht es der

Koalition wie Goethes Zauberlehrling: „Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los.“

Überall im Land wurden mit den angekündigten zusätzlichen Investitionsmitteln Erwartungen geweckt. So konnten wir am Montag die Forderung des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg zur Mittelverwendung und -ausreichung umfangreich nachlesen. Allerdings kommt im Gesetzentwurf zum Sondervermögen das Wort Kommune nicht einmal vor, geschweige denn, dass er Pläne offenbart, ob Kommunen zukünftig Investitionspauschalen erhalten, wie der Städte- und Gemeindebund in seiner Stellungnahme unter anderem fordert. Genau da liegt das Problem: Hört man den drei Koalitionären bei ihren Ausführungen zum Sondervermögen genau zu, erfährt man mindestens drei verschiedene Vorstellungen zum Einsatz dieser Mittel: Der stellvertretende CDU-Ministerpräsident spricht bei „BRANDENBURG AKTUELL“ von einem starken kommunalen Investitionsprogramm, welches die Koalition aufgelegt hat. Der CDU-Staatssekretär im Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung tat auf einer Podiumsdiskussion - damals noch in der Funktion als Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion - kund, sämtliche Schlaglöcher im Land zu schließen. Die Grünen wollen die Mittel für Klimaschutzmaßnahmen einsetzen, und ihr Abgeordneter von Gizycki schloss auf der letzten Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen Zahlungen aus dem Sondervermögen für den BER aus. Das tut der Abgeordnete Bretz, wie wir eben vernommen haben, übrigens nicht. Nur die SPD-Fraktion hält sich aus gutem Grund bedeckt: Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, dass der Großteil der Investitionsmittel aus dem Sondervermögen bei den SPD-geführten Ressorts landen wird. Das ist auch keine Polemik meinerseits. Ich berufe mich lediglich auf die Stellungnahme des von der Koalition - in dem Fall von der SPD-Fraktion - vorgeschlagenen Gutachters Dr. Tobias Hentze. Dieser führt unter anderem aus:

„Nach dem Gesetzentwurf entscheidet das Landesfinanzministerium über den Einsatz der Mittel. Damit wird der Legislative die Möglichkeit genommen, über den Sinn von Investitionsprojekten zu diskutieren und entsprechend zu entscheiden, wodurch die demokratischen Abläufe geschwächt werden. Dies gilt umso mehr, da der Gesetzentwurf keine Vorgaben mit Blick auf die Verwendung des Sondervermögens macht. In der jetzigen Form begründet das Sondervermögen einen Schattenhaushalt zur weitgehend freien Verfügung des Landesfinanzministeriums.“

Spätestens hier müssten alle Alarmglocken schrillen. Doch was tut die Koalition? In der Hoffnung, dass genau dies nicht passiert, lässt man den Ausschuss für Haushalt und Finanzen in der 3. Sitzung, am 28. November, über einen Antrag der Finanzministerin auf Schaffung von sage und schreibe 14 zusätzlichen Personalstellen entscheiden. Neben der personellen Aufstockung der eigentlichen Staatskanzlei erhalten die beiden stellvertretenden Ministerpräsidenten zusätzliche Staatssekretäre samt personeller Ausstattung für Parteiarbeit. Damit wird der Landeshaushalt zum Selbstbedienungsladen der Koalition gemacht, aber ganz bestimmt keine Aufbruchsstimmung in diesem Land erzeugt.

(Beifall DIE LINKE)

Hinzu kommt, dass in der gleichen Sitzung der Nachtragshaushalt beraten wurde. Man hätte also diesen personellen Aufwuchs mittels entsprechender Änderungsanträge zum Nachtragshaushalt in das ganz normale Beratungsverfahren einspielen können. Die Begründung von Frau Finanzministerin, dass ein unabweisbares, auf andere Weise nicht zu befriedigendes

Bedürfnis nach § 13 Abs. 3 Haushaltsgesetz gegeben sei, ist bei gleichzeitiger Beratung des Nachtragshaushalts einfach nur ein Stück aus dem Tollhaus. Dass dieses Verfahren von der Koalitionsmehrheit mitgetragen wird, deutet schon zu Beginn der Legislaturperiode auf einen Tiefstand in Sachen Brandenburger Parlamentarismus hin. In Erinnerung wird von diesem Vorgang bleiben, dass es bei der Versorgung von Parteiposten auf jeden Tag ankommt.

(Dr. Redmann [CDU]: Du warst ja früher nicht dabei!)

Zurück zu unserem Änderungsantrag: Mit diesem wollen wir in Ihrem Gesetzentwurf die Vielzahl unbestimmter Rechtsbegriffe wie „moderne Infrastruktur“ eindämmen und das Sondervermögen zweckentsprechend ausgestalten.

Vizepräsident Galau:

Herr Kollege Kretschmer, Sie müssten jetzt zum Ende kommen.

Herr Abg. Kretschmer (DIE LINKE):

Mein letzter Satz: Darüber hinaus sollten wir als Legislative so emanzipiert sein, direkt über die zusätzlichen Projekte zu beraten und letztendlich zu entscheiden. - Ich danke.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Als Nächster spricht der Abgeordnete von Gizycki für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu uns.

Herr Abg. von Gizycki (B90/GRÜNE):

Sehr verehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! An die Linke: ...

(Heiterkeit)

- Ja, ich habe noch nicht so oft hier vorne gestanden; das kriegen wir schon noch hin.

(Heiterkeit)

Ich habe jetzt bei den Linken nicht wirklich herausgehört, welche Position sie zum Investitionsfonds vertreten. Sie haben im Prinzip lang und breit die Diskussion wiederholt, die wir schon im Ausschuss geführt haben, und wir haben da schon versucht, Ihnen klarzumachen, dass das von uns vorgeschlagene Verfahren, dies also implizit in das Haushaltaufstellungsverfahren zu integrieren, genau die Rechte und die Möglichkeiten schafft, die Sie mit Ihren Änderungsanträgen auch erreichen wollen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Einige von Ihnen kennen das Verfahren ja zur Genüge. Daher wissen Sie, wie Sie sich ordnungsgemäß, auch mit Projekten einbringen können. In der Demokratie entscheidet die Mehrheit - das ist nun einmal so. Ich bitte Sie, das auch einmal zur Kenntnis zu nehmen.

Vizepräsident Galau:

Herr von Gifycki, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Herr Abg. von Gifycki (B90/GRÜNE):

Gerne.

Herr Abg. Domres (DIE LINKE):

Herr Kollege, wir beide kennen die Haushaltsverfahren. Können Sie mir erläutern, warum die 14 Stellen jetzt nicht im Nachtragshaushalt eingepflegt werden?

Herr Abg. von Gifycki (B90/GRÜNE):

Das eine hat doch mit dem anderen überhaupt nichts zu tun.

(Domres [DIE LINKE]: Wir reden doch über den Nachtragshaushalt! Die Stellen hätten da doch eingepflegt werden müssen!)

- Im Finanzausschuss haben wir beraten, dass die Stellen eben nicht in den Nachtragshaushalt eingebaut wurden, sondern eine außerplanmäßige Vorlage sind.

(Domres [DIE LINKE]: Doch! - Walter [DIE LINKE]: Ach?!)

Das hat also nichts mit dem Nachtragshaushalt zu tun. Sie stehen da nämlich nicht drin.

Lassen Sie uns zum Punkt Investitionen in nachhaltige Infrastruktur, Zukunftsfähigkeit des Landes zurückkehren: Es wurde vorhin im Rahmen der Regierungserklärung angesprochen: Der langanhaltende Aufschwung ist erst einmal zum Erliegen gekommen, was auf die globale konjunkturelle Abkühlung zurückzuführen ist. Ob das eine leichte Abkühlung bleibt oder die exportorientierte deutsche Wirtschaft auch in Brandenburg zum Beispiel durch eine Eskalation der Handelskonflikte stärker betroffen sein wird, wissen wir alle noch nicht.

Bezugnehmend auf meine Vorredner - von den Linken weiß ich aus dem Finanzausschuss, dass sie die Investitionen, die wir hier vorhaben, durchaus begrüßen - schließe ich auf eine grundsätzliche Einigkeit. Die hier geführte Diskussion entzündet sich letztendlich an dem Verfahren, das Sie fortwährend kritisieren. Trotzdem ist es wichtig, dass wir jetzt diese Möglichkeit schaffen, indem wir diesen Fonds auflegen. Und natürlich müssen wir die Diskussion, wie das Geld nachher eingesetzt wird, führen.

Meine Vorredner haben es bereits gesagt: Es handelt sich um zusätzliche Mittel für strategisch bedeutende landespolitische Investitionen, auf die wir das explizit konzentrieren wollen.

(Walter [DIE LINKE]: Was ist das? Welche Mittel sollen das sein?!)

- Bitte schön. Die Diskussion werden wir dann führen. Das werden Sie schon noch mitbekommen.

(Walter [DIE LINKE]: Wir verschulden uns und Sie haben keine Ahnung, wofür?!)

- Wir verschulden uns doch erst, wenn das Geld tatsächlich ausgegeben wird, Herr Walter! Das wissen Sie doch ganz genau!

(Kretschmer [DIE LINKE]: Ihr seid überbucht! Das ist das Problem!)

Jetzt muss ich gucken, wo ich in meinem Text stehengeblieben bin. Aber es ist ja eine muntere Debatte.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das war der Punkt, bei dem es darum geht, dass der Landtag bei der Auswahl der Projekte nicht mitgenommen wird. Das führt tatsächlich ins Leere. Das wird sich zeigen, weil wir nämlich die Projekte dann im Ausschuss diskutieren werden.

Mit den beiden Gesetzen schaffen wir aber nur die finanziellen Voraussetzungen, also die Haushaltstechnik. Das hat auch Herr Vogelsänger angedeutet. Verglichen mit dem, was dann noch nötig ist, ist das - logisch - der einfachste Teil. Wir müssen diese Milliarde nur im Haushalt verankern. Aber wirklich alle in diesem Land - das betone ich extra - sind jetzt aufgefordert, Vorschläge zu unterbreiten und Ideen zu entwickeln, wie dieses Geld so eingesetzt werden kann, dass wir wirklich landespolitisch bedeutsame Investitionen in Brandenburg auf den Weg bekommen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Eine moderne Industriepolitik, die für alle Markakteure die geeinten Rahmenbedingungen festlegt und den Wissenstransfer vorantreibt, kann den Boden für eine höhere Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit bereiten. Der Schutz und die Subventionierung einzelner Wirtschaftsbereiche und Unternehmen können hingegen den Strukturwandel bremsen, da sie typischerweise zum Erhalt des Status quo genutzt werden. Wir werden also nicht nur die Investitionen fördern, sondern müssen auch die Industriepolitik überarbeiten und alle Bremsen, die den Strukturwandel im Lande hinauszögern, lösen. Damit diese Förderung auch nicht von Interessengruppen vereinnahmt wird, sollten wir klare Kriterien für diese Projekte vorlegen. Das wird unsere Aufgabe sein. Denn flößen diese zusätzlichen Mittel am Ende doch nur in lokale, zwar wichtige, aber nicht landespolitisch bedeutsame Projekte, die auch einen volkswirtschaftlichen Mehrwert erzeugen können, wäre die vom Landesrechnungshof und auch von der Opposition vorgebrachte Kritik durchaus berechtigt, weil das Ganze ja schuldenfinanziert ist. Das ist uns schon bewusst.

Die neue Brandenburger Regionalpolitik sollte daher also nicht nur Investitionen im herkömmlichen Stil finanzieren, sondern auch der steigenden Bedeutung von Wissen im Produktionsprozess Rechnung tragen und die Forschungsinnovationsförderung auch in der Region ohne Hochschule und außeruniversitäter Forschung stärker in den Fokus rücken.

Vizepräsident Galau:

Herr Kollege, Sie müssten jetzt zum Ende kommen.

Herr Abg. von Gifycki (B90/GRÜNE):

Ja. Wir hatten ein kleines Geplänkel am Anfang.

(Heiterkeit SPD und CDU)

Daher muss ich jetzt kürzen. - Aber der Hinweis ist angebracht, dass Sie mit Blick auf das Geld tatsächlich die Diskussion suchen. Die Chancen, die sich durch diese Investition bieten, braucht das Land, damit wir Brandenburg als Gewinnerregion des 21. Jahrhunderts auf die Beine stellen können. Die Voraussetzungen dafür haben wir jetzt geschaffen. - Vielen Dank!

(Beifall B90/GRÜNE, SPD und CDU)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Zu uns spricht nun Dr. Zeschmann von der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion.

Herr Abg. Dr. Zeschmann (BVB/FW):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen Abgeordnete! Zu den Vorlagen, um die es hier geht, hatten wir schon eine 1. Lesung, wie es angesprochen wurde, mehrere Sitzungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen und dazu noch die Anhörung der Sachverständigen. Damit sind alle in diesem Zusammenhang stehenden Fragen ausreichend beleuchtet und diskutiert worden. Deswegen möchte ich all die Argumente, die wir von den Vorrednern nochmals gehört haben, nicht zum zweiten, dritten oder vierten Mal wiederholen.

Ich finde eine andere Tatsache interessant. In der Diskussion wurde von den Koalitionsfraktionen verbal eine kooperative Zusammenarbeit und ein entsprechend respektvoller Umgang miteinander in Aussicht gestellt. Entsprechend wurde auch - jedenfalls nach meinem Empfinden - im Ausschuss im Großen und Ganzen sachlich diskutiert. Aber bei der Abstimmung der vorliegenden Änderungsanträge, über die hier auch schon gesprochen wurde und die von den Koalitionsfraktionen in diesem Plenum vorgelegt wurden, hätte eigentlich auf diese verbale Ankündigung hin „Butter bei die Fische“ gegeben werden müssen, wie es so schön heißt. Ich hatte dazu im Ausschuss ausgeführt, und das ist, finde ich, ein ganz nettes Bild, dass das Entgegenkommen der Koalitionsfraktionen in diesem Kontext, was den Antrag der BVB / FREIE WÄHLER angeht, gerade mal zwei Millimeter beträgt. Das ist nämlich eine äußerst geringfügige Ergänzung im Sinne einer minimalen Konkretisierung der Investitionsvorhaben. Herr Vogelsänger, Ihre Handlungsfreiheiten würde das nicht einschränken, im Gegen teil beinhaltet das genau diejenigen Punkte, die in Ihrer Koalitionsvereinbarung stehen.

(Beifall BVB/FW)

Deswegen ist es nicht nachvollziehbar, warum Sie nicht einmal das annehmen und aufnehmen. Damit haben wir das Problem, dass es mit der Kooperation bzw. Zusammenarbeit offensichtlich nicht weit her ist.

Bei dem Antrag der Kollegen von der Linken habe ich gesagt: Das sind 5 Millimeter, die man da entgegenkommen müsste. Auch das wäre machbar und möglich gewesen, auch das beinhaltet keine Punkte, die die Koalitionsvereinbarung nicht ohnehin beinhaltet.

(Beifall des Abgeordneten Walter [DIE LINKE])

Beim AfD-Antrag - habe ich geschätzt - sind es 2 Meter Entgegenkommen. Da müssen wir dann schauen.

Was ist passiert? Keine der geringfügigen Präzisierungen für diese Investitionsvorhaben - und darum streiten wir ja, was mit

dem Sondervermögen gemacht wird und welche konkreten Investitionen für unser Land getätigten werden sollen - wurde übernommen. Also: Nichts da mit „kooperativer Zusammenarbeit“ in der Realität! Es geht hier nur um Versprechungen. Aber schlimmer noch: Das ist eine reine Arroganz der Macht nach dem Motto: Rundweg plattmachen, alle Änderungen und Präzisierungsanträge bringen sowieso nichts, wir haben eine Stimme mehr im Ausschuss und ein paar Stimmen mehr hier in diesem Hause, wenn alle dabei sind. - Das ist wirklich sehr bedauerlich und sehr traurig. Das heißt also: Die Aussagen der Koalitionsfraktionen bezüglich einer „kooperativen Zusammenarbeit“ sind offensichtlich leider nicht viel wert. Das bedauere ich sehr. Auch was die Einlassung der Sachverständigen angeht, muss ich festhalten: Offenkundig sind die Koalitionsfraktionen beratungsresistent.

(Beifall BVB/FW)

Der Kollege von den Linken hat das eben ausgeführt: Der Gutachter der SPD-Fraktion hat sehr deutliche Worte gefunden, das liegt uns allen schriftlich vor. Welche Reaktionen gab es darauf von den Koalitionsfraktionen? - Null! Absolut keine.

Es kommt noch etwas Interessantes hinzu: Wenn Sie das schon so machen wollen, dann sollten Sie vielleicht auf die aktuelle Berichterstattung in der Presse, zum Beispiel von heute Morgen, eingehen. Meine Kollegen aus Brandenburg an der Havel haben mir schon gestern Abend erzählt, dass Brücken, die nach Brandenburg an der Havel hineinführen, von heute auf morgen gesperrt werden, sodass da Chaos ausbricht. Die Kollegen sagen, demnächst sei der Zugang zur Stadt nicht mehr möglich, weil die Brücken in einem so katastrophalen Zustand sind, dass das zuständige Landesamt sie sofort gesperrt und der Stadtverwaltung auch keinerlei Erläuterungen dazu gegeben hat.

Vizepräsident Galau:

Lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Herr Abg. Dr. Zeschmann (BVB/FW):

Ja, wenn meine Zeit nicht weiterläuft.

Herr Abg. Bretz (CDU):

Vielen Dank, Herr Kollege Zeschmann, für die Möglichkeit der Nachfrage. Herr Kollege Zeschmann, ich gehörte bis vor Kurzem auch der Opposition an und habe mir immer geschworen, die Anregungen aus der Opposition in Zukunft auch in der anderen Verantwortung wahrzunehmen und ernst zu nehmen. Insofern trifft mich das, was Sie hier sagen, sehr.

Geben Sie mir Recht, dass Sie im Finanzausschuss wörtlich gesagt haben: Wir von unserer Fraktion haben „den zahmsten Änderungsantrag“ vorgelegt? Und würden Sie mir Recht geben, dass ich Ihnen daraufhin erwidert habe, dass es dieses zahmen Änderungsantrages Ihrerseits nicht bedarf, da das, was Sie vorschlagen, bereits im Gesetzentwurf enthalten ist? Und würden Sie mir Recht geben, dass wir uns sehr wohl inhaltlich mit Ihrem Änderungsantrag befasst und abgewogen haben, ob Ihre Änderung notwendig ist oder nicht?

Herr Abg. Dr. Zeschmann (BVB/FW):

Herr Bretz, ich danke Ihnen für diesen Hinweis. Leider haben die Ausführungen von Herrn Vogelsänger wie schon im Ausschuss gezeigt, dass dem nicht so ist, dass man sich offensichtlich nicht ernsthaft damit auseinandergesetzt hat, und vor allem, dass man nicht gewillt ist, irgendeine Form von Konkretisierung aufzunehmen.

(Beifall des Abgeordneten Kretschmer [DIE LINKE])

Ich wollte das Beispiel aus Brandenburg an der Havel zum Anlass nehmen, um zu zeigen: Da sind Brücken kaputt, da ist die Stadt bald nicht mehr erreichbar, die Bürger stehen jetzt schon quer, die Wirtschaft wird beeinträchtigt. Da muss investiert werden, dahin sollte das Geld fließen.

(Beifall BVB/FW)

Da Sie es in der Regierung in den letzten zehn Jahren offensichtlich verschlafen haben, Dinge wie Brücken mindestens instand zu halten, Schlaglöcher auf Landesstraßen usw. zu beseitigen, - kann ich nur festhalten: Das ist kein Zukunftsinvestitionsprogramm, sondern ein Löcherstopfprogramm, um die Versäumnisse der letzten Jahre aufzuarbeiten. Das wäre immerhin schon etwas, aber reden Sie bitte nicht davon, dass dies ein Zukunftsinvestitionsprogramm für zusätzliche Investitionen in Brandenburg wäre. - Damit danke ich Ihnen recht herzlich.

(Beifall BVB/FW)

Vizepräsident Galau:

Das war eine Punktlandung. - Nun spricht Ministerin Lange für die Landesregierung.

Ministerin der Finanzen und für Europa Lange:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute Morgen viel davon gehört, dass diese Koalition angeblich keine konkreten Vorhaben habe. Dem Pressepiegel habe ich vor einigen Tagen entnommen, dass es einige Kritik geben soll, nämlich daran, dass auch drei Monate nach der Wahl in den Ausschüssen angeblich keine inhaltlichen Tagesordnungspunkte beraten würden. Wie immer es sich damit verhält: Für die Finanzpolitik und den Finanzausschuss gilt das ganz sicher nicht.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Dort ist es eher so, dass dem einen oder anderen das Tempo schon ein wenig zu hoch ist, und der Grund dafür ist das heutige Beratungsthema.

(Dr. Zeschmann [BVB/FW]: Schuldenbremse!)

Dieses duldet in der Tat keinen Aufschub, und dafür gibt es gute Gründe, wie wir gerade gehört haben. In jedem Fall beweist der bisherige Beratungsverlauf, dass diese neue Koalition nicht trödelt, ganz im Gegenteil. Mit dem Zukunftsinvestitionsfonds sollen in den nächsten zehn Jahren investive Projekte in den Bereichen Regionalentwicklung, Klimaschutz, Innovation, moderne Infrastruktur und Digitalisierung gefördert werden. Wir

wollen eben nicht, lieber Sebastian Walter, 417 Koffer mit ungebrauchten, nicht nummerierten Scheinen in die Kommunen tragen.

(Walter [DIE LINKE]: Na wenigstens was!)

Dass dies, was wir hier vorhaben, nicht nur zweckmäßig, sondern auch vernünftig ist, habe ich auf der letzten Landtagssitzung bereits ausgeführt. An diesen Argumenten hat sich durch die weiteren Beratungen und die Anhörung im Ausschuss nichts geändert. Hinzuzufügen ist allenfalls, dass ich die seitdem vorgebrachten Bedenken und Gegenargumente insgesamt für nicht durchgreifend halte.

Meine Damen und Herren, über den Geist der Schuldenbremse kann man in der Presse trefflich philosophieren, aber entweder verstößt ein Vorhaben gegen die 2020 in Kraft tretende Schuldenbremse oder eben nicht. Fakt ist: Dieses Vorhaben verstößt nicht gegen die Schuldenbremse. Alles andere ist schlicht unwahr.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Man kann natürlich kritisieren, dass die bisherigen Pläne zu unkonkret seien, wie dies in der Anhörung vorgetragen wurde, aber diese Kritik ist zum jetzigen Beratungsstand einerseits ein wenig wohlfeil und andererseits bleibt unklar, wogegen sie sich überhaupt richtet. Natürlich ist die Einrichtung eines Sondervermögens - darum geht es jetzt - nicht dasselbe wie der Beschluss einer konkreten Förderrichtlinie. Wahr ist auch, dass das ZifoG eine Reihe von Investitionsbedarfen für die Zukunft identifiziert - ich habe sie aufgeführt. Das wäre aber nur dann ein durchschlagendes Argument, wenn man bestreiten wollte, dass es diese Bedarfe tatsächlich gibt. Das hat bisher aber niemand getan, aus guten Gründen: Das ist nämlich überhaupt nicht zu bestreiten. Auf diesen Punkt haben insbesondere die kommunalen Spitzenverbände völlig zu Recht hingewiesen. Wer sich mit den Problemlagen im Land wirklich auskennt, und zwar nicht vom Schreibtisch aus, sondern aus der Praxis vor Ort, der weiß, welche Bedarfe es gibt, und hat kein Verständnis dafür, wenn diese auf die lange Bank geschoben werden. Das hat diese Koalition auch nicht vor. Auch deshalb ist der neue Fonds eine richtige Antwort auf die Herausforderungen, die vor uns liegen.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich besteht der Wunsch der kommunalen Vertreter nach einem möglichst einfachen Verfahren für die an die Kommunen ausgereichten Mittel. Auch ich will überflüssige Bürokratie so gut es geht vermeiden. Gleichwohl muss das Land die gesetzlichen Anforderungen erfüllen. Auch das Zuwendungsrecht sieht genau definierte Regularien vor. Wir wollen also eine Lösung finden, damit wir beide Seiten - Einfachheit und gesetzliche Anforderung - bestmöglich unter einen Hut bekommen, und ich bin zuversichtlich, dass uns das auch gelingt.

Angesprochen wurde auch die angeblich nicht ausreichende parlamentarische Kontrolle bei der Mittelverwendung. Dieser Kritikpunkt ist unbegründet, und zwar aus folgendem Grund: Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Entnahmen aus dem Sondervermögen zugunsten des Landeshaushalts erfolgen. Das bedeutet, dass keine direkten Zuwendungen aus dem Sondervermögen an Dritte erfolgen. Es erfolgen lediglich Entnahmen zugunsten des Landeshaushalts, und dies wiederum bedeutet, dass die eigentlichen Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen im Landeshaushalt zu veranschlagen sind. Damit hat der Landtag die vollständige Kontrolle und Übersicht über die

Veranschlagung der Mittel, so wie es sich gehört. Das betrifft im Übrigen auch den Wirtschaftsplan des Sondervermögens, der als Teil des Haushaltsplans im Parlament beraten wird. Die Bewirtschaftung der Titel erfolgt wie gehabt durch die Exekutive, sprich: die Landesregierung. Das aber gilt gleichermaßen für jedwede Ausgabe aus dem Landshaushalt, ohne dass damit die parlamentarische Kontrolle in irgendeiner Weise geschmälert würde. Auf andere Bedenken will ich hier aus Zeitgründen nicht eingehen. Ich will aber sagen, dass ich davon überzeugt bin, dass der Gesetzentwurf einer rechtlichen Überprüfung jederzeit standhielt.

Meine Damen und Herren, der Zukunftsinvestitionsfonds ist ein sinnvolles Instrument einer gestaltenden Finanzpolitik. Er steht nicht im Widerspruch zu einer soliden Haushaltspolitik oder der Schuldenbremse. Er reagiert auf Bedarfe im Land, die kein Mensch - ich habe jedenfalls keinen gehört - ernsthaft in Abrede stellen kann, er begegnet keinerlei durchgreifenden haushaltlerischen oder rechtlichen Bedenken, und er zeigt, dass es dieser Koalition ernst damit ist, einen neuen Aufbruch für unser Land zu organisieren. Das sind ziemlich viele gute Gründe, den vorliegenden Gesetzentwürfen zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Auf Seiten der Linken wurde eine Kurzintervention angezeigt. Herr Abgeordneter Walter, bitte schön.

Herr Abg. Walter (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Ministerin! Vielen Dank für Ihre Rede. Leider - muss ich Ihnen sagen - bin ich ehrlich enttäuscht, auch von der gesamten Debatte. Wir hatten hier schon vor einigen Wochen eine Debatte zu Ihrem Investitionsprogramm, und ich habe gehofft, dass Sie genug Zeit hatten, sich einmal konkrete Projekte auszudenken. Frau Ministerin, Sie haben gerade von Bedarf geredet - das haben alle getan. Wieso können Sie nicht wenigstens einen einzigen Bedarf, ein einziges Projekt konkret benennen? Nicht ein einziges Projekt benennen Sie!

(Beifall DIE LINKE - Zurufe von SPD und CDU: Haben wir doch!)

Ich will Ihnen sagen: Sie sprechen von Tatendrang und stellen sich hier hin, als ob Sie jetzt auf einmal doch etwas ganz Konkretes hätten. Ich sage Ihnen: Ja, das kann ich sogar nachvollziehen. Sie werden ganz konkret, wenn es darum geht, dieses Land zu verschulden, und ganz konkret, wenn es darum geht, Geld zu drucken. Aber der Tatendrang kommt nicht aus Ihnen selbst, sondern der Tatendrang röhrt daher, dass Sie auf Bundesebene mit Ihren Parteien völlig unsinnigerweise die Schuldenbremse eingeführt haben und wir deshalb hier in Schwierigkeiten kommen und die Probleme auch in der Zukunft haben werden.

(Zuruf des Abgeordneten Stohn [SPD])

- Wir wollten sie abschaffen. Ihr habt doch dagegen gestimmt!

Ich will Ihnen nur eine Sache deutlich sagen, Frau Ministerin: Sie haben hier nach den Koalitionsverhandlungen darüber gesprochen, dass es 600 Millionen Euro Mehrausgaben geben

werde. Ich will einfach noch einmal die Fragen stellen: Sie wollen Investitionen in die Krankenhäuser? - Das sind 120 Millionen. Sie wollen diesen Pflegepakt? - Das sind 150 Millionen über die nächsten fünf Jahre. Straßeninvestitionen, Verbesserung des Kitaschlüssels usw. - da bin ich bei 1,6 Milliarden Euro. Ich glaube, es ist kein Zufall, dass die 600 Millionen Euro Mehrausgaben, die Sie beschreiben, mit der einen Milliarde des angeblichen Investitionsfonds zusammenpassen. Und deshalb ist für mich ganz klar: Sie sind hier einfach überbucht, Sie wollen einen Defizitausgleich schaffen, und das halte ich grundsätzlich für falsch und tatsächlich für planlos.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Frau Ministerin, möchten Sie darauf antworten? - Die Ministerin verzichtet auf eine Antwort. - Herr Bretz hat noch 40 Sekunden, bitte schön.

Herr Abg. Bretz (CDU):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Walter, das darf man so nicht im Raum stehen lassen.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)

Dazu eine konkrete Antwort: Ich glaube, Sie haben das gesamte Gesetzgebungsverfahren nicht verstanden.

(Beifall des Abgeordneten Raschke [B90/GRÜNE])

Wir setzen heute ein Zukunftsinvestitionsgesetz in Gang, unterstützen das technisch mit einer Ermächtigung der Landesregierung und werden dieses Sondervermögen im Rahmen der nächsten Haushaltaufstellung mit konkreten Projekten verknüpfen. Im Rahmen dieses Verfahrens haben auch Sie mit Ihrer Fraktion die Möglichkeit, Vorschläge zu unterbreiten. Das ist die Transparenz, von der wir sprechen, der wir hier als Gesetzgeber nachkommen. Deshalb bitten wir Sie herzlich, das Verfahren, das wir gewählt haben, nicht derart zu entstellen, dass das Gegenteil dessen herauskommt, was wir machen wollen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)

Vizepräsident Galau:

Gerade wurde die Frage gestellt, warum der Kollege Bretz noch einmal reden durfte: Die Landesregierung hat um eine gute Minute überzogen. - Ich nenne die übrigen Restredenzeiten: Für die SPD wären es anderthalb Minuten, für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 40 Sekunden, DIE LINKE hat noch eine Minute und die FREIEN WÄHLER haben noch eine Minute und 17 Sekunden. Wer noch einmal reden möchte, der darf. Ich frage in dieser Reihenfolge ab: SPD? - Nein. - Die Grünen? Nein. - Die Linken? - Auch nicht. - FREIE WÄHLER? - Auch nicht.

Damit sind wir am Ende der Aussprache und kommen zur Abstimmung. Uns liegt vor: Beschlussempfehlung und Bericht zu Drucksache 7/120, Zukunftsinvestitionsfonds-Errichtungsgesetz. Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthal-

tungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Auf Antrag der CDU-Fraktion findet eine 3. Lesung statt. Zur Vorbereitung der 3. Lesung beantragt die CDU-Fraktion die Überweisung des Gesetzentwurfs zur Errichtung eines Sondervermögens „Zukunftsinvestitionsfonds des Landes Brandenburg“ in der Fassung der soeben angenommenen Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Haushalt und Finanzen auf Drucksache 7/295 an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer der Überweisung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist die Überweisung mehrheitlich beschlossen.

Gemäß § 48 Abs. 2 der vorläufigen Geschäftsordnung gelten die drei Änderungsanträge der Fraktionen BVB / FREIE WÄHLER, DIE LINKE und AfD auf den Drucksachen 7/286, 7/312 und 7/323 als mitüberwiesen.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung und den Bericht auf Drucksache 7/296 - Nachtragshaushaltsgesetz 2019. Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und vielen Enthaltungen ist die Beschlussempfehlung mehrheitlich angenommen. Damit ist das Gesetz in 2. Lesung angenommen.

Gemäß § 42 Abs. 3 der vorläufigen Geschäftsordnung des Landtags Brandenburg findet eine 3. Lesung statt. Zur Vorbereitung der 3. Lesung beantragt die CDU-Fraktion die Überweisung des Gesetzentwurfs - Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 - in der Fassung der soeben angenommenen Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Haushalt und Finanzen auf Drucksache 7/296 an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer stimmt der Überweisung zu? - Enthaltungen? - Damit ist die Überweisung einstimmig beschlossen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 2 und rufe Tagesordnungspunkt 3 auf.

TOP 3: Straßenerschließungsbeiträge landesrechtlich regeln und abschaffen

Antrag
der AfD-Fraktion

Drucksache 7/149

Vizepräsident Galau:

Die Aussprache eröffnet der Kollege Freiherr von Lützow. Bitte schön.

Herr Abg. Freiherr von Lützow (AfD):

Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Gäste! Wir haben es heute schon oft gehört: Bürger entlasten, Zukunftsinvestitionen, ländlichen Raum gestalten. - Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in der vergangenen Legislaturperiode ist maßgeblich aufgrund der bereits seit dem Jahr 2014 im Wahlprogramm der AfD aufgeführten Positionen erfolgt. Neben der Abschaffung der Straßenausbaukosten ist nunmehr auch die Abschaffung der Straßenerschließungsbeiträge notwendig und daher unverzüglich vorzunehmen. Bisher hat der Landesgesetzgeber in Brandenburg jedoch noch nicht von der bereits seit - man höre! - 1994 bestehenden Gesetzgebungskompetenz Gebrauch gemacht.

Die Straßenerschließungsbeiträge landesgesetzlich zu regeln, darauf zielt unser Antrag einerseits ab. Gleichzeitig zu der landesrechtlichen Regelung der Straßenerschließungskosten soll auch ihre Abschaffung erfolgen, denn sowohl Straßenausbaukosten als auch Straßenerschließungskosten sind Teil der Daseinsvorsorge und müssen daher vom Staat finanziert werden. Eine Umlage von Ausbaukosten auf die Eigentümer von angrenzenden Grundstücken, die als Erschließungskosten ausgegeben werden, stellt eine offensichtliche Ungerechtigkeit dar, welche unverzüglich zu beheben ist. Es ist nicht vermittelbar und auch nicht mit dem gesunden Menschenverstand vereinbar, dass für schon seit Jahren teilerschlossene Straßen Fertigstellungskosten bzw. getarnte Ausbaukosten auf Grundstückseigentümer umgelegt werden.

Die im Juni 2019 von uns als Gesetzgeber beschlossene Abschaffung der Straßenausbaukosten hat leider in einigen Kommunen zu ungeahnter Kreativität geführt. Nun werden oftmals Bauarbeiten an bereits teilerschlossenen Straßen als Erschließung und nicht als Ausbau angesehen, mit der Folge, dass 90 % der Kosten auf die anliegenden Grundstückseigentümer umgelegt werden. Dies kann natürlich nicht so bleiben. Daher fordern wir die Landesregierung auf, die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen zu schaffen.

Natürlich werden Sie von Rot-Schwarz-Grün in Ihren Redebeiträgen darauf abstellen, dass wir einen diesbezüglichen Gesetzentwurf hier hätten einbringen können. Das eine schließt das andere nicht aus: Für den Fall der Ablehnung der Überweisung an den Ausschuss und der Ablehnung unseres Antrags kündigen wir bereits jetzt für eine der kommenden Plenarsitzungen einen eigenen Gesetzentwurf zu diesem Thema an.

Das Land Brandenburg wäre mit der Abschaffung der Straßenerschließungsbeiträge bundesweit auch nicht allein. So ist unter anderem im Bundesland Bayern eine Abschaffung erfolgt. Auch in Berlin und Baden-Württemberg wurde eine landesrechtliche Regelung der Erschließungskosten vorgenommen. Hier bei uns in Brandenburg ist die SPD nunmehr 30 Jahre in Regierungsverantwortung und hat es seit 1994 versäumt, von ihrer Gesetzgebungskompetenz Gebrauch zu machen und die Straßenerschließungskosten landesrechtlich zu regeln und abzuschaffen.

Darauf zielt unser Antrag ab, für dessen Annahme bzw. Überweisung an den Ausschuss ich hiermit werbe. - Danke schön.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, weise ich darauf hin, dass sich der Ausschuss für Haushalt und Finanzen zum Ende dieses Tagesordnungspunktes trifft.

(Bretz [CDU]: Jetzt!)

- Mir wurde signalisiert: zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes.

(Bretz [CDU]: Jetzt! - Dr. Redmann [CDU]: Falsche Signale!)

- Gut, das können wir natürlich machen. Dann müsste jetzt aber bitte jemand meine Position einnehmen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich kann jetzt nicht einfach wegrennen. Ob der Kollege Domres das vielleicht übernehmen könnte? Denn jemand anders ist jetzt nicht hier. - Na gut, die Kollegen können sich treffen; ich komme nach, wenn es so weit ist.

Wir machen einfach weiter in der Rednerliste. - Der Ausschuss kann sich natürlich jetzt treffen; dem stehe ich nicht im Wege. Wenn Ersatz da ist, wechseln wir.

Wir setzen fort und kommen zum Beitrag des Abgeordneten Noack. Bitte schön.

Herr Abg. Noack (SPD):

Wertes Präsidium! Werte Abgeordnete! Werte Gäste! Man muss ja bei der AfD-Fraktion und ihren Anträgen so manches ertragen - um nicht zu sagen: Deren geistige Ergüsse sind manchmal schwer zu ertragen. Man merkt deutlich, dass Sie von Kommunalrecht wenig Ahnung haben.

Ich will eines richtigstellen, Herr von Lützow: Sie bzw. zumindest Ihre Fraktion - ich bin ja neu hier - hätten bzw. hätte den Bericht der Landesregierung vom 30.05.2018 lesen können. Der war ja Grundlage für die Beratung über die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Aber Erschließungsbeiträge und Straßenbaubeuräge sind recht unterschiedliche Dinge. Die einen sind landesrechtlich geregelt, die anderen bundesrechtlich, und dies aus gutem Grund.

Sie verheimlichen in Ihrer Stellungnahme, dass die Grundgesetzänderung nur eine Ersetzungsbefugnis darstellt und nur zwei Länder - Baden-Württemberg und Bayern - davon Gebrauch gemacht und nicht, wie Sie eben gesagt haben, die Erschließungsbeiträge abgeschafft haben, sondern das Bundesrecht in Landesrecht überführt, aber der Grundlage nach beibehalten haben.

Die AfD spricht heute von der Abschaffung von Erschließungsbeiträgen und vom „Bürger“. Ich lese in der Begründung zwei Dinge: Rechtssicherheit und Gerechtigkeit. - Zunächst zur Gerechtigkeit: Wenn der Antrag eine Mehrheit findet, ist mit der Gerechtigkeit, insbesondere für denjenigen, der kein Grundgegentum besitzt, Ende im Gelände - im wahrsten Sinne des Wortes -, denn dann finanziert er den Wertzuwachs des Grundgegentums anderer.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD und DIE LINKE)

Ich habe 30 Jahre lang Kommunalpolitik betrieben und werde nicht einsehen, dass Erschließungsbeiträge von der Allgemeinheit bezahlt werden, obwohl nur Einzelne einen Vorteil davon haben. Ich gehe sogar noch weiter: Wenn heute im Rahmen des Baugesetzbuchs erschlossen wird und es sich um anlassbezogene oder vorhabenbezogene Bebauungspläne handelt, vereinbart die Gemeinde nicht nur die Kosten der Erschließung - die sind nämlich vom Bauträger und später vom Eigentümer zu tragen -, sondern die Infrastrukturkosten im Rahmen von städtebaulichen Verträgen - das können Kitaplätze und Ähnliches sein - werden insbesondere von denen getragen, die am Ende den wirtschaftlichen Vorteil genießen. Das sind die Eigentümer und nicht „die Bürger“. Die AfD spricht hier vom kleinen Bürger, den sie entlasten will, und wirbt für Gerechtigkeit, aber dieser Antrag fordert genau das Gegenteil und beweist, dass Sie von Kommunalpolitik und der Umsetzung von Baumaßnahmen null Ahnung haben.

(Beifall SPD und B90/GRÜNE)

Aber das begegnet uns nicht nur hier, sondern auch in den kommunalen Parlamenten. Wenn es konkret wird, fängt die AfD an zu schlingern. Man stellt fest: Inhaltlich haben Sie nichts zu bieten. Es sind nur Parolen.

Ich lehne sogar ab, den Antrag im Ausschuss zu beraten. Denn jedes Mitglied des Landtags, das ein bisschen kommunalpolitische Erfahrung hat, sollte wissen, dass man dies nicht machen kann, nicht machen sollte und dass es Unfug ist.

Bei einer Sache bin ich aber bei Herrn Vida - wir werden uns morgen noch einmal zu dem Thema unterhalten -: Wir müssen wirklich genau schauen, wo tatsächlich eine Erschließung vorliegt und wo nicht. Damit sollten wir uns wirklich inhaltlich beschäftigen.

Aber Erschließungsbeiträge grundsätzlich abzuschaffen betrachte ich nicht als sinnvoll. Dem kann man auf keinen Fall zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, B90/GRÜNE sowie DIE LINKE)

Vizepräsidentin Richstein:

Das war ein schönes Schlusswort. Vielen Dank. - Wir kommen zum Beitrag der Fraktion DIE LINKE. Die Abgeordnete Johlige spricht. Bitte.

Frau Abg. Johlige (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Ziel des AfD-Antrags ist die vollständige Abschiebung,

(Vereinzelt Heiterkeit - Lachen bei der AfD)

Abschaffung der Erschließungsbeiträge. Das ist eine sehr weitgehende Forderung. Im Gegensatz zu dem, was Sie, Herr von Lützow, eben behauptet haben, hat bisher kein Bundesland die Erschließungsbeiträge abgeschafft. Das hat auch einen guten Grund: Erschließungsbeiträge dienen vor allem dazu, ein Grundstück erstmals zu erschließen und damit auch den Wert des Grundstücks zu steigern; denn der Vorteil liegt in der Regel beim Grundstückseigentümer. Würden wir die Erschließungsbeiträge nun vollständig abschaffen, würde das auch größeren Firmen und Investoren zugutekommen. Allein das zeigt, dass Sie hier im Gegensatz zu dem, was Sie immer behaupten - „Wir sind für den kleinen Mann da“ usw. -, der Allgemeinheit Kosten auferlegen und Investoren und Firmen dadurch einen Vorteil verschaffen wollen. Das halte ich für kontraproduktiv und im Übrigen auch für asozial.

(Lachen der Abgeordneten Duggen und Bessin [AfD])

Außerdem - weil dieses Argument immer wieder gebracht wird - würde das nicht Mieter zugutekommen. Das können wir am Beispiel der gerade abgeschafften Straßenbaubeuräge sehen. Ich kenne zumindest keinen Fall, in dem die Mieten gesenkt wurden, weil keine Straßenbaubeuräge mehr anfallen. Daher werden wir Ihre Forderung nicht mittragen.

Wir sehen im Übrigen an der Abschaffung der Straßenbaubeuräge, über welche Summen wir hier reden. Wir wissen, dass uns die Abschaffung der Straßenbaubeuräge ungefähr 35, ja eher 50 Millionen Euro jährlich kosten wird. Man kann davon

ausgehen, dass die Umsetzung Ihres jetzigen Antrags eine ähnliche Summe kosten würde. Mit der rückwirkenden Aufhebung der Bescheide, die Sie unter Punkt 3 fordern, wäre es wahrscheinlich noch deutlich mehr. Dass Sie über Konnexität und Finanzierung nichts sagen: Geschenkt! Aber die Linke lehnt solche Blankoschecks auf Kosten der Allgemeinheit ab.

Worüber wir allerdings tatsächlich reden müssten, ist die Frage der Sandpisten - das Klang bei Herrn Noack schon an. Wir brauchen eine Lösung für Sandstraßen, die schon seit vielen Jahren existieren und gewidmet sind. Da gibt es tatsächlich Ungerechtigkeiten, über die wir reden müssen. Wir brauchen auch eine Überprüfung der bereits in der vergangenen Wahlperiode besprochenen Stundungsregelungen. Wir müssen gucken, ob sie greifen und ausreichen. Das sind Punkte, über die wir gerne reden würden. Über Blankoschecks zuungunsten der Allgemeinheit werden wir nicht reden.

(Beifall DIE LINKE und B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Richstein:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Schaller.

Herr Abg. Schaller (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem vorliegenden Antrag der AfD-Fraktion ist nicht abzusprechen, dass er sich im Ursprung mit einem Thema befassen wollte, das die betroffenen Anlieger tatsächlich sehr bewegt und unsere kommunalen Mandatsträger vor Ort vor zum Teil ganz schwierige Entscheidungen stellt - kein Wunder, schließlich handelt es sich um einen sehr komplexen und für alle rechtlich sehr schwer zu greifenden Sachverhalt. Leider, lieber Kollege von Lützow, spiegelt sich diese Bedeutung im Antrag selbst nicht wider.

Sicherlich ist Ihnen allen nicht verborgen geblieben, dass die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge im Sommer dieses Jahres hier im Hause eine breite parlamentarische Mehrheit fand. Seitens der CDU-Fraktion wurde bereits im Rahmen dieser Debatte auch die Intention einer teilweisen Abschaffung von Erschließungsbeiträgen geäußert, die letztlich aber keinen gesetzlichen Niederschlag gefunden hat. Wir verfolgten seinerzeit das Ziel, für sogenannte Sandstraßen - wir haben es gerade schon zweimal gehört -, die bereits vor dem 3. Oktober 1990 existierten und ortsüblich zu Erschließungszwecken genutzt wurden, keine Erschließungsbeiträge zu erheben. Hierin liegt bereits der entscheidende Unterschied zwischen unserem Anliegen und Ihrem Antrag: In Ihrem Antrag fordern Sie die vollständige Abschaffung aller Erschließungsbeiträge, also auch der Beiträge, die bei Neuerschließungen fällig werden. Sie unterscheiden überhaupt nicht zwischen den Gegebenheiten, die zu DDR-Zeiten existierten, und denen der straßengebundenen Erschließung neuer Wohngebiete in der heutigen Zeit, geschweige denn, dass Sie sich nur ansatzweise mit der Frage beschäftigen, welche Kosten dadurch verursacht werden. Kurzum: Die CDU-Fraktion wird Ihrem Antrag nicht zustimmen; er geht an der Sache vorbei.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich war gut 16 Jahre Bürgermeister und kenne die Diskussionen und Sichtweisen zu dieser Thematik nur zu gut. Wir als CDU sind uns sehr bewusst, dass die Thematik der Erschließungsbeiträge besonders und erst recht im Kontext der vor gut einem halben Jahr abgeschafften

Straßenausbaubeiträge viele Bürgerinnen und Bürger sehr bewegt. Entsprechend muss darüber gesprochen und eine Lösung erarbeitet werden.

Doch wie immer im Leben dürfen und sollten Entscheidungen auf gemachten Erfahrungen aufbauen. Allen hier ist sicherlich bewusst, dass die Diskussion um die Erstattung der aus der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge resultierenden Kosten längst noch nicht abgeschlossen ist. Ich nenne nur Stichworte wie Spitzabrechnung und Rechtsverordnung. Basierend auf den Erfahrungen zu diesen Punkten werden wir unsere Beobachtungen und Bewertungen eines möglichen Vorgehens im Bereich der Erschließungsbeiträge vornehmen. Ich lade Sie ein, uns dabei inhaltlich zu begleiten. Glück auf!

(Beifall CDU sowie vereinzelt SPD und B90/GRÜNE)

Vizepräsidentin Richstein:

Vielen Dank, Herr Schaller. - Für die Fraktion BVB / FREIE WÄHLER spricht der Abgeordnete Vida.

Herr Abg. Vida (BVB/FW):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! So neu sind wir als BVB / FREIE WÄHLER nun nicht in der Welt, dass wir nicht wüssten, dass hier auch gern einmal abgeschrieben wird.

(Beifall BVB/FW)

Aber wenn man das tut, kann es mitunter - wie hier - etwas zu plump werden. Der Antrag ist schon begrifflich falsch: Er spricht von Alterschließungen - ein Begriff, den es so im Straßenbereich überhaupt nicht gibt. Er spricht von Teilerschließungen und verkennt damit völlig die Abrechnungsmethodik. Es geht nicht darum, ob eine Anlage teilerschlossen ist, sondern jedes - so nenne ich es einmal - Gewerk wird getrennt abgerechnet. Das heißt, wenn eine Straße Beleuchtung und einen Gehweg hat, ist sie nicht teilerschlossen - im Hinblick auf die Straßenoberfläche -, sondern das wird getrennt betrachtet: Ein Teil ist Ausbau, ein Teil ist Erschließung. Insofern gibt es keine aus einer vermeintlichen Teilerschließung ableitbare Berechtigung, die Straße insgesamt dem Ausbau zuzuordnen.

Des Weiteren reden Sie davon, dass man bei Straßen, die teilweise erschlossen seien, definieren solle, dass keine Erschließung stattgefunden hat. Das verkennt den Begriff der Erschließung im baurechtlichen Sinne in Abgrenzung vom Begriff der Erschließung im Sinne von Erreichbarmachung eines Grundstücks. Auch deswegen ist der Antrag in der Begriffsfindung nicht korrekt.

Methodisch falsch ist der Antrag insofern, als, wenn die Beiträge abgeschafft werden, man auch keine Definition mehr bräuchte, ob eine Erschließung vorlag oder nicht.

Ich glaube, vielmehr braucht es eine etwas qualifiziertere Auseinandersetzung mit diesem komplexen Thema, und diese erfolgt in mehreren Schritten: Zunächst erfolgt die Sicherstellung einer Mitbestimmung der Anwohner. Hierzu haben wir uns kommunalpolitisch schon sehr stark engagiert. In unserem morgigen Antrag wird es dazu nähere Ausführungen geben. Es ist eine rechtlich sichere und auch bautechnisch korrekte Abgrenzung zwischen Ausbau und Erschließung vorzunehmen.

Diesbezüglich muss man sich auch einmal mit der obergerichtlichen Rechtsprechung auseinandersetzen. Des Weiteren muss es die Möglichkeit der Durchsetzung von Bürgerbegehren in diesem Bereich geben, wie es das in Bernau gegeben hat und andernorts von uns versucht wird. Dann folgt auf kommunaler Ebene eine Anpassung der Erschließungsbeitragsatzungen durch entsprechende Beitragssenkungen. Dann kommt die Überleitung von Bundesrecht in Landesrecht. Und wenn wir dann von Entlastungen reden, müssen wir natürlich auch zu Vorhaben- und Erschließungsträgergebieten differenzieren, bei denen natürlich eindeutig der Projektierer einen riesigen Vorteil hat.

Deswegen sind unausgegorene und in Teilen auch noch sachlich falsche Anträge nicht hilfreich. Wir als BVB / FREIE WÄHLER werden hier wie bei den Ausbaubeiträgen Schritt für Schritt vorangehen - mit Sachverstand, mit den Bürgerinitiativen in den Orten gemeinsam und natürlich mit dem nötigen sozialen Augenmaß. Das hier ist ein Schuss in den Ofen und schadet dem Anliegen. - Danke schön.

(Beifall BVB/FW sowie vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Richstein:

Danke, Herr Vida. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abgeordnete Klemp.

Herr Abg. Klemp (B90/GRÜNE):

Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Das ist also der erste inhaltliche Antrag der AfD-Fraktion in der neuen Legislaturperiode. Zur Diskussion steht die Ausrufung des Schlaraffenlandes in der Variante der vollständigen Abschaffung der Erschließungsbeiträge für den Straßenbau. Nur wird es bei genauerem Hinsehen kein Schlaraffenland geben: Die Kosten für den Straßenbau sollen nicht abgeschafft werden, logisch, sondern sie werden einfach allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern aufgebürdet - ein klassischer Akt des Schauspiels „Grundbesitzer gegen Steuerzahler“.

Die Idee des Erschließungsrechts im Baugesetzbuch ist doch, dass ein erschlossenes Grundstück einen ungleich höheren Wert hat als ein unerschlossenes. Wer würde das bestreiten! Derzeit, so der Grundgedanke, werden Teile des Wertzuwachses über die Straßenerschließungsbeiträge abgeschöpft und der Ausbau von Infrastruktur damit zumindest anteilig von denen getragen, die davon profitieren.

Auch der Parlamentarische Beratungsdienst stellt in seinem Gutachten vom 6. Dezember des letzten Jahres fest, dass dieses Prinzip weitgehend nicht infrage gestellt wird. Warum auch sollte die Allgemeinheit für die Baureifmachung privater Grundstücke aufkommen? Das wäre nicht zu verstehen.

Meine Damen und Herren, das Problem ist doch ein anderes, was aber von dem AfD-Antrag überhaupt nicht bearbeitet wird. Das sind die märkischen Sandstraßen, über die seit Jahrzehnten der Verkehr in den Anliegerstraßen rollt und bei denen Grundstückseigentümerinnen und -eigentümern dann mitgeteilt wird, bei einer Baumaßnahme würde es sich um eine Ersterschließung handeln. Aber hier differenziert der AfD-Antrag nicht, sondern schüttet einfach mit dem Füllhorn Steuergelder über märkische Städte und Gemeinden aus. Der Antrag geht also am eigentlichen Problem vorbei.

Woher dieses Geld kommen soll und an welcher anderen Stelle dann gekürzt werden muss, wird geflissentlich übergangen.

Warum dann im zweiten Absatz noch in der Vergangenheit teilerschlossene Straßen dem Ausbau statt der Erschließung zugerechnet werden, wo die AfD doch beide Beitragsarten abschaffen will, bleibt ebenso nebulös.

Nein, hier wird kein Problem beschrieben und keine Lösung angeboten, sondern es wird ein Gebräu aus Texbaumsteinen angerührt, die offenbar in der Vergangenheit im Zusammenhang mit Erschließungsbeiträgen erstellt worden sind. Milch und Honig schmecken anders, meine Damen und Herren, und es wird deutlich: Wer das Schlaraffenland verspricht, macht keine ehrliche Politik und trägt erst recht nicht zur Lösung von Problemen bei.

Selbstverständlich werden wir dem Antrag nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE)

Vizepräsidentin Richstein:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Beermann.

Minister für Infrastruktur und Landesplanung Beermann:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Gesetz zur Abschaffung der Beiträge für den Ausbau kommunaler Straßen vom 19. Juni dieses Jahres sind die Straßenbaubeiträge in Brandenburg abgeschafft worden. Hiervon nicht erfasst waren die für die erstmalige Herstellung einer Straße zu erhebenden Erschließungsbeiträge.

Wir müssen hier sehr genau unterscheiden, denn die verkehrliche Erschließung eines Grundstücks ist wesentliche Voraussetzung für dessen Bebaubarkeit. Im Falle der Neuerschließung von Baugebieten ist ein mit der Beitragserhebung abzugelender Sondervorteil für die anliegenden Grundstücke augenscheinlich.

Mit der mit dem Antrag der AfD-Fraktion verfolgten unterschiedslosen Abschaffung der Erschließungsbeiträge müssten auch diese Kosten von der Allgemeinheit getragen werden, was nicht unser Ziel sein kann. Insoweit kann ich mich dem anschließen, was die meisten meiner Vorfriedner gerade ausgeführt haben.

Nicht so eindeutig gestaltet sich die Beurteilung im Zusammenhang mit den in Brandenburg nicht selten vorzufindenden Sandpisten. Gemeint sind zumeist vor der Wende angelegte Straßen, die zwar Jahrzehntelang tatsächlich zu Verkehrszwecken genutzt wurden, aber nicht den normativen Anforderungen für eine Einstufung als bereits hergestellte Erschließung entsprechen.

Die Rechtsprechung verlangt ein Mindestmaß an bautechnischer Herrichtung, was neben einer hinreichend befestigten Fahrbahn auch das Vorhandensein einer zumindest einfachen Straßenentwässerung und einer eigenen Straßenbeleuchtung voraussetzt.

Die Frage, ob eine Straße als bereits hergestellt zu betrachten ist und damit dem Straßenbaubeitragsrecht unterfällt, lässt sich nicht pauschal beantworten, sondern bedarf der Betrachtung des jeweiligen Einzelfalles unter Berücksichtigung der konkreten Gegebenheiten vor Ort. Dies wiederum birgt erhebliches Konfliktpotenzial, da die Beurteilung angesichts der erfolgten Abschaffung der Ausbaubeiträge mitnichten rein akademischer Natur ist, sondern künftig über die Erhebung oder eben Nichterhebung von Beiträgen entscheidet.

Auch vor dem Hintergrund der hier nur angerissenen Abgrenzungsprobleme wird die Erhebung von Erschließungsbeiträgen für Baumaßnahmen an eigentlich vorhandenen Straßen vielfach als nicht gerecht empfunden. Dessen ist sich die Landesregierung sehr wohl bewusst. Wir werden daher prüfen, ob und wie im Hinblick auf die Sandpisten eine Entlastung der betroffenen Bürger erreicht werden kann. Eine Entscheidung kann und darf jedoch nicht ohne tragfähige Grundlage getroffen werden, sodass hier zunächst eine aktuelle Datenerhebung notwendig ist. Die hierfür erforderlichen zuverlässigen Informationen sind allerdings derzeit nicht verfügbar. Die müssen wir erst noch ermitteln. Entsprechende Erhebungen werden wir deswegen Anfang 2020 vornehmen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Vizepräsidentin Richstein:

Vielen Dank, Herr Minister. - Das Wort erhält noch einmal die AfD-Fraktion. Herr Abgeordneter Freiherr von Lützow, bitte.

Herr Abg. Freiherr von Lützow (AfD):

Liebe Kollegen! Ich bedanke mich für die hier vor allem von Herrn Noack vorgetragene „Meinung“. Ich bin der Auffassung, AfD-Bashing sollte man zu Hause lassen. In diesem Hohen Haus sollte man wirklich konstruktiv miteinander arbeiten.

Auch ich bin lange in der Kommunalpolitik und habe mich mit der Sache auseinandergesetzt. Hier wird ja immer wieder angeführt, die Allgemeinheit soll nicht die Kosten tragen. Die Landesregierung oder die Regierungskoalition hat sich gerade 1 Milliarde Euro von der Allgemeinheit genehmigt, Steuergelder für verschiedene Projekte. Davon ist nicht viel für den Straßenausbau vorgesehen.

Ich bin schon der Meinung, dass man die Kommunen dahingehend unterstützen, aber auch die Bürger entlasten kann, indem man aus dem „Zukunftsinvestitionsfonds“ - oder wie sich das Ding nennt - Geld nimmt und genau in den Straßenausbau steckt, und sei es in die Sandstraßen, wie immer so schön gesagt wird.

Gucken Sie sich einmal den ländlichen Raum an; viele von Ihnen wohnen ja in den etwas größeren Orten oder im Speckgürtel. Gucken Sie sich einmal genau an, wie viele Straßen im ländlichen Raum und wie viele ältere Menschen das betrifft, die sich gerade freuen, dass sie ihr Haus abbezahlt haben, jetzt in Rente gehen und dann nichts mehr bezahlen können, Frau Johlige. Das betrifft viele, die nicht im Speckgürtel wohnen. Nur so viel dazu.

Herr Vida, das mit dem Abkupfern gebe ich gern zurück; aber er ist gerade nicht im Saal. Jedoch glaube ich, dass auch seine Kollegen wissen werden, dass wir das Thema des Straßenaus-

baus schon eine ganze Weile verfolgen. Das betrifft zumindest meine Person. Abkupfern ist etwas anderes.

Ich bedanke mich und möchte noch einmal dafür werben, dass unser Antrag doch an den Ausschuss überwiesen wird, damit wir dort noch einmal darüber sprechen können. Der Herr Minister hat ja gesagt, dass hier noch einiger Handlungsbedarf besteht bzw. für die Gesetzgebung noch Daten erhoben werden müssen. Darüber können wir dann im Ausschuss weiter reden. - Danke.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Richstein:

Wir sind damit am Ende der Rednerliste und kommen zur Abstimmung. Die AfD-Fraktion beantragt die Überweisung des Antrags „Straßenerschließungsbeiträge landesrechtlich regeln und abschaffen“, Drucksache 7/149, an den Ausschuss für Inneres und Kommunales. Ich bitte Sie um Ihr Handzeichen, wenn Sie für die Überweisung stimmen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ohne Stimmenthaltung ist dem Überweisungsantrag mehrheitlich nicht zugestimmt worden.

Dann stimmen wir jetzt über den Antrag in der Sache ab. Wer dem Antrag „Straßenerschließungsbeiträge landesrechtlich regeln und abschaffen“ folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einer Stimmenthaltung und vielen Gegenstimmen ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich schließe damit den Tagesordnungspunkt 3 und rufe Tagesordnungspunkt 4 auf.

TOP 4: „Das Haus brennt - und Sie sperren die Feuerwehr aus!“ - Zivilgesellschaftliches Engagement muss in Brandenburg und Deutschland gemeinnützig sein!

Antrag
der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 7/266](#)

Ich eröffne die Aussprache. Wir beginnen mit dem Wortbeitrag von Frau Block für die Fraktion DIE LINKE.

Frau Abg. Block (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Spätestens seit dem Jahr 2012, eigentlich schon seit 2009 - seit der Neufassung der Abgabenordnung - sehen sich gemeinnützige Vereine von zwei bzw. drei Seiten in ihrer Existenz bedroht. Zum einen - das ist sicherlich weniger überraschend - durch eine politisch erstarkende Rechte, die ihre parlamentarischen Möglichkeiten zielgerichtet dazu einsetzt, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rassismus und für Toleranz infrage zu stellen und zu behindern. Zum anderen aber - das ist sicherlich überraschender - wird zunehmend durch Behörden über die Möglichkeiten des Steuerrechts - genauer das Institut der Gemeinnützigkeit - die politische Betätigung von Vereinen unterbunden.

Diese Unterbindung erfolgt über zweierlei rechtliche Vorgaben in den §§ 51 und 52 Abgabenordnung. Der hoch aktuelle und hier antragsgegenständliche Punkt betrifft § 51 Abs. 3 der Ab-

gabenordnung. Danach kann einem Verein die Gemeinnützigkeit versagt oder entzogen werden, wenn er in einem Verfassungsschutzbericht des Bundes oder eines Landes als extremistisch erwähnt wurde.

Am 4. November 2019 hat das Finanzamt für Körperschaften I in Berlin der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVn-BdA) - die Gemeinnützigkeit entzogen.

Von Überlebenden der Konzentrationslager und Gefängnisse 1947 gegründet, ist der VVN-BdA seitdem die größte, älteste überparteiliche und überkonfessionelle Organisation von Antifaschistinnen und Antifaschisten in Deutschland. Sie vertritt die Interessen von Verfolgten und Widerstandskämpfern sowie deren Nachkommen und hat große gesellschaftliche Widerstände überwunden und dafür gesorgt, dass die Verbrechen des Naziregimes nicht in Vergessenheit geraten sind.

(Beifall DIE LINKE)

Bereits 2012 hatten 167 Vereine, Stiftungen und Initiativen gegen die Verschärfung der Abgabenordnung durch den damaligen Finanzminister Wolfgang Schäuble protestiert. Viele Vereinigungen wie Greenpeace, Attac, BUND, die Neue Richtervereinigung und die Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen wiesen darauf hin, dass der verwendete Begriff „Extremismus“ ein unbestimmter Rechtsbegriff ist, welcher Willkür Tür und Tor öffnet,

(Zuruf von der AfD: Ach!)

dass die Erwähnung von Organisationen in den Verfassungsschutzberichten als extremistisch keinen konsistent definierten Kriterien folgt und laut Bundesverfassungsgericht die Bezeichnung ausdrücklich eine Frage des politischen Meinungskampfes und der gesellschaftswissenschaftlichen Auseinandersetzung ist.

(Vereinzelt Beifall AfD sowie Zuruf: Hört, hört!)

Das zeigt sich übrigens auch darin, dass die Bewertung der Vereine als extremistisch von den Finanzämtern unterschiedlich gehandhabt wird. Das Finanzamt Berlin handelt anders als das Finanzamt Oberhausen Süd, das die Bewertung der Landesvereinigung des VVN-BdA im bayerischen Verfassungsschutzbericht als nicht problematisch angesehen hat.

Es kann nicht Sinn und Zweck der Regelung zur Gemeinnützigkeit sein, dass Inlandsgeheimdienste über die Grenzen der demokratischen Zivilgesellschaft bestimmen. Aber genau auf dieser Grundlage wurde dem VVN-BdA die Gemeinnützigkeit entzogen. Die mediale Empörung ist einhellig. In den vergangenen 14 Tagen haben 19 000 Menschen bundesweit die Petition unterschrieben, weit über 1000 Menschen sind in den VVN-BdA eingetreten, die Abgeordneten unserer Fraktion sind auch Mitglied dieser Vereinigung. Die Solidarität mit diesem wichtigen Verein ist überwältigend. Hier ist auch die Landesregierung aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu handeln.

(Beifall DIE LINKE)

Wir fordern, dass nicht der Verein seine Verfassungstreue zu beweisen hat, sondern der Staat seine Behauptung im Detail zu belegen hat, dass der Verein gegen das Grundgesetz verstößt. Die Erwähnung in nur einem Bericht eines Landes bzw. auch

nur als „extremistisch beeinflusst“ darf nicht die einzige Grundlage dieser so weitreichenden Entscheidung sein.

Der zweite Punkt, der in der Abgabenordnung neu zu regeln ist, betrifft die generelle Verfolgung politischer Ziele, die nach einer aktuellen Entscheidung des Bundesfinanzhofes im Steuerrecht nicht gemeinnützig ist. Das betrifft die Entziehung der Gemeinnützigkeit von Attac und der Kampagnenplattform Campact. Auch hier ist die Auslegung der Frage der Gemeinnützigkeit nicht hinreichend definiert. Die Finanzämter handeln trotz bestehenden Anwendungserlasses nicht einheitlich.

Die Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ e. V., der ca. 150 Vereine und Stiftungen angehören, hat dazu eine Studie veröffentlicht. Das Ergebnis: Die gleiche Mustersatzung wird von Finanzämtern unterschiedlich behandelt: Mal wird die Gemeinnützigkeit bestätigt, mal abgelehnt. Es wurden für die Studie drei Vereine konstruiert, die sich mit ihrer Arbeit politisch einmischten, um selbstlos die Allgemeinheit zu fördern. Die konstruierten Vereine waren: „Musik ist Leitkultur“ - ein Verein, welcher Kunst und Kultur fördert und sich für ein Bundesgesetz einsetzen wollte -, „Europäische Demokraten“ - ein Verein, der sich für eine freiheitlich-demokratische Grundordnung und eine EU nach föderalem Muster einsetzen wollte - und „Farbiges Deutschland“ - ein Verein, der sich gegen Diskriminierung auch deutscher Staatsbürger aufgrund ihrer Hautfarbe vor allem im Berufsleben wandte.

Nach dem Studienergebnis wurde „Musik ist Leitkultur“ von 48 %, den „Europäischen Demokraten“ von 70 % und „Farbiges Deutschland“ von 42 % der antwortenden Finanzämter die Gemeinnützigkeit zugesprochen. Statt also zivilgesellschaftliches Engagement großzügig zu fördern und rechtlich abzusichern, führt das geltende Gemeinnützigeitsrecht zu Rechtsunsicherheiten für demokratisches Engagement. Hier braucht es eine Klarstellung und Ergänzung des Katalogs der steuerlich begünstigten Zwecke in der Abgabenordnung: um die Zwecke Förderung der Wahrnehmung und Verwirklichung von Grundrechten, Förderung des Friedens, Förderung der sozialen Gerechtigkeit, des Klimaschutzes und der informationellen Selbstbestimmung.

Wenn wir unseren Auftrag, die Demokratie zu schützen, sie mit Leben zu erfüllen, ernst nehmen, können wir hier nicht nur regelmäßig Gedenkveranstaltungen abhalten und zivilgesellschaftliches Engagement auszeichnen und dann die Auslegung der Frage der Gemeinnützigkeit von Vereinen den Finanzämtern oder gar den Landesämtern für Verfassungsschutz überlassen. Wir müssen als Gesetzgeber konkrete Handlungsvorschriften geben. Eine Reform der Abgabenordnung ist deshalb unumgänglich.

(Beifall DIE LINKE)

Deshalb sollte sich die Landesregierung auf Grundlage unseres vorliegenden Antrags im Bundesrat für eine solche Gesetzesänderung einsetzen.

Ich schließe meinen Beitrag mit den Worten von Esther Bejano, Vorsitzende des Auschwitzkomitees in der Bundesrepublik Deutschland e. V., Ehrenvorsitzende des VVN-BdA und Überlebende der Shoah, aus einem offenen Brief an Finanzminister Scholz:

„Für uns Überlebende ist es unerträglich, wenn heute wieder Naziparolen gebrüllt, wenn jüdische Menschen und Synagogen angegriffen werden, wenn Menschen durch

die Straßen gejagt und bedroht werden, wenn Todeslisten kursieren und extreme Rechte nicht mal mehr vor Angriffen gegen Vertreter des Staates zurückschrecken. [...] Das Haus brennt - und Sie sperren die Feuerwehr aus!"

Wer aber Medaillen an Shoah-Überlebende vergibt, übernimmt auch eine Verpflichtung, eine Verpflichtung für das gemeinsame „Nie wieder!“, das unserer Arbeit zugrunde liegt. Was kann gemeinnütziger sein, als diesen Kampf zu führen? - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE sowie der Abgeordneten Brüning [CDU] und Rostock [B90/GRÜNE])

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Nächster Redner ist der Abgeordnete Adler für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Herr Abg. Adler (SPD):

Herr Präsident! Verehrte Ministerinnen und Minister! Sehr geehrte Abgeordnete! „Das Haus brennt - und Sie sperren die Feuerwehr aus!“ - Das ist griffig, polarisierend, das ist ein Aufschrei. „Das Haus brennt - und Sie sperren die Feuerwehr aus!“ - eine Zeile aus dem offenen Brief der Vorsitzenden des deutschen Auschwitzkomitees, Frau Esther Bejarano, selbst Überlebende des KZs Auschwitz-Birkenau, an Bundesfinanzminister Olaf Scholz. Mahnende und eindringliche Worte folgen diesem Ausruf. Sie enden mit den Worten:

„Dafür brauchen wir und die vielen, die denken wie wir, Hilfe! Wir brauchen Organisationen, die diese Arbeit unterstützen und koordinieren.“

Eine Bitte um Hilfe, Hilfe in der Unterstützung von Organisationen, die sich dem Rechtsextremismus, dem in Deutschland wieder aufkeimenden Faschismus und dem dauerhaften Unterhöhlen der Grundfesten unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung entgegenstellen. Ein Antrag mit Symbolik, meine sehr verehrten Damen und Herren der Linken, mit der klaren Aufforderung, hier im Sinne staatspolitischer Verantwortung zeitnah und klar zu reagieren. Im Punkt 1 des Antrags formulieren Sie zutreffend: Eine demokratische Gesellschaft lebt vor allem vom zivilgesellschaftlichen Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Die Entscheidung des Bundesfinanzhofs vom Januar 2019, dass die Verfolgung politischer Ziele im Steuerrecht nicht gemeinnützig wäre, führte dazu, dass einer Vielzahl sich politisch engagierender und sich täglich für die Aufrechterhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einsetzender Vereine der Verlust der Gemeinnützigkeit droht. Unter Gemeinnützigkeit von Vereinen verstehen wir unter anderem den Dienst für das Gemeinwohl und eine in der Satzung formulierte selbstlose, ausschließliche und unmittelbare Förderung der Allgemeinheit. Der Allgemeinheit und dem Allgemeinwohl selbstlos dienen - das geht nur in Freiheit, in Demokratie und in Anerkennung des Schutzes der Würde der Menschen.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat die derzeitigen Planungen und Formulierungen zur Reform der Gemeinnützigkeit verworfen, weil er erkannt hat, dass die Zielsetzung, Vereine zu schützen und ihnen weiter politisches Engagement zu ermöglichen, mit der vorgesehenen Änderung der Abgabenordnung nicht mehr gegeben war. Die Meinungsfreiheit ist ein wesentlicher

Bestandteil unserer Demokratie, und deshalb darf die geplante Änderung der Abgabenordnung und eine damit vorgesehene Reformierung zur Begriffsbestimmung der Gemeinnützigkeit nicht in den verfassungsrechtlich verbrieften Artikel zur Meinungsfreiheit, insbesondere das Recht, sich auch politisch zu äußern, eingreifen.

Olaf Scholz hat das erkannt. Deshalb hat er auch umgehend die Weisung, hier neue, eindeutige Formulierungen herauszuarbeiten, formuliert - Formulierungen, die es den bisherigen gemeinnützigen Vereinen auch erlauben sollen, politisches Engagement zu zeigen und Stellungnahmen gegenüber der Politik abzugeben. Gute Politik lebt von einem gesunden Demokratieverständnis. Diese Entscheidung von Olaf Scholz findet die vollumfängliche Unterstützung unserer SPD-Landtagsfraktion.

(Beifall SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren der Fraktion DIE LINKE, Ihr Antrag stößt bei mir auf große Sympathie. Lassen Sie uns dennoch in den kommenden Wochen gemeinsam und durchaus kritisch die weitere Arbeit des Bundesfinanzministeriums dazu beobachten. Lassen Sie uns gemeinsam den neuen Formulierungsvorschlag des Bundesfinanzministers abwarten.

Wir wissen: Nichts ist uns wertvoller als die Demokratie und ihre Errungenschaften, meine Damen und Herren. Und das weiß auch Olaf Scholz. Wir als SPD-Fraktion lehnen den Antrag zum jetzigen Zeitpunkt ab. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und CDU)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Für die AfD-Fraktion spricht die Abgeordnete Duggen zu uns.

Frau Abg. Duggen (AfD):*

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Brandenburger! Eine demokratische Gesellschaft lebt vor allem vom zivilgesellschaftlichen Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Das haben Sie von der Fraktion DIE LINKE in dem vorliegenden Antrag festgestellt, und dieser Feststellung stimmen wir von der AfD zu.

(Vereinzelt Beifall AfD)

Die Aufgabe des Staates ist es, dieses Engagement zu fördern und etwaige Hindernisse aus dem Weg zu räumen. In diesem Zusammenhang gibt es die Möglichkeit einer steuerbegünstigten Förderung durch die Anerkennung als gemeinnütziger Verein.

Nun gibt es aber seit geraumer Zeit Unruhe bezüglich der Anerkennung der Gemeinnützigkeit bei Vereinen, die sich im Bereich des Politischen betätigen. Der Bundesfinanzhof hat ein Urteil von großer Reichweite gefällt, das zur Anerkennung der Gemeinnützigkeit bestimmter Vereine führte. Attac und Campact sind wohl die bekanntesten Fälle. Diesem Urteil können wir eines entnehmen:

„Die Verfolgung politischer Zwecke ist im Steuerrecht nicht gemeinnützig. Gemeinnützige Körperschaften haben kein allgemeinpolitisches Mandat ...“

Allerdings ist es möglich, sich in gewissen Grenzen als Verein zu betätigen, was durch § 52 der Abgabenordnung geregelt ist. Jedoch sagt der Bundesfinanzhof auch:

„Politische Bildungsarbeit setzt aber ein Handeln in geistiger Offenheit voraus. Daher ist eine Tätigkeit, die darauf abzielt, die politische Willensbildung und die öffentliche Meinung im Sinne eigener Auffassungen zu beeinflussen, nicht als politische Bildungsarbeit gemeinnützig.“

Und hier wären wir beim konkreten Fall. Was für eine Organisation ist denn die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten -, kurz VVN-BdA, über deren Schicksal sich die Fraktion DIE LINKE in ihrem Antrag beklagt?

Gegründet wurde der VVN-BdA nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unter anderem von KZ-Häftlingen, gegründet aus Motiven, die im Kontext der damaligen Erfahrungen durchaus verständlich erscheinen. Allerdings sollte man das gesamte Bild betrachten. Schon 1948 gab es von der SPD einen Unvereinbarkeitsbeschluss wegen kommunistischer Unterwanderung, und dies unter der Ägide Kurt Schumachers, der auch eine lange KZ-Haft hinter sich hatte.

Zum Gesamtbild gehört auch, dass es Verquickungen und Überschneidungen mit der SPD und der DKP in beiden deutschen Staaten gab, Finanzhilfen und Doppelmitgliedschaften eingeschlossen. So falsch lag Schumacher mit seiner Einschätzung wohl nicht.

Auch nach 1990 wurden die personellen und ideologischen Verbindungen gepflegt. Dies erkennt man an Aussagen wie der des derzeitigen Bundesvorsitzenden der DKP, der den VVN-BdA als wichtigsten Bündnispartner lobte. Und nicht zuletzt erkennt man das am vorliegenden Antrag.

Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit durch das Finanzamt und die Beobachtung durch den Verfassungsschutz müssen wohl begründet sein. Wenn wir die Frage stellen, ob diese Vereinigung die vom Bundesfinanzhof geforderte geistige Offenheit besitzt, wird jeder klar Denkende nur zu einer Antwort gelangen können: Dieser Verein, der meint, sich auf dem einzigen richtigen Weg, nämlich dem sozialistischen, zu befinden, und als sogenannter antifaschistischer Bund in jedem Andersdenkenden einen Nazi sieht, scheint diese Offenheit nicht zu besitzen.

(Vereinzelt Beifall AfD)

Aber die Klärung dieser Sache sollte nicht hier entschieden werden, dafür sind die Gerichte zuständig. Es ist nur eine Unverschämtheit, dass Sie von der Linksfraktion sich erdreisten, in einer derartig frechen Art und Weise Lobbypolitik zu betreiben.

(Beifall der Abgeordneten Kalbitz und Bessin [AfD] - Gelächter bei der Fraktion DIE LINKE)

Die Erweiterung des schon erwähnten Katalogs in § 52 der Abgabenordnung passt hier gut in das Gesamtbild. Bei den schwammigen Begriffen wie der Förderung der sozialen Ge-

rechtigkeit, des Friedens, der Menschenrechte, Förderung des Klimaschutzes und in dem Wissen, wer der Antragsteller ist, weiß man genau, wohin die Reise geht. Die eigenen Vorfeldorganisationen sollen wieder an die Fleischköpfe herangelassen, hierzu neue Betätigungsfelder geschaffen und dies alles rechtlich legitimiert werden.

Vizepräsident Galau:

Frau Abgeordnete, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Frau Abg. Duggen (AfD):

Nein.

(Nein! bei der Faktion DIE LINKE)

Ihre Zwecke sind eigennützig, nicht gemeinnützig. Diese Art von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Ihre Klientel lehnen wir ganz klar ab. Das Haus brennt nicht und Sie sollten sich schämen, die Opfer des Nationalsozialismus für Ihre Zwecke zu missbrauchen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD - Domres [DIE LINKE]: Sie sollten sich für Ihre Rede schämen!)

Vizepräsident Galau:

Vonseiten der Linksfraktion wurde eine Kurzintervention angemeldet. Herr Abgeordneter, bitte schön.

Herr Abg. Walter (DIE LINKE):

Der VVN-BdA beruft sich auf den Spruch von Buchenwald, Frau von – „Frau von“ ja nicht -, Frau Duggen.

(Lachen bei der AfD)

Ich will daraus zitieren:

„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Lösung, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Und das ist für Sie verfassungsfeindlich in diesem Land: die Arbeit des VVN-BdA? Ihre Verschwörungstheorien, die Sie gerade hier dargestellt haben, und Lobbypolitik?! - Verdammst noch mal, das sind Opfer Ihrer Vorgängerorganisationen!

(Lachen bei der AfD)

Es sind Opfer, die eingesperrt wurden.

(Zurufe von der AfD)

Zumindest stehen Sie in der Tradition.

(Beifall DIE LINKE, SPD und B90/GRÜNE)

Und deshalb geht es darum, die Arbeit des VVN-BdA zu unterstützen.

(Beifall DIE LINKE, SPD und B90/GRÜNE)

Es ist eine Schande, dass 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, wo Ihre Freunde, Herr Kalbitz, mit denen Sie immer noch in irgendwelchen Vereinen herumhängen und in irgendwelchen Camps rumrennen ...

(Kalbitz [AfD]: Regen Sie sich doch nicht so auf!)

- Natürlich rege ich mich darüber auf, weil Sie sich hier einfach hinsetzen und so tun, als ob die Opfer überhaupt keine Rolle spielen würden. Das ist eine Schande für dieses Haus. Das ist eine Schande für Brandenburg, dass Sie hier so reden dürfen.

(Kalbitz [AfD]: Sie wollen doch nur, dass Ihren Genossen nicht das Geld entgeht!)

Ich sage Ihnen ganz klar: Ja, Antifaschismus hat nichts mit links oder rechts zu tun, sondern Antifaschismus hat etwas mit Anstand zu tun.

(Beifall DIE LINKE, SPD und B90/GRÜNE - Zurufe von der AfD)

Sie haben keinen Anstand, und das ist Ihr Problem. Sie verhöhnen hier die Opfer. Deshalb ist Antifaschismus gemeinnützig, auch auf Grundlage dieses Grundgesetzes. Dass Sie das nicht verstehen wollen, ist klar, weil es Ihre Hauptgegner sind. Deswegen zeigen Sie auch hier, dass Sie gegen diese Verfassung und gegen das Grundgesetz arbeiten.

(Zurufe von der AfD)

Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD und B90/GRÜNE)

Vizepräsident Galau:

Herr Abgeordneter Walter, Ihr Vergleich der Fraktion der AfD mit einer Vorgängerorganisation aus dem Dritten Reich ist, denke ich, unter der Würde dieses Hauses.

(Frau Dannenberg [DIE LINKE]: Erst mal das Protokoll lesen!)

Dafür erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf und behalte mir weitere Maßnahmen vor.

(Beifall AfD)

Frau Duggen, möchten Sie auf die Kurzintervention antworten?
- Bitte.

Frau Abg. Duggen (AfD):*

Ja. - Ein bisschen ruhiger als Herr Walter, der sich hier gerade ein bisschen echauffiert. Das ist vielleicht auch eine kleine Selbstdarstellung, die er hier von sich zeigt.

Ich habe im Prinzip zu diesen ganzen Geschichten, den Verwicklungen SED, DKP, genug ausgeführt. Wenn Sie sich da angegriffen fühlen, kann ich das gut verstehen. Viel mehr Worte, denke ich, muss ich an Sie nicht richten. Das ist es einfach nicht wert.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Galau:

Dann setzen wir die Aussprache fort. Es spricht der Kollege Lakenmacher für die CDU. Bitte schön.

Herr Abg. Lakenmacher (CDU):

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde versuchen, die Debatte wieder auf sachliche Füße zu stellen. Das tut nach dem, was ich hier gerade gehört habe, not.

(Einzelbeifall CDU - Domres [DIE LINKE]: Sie sind dafür geboren!)

- Ich bin dafür geboren, ganz richtig.

Seit dem Urteil des Bundesfinanzhofs zur Begrenzung der Gemeinnützigkeit gibt es Verunsicherung bei vielen gemeinnützigen Vereinen und vielen gemeinnützigen Organisationen bezüglich der steuerbegünstigenden Anerkennung als gemeinnützig. In der Öffentlichkeit wird hier vor allem der Fall Attac diskutiert. Und diese Diskussion greifen Sie von der Linksfraktion jetzt in Ihrem Antrag auf und fordern, dass die Landesregierung über den Bundesrat eine Änderung der Abgabenordnung einbringt. Dabei soll der Begriff der Gemeinnützigkeit so weit gefasst werden, dass eigentlich jeder Verein, der sich - den Eindruck habe ich - politisch in Ihrem Sinne engagiert, gemeinnützig ist. Gemeinnützige Vereine und Körperschaften sollen nach Ihrem Willen an der politischen Willensbildung mitwirken. Sie sollen also allgemein politisch wirken. Ich kann Ihren Gedankengang bis zu einem gewissen Punkt durchaus nachvollziehen. Aber ich finde diesen Gedankengang eben auch gefährlich. Denn die Grenzen zwischen politischer Lobbyarbeit und der Gemeinnützigkeit sind fließend, und Ihre Vorschläge zur Erweiterung der Abgabenordnung würden dazu führen, dass sich nahezu jede politische Bewegung als gemeinnützig klassifizieren kann. Das wäre die Folge - das halten wir für gefährlich.

(Beifall CDU sowie vereinzelt SPD)

Ich muss einmal in Richtung der Fraktion DIE LINKE fragen, Frau Block: Wollen Sie das? Sind Sie wirklich bereit, die Gemeinnützigkeit auch Vereinen aus dem rechtsextremen Spektrum zuzubilligen?

(Kretschmer [DIE LINKE]: Das haben wir ja schon - genau das ist ja auch das Problem!)

Sind Sie bereit, sie auch dem linksextremen Spektrum zuzubiligen? - Ich sehe da keine Antwort. Wir wollen das nicht; das ist ganz klar.

Das Urteil des Bundesfinanzhofs und die damit verbundenen Folgen für die Gemeinnützigkeit von Vereinen und Körperschaften sollten genutzt werden, um zu prüfen, ob die gesetzlichen Grundlagen für eine Betätigung im Rahmen der Gemeinnützigkeit noch den aktuellen Entwicklungen standhalten. Das Urteil bietet hier schon klare Aussagen bezüglich einer vernünftigen und angemessenen Abgrenzung zwischen gemeinnütziger und politischer Betätigung. Klar sollte sein: Politische Betätigung kann nur Nebenzweck eines gemeinnützigen Vereins sein, ansonsten ist es politischer Lobbyismus oder sogar eine politische Bewegung. Dies ist legitim, aber solche Vereine sind eben gerade nicht gemeinnützig.

Die deutsche Steuer-Gewerkschaft weist in diesem Sinne auch auf die notwendige Abgrenzung von gemeinnützigen Organisationen gegenüber Parteien hin. Parteien, meine Damen und Herren, haben nach dem Grundgesetz einen herausgehobenen Status, der durch eine Ausweitung der Gemeinnützigkeit nicht unterlaufen werden darf. Auch Parteien haben steuerliche Privilegien, aber sie müssen transparent darlegen, wie sie mit ihrem Geld umgehen, was sie damit machen. Für Vereine jedoch gilt das Steuergeheimnis.

Zum dritten Punkt Ihres Antrages, dass die Gemeinnützigkeit eines Vereins nicht ausschließlich aufgrund der Erwähnung in einem Verfassungsschutzbericht eines Landes aberkannt werden darf, möchte ich Ihnen Folgendes sagen, Frau Block: Auch diese Änderung wäre unseres Erachtens sehr gefährlich. Um es überhaupt in einen Bericht des Verfassungsschutzes zu schaffen, bedarf es schon einiger Vorkommnisse, Voraussetzungen und Gegebenheiten. Gemeinnützige Vereine sollten jedoch ohne Wenn und Aber, meine Damen und Herren, auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.

(Beifall CDU - Frau Dannenberg [DIE LINKE]: Macht der Verfassungsschutz Politik? Unglaublich!)

Ob die kritische Erwähnung der VVN-BdA im Verfassungsschutzbericht des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz angemessen ist oder nicht, haben wir hier nicht zu entscheiden und können wir auch gar nicht entscheiden. Wenn es notwendig wird, ist dies von einem Gericht zu entscheiden; mehr ist dazu eigentlich nicht zu sagen. Sie von den Linken scheinen es besser zu wissen, wie ich Ihrer Mimik entnehme.

(Domres [DIE LINKE]: Das sollten Sie nicht überinterpretieren!)

Ich maße mir das nicht an. Ich kann Ihnen nur eins sagen: Wenn man überhaupt von staatspolitischem Verstand ist - und das sind wir von der CDU -, dann muss man Ihren Antrag ablehnen, und wir werden ihn ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU sowie vereinzelt Lachen bei der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Galau:

Das Wort erhält jetzt der Abgeordnete Vida von der Fraktion BVB / FREIE WÄHLER.

Herr Abg. Vida (BVB/FW):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich denke, wir müssen bei einem solchen Antrag unterscheiden zwischen den gesellschaftspolitischen Zielen und einem konkreten verwaltungsrechtlichen Verfahren, denn in dem Spannungsfeld bewegt sich dieser Antrag. Zum einen werden allgemeine Ziele über eine Bundesratsinitiative formuliert, andererseits werden Einzelfälle aufgrund aktueller gerichtlicher Verfahren und Entscheidungen benannt.

Es ist so, dass sich die Gemeinnützigkeit auf eines oder mehrere Merkmale der Abgabenordnung stützen soll: selbstlos, mildtätig, kirchliche Zwecke usw. Wenn man hiervon systematisch abweicht und diese Tatbestandsvoraussetzungen nicht erfüllt, bekommt man Probleme mit dem Finanzamt bzw. spätestens mit den Gerichten. Das ist nicht neu, das ist auch nicht vereinspezifisch; das war schon immer so. Das betrifft zunächst jeden Verein. Ich kann den Einzelfall nicht beurteilen und mir kein Urteil darüber anmaßen, inwiefern das bei den hier in Rede Stehenden zu Recht oder Unrecht erfolgt ist.

Von daher ist das Grundansinnen des Antrages, dass wir eine grundlegende Reform der Abgabenordnung und eine weitergehende Definition der Gemeinnützigkeit benötigen, auch richtig. Denn wenn es darum geht, für Demokratie, für zivilgesellschaftliche Bildung, für Gleichberechtigung und zivilgesellschaftliches Engagement Unterstützung zu gewähren, dafür auch steuerliche Vorteile zu gewähren und damit eine gesellschaftliche Anerkennung zu definieren, dann ist das zunächst einmal ein richtiger Ansatz, der auch dem gesamtstaatlichen Interesse gerecht wird. Gerade in einem so sensiblen Bereich dürfen keine falschen, ja geradezu fatalen Signale gesendet werden, denn vor dem Hintergrund unserer geschichtlichen Verantwortung muss man hier im Sinne des Rechts bzw. der Rechtsprechung über jeden Zweifel erhaben sein.

Andererseits, meine Damen und Herren, besagt der Antrag auch, dass diese Entscheidung des Bundesfinanzhofs eine Repression gegen Andersdenkende sei. Das unterstellt ein Stück weit, dass der Bundesfinanzhof im Hinblick auf Antirassismus und Unterstützung der vom Naziregime Verfolgten anders denken würde. Das halte ich für einen sehr gefährlichen Zungenschlag, denn ich finde, man darf bei dem gemeinsamen Ziel nicht Mitstreiter bzw. Institutionen verprellen. Man sollte daher dem Bundesfinanzhof bei aller rechtlichen Kritik nicht unterstellen, dass er in dieser Frage ein Andersdenkender sei.

Meine Damen und Herren, ich kann nicht beurteilen, ob und inwiefern hier richtige Motive dieser Vereinigungen eventuell durch andere extremistische Handlungen in der Vergangenheit überlagert wurden. Richtig ist, dass eine legitime Antisemitismus-Zielsetzung nicht durch andere extremistische Handlungen verfolgt bzw. nicht öffentlich unterstützt werden darf. Außerdem kann man bei diesen Vereinen - hier gab es immer wieder notorische Missverständnisse - erwarten, dass es auch eine klare Solidarität mit Israel gibt und dass man gegen den als Antizionismus getarnten Antisemitismus ganz klar vorgeht und die unsäglichen Boykottaufrufe ganz schnell ad acta legt. Hier gab es in der Vergangenheit leider viel zu wenig klare Bekennnisse.

(Beifall BVB/FW sowie vereinzelt SPD)

Andererseits hat die antragstellende Fraktion auch recht, dass es keine Beweislastumkehr geben darf. Denn es ist nicht so, dass man prinzipiell in Verdacht steht, nicht verfassungskon-

form zu sein, bis das Gegenteil bewiesen ist, sondern wenn jemandem bestimmte Rechte aberkannt werden, dann muss derjenige, der bereit ist, ihm diese Rechte abzuerkennen, diesen Beweis auch führen. Das ist eine rechtsstaatliche Selbstverständlichkeit, und das sollte hier logischerweise auch in die andere Richtung gelten.

Ich glaube, es braucht hier eine Grundsatzentscheidung oder grundsätzlich neue Ausführungen des Bundesfinanzministeriums, auf die ich vertraue. So lange sollte man versuchen, die Vollstreckung auszusetzen, gerade was die finanziellen Aspekte und Feinheiten anbelangt; das kann man wohl erwarten.

Angesichts des Spannungsfeldes, in dem sich dieser Antrag bewegt - nämlich einerseits die grundlegenden zivilgesellschaftlichen Änderungen zu bewirken, andererseits in Ansehung des Umstandes, dass es durchaus um eine Einzelfallprüfung und einzelne Vereine geht -, wird sich unsere Fraktion enthalten. - Vielen Dank.

(Beifall BVB/FW)

Vizepräsident Galau:

Auf den Abgeordneten Vida folgt nun die Abgeordnete Schäffer für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frau Abg. Schäffer (B90/GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Dem zivilgesellschaftlichen Engagement kommt in einer freien und demokratischen Gesellschaft eine besondere Rolle zu. Nicht gewinnorientierte und parteiunabhängige Aktivitäten bereichern das Leben der Menschen in unserem Land auf vielfältigste Art und Weise. Was heißt in diesem Kontext nun Gemeinnützigkeit? Für mich dient es in erheblichem Maße dem Allgemeinwohl, wenn sich Vereine und NGOs in gesellschaftliche und politische Debatten einmischen. Wenn innerhalb von Initiativen und Verbänden politische Willensbildung stattfindet, dann stärkt das die direkte Erlebbarkeit von demokratischen Prozessen für alle Beteiligten. Vor allem kann eine aktive Zivilgesellschaft Themen in den politischen Raum einbringen, die anderenfalls nicht genug Beachtung finden. Sie können auch einen Gegenpol bilden zu den sehr gut organisierten wirtschaftlichen Interessen. Unsere Demokratie ist darauf angewiesen, dass sich auch schwache Interessen Gehör verschaffen und ihre Position darstellen.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt DIE LINKE)

Gerade in Zeiten, in denen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zunimmt - sei es gegen religiöse Gruppen, gegen Frauen, gegen Migrantinnen und Migranten, gegen sexuelle Minderheiten oder andere Personengruppen -, braucht es eine aktive Zivilgesellschaft, die dem entgegentritt und die hilft, den Anspruch unserer Landesverfassung umzusetzen.

Das Land schützt das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt der Verbreitung rassistischen, fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegen. Es braucht ohnehin schon einen Mut, sich offen gegen faschistische und menschenfeindliche Bestrebungen zu stellen, gerade, wenn man der Einzige an einem Ort ist, der dies tut. Wenn dazu aber noch die Angst vor dem Verlust der finanziellen Basis der eigenen Arbeit kommt, kann dies dazu führen, dass vorsichtshalber geschwiegen wird. In anderen Ländern - leider auch innerhalb der Europäischen

Union - ist zu beobachten, wie zivilgesellschaftliche Initiativen in ihrer Arbeit behindert oder in rechtliche Unsicherheit getrieben werden. Vor diesem Hintergrund macht es mir besonders Sorgen, wenn der Eindruck entsteht, dass der Entzug der Gemeinnützigkeit nur ganz bestimmte Organisationen trifft, während andere, die ebenfalls politisch arbeiten, unbehelligt bleiben. Der Eindruck einer politischen Beeinflussung der Entscheidung darüber, was als gemeinnützig zählt und was nicht, darf gar nicht erst entstehen. Daher halte ich eine Überarbeitung der förderfähigen Zwecke in der Abgabenordnung für dringend notwendig,

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt DIE LINKE)

ebenso die Schaffung von Rechtssicherheit bei politischen Äußerungen von Vertreterinnen und Vertretern gemeinnütziger Organisationen. Einen entsprechenden Antrag hat die Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Anfang dieses Jahres in den Bundestag eingebracht. Ich kann nicht erkennen, dass sich die Mehrheiten auf Bundesebene seitdem geändert hätten.

Eine für die Bedürfnisse zivilgesellschaftlicher Initiativen sensible Regulierung ist ein komplexes Unterfangen. Besonders heikel wird es dort, wo ein Umgang mit dem Verdacht auf verfassungsfeindliche Bestrebungen gefunden werden muss, ohne die sehr große Mehrheit der demokratischen Initiativen zu beschneiden. Dass ein Verein, der sich gegen die Menschenwürde richtet, nicht gemeinnützig sein kann, ist unter den Demokratinnen und Demokraten hier im Raum sicher Konsens. Wir dürfen also bei einer Regelung dazu das Kind nicht mit dem Bade ausschütten.

Meine Damen und Herren, es gibt viele Stellen, an denen in Brandenburg zivilgesellschaftliches Engagement konkret gestärkt werden kann und auch muss. Die Koalition hat sich ausdrücklich dazu bekannt und wird in Zukunft auch entsprechend handeln. - Vielen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD und DIE LINKE)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Als Nächste spricht Ministerin Lange für die Landesregierung. Bitte schön.

Ministerin der Finanzen und für Europa Lange:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zweifelsohne braucht eine lebendige Demokratie eine aktive Zivilgesellschaft. Daher ist es grundsätzlich geboten, Vereinigungen, die die Demokratie durch die Beteiligung am zivilgesellschaftlichen Diskurs fördern, zu unterstützen. Das Steuerrecht kennt hier jedoch Grenzen.

Meine Damen und Herren, ich habe gelernt: Wenn das Haus brennt, sollte man Ruhe bewahren und sich einen gründlichen Überblick über die Lage verschaffen.

(Zuruf des Abgeordneten Büttner [DIE LINKE])

Das passiert im Moment: In Bund-Länder-Gremien wird derzeit intensiv erörtert, ob beim Gemeinnützigkeitsrecht Reformbedarf besteht. Reformideen zu dieser Thematik werden entwickelt und bewertet, auch unter Beteiligung meines Ministeriums.

Dabei wird auch geprüft, ob bei der Abbildung der heutigen Zivilgesellschaft Verbesserungen möglich sind, also insbesondere der Zivilkonflikt zwischen Gemeinnützigkeit und Parteienfinanzierung besser als bisher gelöst werden kann. Gerade vor diesem Hintergrund ist daher eine Bundesratsinitiative Brandenburgs derzeit nicht angezeigt. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Vizepräsident Galau:

Die Abgeordnete Block hat noch Redezeit übrig und möchte diese nutzen. Bitte schön.

Frau Abg. Block (DIE LINKE):

Meine Damen und Herren! Zu Herrn Adler: Ja, Herr Scholz hat die Reform erst einmal zurückgestellt und gesagt, dass keine der bislang diskutierten Varianten ihn überzeugt habe. - Na, dann helfen wir ihm doch mal dabei, ein paar Varianten zu finden, die ihn überzeugen!

(Beifall DIE LINKE)

Denn der Redebeitrag von Frau Duggen hat hier ganz klar gezeigt - das richtet sich auch an die Landesregierung -, dass wir nicht warten können, bis das Haus bis auf die Grundmauern abgebrannt ist.

(Beifall DIE LINKE)

Wir müssen jetzt handeln! Das ist doch unglaublich!

Herr Lakenmacher, wir betreiben hier keine Klientelpolitik. Es geht hier nicht nur um den VVN-BdA - ich verwahre mich übrigens dagegen, dass er in irgendeiner Form extremistisch wäre -, sondern auch um die Umwelthilfe, Attac und ganz viele Vereine und Verbände, die jetzt um die Anerkennung ihrer Gemeinnützigkeit fürchten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Redmann [CDU])

Ihr Vertrauen in staatliche Organe möchte ich ungern erschüttern. Aber gerade dem Verfassungsschutz zu überlassen, eine Einschätzung zu treffen, was extremistisch ist und was nicht?

(Lachen bei der CDU)

Es hat sich nach den Erkenntnissen der letzten Jahre - ich sage nur: NSU, Anis Amri, wir können so weitermachen -

(Hoffmann [CDU]: Wer soll es denn sonst machen?!)

ja gezeigt, dass das vielleicht nicht die richtige Stelle ist.

(Beifall DIE LINKE)

Es geht hier um eine Definition des Extremismusbegriffs. Natürlich sollen extremistische Organisationen oder Vereine nicht gemeinnützig sein. Aber wie gesagt, das muss geregelt werden, das können wir nicht den Finanzämtern oder den Verfassungsschutzämtern überlassen.

Sie zwingen mich dazu, Frau Merkel zu zitieren, die am 06.12.2019 in ihrer Rede zum zehnjährigen Bestehen der Stiftung Auschwitz-Birkenau sagte:

„[...] Die unantastbare Würde des Menschen, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit - so kostbar diese Werte auch sind, so verletzlich sind sie auch. Deshalb müssen wir diese grundlegenden Werte immer wieder aufs Neue festigen und verbessern, schützen und verteidigen - im täglichen Zusammenleben ebenso wie im staatlichen Wirken und politischen Diskurs.“

Wir haben uns in letzter Zeit mit unterschiedlichen Besuchergruppen, in unterschiedlicher Zusammensetzung, mit unterschiedlichen Parteien getroffen und wurden immer gefragt: Warum seid ihr in die Politik gegangen? - Wir haben geantwortet: weil wir etwas gegen Ungerechtigkeit unternehmen wollen. - Das haben fast alle gesagt.

Vizepräsident Galau:

Frau Abgeordnete Block, lassen Sie eine Frage zu?

Frau Abg. Block (DIE LINKE):

Nein. - Die Antwort auf die Frage, warum wir in die Politik gegangen sind, lautet also: für den Kampf gegen Ungerechtigkeiten und für die Demokratie. - Jetzt ist einer dieser Momente, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in dem wir uns geschlossen für diese Ziele einsetzen könnten. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE - Zuruf des Abgeordneten Kalbitz [AfD])

Vizepräsident Galau:

Wir sind damit am Ende der Aussprache. Ich lasse nun über den Antrag der Fraktion DIE LINKE - „Das Haus brennt - und Sie sperren die Feuerwehr aus!“ - Zivilgesellschaftliches Engagement muss in Brandenburg und Deutschland gemeinnützig sein! - auf Drucksache 7/266 abstimmen. Die Fraktion DIE LINKE hat namentliche Abstimmung beantragt. Ich frage die Schriftführer: Sind Sie bereit? - Ich eröffne die Abstimmung und bitte um das Verlesen der Namen.

(Namentliche Abstimmung)

Ich schließe die Abstimmung und bitte um die Auszählung.

Ich darf Ihnen das Ergebnis mitteilen: Für den Antrag haben zehn Abgeordnete gestimmt, fünf haben sich enthalten, und 64 haben mit Nein gestimmt. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 90)

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und rufe Tagesordnungspunkt 5 auf.

TOP 5: Fünftes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Präsidentin

[Drucksache 7/247](#)[1. Lesung](#)

Es wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Damit kommen wir direkt zur Abstimmung. Das Präsidium empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs, Fünftes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften, auf Drucksache 7/247 an den Hauptausschuss. Wer der Überweisung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Überweisung bei einigen Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Gemäß § 48 Abs. 2 der vorläufigen Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg gilt der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/305 als mitüberwiesen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 5 und rufe Tagesordnungspunkt 6 auf.

TOP 6: Erstes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 7/232](#)[1. Lesung](#)

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 7/235](#)

Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abgeordnete Domres. Bitte schön.

Herr Abg. Domres (DIE LINKE):

Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor fast genau 30 Jahren, am 9. Dezember 1989, trafen sich Umwelt- und Naturschützerinnen und -schützer aus Ost- und Westdeutschland in Hof und verabschiedeten eine Resolution, in der die Unterschutzstellung des Grenzgebiets zwischen der DDR und der Bundesrepublik als Grünes Band gefordert wird. Mit der Resolution wurde eine bestechende Idee geboren: Wo einst schwer befestigte Grenzanlagen die Menschen voneinander trennten, sollte ein Verbundsystem entstehen, ein Biotopverbund aus wertvollen Lebensräumen, aber auch ein gemeinsamer Erlebnisraum für Menschen. Ein Verbundsystem mit einem einmaligen Charakter sollte entstehen - sowohl wegen seiner Geschichte als auch wegen seiner Naturausstattung. Fast 1 400 km ist das Grüne Band lang. Es umfasst 17 Naturräume, 146 unterschiedliche Lebensraumtypen und ist Lebensraum für über 5 200 Tier- und Pflanzenarten - davon mindestens 1 200, die auf der Roten Liste stehen. 87 % der Fläche sind naturnah.

Der Idee folgten Taten: Verbände, allen voran der BUND, und die Naturschutzbehörden bemühten sich darum, die Gebiete zu schützen und naturtouristische Angebote zu entwickeln. Sachsen hat schon 1996 seinen Landesanteil des Grünen Bandes unter Schutz gestellt. Der Bund hat Flächen des Grünen Bandes in das Nationale Naturerbe übertragen und damit eine Grundlage für die Sicherung geschaffen. Weitere Projekte auf Bundes- und Landesebene hatten zum Ziel, die biologische

Vielfalt auf den Flächen zu erfassen und Lücken im Biotopverbund, die in den 90er-Jahren entstanden sind, zu schließen. Entlang des Grünen Bandes gibt es heute zahlreiche Naturerlebnisangebote, zusätzlich zu Erinnerungsstätten, die an die deutsch-deutsche Grenze erinnern.

Was allerdings fehlt, ist ein einheitlicher Status, ein einheitlicher, länderübergreifender Begriff für dieses einzigartige Schutzsystem. Hier kommt das Nationale Naturmonument ins Spiel: Vor zehn Jahren, zum 20. Jahrestag der ersten Idee, trafen sich die Akteure wieder in Hof und schlugen vor, das Grüne Band zum Nationalen Naturmonument zu erklären. Was ist ein Nationales Naturmonument? Das ist eine neu eingeführte Schutzkategorie, mit der Gebiete geschützt werden sollen, die aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen, kulturhistorischen oder landeskundlichen Gründen von einer herausragenden Bedeutung sind - so steht es im Bundesnaturschutzgesetz. Das passt genau auf das Grüne Band mit seiner Kombination aus naturschutzfachlicher und geschichtlicher Bedeutung. Das hat auch das Bundesamt für Naturschutz bestätigt.

Thüringen hat seinen Anteil am Grünen Band 2018, Sachsen-Anhalt im Oktober 2019 zum Nationalen Naturmonument erklärt. Damit weisen bereits 79 % des Grünen Bandes diesen Schutzstatus auf. Jetzt gilt es, die Lücken zu schließen. Brandenburg hat an den 1 400 km des Grünen Bandes nur einen kleinen Anteil: Es sind rund 30 km Elbtalaue zwischen Lütkenwisch und Gaarz in der Prignitz. Dieses Gebiet hat bereits heute einen hohen Naturschutzstatus. Es liegt vollständig im Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe und im Europäischen Vogelschutzgebiet Unteres Elbtal. Größere Teile sind darüber hinaus zusätzlich bereits als Naturschutzgebiet und FFH-Gebiet ausgewiesen. Es geht also nicht darum, neue, zusätzliche Schutzvorschriften für die Fläche zu erlassen. Es geht darum, ein Zeichen für einen Beitrag Brandenburgs zu setzen, um das Grüne Band auf der gesamten Länge mit einem einheitlichen Schutzstatus zu versehen.

Was muss getan werden, um ein Nationales Naturmonument auszuweisen? Das ist nicht so einfach, denn im Bundesnaturschutzgesetz steht: Für die Ausweisung sind die Länder zuständig, und das Verfahren dafür muss im Landesrecht geregelt werden.

Im Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetz, das solche Verfahren regelt, fehlt aber bis heute eine Regelung zu den Nationalen Naturmonumenten. Diese muss erst einmal geschaffen werden, bevor ein Gebiet ausgewiesen werden kann. Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten. Zum einen kann solch ein Gebiet per Gesetz ausgewiesen werden. Diesen Weg sind Thüringen und Sachsen-Anhalt gegangen. Grund dafür sind die dort betroffenen großen Flächen mit einer Vielfalt von Eigentümern und Nutzern.

Die zweite Möglichkeit ist eine Ausweisung per Rechtsverordnung. Das ist der Weg, den wir Ihnen vorschlagen, denn in Brandenburg ist das Gebiet nicht so groß und unterliegt bereits mehreren Schutzkategorien. Ein besonders schwieriges und komplexes Verfahren ist also nicht zu erwarten. Bei einer Verordnung ist darüber hinaus eine Beteiligung der Öffentlichkeit vorgeschrieben, die stärker ist als bei einer Regelung per Gesetz.

Und schließlich schreibt das Bundesnaturschutzgesetz vor, dass Nationale Naturmonumente wie Naturschutzgebiete geschützt werden sollen. Da ist es dann sinnvoll, auch dasselbe Verfahren zu wählen. Wir legen deshalb einen Gesetzentwurf vor, der eine Verordnungsermächtigung für die Ausweisung von

Nationalen Naturmonumenten vorsieht: durch eine kleine Ergänzung des Naturschutzausführungsgesetzes.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben sehr freudig zur Kenntnis genommen, dass im Koalitionsvertrag bereits die Sicherung des Grünen Bandes als Nationales Naturmonument vorgesehen ist. Wir haben da also keine großen inhaltlichen Differenzen. Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir Ihnen helfen, die Umsetzung zeitnah zum 30. Jahrestag hinzubekommen. Wir ersparen Ihnen damit ein langwieriges Beteiligungs- und Kabinettverfahren und schließen gleichzeitig eine Lücke im Naturschutzausführungsgesetz. Sie müssen nur der Gesetzesänderung zustimmen, dann noch die Zuständigkeit des Landes in der Naturschutzzuständigkeitsverordnung festlegen, und schon kann es mit dem Unterschutzstellungsverfahren losgehen. „Grenzen trennen. Natur verbindet!“ - so das Motto des Grünen Bandes. In diesem Sinne: Packen wir es an!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Der nächste Redner ist der Kollege Roick von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

Herr Abg. Roick (SPD):

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Bürgerinnen und Bürger am Livestream! Vielen Dank für den Antrag. Ja, auch wir wissen, dass das eine sehr große symbolische Bedeutung hat, gerade im 30. Jahr nach der Öffnung der Grenzen. Wir halten die Idee für wunderbar, diese Fläche so kenntlich zu machen und sie auch so zu nutzen: von einem sehr gefährlichen Ort, der uns lange Jahre begleitet und die deutsche Teilung zementiert hat, zu einem wunderbaren Ort, der der Entfaltung der Natur dient.

Aber wir brauchen dafür eine neue Schutzkategorie - eine neue Schutzkategorie, die nicht einen neuen Schutz bedeutet, aber eine neue Kategorie, nämlich das Nationale Naturmonument. Das wollen und werden wir einführen. Dazu muss aber das Naturschutzgesetz geändert werden, und das haben wir auch vor. Zumaldest halten wir den Weg der Änderung des Naturschutzgesetzes für den besseren Weg.

Aber wir müssen das Naturschutzgesetz auch aus anderen Gründen ändern. Zum einen wird derzeit das Bundesnaturschutzgesetz geändert, insbesondere um neue Regeln zum Umgang mit dem Wolf aufzunehmen. Ich hoffe zumindest für uns, dass die Möglichkeiten der europäischen Schutzregeln Eingang ins Bundesnaturschutzgesetz und dann natürlich auch in unser Landes-Naturschutzgesetz finden, sodass wir die Situation in der Fläche regeln können. Diese Änderung wollen wir übernehmen.

Zum anderen wollen wir die Zusammensetzung des Stiftungsrates des NaturSchutzFonds Brandenburg ändern. Darin sollen Landnutzer Sitz und Stimme bekommen. Das alles halten wir für sehr vernünftig. Das muss aber gründlich vorbereitet werden. Deswegen werden wir das Naturschutzgesetz in diesem Sinne ändern. Ich denke, dann wird auch Ihr Antrag Eingang finden. Aber der jetzige Zustand reicht uns noch nicht aus. Deswegen lehnen wir den Antrag ab. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Es folgt der Redebeitrag des Abgeordneten Drense von der AfD-Fraktion. Bitte schön.

Ich sehe einen Antrag zur Geschäftsordnung?

Herr Abg. Domres (DIE LINKE):

Danke, Herr Vizepräsident. - Ich bitte hiermit darum, dass die Regierungsmitglieder Platz nehmen. Wir haben Landtagssitzung, und die Teilnahme sollte für die Regierung Pflicht sein.

Vizepräsident Galau:

Herr Abgeordneter, wenn sich Ihnen noch weitere Abgeordnete anschließen, können Sie die Regierungsmitglieder in den Saal zitieren. Aber ich denke, sie werden innerhalb der nächsten Minuten eintreffen. Wir fahren indes fort. - Bitte schön, Herr Drense.

Herr Abg. Drense (AfD):*

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Es geht hier darum, Rechtsgrundlagen zu schaffen, um aus den ehemaligen Grenzanlagen, dem Eisernen Vorhang ein Nationales Naturmonument zu machen. Grenzanlagen sind aber keine Naturmonumente. Im ehemaligen Todesstreifen entstand unberührte Natur, das ist richtig. Aber bereits am 1. Oktober 1990, also wenige Tage vor der Wiedervereinigung, wurden fünf naturnahe Landschaften unter strengen Schutz gestellt, darunter auch der Teil Brandenburgs, der heute zum sogenannten Grünen Band gezählt wird.

Die Flusslandschaft Elbe ist heute Deutschlands größtes inländisches Biosphärenreservat. Nach Einführung des Begriffs Nationales Naturmonument im Jahre 2010 wollen Sie jetzt, also fast zehn Jahre danach, plötzlich für Brandenburg ein Gesetz erlassen, das aus naturschutzfachlicher Sicht völlig unnötig ist, denn der Abschnitt von nur 30 Kilometern Länge - das sagte der Kollege schon - entlang der Elbe zwischen Lütkenwisch und Gaarz, um dem es hier geht, genießt als Teil des international geschützten UNESCO-Biosphärenreservats Flusslandschaft Elbe bereits den größtmöglichen Schutz. Eine Verbesserung ist also nicht zu erwarten, zumal der begonnene Gedanke noch nicht einmal zu Ende gedacht ist, denn eine Ausweisung des Grünen Bands als Naturmonument könnte auch unnötige Konkurrenzsituationen zwischen den bestehenden Naturschutzkategorien und damit juristische Probleme zur Folge haben. Das betrifft sowohl die Renaturierung der Elbeflusslandschaft - das wäre Ihrem Anliegen abträglich - als auch die Einbettung der vorhandenen Gedenkstätten im Gesamtzusammenhang.

Zudem besteht für das sensible Ökosystem des Grünen Bandes die Gefahr, dass durch die weitere symbolische Aufwertung der ehemaligen Anlagen ein Grenztourismus entsteht, der dem Gedanken des UNESCO-Biosphärenreservats zutiefst widerspricht. Denn wertvoller Naturraum lebt gerade von der Abwesenheit der Menschen.

Darüber hinaus möchte ich einen weiteren Sachverhalt anbringen: Durch ein durchgängiges Grünes Band in Deutschland, wie gefordert, würden auch mühselig geschaffene Ost-West-Verbindungen mit einem Male wieder auf den Prüfstand gestellt. Und wie wollen Sie die neu geschaffene Einheit von

ehemaligen Grenzdörfern sowie Landwirtschaftsflächen mit Durchsetzungsansprüchen Ihres Grünen Bands in Einklang bringen, geschweige denn Betroffene entschädigen? Ich jedenfalls sehe keinen Bedarf für unnötige Bürokratie oder Gesetzesexperimente, um den Bürokratieapparat in Brandenburg zu beschäftigen. Wir lehnen den Antrag ab. - Danke.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Es spricht der Abgeordnete Senftleben für die CDU-Fraktion. Bitte schön.

Herr Abg. Senftleben (CDU):

Herr Vizepräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Domres, als ich Ihren Antrag gelesen habe, habe ich mich an die Herbstferien und die Wanderung mit meinen Kindern am Grünen Band entlang, unter anderem im Harz, zurückgerinnert. Ich hatte mich damals schon darauf gefreut, dass wir als Koalition das auch in Brandenburg übernehmen werden, nämlich das Grüne Band auszuweisen und die 30-Kilometer-Lücke zu schließen. Das Grüne Band erstreckt sich in ganz Deutschland ja über insgesamt 1 400 Kilometer.

Daran wird schon klar, dass wir Ihrem Anliegen wohlgesonnen sind, dass wir es am Ende auch umsetzen werden. Aber eigentlich hat der Kollege Roick alles Relevanten dazu schon gesagt: Wir werden einen sehr umfassenden Gesetzentwurf vorlegen, der nicht nur einen Teilaспект bezüglich des Grünen Bands und der Ausweisung als Naturmonument aufnimmt, sondern wir werden auch andere wichtige Fragen klären. Deswegen hätten Sie beim Abschreiben unserer Formulierung im Koalitionsvertrag und der Forderung ...

(Domres [DIE LINKE]: Wir haben einen Vorschlag gemacht!)

- Ja, der Vorschlag der Umsetzung ist von Ihnen, aber dass wir es aufgegriffen haben, war klar, denn wir hatten es schon vorher in den Koalitionsvertrag geschrieben.

Wenn Sie alles aufgeschrieben hätten, was wir vorgeschlagen haben, hätten Sie auch aufführen müssen, dass wir erstens die Zusammensetzung des Stiftungsrats des NaturSchutzFonds Brandenburg verändern und zum Zweiten - worauf schon richtig hingewiesen wurde - Änderungen des Bundesnaturschutzgesetzes übernehmen werden, wenn sie vorliegen und so eine weitere Rolle spielen werden.

(Beifall CDU)

Ich möchte einige Punkte aufgreifen ...

Vizepräsident Galau:

Herr Abgeordneter Senftleben, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Herr Abg. Senftleben (CDU):

Aber natürlich lasse ich die Frage zu.

Herr Abg. Domres (DIE LINKE):

Danke, Herr Kollege Senftleben, dass Sie die Frage zulassen. - Sie können mir glauben, dass die Idee, das Grüne Band entsprechend auszuweisen, bei uns schon viel früher geboren wurde. Wir haben in der vergangenen Wahlperiode innerhalb der Koalition bereits über drei Anträge gesprochen und leider keine Mehrheit dafür gefunden. Aber ich könnte einen Vorschlag machen: Was halten Sie davon, wenn wir den Antrag überweisen, ihn dann gegebenenfalls im Ausschuss liegen lassen und Ihre Vorstellungen zur Änderung des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes dann sozusagen mit Änderungsanträgen im Ausschuss qualifizieren?

(Bretz [CDU]: Warum soll der liegen bleiben?)

Herr Abg. Senftleben (CDU):

- Genau. Wir sind nicht für Liegenlassen, sondern für Anpacken und Umsetzen.

(Heiterkeit CDU und DIE LINKE - Beifall CDU sowie vereinzelt SPD)

Sie haben ja selbst schon darauf hingewiesen, dass es zu viel Liegengebliebenes gibt, das angepackt werden muss.

(Beifall des Abgeordneten Raschke [B90/GRÜNE])

Die Forderung ist angekommen. Insofern sind wir doch an der Stelle beieinander - wir wollen, dass die Prignitz das Grüne Band bekommt, mit demselben Status wie in Sachsen-Anhalt, Thüringen und anderswo. Das werden wir auch machen. Geben wir uns gemeinsam die Zeit, die anderen Punkte, die genauso wichtig sind, auch umzusetzen.

Zwei Punkte sind mir außerdem wichtig: Als ich im Harz unterwegs war, ist mir auch noch aufgefallen, dass es da einen sehr engen Dialog mit den Akteuren vor Ort gibt. Wenn wir etwas verändern, etwas ausweisen, machen wir es bitte so wie die Kollegen in Sachsen-Anhalt und Thüringen - nämlich im engen Dialog mit den Akteuren, den Beschäftigten, den Begleitern vor Ort.

Zum Zweiten will ich auf Folgendes hinweisen: Wenn wir aus einer ehemaligen Grenze ein Grünes Band werden lassen, wenn wir das umsetzen wollen, dann setzen wir uns auch dafür ein - wie Sie es auch sagten -, dass an wichtigen, zentralen Stellen Erinnerungen an die ehemalige Teilung dargestellt werden, damit auch Kinder und Jugendliche, die da einmal entlangwandern, die die Teilung zum Glück nicht erlebt haben, trotzdem wissen, dass es eine Teilung gab, und wissen, dass es diese Teilung nie wieder geben darf. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Für die BVB / FREIE WÄHLER Fraktion spricht die Abgeordnete Wernicke zu uns. Bitte schön.

Frau Abg. Wernicke (BVB/FW):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Dem Land Brandenburg rechtlich die Möglichkeit zu geben, Nationale Naturmonumente auszuweisen, halten wir für sinnvoll. Mehrere andere Bundesländer haben hiervon bereits Gebrauch gemacht. Auch Brandenburg sollte diese Möglichkeit erhalten. Die angestrebte Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz unterstützen wir daher.

Wir begrüßen ebenso die naturschutzrechtliche Stärkung des Brandenburger Abschnitts des Grünen Bandes. Weite Gebiete an der innerdeutschen Grenze blieben jahrzehntelang naturbelassen und entwickelten sich zu Naturparadiesen. In Thüringen ist die Ausweisung des ehemaligen Grenzstreifens als Nationales Naturmonument bereits 2018 erfolgt. Sachsen-Anhalt folgte in diesem Jahr. Die Fortsetzung nach Norden ist daher nur logisch und begrüßenswert.

Die Ausweisung des Gebietes darf jedoch nicht über die Köpfe der Eigentümerinnen und Eigentümer, der Nutzerinnen und Nutzer und der Kommunen hinweg geschehen. Verständlicherweise bestehen bei ihnen gerade aufgrund der Erfahrungen aus Zeiten der DDR und der Wende Ängste, dass sie in ihren Eigentumsrechten wieder massiv beschnitten, gar quasi enteignet werden könnten. Sie müssen eingebunden und bei der räumlichen Abgrenzung beteiligt werden,

(Beifall BVB/FW)

um das Nationale Naturmonument für sie nicht zu einem Entwicklungshindernis oder ökonomischen Fluch werden zu lassen.

Zudem ist für uns klar, dass das Gedenken an die historische Bedeutung des Gebietes im Vordergrund stehen muss. Denn auch am Brandenburger Grenzstreifen, um den es hier geht, gab es Tote: etwa Hans-Peter Mielau und Klaus Kühne, zwei Freunde, die 1962 gemeinsam versuchten, die Elbe zu durchschwimmen. Kühne starb im Kugelhagel der Soldaten eines DDR-Grenzbootes, Mielau ertrank bei der Flucht - ebenso wie Rolf Fülleborn, der ein Jahr später seinen Fluchtversuch aus der DDR mit dem Leben bezahlte, als er nahe Lenzen in der Elbe ertrank. Dies geschah im Brandenburger Gebiet des Grünen Bandes. Wegen seiner Bedeutung als Erinnerungslandschaft, die ein einzigartiges Zeugnis der deutschen Geschichte auch für zukünftige Generationen darstellt, und wegen seiner vielfältigen Biotopstruktur und deren Lebensgemeinschaften zusammen mit den Resten der Grenzanlagen sollte das Nationale Naturmonument als Erinnerungsort erlebbar sein. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass durch die Erklärung zum Nationalen Naturmonument kein Gras über die traurige Geschichte der innerdeutschen Grenze wächst,

(Beifall BVB/FW sowie des Abgeordneten Walter [DIE LINKE])

dass die Erinnerung wachgehalten und gleichzeitig eine einzigartige Natur erhalten wird. Zugleich würden wir uns wünschen, dass beim Antragsteller auch bezüglich anderer FFH- und Naturschutzgebiete ein vergleichbarer Drang nach Umweltschutz ausgeprägt wäre. - Danke.

(Beifall BVB/FW)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abgeordnete Hiekel. Ist das richtig - Hiekel?

Frau Abg. Hiekel (B90/GRÜNE):

Hiekel, genau. - Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Grüne Band gilt seit 30 Jahren als Symbol für die Überwindung von Grenzen und die länderübergreifende Zusammenarbeit im Naturschutz in Europa. In Deutschland verläuft es entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze über 1 393 km mitten durch das Land und berührt insgesamt neun Bundesländer; Brandenburg ist mit einer Länge von etwa 30 km vertreten. So zeigt es einen Querschnitt fast aller deutschen Landschaften und beherbergt ca. 1 200 Tier- und Pflanzenarten der Roten Liste gefährdeter Arten. Und es ist der längste Verbund von Lebensräumen der Natur in Deutschland.

Außerdem hat das Grüne Band eine besondere Bedeutung als Erinnerungslandschaft der friedlich überwundenen Teilung unseres Landes. Aus dem ehemaligen Todesstreifen entlang der innerdeutschen Grenze ist dank des Engagements vieler Akteure eine Lebenslinie entstanden, die nicht nur vielfältige Biotope miteinander verbindet: Das Grüne Band bewahrt mit vielen Relikten und Gedenkorten auch die Erinnerung an die ehemalige Teilung unseres Landes. Was liegt also näher, als dem Grünen Band zum 30. Jubiläum der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten einen besonderen Status zu verleihen? Das Land Thüringen hat seinen Anteil von 763 km am 18. Mai 2018 als Nationales Naturmonument unter besonderen Schutz gestellt. Sachsen-Anhalt ist diesem Beispiel am 24. Oktober dieses Jahres mit 343 km gefolgt.

Auch wir haben im Koalitionsvertrag verankert, unseren Anteil von knapp 30 km am Grünen Band als Nationales Naturmonument auszuweisen. Es braucht also nicht den Antrag der Linken, um dieses Vorhaben in Angriff zu nehmen. Wir freuen uns natürlich, dass unser Koalitionsvertrag von der Opposition so intensiv studiert wird und dass den Kollegen von der Linken auch der Passus zum Grünen Band auf Seite 75 nicht entgangen ist.

(Domres [DIE LINKE]: Wir helfen gern!)

Trotzdem lehnen wir den sicher gut gemeinten Antrag zum derzeitigen Zeitpunkt ab. Denn wie den Kollegen von den Linken auch aufgefallen ist, gibt es den Schutzstatus Nationales Naturmonument in unserem Naturschutzausführungsgesetz noch nicht. Diese Ergänzung hätte allerdings in der Regierungszeit von Rot-Rot längst vorgenommen werden können,

(Zuruf des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

denn im Bundesnaturschutzgesetz ist die Schutzkategorie bereits 2010 eingeführt worden.

Auch wenn wir diesen Antrag abweisen: Wir werden die Schutzkategorie Nationales Naturmonument einführen, um das Grüne Band an unserer Grenze zu Niedersachsen entsprechend auszuweisen - aber nicht als einzelner Schnellschuss, sondern im Verbund mit anderen Punkten aus dem Koalitionsvertrag. - Danke.

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Als Nächster spricht zu uns für die Landesregierung Herr Minister Vogel. Bitte schön.

Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz Vogel:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen - das letzte Mal für mich!

(Heiterkeit B90/GRÜNE)

Der vorliegende Gesetzentwurf der Linken verfolgt ein richtiges Anliegen, ein Anliegen, das auch von der Landesregierung uneingeschränkt befürwortet wird: das Grüne Band als länderübergreifendes Element der Erinnerungskultur zur deutschen Teilung und zugleich als Teil des europäischen Biotopverbundes zu sichern.

Auch der Bund verfolgt das Ziel, dass sich möglichst bis Oktober 2020 zur 30-Jahr-Feier alle räumlich berührten Bundesländer zum Grünen Band bekannt und die rechtliche Sicherung möglichst auch als Nationales Naturmonument vollzogen haben. Die Länder-UMK hat dieses Vorhaben am 15. November - da war noch Minister Vogelsänger aktiv - ausdrücklich unterstützt. Es wurde auch gefordert, dass der Bund dieses Nationale Naturmonument dann bei der UNESCO als Weltnatur- und -kulturerbe anmeldet. Es ist auch wichtig, zu erkennen, dass es sich nicht um eine reine Naturschutzkategorie handelt, sondern immer die Erinnerungskultur gleichwertig zu berücksichtigen ist. Der Bund hat sich auch schon umfassend an der Finanzierung des Grünen Bandes beteiligt, und unsere Hoffnung ist und die Aufforderung der Länder war, dass er das auch weiterhin tun wird.

Von daher steht dieser Ausweisung zunächst einmal nichts im Wege, aber wir müssen uns darüber klar sein, dass sie kein trivialer Vorgang ist. Das eine ist, wie angesprochen, die Änderung des Naturschutzausführungsgesetzes, das andere ist, dass als Voraussetzung eine Benehmensherstellung mit dem Bund erfolgen muss, und zwar in Gestalt des Bundesumweltministeriums und des Bundesverkehrsministeriums, und dass selbstverständlich - das ist völlig unumstritten - die Kommunen und der Landkreis einbezogen werden.

In dem Fall haben wir die glückliche Situation, dass es ein einziger Landkreis ist - die Prignitz -, und wir haben die glückliche Situation, dass es sich um bereits festgelegte Schutzgebiete innerhalb eines Biosphärenreservats handelt, sodass keine zusätzlichen naturschutzfachlichen Auflagen auch nur denkbar wären. Aber wir müssen eben herausfiltern, welche Elemente der Erinnerungslandschaft dort vorhanden sind, einbezogen werden sollen, und welche Maßnahmen auch zur Wiedererlebbarmachung der Strukturen, für die wissenschaftliche Forschung, die Erholung, den Tourismus erforderlich sind, welche Trägerschaft - falls eine gefragt ist -, welche Begleitgremien und auch welche planerischen, konzeptionellen Umsetzungsschritte sinnvoll und angemessen sind.

Es ist angesprochen worden: Andere Länder sind anders vorgegangen. Sachsen-Anhalt hat beispielsweise ein eigenständiges Artikelgesetz verabschiedet. Das könnten wir durchaus auch mit anderen Änderungen des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes kombinieren. Angesichts der besonderen Bedeutung des Grünen Bandes als Nationales Na-

turmument könnte das ein Weg sein, den wir auch gehen werden. Allerdings sind wir darüber überhaupt noch nicht richtig in die Diskussion eingestiegen. Wir werden - das verspreche ich Ihnen - im Kabinett sehr zügig zu einer Entscheidung kommen.

Aber vorerst möchte ich mit dem Landkreis Prignitz und mit den betroffenen Kommunen einmal Kontakt aufnehmen. Ich schätze, dass wir dann sehr schnell einen ausgewogenen Gesetzesvorschlag haben werden, der auch alles berücksichtigt, was von Herrn Roick und den anderen Rednerinnen und Rednern der Koalition vorgetragen wurde.

Ihnen danke ich für die Anregung. Selbstverständlich werden wir das durchsetzen. - Recht herzlichen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD und CDU)

Vizepräsident Galau:

Ich darf die einbringende Fraktion DIE LINKE fragen: Herr Domres, Sie hätten noch 52 Sekunden Redezeit.

(Domres [DIE LINKE]: Alles gut!)

- Ich sehe, Sie verzichten. Vielen Dank.

Die Rednerliste ist erschöpft und wir kommen zu den Abstimmungen. Die Fraktion DIE LINKE beantragt die Überweisung ihres Gesetzentwurfs „Erstes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes“, Drucksache 7/232, an den Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz. Ich darf fragen, wer diesem Überweisungsantrag zustimmt. - Gegenprobe! - Damit ist die Überweisung mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache über den Gesetzentwurf „Erstes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes“ der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 7/232. Wer dem Gesetzentwurf zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Damit ist der Gesetzentwurf mehrheitlich abgelehnt und hat sich erledigt.

Nunmehr kommen wir zur Abstimmung über den Entschließungsantrag „30 Jahre Mauerfall: Das Grüne Band in Brandenburg zum Nationalen Naturmonument erklären“ der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 7/235. Ich darf fragen, wer diesem Entschließungsantrag zustimmt. - Gegenprobe! - Damit ist auch dieser Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 6 und rufe Tagesordnungspunkt 7 auf.

TOP 7: Gesetz zur Aufhebung des Parité-Gesetzes (Drittes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Landeswahlgesetzes)

Gesetzentwurf
der AfD-Fraktion

[Drucksache 7/239 \(Neudruck\)](#)

[1. Lesung](#)

Ich eröffne die Aussprache und bitte Frau Bessin ans Pult.

Frau Abg. Bessin (AfD):

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Gäste! Das Parité-Gesetz wurde - wie Sie alle wissen - in der letzten Legislatur hier im Landtag beschlossen, wohl wissend allerdings, dass es diesbezüglich in diesem Hause doch erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken gab.

Mit der Landtagswahl am 1. September ist uns zwar eine rot-rot-grüne Regierung erspart geblieben, das von Rot-Rot-Grün verabschiedete Parité-Gesetz ist jedoch immer noch aktuell. Es ist immer noch in der Welt und soll zum 30. Juni 2020 in Kraft treten. Daher sehen wir es von der Alternative für Deutschland als dringend geboten an, das rückabzuwickeln, und haben dazu den entsprechenden Antrag eingereicht.

Damit geben wir Ihnen allen die Möglichkeit, den Anfang 2019 begangenen Fehler zu korrigieren. Wenn das Parité-Gesetz vor den nächsten Wahlen in Kraft tritt, nicht aufgehoben wird oder das Landesverfassungsgericht vorab nicht darüber entscheidet, kann es durchaus sein, dass danach stattfindende Wahlen nicht verfassungsgemäß durchgeführt werden können.

Wegen der vielen neuen Abgeordneten hier im Haus möchte ich gern noch einmal die juristischen Bedenken des Parlamentarischen Beratungsdienstes vortragen. Der Gesetzentwurf verstößt nämlich gegen das Verbot der Ungleichbehandlung wegen des Geschlechts, er verstößt weiterhin gegen die Wahlrechtsgrundsätze der Freiheit und Gleichheit der Wahl, und er verstößt auch gegen das hiermit verbundene Demokratieprinzip sowie schließlich gegen den verfassungsrechtlichen Status der politischen Parteien.

Doch nicht nur der Parlamentarische Beratungsdienst dieses Hauses hat die verfassungsrechtlichen Bedenken erkannt, sondern auch eine Vielzahl namhafter Staatsrechtler, die Sie vielleicht auch kennen: wie Prof. Dr. Schachtschneider, Prof. Dr. Martin Morlok und Prof. Dr. Depenheuer, um nur einige zu nennen.

Unser Aufhebungsgesetz tangiert in keiner Weise Ihre parteiinternen Verfahren. Sie können selbstverständlich parteiinterne Angelegenheiten regeln; jede Partei kann das gern für sich entscheiden. Aber es kann nicht sein, dass uns allen dieser interne Wille unter dem Deckmantel ideologisierter Politik aufgezwungen wird.

Ich freue mich jetzt auf die anstehende Debatte und Ihre Stellungnahmen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Zu uns spricht nun für die SPD-Fraktion die Abgeordnete Gossmann-Reetz. Bitte schön.

Frau Abg. Gossmann-Reetz (SPD):*

Geehrter Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Es ist unsere vornehmste Aufgabe, das zu tun, was uns die Verfassung unseres Landes und das

Grundgesetz aufgeben. Das ist, die Gleichberechtigung nicht als gegeben hinunnehmen, sondern sie zu gestalten und zu entwickeln, aktiv zu sein und zu handeln. Genau das tun wir.

Wenn ich mir die Reihen hier in diesem Hohen Haus so ansehe, dann weiß ich, wie nötig das ist.

(Beifall der Abgeordneten Kniestedt [B90/GRÜNE])

Das Bundesverfassungsgericht sagt: Frauen sind in der Politik strukturell benachteiligt. - Das heißt, die Strukturen stimmen einfach nicht. Es reicht leider auch nicht, Quoten einzuführen, wie das die SPD, die Linken, die Grünen vor Jahren gemacht haben. Wir müssen mehr tun.

Wir haben mehr getan. Wir haben das Parité-Gesetz beschlossen. Listen müssen abwechselnd mit Männern und Frauen besetzt werden. Das ist ein Reißverschlussverfahren wie bei der Auflösung eines Staus auf der Autobahn.

(Frau Richstein [CDU]: Das funktioniert da auch nicht!)

Ich bin ja eine Frau und Mutter von drei erwachsenen Kindern. Deshalb amüsiert mich dieser kindliche Trotz, mit dem der rechte Rand hier im Parlament gegen das Parité-Gesetz hetzt und zum zweiten Mal einen Antrag stellt, das Gesetz, das Fortschritt ermöglicht, abzuschaffen.

(Kalbitz [AfD]: Weil es verfassungswidrig ist!)

Ich erkläre es ganz langsam: Wenn bei unseren Wahlen Frauen nicht angemessen repräsentiert werden - „angemessen“ heißt paritätisch -, weil in Parteien Männer Listen unter sich aufteilen - teilweise sogar mithilfe einzelner Frauen -, das Grundgesetz und die Landesverfassung aber die Gleichberechtigung als Grundlage staatlichen Handelns festgeschreiben, dann ist es unsere Pflicht, die Pflicht dieses Parlaments, quotierte Listen einzuführen.

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE sowie DIE LINKE)

Noch etwas kürzer und für manche vielleicht verständlicher: keine Diskriminierung von Männern, sondern die Beendigung der Diskriminierung von Frauen.

(Vereinzelt Beifall SPD, B90/GRÜNE und DIE LINKE)

Insofern sehe ich nicht nur den angeführten Klagen gegen das Parité-Gesetz gelassen entgegen; dabei geht es ja gar nicht um das Ob, sondern um das Wie. Das Ziel muss Parität sein - das sagte sogar Frau Merkel vor Kurzem.

Dazu rege ich auch an, dass wir das Gesetz nach den richterlichen Entscheidungen noch einmal überarbeiten und vielleicht sogar auf die Wahlkreise und Kommunen ausdehnen.

(Vereinzelt Beifall SPD, B90/GRÜNE und DIE LINKE)

Denn es nützt ja nichts, wenn wir die Wahllisten quotieren, aber im Endeffekt durch Direktmandate wieder kaum Frauen in den Parlamenten sitzen.

Ich bin sehr gespannt auf das noch ausstehende wissenschaftliche Gutachten, um zu sehen, wie sich die Besonderheiten des brandenburgischen Wahlrechts - das Kumulieren und Panschieren - auf die Chancengerechtigkeit auswirken.

Unsere Aufgabe als Parlament ist es, die besten Entscheidungen für dieses Land zu treffen. Ohne angemessene Beteiligung von Frauen besteht immer die Gefahr, dass die berechtigten Interessen von Frauen nicht vertreten werden, ja sogar bewusst nicht diskutiert oder einfach als Gedöns abgetan werden. Dazu muss man nicht mal an die Diskussionen um die Gesetze gegen die Vergewaltigung in der Ehe oder gegen das Stalking erinnern.

Die Antragstellerin ist dafür bekannt, mit Aggressionen Menschen aufzuputschen und mit Gefühlen zu spielen. Vielleicht sind diese Empörung und Wut über das Parité-Gesetz vor allem Angst: davor, dass man in Zukunft in den eigenen Reihen nicht mehr so unverhohlen johlen und hetzen kann, davor, dass sich Frauen, wenn mehr davon in den eigenen Reihen sind, dagegen verwahren, dass andere Menschen herabgewürdigt und beleidigt werden, und plötzlich Anstand und Benehmen einfordern und an die gute Kinderstube erinnern.

(Beifall DIE LINKE - Unruhe bei der AfD)

Ich vermute - dafür gibt es bei Ihnen sehr viele Anzeichen -, dass es Ihnen darum geht, männliche Dominanz zu erhalten und zu stärken, dass Sie wollen, dass Männer über Frauen herrschen und bestimmen, auch hier im Parlament.

(Zuruf von der AfD)

- Ja, Sie finden das völlig in Ordnung,

(Zuruf von der AfD: Ja, ja!)

dass in der Mehrheit Männer über die Regeln und Gesetze bestimmen, die für Männer und Frauen gelten.

(Unruhe bei der AfD - Frau Duggen [AfD]: Weil es keine Rolle spielt!)

Ich vermute, dass Sie ganz und gar gegen eine Ordnung sind, in der Frauen und Männer gleichberechtigt und gleich viel wert sind, gleich in ihren Möglichkeiten und Chancen, sich in einer freien Gesellschaft zu verwirklichen.

Ja, ich glaube, das Parité-Gesetz tut uns gut, tut diesem Parlament gut. Es würde auch Ihnen guttun, auf Ihrem langen Weg zur Kultur einer demokratischen Debatte.

(Zurufe von der AfD)

Und da helfe ich als überzeugte Demokratin doch gerne und sage: Für die Parité, für eine Kultur, in der Frauen und Männer auf allen Ebenen - und nicht nur auf dem Papier, sondern in der Praxis - gleichberechtigt sind!

(Beifall SPD, B90/GRÜNE und DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Als Nächste spricht die Abgeordnete Johlige für die Fraktion DIE LINKE. Bitte schön.

Frau Abg. Johlige (DIE LINKE):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 31. Januar 2019 hat sich der Brandenburger Landtag getraut und das allererste Parité-Gesetz Deutschlands verabschiedet. Wenn mir eine persönliche Bemerkung gestattet ist: Für mich war das der Höhepunkt der vergangenen Wahlperiode.

(Vereinzelt Beifall SPD und B90/GRÜNE)

Wir haben damit Gleichstellungsgeschichte geschrieben. Inzwischen ziehen andere Länder nach, und wir haben eine Diskussion auf Bundesebene angestoßen. In der damaligen Gesetzesdebatte gab es keinerlei Diskussionsbeitrag von der AfD, und im Juni 2019, also in der letzten Landtagssitzung vor der Landtagswahl, haben wir einen identischen Gesetzentwurf der AfD zur Aufhebung des Parité-Gesetzes behandelt.

Schauen wir uns im Land um, was seit Verabschiedung des Gesetzes passiert: Wir hatten Kommunalwahlen. Dabei wurden 267 Frauen in Kreistage gewählt - bei 938 Mandaten. Bei der AfD sieht es noch schlechter aus: 19 von 153 Mandaten in Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte sind weiblich besetzt. Wenn man verbindliche Regelungen hat, wie zum Beispiel Grüne und Linke, dann sieht es deutlich besser aus: In den Kreistagen haben Grüne und Linke in der Regel einen Frauenanteil von um die 50 %. Die ausführliche Zusammenfassung und Analyse der Kommunalwahlen, die der Landtag angefordert hat, steht noch aus. Ich bin da sehr gespannt.

Seitdem ist aber noch etwas passiert: Es gab eine Landtagswahl. Seitdem haben wir hier einen noch geringeren Frauenanteil als im vergangenen Landtag. Heute Morgen - die Bemerkung sei mir gestattet - konnte man sich auch angucken, welche Auswirkungen das hat: In der Debatte zur Regierungserklärung gab es keine einzige Frau, die geredet hat.

(Frau Duggen [AfD]: Von Ihnen hat doch auch keine geredet!)

In der Debatte zum Nachtragshaushalt war Frau Lange der einzige feministische Lichtblick.

(Beifall DIE LINKE - Zurufe von der CDU - Lachen bei der AfD)

Das zeigt, wie dringend es dieses Gesetz gebraucht hat.

(Allgemeine Unruhe)

Und die Landtagswahlen haben auch gezeigt, welche Gründe es dafür gibt, dass der Frauenanteil so niedrig ist. Erstens Direktmandate - da stimme ich Frau Goßmann-Reetz völlig zu: Wir sollten noch einmal darüber reden, ob wir nicht doch eine Direktmandatsregelung im Rahmen einer Evaluierung einführen; ich halte die für dringend notwendig. Gleichzeitig hat sich gezeigt: Wenn es keine verbindlichen Regelungen gibt,

dann gibt es ein Problem mit dem Frauenanteil, wie man an CDU und AfD hier in diesem Haus sieht.

Das Gesetz liegt jetzt beim Landesverfassungsgericht zur verfassungsrechtlichen Prüfung, und das weiß die AfD sehr genau. Meine Damen und Herren von der AfD, es entbehrt wirklich nicht einer gewissen Komik, wenn ausgerechnet Sie sich hier zur Hüterin der Verfassung aufschwingen.

(Zuruf von der AfD: Wir sind die einzigen!)

Worum geht es Ihnen? Ihnen geht es einerseits um das Bedienen der eigenen Klientel, das ist bekannt. Aber ich möchte zumindest auf einen Punkt hinweisen, weil der mir wichtig ist: Der Antifeminismus ist mittlerweile zu einem konstituierenden Element des Rechtsextremismus geworden.

(Lachen und Unruhe bei der AfD)

Das hat man übrigens auch im Zusammenhang mit dem Anschlag in Halle gesehen, da muss man sich nur das Video des Täters angucken. Auch an dieser Stelle scheinen Sie sich gut einzureihen.

Für uns ist klar: Wir kämpfen weiter für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in den Parlamenten. Das ist dringend nötig, wie wir derzeit auch an dem unsäglichen Gezerre um den § 219a im Bundestag sehen können. Auch da entscheiden wieder zu 70 % Männer über Leben und Belange von Frauen. Ich finde, das muss ein Ende haben.

Ich möchte mit einem Hinweis auf unsere Landesverfassung schließen. Diese verlangt vom Gesetzgeber, durch wirksame Maßnahmen für die Gleichstellung von Frau und Mann im Beruf und im öffentlichen Leben zu sorgen. Meine Damen und Herren, dieses Parité-Gesetz ist eine solche wirksame Maßnahme. Und Frau Besson, ich habe Ihre Pressemitteilung gelesen: Wenn ich deshalb als „rot-rot-grüne Extremfeministin“ gelte, dann ist das für mich eine Ehre. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Wir lehnen den Gesetzentwurf ab.

(Beifall DIE LINKE, B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD)

Vizepräsident Galau:

Als nächste Rednerin folgt die Abgeordnete Augustin für die CDU-Fraktion. Bitte schön.

Frau Abg. Augustin (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Wieder einmal ist es soweit: Das Thema Parität bewegt die Gemüter. Vor nunmehr fast einem Jahr haben wir hier an dieser Stelle das Parité-Gesetz im Landtag debattiert. Es wurde mit der Zustimmung der damaligen Koalitionsfraktionen - SPD-Fraktion und Fraktion DIE LINKE - als auch der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verabschiedet. Im Vorfeld, bei der Debatte selbst und im Nachgang gab es immer wieder Diskussionen und Gespräche über das Thema Parität. Das Thema der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in den Parlamenten zu thematisieren ist richtig gut, das finde ich auch.

Meine Damen und Herren, ich spare mir aber, an dieser Stelle meine Ausführungen zum damaligen Gesetzentwurf zu wieder-

holen. Die sind für jeden nachlesbar, wir haben die Parlamentsdokumentation. An meiner Position zum Thema hat sich nichts geändert. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen, auch in der Politik, ist sicherlich - davon bin ich überzeugt - den meisten hier im Raum ein großes und wichtiges Anliegen.

(Vereinzelt Beifall CDU und AfD)

Auch die Kolleginnen und Kollegen der AfD-Fraktion thematisieren ja mit dem vorliegenden Gesetzentwurf die Repräsentanz von Frauen in den Parlamenten. Allerdings - da wäre meine Erwartung wahrscheinlich auch zu hoch gewesen - wird uns keine Idee für die Stärkung der Frauen präsentiert, sondern in kurzer, knapper Form lediglich die Aufhebung eines bereits beschlossenen Gesetzes gefordert. Parlamentarisch ist das doch eine recht bescheidene Aktion, wenn wir nunmehr zu jeder Plenardebatte die Aufhebung bereits beschlossener Anträge oder Gesetze von der AfD-Fraktion präsentiert bekommen.

Ich möchte daran erinnern - meine Kollegin Frau Gossmann-Reetz hat es schon erwähnt -: Es ist auch kein neuer Gesetzentwurf der AfD-Fraktion. Wir haben vor einem halben Jahr, vor sechs Monaten, hier über fast exakt denselben Gesetzentwurf debattiert. Ganz ehrlich, das ist nicht nur bescheiden, das ist auch einfallslos. Ich habe die ganze Zeit geschaut, wo die Änderungen sind.

(Frau Duggen [AfD]: Es gibt keine!)

Außer der Drucksachen-Nummer und einzelnen Wörtern gibt es keine Änderung im Gesetzentwurf. Ich kann nur sagen: Bei so viel Einfallslosigkeit zeigt sich gerade bei der AfD-Fraktion: Was Fleiß und Kreativität betrifft, ist bei Ihnen der Oppositionsschlag richtig angelegt.

(Beifall CDU und B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, nun wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der AfD, das Parité-Gesetz aufzuheben, vor allem immer wieder die Verfassungswidrigkeit ins Spiel gebracht. Die Frage, ob das Parité-Gesetz verfassungswidrig ist, werden aber nicht Sie klären, liebe AfD-Fraktion, das wird auch nicht der Landtag bestimmen, das werden auch nicht die Gutachter bestimmen, auch nicht einzelne zitierte Gutachter, sondern dafür gibt es das bestellte Verfassungsgericht.

(Beifall CDU sowie vereinzelt SPD und B90/GRÜNE)

Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, die einzelnen Reden vom Juni herauszusuchen. Selbst damals haben schon mehrere Kollegen versucht, die AfD-Fraktion dahin gehend zu belehren, welche Rolle die Gewaltenteilung spielt, dass es die Legislative, die Exekutive und - Guten Morgen! - die Judikative gibt und dass dieser dann die Entscheidung obliegt, wenn das Verfassungsgericht angerufen wird.

Dass die Beschwerde eingereicht ist, wissen wir alle. Wir erwarten eine Befassung damit. Sie wurde schon aufgenommen. Eine Antwort dazu erwarten wir im nächsten Jahr.

Vielleicht ist es ja auch der Weihnachtszeit geschuldet, dass Sie sich so in Ungeduld üben. Aber mit dem Blick auf den Kalender kann ich Sie trösten: Im nächsten Jahr kommt die Entscheidung, und es sind nicht mehr so viele Tage bis zum

Jahr 2020. Ich würde Ihnen nahelegen, die Entscheidung des zuständigen Gremiums, nämlich des Verfassungsgerichtes, abzuwarten.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)

Natürlich haben auch die Koalitionsfraktionen die Entscheidung des Verfassungsgerichtes im Blick und haben das auch im Koalitionsvertrag verankert. Wir werden diese Entscheidung abwarten und das Gesetz gegebenenfalls an die Vorgaben des Landesverfassungsgerichts anpassen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir üben uns in Geduld und warten die Entscheidung ab. Es wird daher nicht überraschen, dass wir genau wie im Juni dieses Jahres, noch in der alten Legislaturperiode, den vorliegenden Gesetzentwurf erneut ablehnen.

Zu guter Letzt möchte ich alle dahin gehend trösten, dass das Ziel, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auch in der Politik zu erreichen, kein Schreckgespenst ist, das man bekämpfen muss. Ich setze mich auch gern weiterhin für dieses Ziel ein und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Als Nächste spricht zu uns die Abgeordnete Wernicke von der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion.

Frau Abg. Wernicke (BVB/FW):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! 50,7 % der Bevölkerung von Brandenburg sind Frauen. Unter den Landtagsabgeordneten sind es jedoch nur 30,7 % - auf den ersten Blick ein Zeichen für systematische Diskriminierung. Doch es ist ein Irrtum, dass ein niedriger Frauenanteil in den Parlamenten automatisch ein Zeichen für Frauenfeindlichkeit und Diskriminierung sei.

(Beifall BVB/FW)

Chancengleichheit führt nicht unbedingt zu Ergebnisgleichheit.

(Beifall BVB/FW, AfD und CDU)

Denn Parteien wählen ihre Kandidaten nicht aus einer zufälligen Stichprobe der Bevölkerung. Sie wählen sie aus der Mitte ihrer Mitgliedschaft. Und dort ist der Frauenanteil bei praktisch allen Parteien deutlich niedriger als in der Bevölkerung.

(Frau Duggen [AfD]: So sieht es aus!)

Selbst bei den Grünen sind nur 40,5 % der Mitglieder Frauen,

(Beifall AfD)

bei der Linken 36,4 %, bei der SPD sind es 32,6 %, bei der CDU 26,3 %, bei der FDP 23,7 %, bei der CSU 20,7 % und bei der AfD sogar nur 17,1 %. Folglich müsste man dies als Grundlage für die Erstellung einer Landesliste nehmen.

Vergleicht man den Frauenanteil in der Mitgliedschaft nun mit der Geschlechterverteilung der Bundestagssitze, sieht man die tatsächlichen Präferenzen der Parteien. Bei CDU/CSU und vor allem der AfD sind Frauen im Vergleich zur Mitgliedschaft tatsächlich unterrepräsentiert. Bei den Grünen, der Linken und der SPD haben weibliche Mitglieder hingegen sogar größere Chancen, in den Bundestag gewählt zu werden, als ihre männlichen Kollegen.

(Zuruf von der AfD: Diskriminierung!)

Auch bei BVB / FREIE WÄHLER liegt der Anteil der Frauen in der Mitgliedschaft ziemlich genau bei nur einem Drittel. Wer als Frau bei uns für die Landtagswahl kandidieren wollte, wurde nicht nur mit offenen Armen empfangen, wir Frauen wurden sogar direkt angesprochen, ermuntert und überzeugt, zu kandidieren.

(Beifall BVB/FW)

Und wenn wir uns als Kandidaten aufstellen ließen, erhielten wir dafür bei der Nominierung auch die Zustimmung der mehrheitlich männlichen Mitglieder. Bei den wenigen Kampfkandidaturen, die es bei uns um Listenplätze oder Direktmandate gab, waren es stets die Herren, die am Ende hinausflogen.

Von einer Diskriminierung konnte also bei der Nominierung keine Rede sein, zumal auch bei uns der Frauenanteil im Parlament mit 40 % höher ist als der unter den Mitgliedern. Dennoch hätten wir am Ende nicht genug Frauen unter den Kandidaten gehabt, um unsere insgesamt 39 Listenkandidaten gemäß Parité-Gesetz aufzustellen. Wir können ja keine kandidaturwilligen Frauen aus dem Hut zaubern. Hätte das Gesetz schon gegolten, wäre Folgendes passiert: Wir hätten zur Einhaltung des Gesetzes Kandidaten von der Liste nehmen müssen, einfach nur, weil sie männlichen Geschlechts sind. Oder wir hätten alle, die nach dem Personenstandsgesetz weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zugeordnet werden können und für die es keine Quote gibt, einfach dem weiblichen Geschlecht zugeordnet. Es hätte nicht gereicht.

(Beifall AfD)

Das Gesetz mag vielleicht gut gemeint sein, aber es ist schlecht durchdacht

(Beifall AfD)

und führt in der Praxis zu dem, was es vorgibt zu bekämpfen: zur Geschlechterdiskriminierung. Insofern sehen wir das Gesetz natürlich äußerst kritisch. Dieses Gesetz würde gegebenenfalls die Nachteile für Frauen bei der Nominierung in den Parteien beseitigen. Am Ende entscheidet der Bürger, zu welcher Anzahl Frauen in das Parlament einziehen.

(Beifall BVB/FW, AfD sowie vereinzelt CDU)

Aktuell läuft jedoch bereits ein Prozess beim Landesverfassungsgericht gegen das Parité-Gesetz. Es gab zwar widersprüchliche Rechtsgutachten zu der Vereinbarkeit mit der Verfassung. Doch die meisten Rechtsgutachten, einschließlich desjenigen des Parlamentarischen Beratungsdienstes des Landtages, sahen darin einen möglichen Verstoß gegen die Verfassung. Es ist daher wahrscheinlich, dass das Gesetz am Ende dieses Prozesses als verfassungswidrig eingestuft wird.

Kippen wir jedoch jetzt das Gesetz, ist der Prozess vor dem Landesverfassungsgericht obsolet,

(Einzelbeifall AfD - Frau Bessin [AfD]: Ja!)

mit dem Ergebnis, dass wir nicht wissen werden, ob das Gesetz tatsächlich verfassungswidrig ist und es überall und jederzeit in sämtlichen Parlamenten Deutschlands erneut beschlossen werden könnte. Insofern ist der Antrag der AfD, der das Gesetz noch vor dem Urteil des Landesverfassungsgerichtes kippen soll, vom Zeitpunkt her äußerst unklug. Wir werden das Ergebnis des Prozesses abwarten und uns daher bei diesem Antrag enthalten. - Vielen Dank.

(Beifall BVB/FW, CDU sowie vereinzelt AfD)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Als Nächste steht die Abgeordnete Damus auf der Rednerliste. Sie spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Frau Abg. Damus (B90/GRÜNE):

Sehr geehrtes Präsidium! Liebe Abgeordnete! Lieber Gast! Nach dem Motto „Neue Wahlperiode - neues Glück“ versucht die AfD nun also erneut, das Parité-Gesetz abzuschaffen, und zwar mit einem Gesetzentwurf, den sie aus der vergangenen Wahlperiode recycelt hat. Da sage ich nur: Gerade mal ein Fünftel der Mitglieder Ihrer Fraktion sind Frauen. Das ist doch das beste Beispiel dafür, wie sehr dieser Landtag - und leider nicht nur der - ein Parité-Gesetz braucht.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt DIE LINKE)

Wir Bündnisgrünen sind stolz darauf, dass wir in der vergangenen Legislaturperiode einen ersten Entwurf für das Parité-Gesetz eingebracht haben. Wir haben es damals sogar aus der Opposition heraus geschafft, einen gemeinsamen Kompromiss anzustoßen, der am Ende breit über Partegrenzen hinweg vom Landtag getragen wurde. Die Verabschiedung des Paritätsge setzes 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts war ein Meilenstein für die Geschlechtergerechtigkeit und hat zu Recht bundesweit Beachtung gefunden. Ich danke allen Frauen und Männern, die für diesen Erfolg gekämpft haben.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD und DIE LINKE)

Dass ausgerechnet Sie von der AfD-Fraktion sich hier als Verfassungsverteidigerinnen aufspielen, ist wenig glaubwürdig.

(Zuruf von der AfD: Wir sind die einzigen!)

- Ja, die einzigen, genau.

Verfassungsrecht ist nicht statisch; es entwickelt sich ständig weiter, so wie auch unsere Gesellschaft sich wandelt, auch wenn Sie von der AfD gern die Augen davor verschließen.

Unsere Landesverfassung ist hier fortschrittlich: Sie verpflichtet uns, für die Gleichstellung von Frau und Mann im Beruf, im öffentlichen Leben, in Bildung und Ausbildung, in der Familie sowie im Bereich der sozialen Sicherheit zu sorgen. Über all

diese Fragen wird hier im Landtag entschieden. Deswegen ist es nur konsequent, dass wir mit der Gleichstellung bei den Listen für die Landtagswahlen anfangen. Wir Bündnisgrünen haben das lange erprobt - das sieht man an der Zusammensetzung unserer Fraktion. Weitere Parteien sind uns gefolgt, denn Frauen sind nicht mehr bereit, auf die Hälfte der Macht zu verzichten.

Ja, die Entscheidung des Verfassungsgerichts zu diesem Gesetz steht noch aus. Wir sollten sie auch abwarten. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass das Gericht diese Abwägung konkurrierender Rechtsgüter vornehmen wird. Denn neben der Parteienfreiheit und den Wahlrechtsgrundsätzen gehört dazu genauso der Gleichstellungsauftrag im Grundgesetz und in unserer Landesverfassung. Solche Abwägungen sind in einem Rechtsstaat etwas ganz Normales. Gäbe es sie nicht, wäre die Vergewaltigung in der Ehe noch immer keine Straftat; es gäbe keine Ehe für alle und auch kein drittes Geschlecht.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt DIE LINKE und SPD)

Für das Brandenburger Paritätsgesetz wird es bald eine Rechtsprechung geben, und falls notwendig, können wir als Gesetzgeber nachjustieren - auch das ist ein ganz normaler Prozess. Auf diese Weise der Entscheidung vorgeulen zu wollen, zeugt jedoch von wenig Respekt vor unserem Verfassungsgericht.

(Beifall B90/GRÜNE sowie SPD und CDU)

Sie werden die Zeit aber nicht zurückdrehen können, auch wenn Sie es mit aller Macht versuchen. Die Uhren gehen auch bei uns in Brandenburg vorwärts.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD und CDU sowie vereinzelt DIE LINKE)

Vizepräsident Galau:

Als Nächster spricht Herr Minister Stübgen für die Landesregierung.

Minister des Innern und für Kommunales Stübgen:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der AfD zielt auf die Aufhebung des Brandenburger Parité-Gesetzes vom Januar dieses Jahres, das vorsieht, dass Mitte nächsten Jahres die Paritéverpflichtung für Landtagswahllisten verbindlich wird. Den gleichen Gesetzentwurf haben Sie schon im Mai dieses Jahres vorgelegt.

(Frau Bessin [AfD]: Sehr gut!)

Es ist Ihnen natürlich unbenommen, wie oft Sie Gesetzentwürfe vorlegen; man muss allerdings kein Prophet sein, um davon auszugehen - das prognostizierte ich -, dass Sie mit Ihrem Gesetzentwurf auch diesmal keinen Erfolg haben und er nicht in Kraft treten wird.

(Beifall CDU, SPD, B90/GRÜNE und DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mir die parlamentarischen Debattenbeiträge vom Januar und Mai dieses Jahres in diesem Haus - zu jener Zeit war ich hier noch

nicht regelmäßig zu Gast - genau angeschaut. Mir sind dabei zwei Dinge deutlich geworden: Punkt eins: Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder dieses Parlaments verfolgt aktiv das Ziel der Parité von Frauen und Männern. Punkt zwei: Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder dieses Parlaments verfolgt das Ziel der Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Leben und in den parlamentarischen Vertretungen. Es kommt noch ein Grund hinzu: Sie vertreten eine semiparitätisch aufgestellte Gesellschaft.

(Kretschmer [DIE LINKE]: Zumindest wir!)

An dieser Mehrheit hat sich in diesem Landtag nichts geändert. Es gibt einen klaren Verfassungsauftrag, sich für Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen und Männern einzusetzen - das ergibt sich für jeden Politiker aus Artikel 3 des Grundgesetzes. Selbstverständlich - ich brauche eigentlich gar nicht darauf hinzuweisen, ich will es trotzdem sagen - ist die Verpflichtung, sich für Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen und Männern einzusetzen, eine klare Verpflichtung für diese Landesregierung und für mich als Verfassungsminister sowieso.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)

Aber die Debatten in diesem Parlament, auch in der Gesellschaft, zeigen noch etwas anderes: Es gibt unterschiedliche Auffassungen über den richtigen Weg oder die richtigen Wege, wie man zu dieser Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen und Männern am besten und am schnellsten kommen kann. Auch gibt es teilweise Zweifel - das ist bereits erwähnt worden -, ob die Parité als verbindliche Pflicht für die Landtagswahl - wie hier ab Mitte nächsten Jahres - mit dem auch verfassungsrechtlich garantierten Selbstorganisationsrecht der politischen Parteien in Deutschland vereinbar ist. Bevor es irgendjemand von Ihnen ausgräbt: Als Bundestagsabgeordneter habe ich solche Bedenken auch schon einmal geäußert.

(Vereinzelt Beifall AfD)

Aber wo stehen wir heute? Das Parité-Gesetz gibt es mittlerweile in Brandenburg, und es gibt ein Parité-Gesetz in Thüringen. Es tritt dort schon zum 1. Januar 2020, also in wenigen Tagen, in Kraft. Es gibt Diskussionen und Debatten zu Parité-Gesetzen in den Landtagen von Berlin, Sachsen-Anhalt, Bayern, Niedersachsen, Hessen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

In Brandenburg kann man auf jeden Fall feststellen - in Thüringen konnte ich das noch nicht recherchieren -: Unser Rechtsstaat funktioniert. Es gibt Organklagen beim Brandenburger Verfassungsgericht von drei Parteien, und es gibt Verfassungsbeschwerden von Einzelpersonen. Das Verfassungsgerichtsverfahren läuft; auch die Landtagsverwaltung hat zu einem Organstreitverfahren bis Ende Januar 2020 noch die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Aus diesem Grund haben wir uns als Koalitionsparteien richtigerweise dafür entschieden, dass wir das Grundsatzurteil, das das Brandenburger Verfassungsgericht in absehbarer Zeit zum Paritätsgesetz fällen wird, abwarten werden. Ich sage Ihnen voraus: Dieses Grundsatzurteil wird in seiner Bedeutung weit über Brandenburg hinausgehen. Damit verbinde ich die Hoffnung - das möchte ich betonen -, dass wir im Gegensatz zu den höchstrichterlichen Rechtsprechungen der letzten 15 Jahre, was die Altanschließer betrifft - das ist morgen auch noch einmal Thema in diesem Hause -, bezüglich dieser Frage in

Deutschland zu einer bundesweit einheitlichen Rechtsprechung kommen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Die Landesregierung empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs der AfD-Fraktion.

(Beifall CDU, SPD, B90/GRÜNE sowie vereinzelt DIE LINKE)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Zu uns spricht jetzt noch einmal die Abgeordnete Bessin. Bitte schön.

Frau Abg. Bessin (AfD):

Herr Stübgen, vielen Dank für den Hinweis auf die laufenden Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht. Auch wir als Alternative für Deutschland, Landesverband Brandenburg, haben selbstverständlich gegen das Paritätsgesetz geklagt.

Frau Wernicke, ich kann Ihnen in vielen Punkten absolut zustimmen. Sie haben interessanterweise das Verhältnis innerhalb der Parteien angesprochen - das gibt mir die Möglichkeit, gleich bei den Grünen etwas Redezeit zu sparen. Wir haben es einmal ausgerechnet: Der Anteil der Frauen und Männer in unserer Partei, der AfD, umgerechnet auf die Mandatsträger hier im Parlament, zeigt, dass wir als Frauen überrepräsentiert sind. Daher vielen Dank für den Hinweis an dieser Stelle!

(Zuruf des Abgeordneten Keller [SPD] - Vereinzelt Gelächter bei der Fraktion DIE LINKE)

Nun würde ich gern weitergehen und die anderen Fraktionen einbeziehen. Die heutige politische Linke, zu der mittlerweile eigentlich auch die SPD gehört,

(Stohn [SPD]: Eigentor!)

fabuliert immer noch von der Unterdrückung von Frauen in diesem Land, und das, obwohl wir, wie Sie eigentlich alle wissen müssten, schon seit 14 Jahren eine Bundeskanzlerin haben.

(Dr. Redmann [CDU]: Sehr gut!)

Von daher müsste es Ihnen doch geläufig sein, dass eine Frau eigentlich alle Möglichkeiten hat, wenn man Bundeskanzlerin werden kann. Eine Frau kann innerhalb einer Partei oder außerhalb einer Partei politisch aktiv werden, sich organisieren, kandidieren, sich aufstellen lassen, für Mandate kandidieren und eben sogar Bundeskanzlerin werden. Was man davon halten mag, ist eine ganz andere Sache. Dass wir es bei Frau Merkel nicht als vorteilhaft ansehen, dürfte Ihnen wohl auch kaum neu sein.

(Domres [DIE LINKE]: Weil sie eine Frau ist?)

Frau Gossmann-Reetz, Sie haben davon gesprochen, Gleichberechtigung zu gestalten. Gleichberechtigung muss gestaltet werden, aber Gleichstellung ist nun einmal etwas anderes. Wenn Sie uns vorwerfen, wir würden hetzen, indem wir diesen

Antrag hier einbringen, dann weise ich Sie gern einmal darauf hin, dass es ein ganz normales demokratisches Verhalten ist, dass unsere Fraktion in einer neuen Legislaturperiode mit einer neuen Besetzung einen Antrag einbringt, um die Missstände, die nach unserer Meinung in der letzten Legislaturperiode hier hergestellt wurden, rückgängig zu machen.

(Vereinzelt Beifall AfD)

Die Frage ist doch: Wo sollen denn diese Quotenregelungen enden? Müssen irgendwann junge und alte Menschen im Landtag gegeneinander kandidieren? Wollen Sie künftig den Anteil von Armen und Reichen, Handwerkern und Akademikern im Landtag festsetzen? Wer soll denn noch alles gegeneinander ausgespielt werden?

Und: Frau Johlige hat eben einen ganz interessanten Beitrag gebracht - ich muss mich erst daran gewöhnen, dass die Linke hier vorne sitzt. Sie hat sich nämlich darüber beschwert, dass bei der Regierungserklärung heute Morgen nur Männer geredet haben.

(Zuruf der Abgeordneten Johlige [DIE LINKE])

Haben Sie schon den nächsten Änderungsantrag zum Paritätsgebot oder für die Geschäftsordnung - Männer und Frauen dürfen nur noch abwechselnd im Parlament reden - im Hinterkopf?

(Frau Johlige [DIE LINKE]: Gute Idee! - Lachen bei der Fraktion DIE LINKE)

Die Frage stellt sich: Welche merkwürdigen Quoten fallen Ihnen noch ein? Sie - zumindest dieses linke Spektrum hier - sehen diese Ungerechtigkeiten in der Politik. Da fragt man sich doch: Warum haben Sie es denn in den letzten Jahren innerhalb Ihrer Parteien nicht geschafft, dafür zu sorgen, dass der Mitgliederanteil 50 % Männer und 50 % Frauen beträgt?

(Zuruf der Abgeordneten Damus [B90/GRÜNE])

Das wäre Ihnen doch ein Leichtes gewesen. Dann bräuchte man vielleicht auch dieses Paritätsgesetz nicht.

(Stohn [SPD]: Sie sollten erst einmal vor Ihrer eigenen Haustüre kehren!)

Solange Frauen kein Interesse an Familie, Familienarbeit haben und nicht lieber zu Hause bei der Familie wären, scheint für Sie - zumindest vom linken Spektrum, vielleicht auch vom grünen - alles in Ordnung zu sein. Doch wenn sich eine Frau für Familie statt Karriere interessiert, vielleicht auch nicht für Politik entscheidet, gilt sie nach links-grüner Manier meist als reaktionär. Und warum das Ganze? Vielleicht auch deswegen, weil der Versuch der ideologischen Herrschaft über die Kinderbetten leichter voranschreiten kann, wenn Frauen nicht zu Hause sind, weniger Interesse an Familie aufweisen, die Kinder in die Kindertagesstätte gehen müssen,

(Walter [DIE LINKE]: Müssten?!)

Mutter und Vater arbeiten, damit sie sich weniger der Familie widmen können.

(Unruhe bei SPD, B90/GRÜNE sowie DIE LINKE)

Wir fordern ganz klar: Freiheit für Frauen, die Freiheit, selbstbestimmt und ohne politische Diffamierung Entscheidungen zu treffen - entweder für Karriere, Politik oder sehr wohl auch für Familie.

Die mutmaßlichen geschlechtlichen Unterschiede in der Gesellschaft werden von links-grünen Ideologen - meist auch am Equal Pay Day - angesprochen, nämlich die unterschiedliche Bewertung der Leistungen von Mann und Frau. Frau Giffey nannte letztens die Rentenlücke zwischen Mann und Frau nicht akzeptabel. Ich sage Ihnen mal, was ich als nicht akzeptabel ansehe: Sie haben es in diesem Haus und auf Bundesebene in den letzten Jahrzehnten nicht geschafft, den Lohnabstand zwischen Ost und West zu verringern,

(Dr. Redmann [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

dass die Löhne und Renten angeglichen werden und es eben keine Unterschiede bei Lohn und Rente zwischen West und Ost gibt. Und das, obwohl Sie doch so sehr versuchen, die Gleichmacherei immer wieder neu in Szene zu setzen!

(Beifall AfD)

Warum haben Sie sich in dem Bereich nicht schon lange engagiert? Da hätten Sie sich austoben können!

(Zurufe der Abgeordneten Stohn [SPD] und Dr. Redmann [CDU])

Wer fordert, dass in sozialen Berufen eine Aufwertung und bessere Bezahlung stattfinden muss, weil dort zu 80 % Frauen beschäftigt sind, dem kann ich sagen: Ja, die Bezahlung sozialer Berufe muss auf jeden Fall deutlich verbessert werden und die gesellschaftliche Anerkennung auch, aber nicht, weil dort zu 80 % Frauen arbeiten, sondern weil alle, die dort arbeiten, eine schwere Arbeit verrichten, viel für unsere Gesellschaft, für die Allgemeinheit tun und deswegen die Bezahlung und gesellschaftliche Anerkennung dringend aufgewertet werden muss. - Also nicht wegen des Geschlechts!

(Beifall AfD)

Wir brauchen keine Frauenquote für Führungspositionen, wir brauchen keine verpflichtenden Frauenquoten oder gar Sanktionen für Parteien, wenn die Frauenquoten in der Politik nicht eingehalten werden. Wir brauchen auch keine Gleichstellung der Geschlechter, denn wir haben seit Jahren die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Freie Bürger treffen freie Entscheidungen, und Politik steht es nicht zu, mittels politischen Zwangs solche Lenkungen vorzunehmen.

(Beifall AfD)

Das Parité-Gesetz reiht sich in eine endlose Kette an versteckten und offenen Repressionsmaßnahmen gegen Ihre - gesamte - politische Opposition ein, vom NetzDG bis zum Brechen von Jahrhundertealten parlamentarischen Traditionen. Herr Stohn, Sie haben heute Morgen auch davon gesprochen, dass wir uns hier unparlamentarisch verhalten würden. Dabei sind Sie doch diejenigen, die uns den dritten Sitz im Präsidium verweigern wollten.

(Beifall AfD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Redmann [CDU] - Stohn [SPD]: Wir haben ihn doch gewählt!)

Es war ein großes Entgegenkommen unsererseits, dass wir Ihnen die ganze Fraktion zur freien Auswahl zur Verfügung gestellt haben.

(Beifall AfD - Zuruf des Abgeordneten Stohn [SPD])

Was wollen Sie denn noch?! Wir verstößen nicht gegen die Spielregeln. Gerade Sie von der SPD-Fraktion sind diejenigen, die versuchen, uns Ihre Spielregeln aufzuoktroyieren, und das lassen wir uns nicht gefallen!

(Beifall AfD)

Vizepräsident Galau:

Frau Abgeordnete Bessin, Sie müssten jetzt einen Schlussatz finden.

Frau Abg. Bessin (AfD):

Sie können heute mittels Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf das mutmaßlich verfassungswidrige Paritätsgesetz wieder aufheben. Dafür werbe ich an dieser Stelle noch einmal.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Galau:

Damit schließe ich die Aussprache, und wir kommen zur Abstimmung. Die AfD-Fraktion beantragt die Überweisung ihres Gesetzentwurfs „Gesetz zur Aufhebung des Parité-Gesetzes (Drittes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Landeswahlgesetzes)“ auf Drucksacke 7/239, Neudruck, an den Ausschuss für Inneres und Kommunales zur Federführung sowie an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz zur Mitberatung. Ich darf Sie fragen: Wer stimmt der Überweisung zu? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Die AfD-Fraktion hat namentliche Abstimmung über den Antrag in der Sache beantragt. Ich frage: Sind die Schriftführer bereit? - Dann bitte ich Sie, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)

Ich schließe die Abstimmung und bitte um Auszählung.

Ich darf Ihnen das Ergebnis mitteilen: Für den Antrag haben 23 Abgeordnete gestimmt, dagegen 54; enthalten haben sich vier. Damit ist der Gesetzentwurf in der 1. Lesung mehrheitlich abgelehnt.

(Abstimmungslisten siehe S. 91)

Ich schließe Tagesordnungspunkt 7 und rufe Tagesordnungspunkt 8 auf.

TOP 8: Landesaufnahmeprogramm für syrische Geflüchtete verlängern und ausweiten!

Antrag
der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 7/78

Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abgeordnete Johlige - bitte schön.

Frau Abg. Johlige (DIE LINKE):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der vergangenen Wahlperiode haben wir in diesem Parlament häufig über humanitäre Aufnahmeprogramme gesprochen - ich erinnere an das vom Parlament durchgesetzte Aufnahmeprogramm für jesidische Frauen. Wir haben auch mehrmals über das Aufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge gesprochen, in der Regel immer dann, wenn zu befürchten stand, dass die Landesregierung das Programm nicht verlängert. Damals hat dann die Opposition immer beantragt, dass es doch verlängert werde, und die Koalition ist eingeschwungen und hat gesagt: Ja, machen wir! - In der Tradition bewegen wir uns jetzt auch, weil unsere Sorge war, dass Sie es nicht verlängern, da Sie in den Koalitionsverhandlungen nicht über dieses Aufnahmeprogramm gesprochen haben. Deshalb haben wir den Antrag eingebracht.

Dieses Aufnahmeprogramm ermöglicht es syrischen Flüchtlingen, außerhalb des normalen Familiennachzugs Verwandte nach Deutschland zu holen. Ungefähr 300 Menschen sind auf diesem Weg bereits nach Brandenburg gekommen, und es herrscht derzeit eine relativ große Verunsicherung, weil das Programm bisher noch nicht verlängert ist. Gleichzeitig wissen wir, dass die Lage in Syrien katastrophal ist, und zwar in allen Landesteilen - das haben wir auch gerade aus dem Bericht des Auswärtigen Amts erfahren können. Auch wenn wir uns anschauen, was der NATO-Partner Türkei gerade in Rojava treibt, wissen wir, dass dieses Programm bitter nötig ist. Deswegen bin ich sehr froh, dass wir gestern lesen konnten, dass das Aufnahmeprogramm - wie das Innenministerium bekannt gegeben hat - verlängert werden soll.

Wir erhalten den Antrag trotzdem aufrecht, weil wir gern zwei Punkte an diesem Programm ändern möchten. Der erste Punkt: Wir wollen eine Ausweitung auf den Irak. Dann würden wir Hand in Hand mit Berlin gehen, wo das schon vor einiger Zeit erfolgt ist, und Brandenburg hat immer versucht, bei den Aufnahmeprogrammen Hand in Hand mit Berlin zu gehen. Gleichzeitig wissen wir, dass die Lage derzeit auch im Irak katastrophal ist. Bei den Protesten in der vergangenen Woche gab es ungefähr 400 Tote und Tausende Verletzte.

Der zweite Punkt, der uns wichtig ist, ist die Ausweitung des begünstigten Personenkreises auf Personen, die seit einem Jahr in Berlin oder Brandenburg leben. Das hatten wir schon einmal, allerdings hat das Innenministerium genau diese Regelung entgegen dem Willen des Landtags bei der letzten Verlängerung aufgehoben, sodass das Programm nur noch für Personen gilt, die sich seit einem Jahr in Brandenburg aufhalten. Das führt dazu, dass Geflüchtete, die seit vier, fünf Jahren in Deutschland leben und einen gesicherten Aufenthaltsstatus haben, aber bisher in Berlin gelebt haben, jetzt nicht nach Brandenburg ziehen, weil sie dann wieder ein Jahr warten müssen, um ihre Verwandten nachholen zu können. Dafür gab es keinen vernünftigen Grund, und ich weise darauf hin, dass auch Berlin die Regelung hat, dass das Programm für Geflüchtete gilt, die seit einem Jahr in Berlin oder Brandenburg leben. Deshalb möchten wir, dass das wieder geändert wird. Das ist der zweite Punkt in unserem Antrag.

Meine Damen und Herren, ich hoffe sehr, dass wir die Tradition des letzten Landtags fortführen und bei humanitären Aufnah-

meprogrammen versuchen, einen möglichst großen demokratischen Konsens in diesem Haus herzustellen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. - Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion spricht nun die Abgeordnete Gossmann-Reetz.

Frau Abg. Gossmann-Reetz (SPD):*

Geehrter Herr Vizepräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Guest! Das Grundgesetz stellt in Artikel 6 Abs. 1 Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Die brandenburgische Landesverfassung greift das in Artikel 26 Abs. 1 auf. Die Familie ist für viele Menschen ein wichtiger sozialer Anker, und daher ist es Aufgabe des Staates, Familien zu schützen. Ich sage das an dieser Stelle schon vor einem Jahr, und ich möchte es wiederholen: Grundsätzlich sind alle Familien gleich, denn weder im Grundgesetz noch in der brandenburgischen Verfassung heißt es „deutsche Familien“, sondern schlicht „Familien“.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE sowie des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

Wenn wir als Gesetzgeber das Zusammenleben von Familien nicht ermöglichen, muss es dafür gute Gründe geben. Meines Erachtens folgt daraus auch die Pflicht, es Menschen zu ermöglichen, mit ihren Familien zusammenzuleben.

Für syrische Familien ist es leider oft nicht möglich, in Syrien gemeinsam in Frieden zu leben. Bürgerkrieg und IS-Terror machen das Land noch immer zu einem Ort, an dem niemand sicher leben kann. Das hat sich seit dem letzten Jahr nicht verändert. Vor Ort gibt es weiterhin eine giftige Gemengelage: Der IS hat hier zwar kein Territorium mehr, aber er agiert im Untergrund weiter, und Assads Schergen gehen weiter brutal gegen Zivilbevölkerung und Opposition vor. Verfolgung und Folter werden dokumentiert, vor Reisen nach Syrien wird weiterhin gewarnt.

Es ist daher menschlich und politisch geboten, betroffene Familien aus Syrien zu unterstützen. Deswegen hat sich die Koalition unter Führung unseres Ministerpräsidenten Dr. Woidke schon im Koalitionsvertrag darauf festgelegt - dafür bin ich ausgesprochen dankbar -, das Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete aus Syrien zu verlängern. Auf ministerieller Ebene wird das gerade umgesetzt, wie wir gestern der Presse entnehmen durften - vielen Dank dafür, Herr Minister -, und deswegen ist der Antrag in dieser Forderung bereits überholt.

Ich bin stolz, dass Brandenburg in dieser Lage weiterhin Flüchtlinge aus Syrien aufnimmt und nicht abschiebt. Das Land Brandenburg nimmt mit dem Landesaufnahmeprogramm seit 2013 eine Verantwortung wahr und ermöglicht es syrischen Familien, engste Angehörige auf geregeltem Weg nach Deutschland zu holen. Voraussetzung für eine Einreise über das Landesaufnahmeprogramm ist es, dass sich ein Familienmitglied seit mindestens einem Jahr legal bei uns aufhält und zudem den Lebensunterhalt für seine Familie aufbringen kann. Wenn der Aufenthaltsstatus des Nachhoppers befristet ist, erhalten auch die Familienmitglieder nur eine befristete Bleibeeraubnis.

Ich bin mir gar nicht sicher, ob wir den angesprochenen Passus wirklich gestrichen haben,

(Frau Johlige [DIE LINKE]: Haben wir!)

was wir da besprochen haben und ob es so umgesetzt wird, weil verschiedene Verordnungen da einander widersprechen. Ich würde das im Hintergrund noch einmal neu klären wollen. Da sind wir uns nämlich uneins. Dass es in der Form nicht umgesetzt wird, heißt vielleicht, dass es im Moment doch keine Rolle spielt, ob der Antragsteller im vergangenen Jahr in Berlin oder in Brandenburg gelebt hat.

Wir werden den Antrag daher ablehnen. Wir sehen ihn weitestgehend schon umgesetzt. Syrischen Familien, die oft weltweit an vielen Orten verstreut leben müssen, soll die Möglichkeit gegeben werden, in Frieden und Sicherheit hier bei uns in Brandenburg zu leben. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Vizepräsident Galau:

Als Nächster spricht der Abgeordnete Dr. Berndt von der AfD-Fraktion. Bitte schön.

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nichts hat Deutschland seit der Wiedervereinigung 1990 so gespalten wie Merkels Grenzöffnung im September 2015

(Oh! und Widerspruch bei SPD, CDU, B90/GRÜNE und der Fraktion DIE LINKE)

und die fortdauernde Aufnahme hunderttausender Migranten aus Afrika und dem Nahen Osten. Im Für und Wider zerreißen Familien, zerreißen Freundschaften und neuerdings auch Parlamente.

(Beifall AfD)

Merkels Migrationspolitik - es verbietet sich, von Asylpolitik zu sprechen - wird mit dem vorliegenden Antrag der Linken vorbehaltlos das Wort geredet. Merkel und ihr Gefolge

(Frau Dannenberg [DIE LINKE]: Immer noch Frau Merkel!)

- und wir haben heute wahrgenommen, dass so gut wie alle Parteien jenseits der AfD zu diesem Gefolge gehören - berufen sich auf humanitäre Gründe und fügen hinzu, Deutschland sei ein reiches Land. Kritik an der Politik und damit auch am vorliegenden Antrag der Linken wäre demzufolge „inhuman und asozial“.

(Einzelbeifall CDU)

- Wer da applaudiert, blamiert sich selbst.

So werden laut „Neuer Zürcher Zeitung“ vom 15. September 2017 - ich zitiere - für „jede[n] Schutzsuchende[n] in Deutsch-

land 2 500 Euro pro Monat“ ausgegeben. Das sind mehr als 40 Milliarden Euro pro Jahr.

Aber ich frage Sie: Wie ist dieser Aufwand gerechtfertigt, wenn 19 % der Menschen in Deutschland armutsgefährdet sind, wenn das Rentenniveau hierzulande unter dem vieler EU-Staaten liegt - Krisenländer wie Griechenland und Portugal inbegriffen -, wenn bereits mehr als 10 Millionen Vollzeitbeschäftigte nicht genug verdienen, um im Alter eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu erhalten

(Der Abgeordnete Bretz [CDU] signalisiert eine Zwischenfrage.)

- ich lasse keine Zwischenfragen zu -, und wenn auch in Potsdam immer mehr Menschen auf die Tafeln angewiesen sind? Deutschland ist nämlich in Wirklichkeit pauschal keineswegs ein reiches Land. Umso verhängnisvoller ist es, wenn die fort dauernde Einwanderung zur Ausbreitung von Parallelgesellschaften und -identitäten führt.

Welchen Schaden der Zusammenhalt im Land schon genommen hat, beweisen die Hilferufe einheimischer Schüler ...

Vizepräsident Galau:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

... eingezäunte Weihnachtsmärkte, Sicherheitsdienste in Krankenhäusern und ein Blick auf die Polizeiliche Kriminalstatistik. Ich frage Sie - auch Sie von den Linken -: Nehmen Sie all das nicht wahr? Nehmen Sie nicht wahr, dass die fort dauernde Migration unser Nationalstaat und mit ihm die soziale Sicherheit und demokratische Teilhabe infrage stellt und dass vor allem die Schwächsten in Deutschland den Preis dieser Migrationspolitik zahlen?

(Domres [DIE LINKE]: Hören Sie endlich auf!)

Nehmen Sie es nicht wahr? Ich sage Ihnen, viele Ihrer ehemaligen Wähler nehmen all das wahr, wie Sie im September erleben konnten.

(Beifall AfD)

Ebenso wahr nimmt es die geschasste Bundestagsfraktionsvorsitzende der Linken, die im „Focus“-Interview erklärte:

„Offene Grenzen für alle“ ist weltfremd. Und wenn das Kernanliegen linker Politik ist, die Benachteiligten zu vertreten, dann ist die No-Border-Position auch das Gegen teil von links.“

(Beifall AfD)

„Das Wunder des Nationalstaats ist, dass er eine gemeinsame Identität schafft, die Solidarität ermöglicht. Zu viel Einwanderung gefährdet dieses Arrangement.“

(Walter [DIE LINKE]: Das ist Quatsch!)

Das sagt der britische Migrationsforscher Paul Collier.

Politisch und wirtschaftlich stabile Nationalstaaten zu erhalten ist das Beste, was wir für die Welt tun können

(Domres [DIE LINKE]: Reden Sie doch mal zum Antrag!)

und tun müssen, wenn wir das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Brandenburg ernst nehmen.

Vizepräsident Galau:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

Wir sind nicht die UNO, meine Damen und Herren. Wir sind Vertreter des deutschen Staatsvolkes.

(Dr. Redmann [CDU]: Haben Sie Angst vor Fragen? Nicht einmal Zwischenfragen zulassen!)

Und das Grundgesetz auf die Menschheit auszuweiten bedeutet eine maßlose Überspannung. Zu einer seriösen Politik gehört es nicht nur, zuzuhören, Herr Redmann, wenn der politische Gegner sein Argument vorträgt.

(Beifall AfD - Bretz [CDU]: Aber nicht, wenn man Hetze verbreitet!)

Zu einer seriösen Politik gehört es erstens, dass wir anerkennen, dass wir die Probleme der Menschheit - von der Bevölkerungsentwicklung bis zum Klima - nicht in Europa und schon gar nicht in Deutschland lösen können,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Redmann [CDU] - Frau Gossmann-Reetz [SPD]: Immer die anderen!)

und zweitens, dass Hilfe im Ausland, vor Ort weit mehr Bedürftige erreicht

(Walter [DIE LINKE]: Dann gehen Sie doch ins Ausland!)

als Hilfe im Inland, wo ungeheuer viel Geld der Asylindustrie zugutekommt.

(Gelächter bei der Fraktion DIE LINKE - Walter [DIE LINKE]: „Asylindustrie“!)

Herr Walter, das sollten auch Sie wissen.

Familienzusammenführungen von Syrern und Irakern - ja bitte, aber im Heimatland. In weiten Teilen Syriens ist der Krieg beendet.

(Frau Gossmann-Reetz [SPD]: Dort wird Folter angewendet!)

Sinnvoll wäre es, mit der syrischen Regierung zu sprechen, die eine sichere Rückkehr der Flüchtlinge ermöglichen kann und die politische Verfolgung ausschließen soll. Der syrische Präsident hat bereits im September eine Generalamnestie erlassen,

(Oh! bei SPD, CDU, B90/GRÜNE und DIE LINKE)

falls Ihnen das noch nicht bekannt war.

Und zum Irak erklärte der Minister des SPD-geführten Auswärtigen Amtes im Dezember 2018 in Bagdad - ich zitiere -, „dass Menschen eine Perspektive haben hierzubleiben, aber auch wieder hierher zurückzukommen“. Und mit „hier“ war Bagdad gemeint.

Meine Damen und Herren, wir lehnen den Antrag der Linksfraktion in allen Punkten ab. Dieser Antrag zeigt: Wer sein eigenes Staatsvolk nicht ernst nimmt, verliert die Maßstäbe und den Kompass einer in Wirklichkeit humanen Politik. - Vielen Dank.

(Beifall AfD - Herr Adler [SPD]: Hetze!)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Als Nächste spricht die Abgeordnete Richstein für die CDU-Fraktion. Bitte schön.

(Bretz [CDU]: Junge, Junge! - Frau Bessin [AfD]: Nein, er ist erwachsen! - Bretz [CDU]: Keinen Respekt, nichts! Keine Werte!)

Frau Abg. Richstein (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Berndt, ich halte Ihnen zugute, dass es Ihre erste Rede im Landtag war. Wir alle wurden gewählt, um hier Sachpolitik zu betreiben, und nicht, um uns in Parteiideologie zu versteigen. Ich hoffe, dass Sie das bei Ihren nächsten Redebeiträgen noch lernen.

(Starker Beifall CDU, SPD, B90/GRÜNE und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, die gute Nachricht wurde ja schon verkündet: Das Landesaufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge wird verlängert. Ich könnte jetzt Herrn Vogelsänger zitieren, der das heute Morgen schon die neue brandenburgische Geschwindigkeit nannte.

(Heiterkeit)

Ich hoffe, das wird auch in der Taktung weitergehen. Insofern könnten wir es uns einfach machen und sagen: Wir lehnen den Antrag ab, weil er schon umgesetzt wird.

Aber Sie haben ja einige Punkte angesprochen, die Sie noch geändert haben möchten. Das eine ist, dass Sie die Verlängerung des Landesaufnahmeprogramms um mindestens zwei Jahre fordern. Es wird jetzt um ein Jahr verlängert, was auch konsequent und folgerichtig ist, weil § 23 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz eben nicht dazu dient, eine dauerhafte Aufnahmeregelung zu schaffen, sondern wir auch immer wieder überprüfen müssen, wie die Situation in den Krisengebieten ist.

In der Tat müssen wir noch klären, ob die Regelung bezüglich des Wohnsitzes - Berlin oder Brandenburg - geändert wurde. In dem Erlass aus dem Jahre 2018, den man im Internet findet, steht zwar, es gebe einen geänderten Personenkreis, aber dann wird ausgeführt, dass der Verwandte, zu dem der Zuzug beantragt wird, für ein Jahr in Berlin oder Brandenburg leben müsse. Insofern wäre es schön, wenn der Minister hier aufklären könnte.

Dann zu Punkt 3, was den Irak anbelangt: Sie schreiben in Ihrer Begründung, dass der Irak aufgenommen werden sollte, weil auch dort Minderheiten verfolgt würden und katastrophale Lebensbedingungen herrschten. Unter dieser Prämisse würden die Iraker aber auch nicht in das Landesaufnahmeprogramm in Berlin aufgenommen werden, weil dort ganz klar festgelegt ist, dass Menschen aufgenommen werden, die von Kriegshandlungen betroffen sind. Diskriminierung und katastrophale Lebensbedingungen reichen als Kriterien also nicht aus, sondern das Kriterium Betroffenheit von Kriegshandlungen muss erfüllt sein.

Wir haben dennoch in den Koalitionsvertrag viele Punkte aufgenommen, unter anderem, dass wir, gerade um Lebensbedingungen im Irak zu verbessern, Hilfsprojekte fördern wollen, um die Bedingungen für geflüchtete oder gegebenenfalls zurückkehrende Menschen zu verbessern.

Und wir haben noch weitere Punkte in den Koalitionsvertrag aufgenommen: Nicht nur, dass sich die Koalition zur Aufnahme aus Seenot geretteter Flüchtlinge in Kooperation mit dem Bund bekannt, wir wollen ein humanitäres Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Menschen. Es gibt leider viele Krisenherde in der Welt, und wir sollten uns da nicht auf geografische Merkmale konzentrieren, sondern schauen, wo sich besonders schutzbedürftige Menschen befinden.

Drittens: Wir wollen auch ein Aufnahmekontingent für verfolgte Christen. Denn das ist ein Punkt, den wir leider zu oft vergessen: Auch wegen Religionszugehörigkeit werden Menschen verfolgt. Gerade in der Vorweihnachtszeit sollten wir uns noch einmal ins Bewusstsein rücken, dass wir dem entgegentreten wollen. Deswegen werden wir Ihren Antrag in allen drei Punkten ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und SPD sowie vereinzelt B90/GRÜNE)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Nächster Redner ist der Abgeordnete Vida für BVB / FREIE WÄHLER.

Herr Abg. Vida (BVB/FW):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Das Grundanliegen des Antrags ist absolut berechtigt und zeitgemäß - Umsetzung hin oder her. Die Situation in Syrien ist unverändert.

Ich kann an dieser Stelle von meiner Tätigkeit im Beirat für Migration und Integration des Landkreises Barnim berichten, wo wir auch ein syrisches Mitglied haben, Herrn Meri, der sehr stolz darauf ist, gewählt zu sein und dort nicht nur seine Landsleute, sondern die Migranten im Landkreis Barnim insgesamt zu vertreten. Er berichtet immer - lassen Sie es mich so formulieren - sehr anschaulich über seine Fluchterfahrung. Er bringt seine Fähigkeiten ein und arbeitet im Beirat sehr aktiv mit. Er ist mit seiner Frau und seinem Sohn hergekommen und weiß sehr

detailliert zu berichten, wie es ihm ergangen ist und wie es vielen seiner Verwandten, die dort sind, bis heute ergeht. Das ist die Realität, eine schreckliche Realität.

Deswegen wäre es mit unserem Anspruch, humanitäre Hilfe zu gewähren, unvereinbar, wenn wir hier einfach darüber hinwegsehen würden. Die Lösung kann auch nicht darin bestehen, wie manche immer wieder erzählen, dass wir mehr Menschen in die Türkei bzw. über die Grenze schicken und meinen, dann weg schauen zu können und das Problem sei gelöst, weil jemand eine Grenze überschritten habe.

Aber wir müssen uns auch vor Augen führen, dass es eine stärkere Unterstützung der Kommunen braucht. Denn sie sind es, die vor Ort die Integrations- und Willkommensleistung, das Ankommen zu organisieren haben.

(Beifall des Abgeordneten Stefke [BVB/FW])

Dazu gehört auch die Erkenntnis, dass wir gerade im Bereich Unterbringung, der dezentralen Unterbringung in Wohnungen, Wohnungsunterbringung für Familien in den letzten Jahren keinen wirklichen Fortschritt erzielt haben. Trotz aller Unterbringungskonzepte der Landkreise besteht hier ein erhebliches Defizit. Das ist sicherlich auch der allgemeinen Wohnungssituation geschuldet, aber wir haben hier ein Unterbringungsproblem, welches der Integration nicht gerade förderlich ist.

Es braucht auch weitere Maßnahmen zur fortschreitenden Integration. Ich sagte das vorhin schon: Es geht nicht nur darum, anzukommen und sich zu retten. Es geht auch darum, eine Integration in Beruf und Sprache zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, was den Irak anbelangt, so ist natürlich die von manchen gewählte Definition, dass man das Land für rückkehrgeeignet hält, eine rein politische. Die Lebenswirklichkeit im Irak ist eine ganz andere; außer vielleicht im äußersten Süden des Landes kann man nicht wirklich von Gebieten sprechen, die ein sicheres oder planmäßiges Leben ermöglichen würden.

Der Punkt mit Berlin ist der einzige kritische, den ich anmerken möchte. Natürlich sollten die Bemühungen in Brandenburg nicht dazu führen, dass in Berlin sozusagen der Eifer nachlässt. Alle müssen ihren Beitrag leisten und ihre Aufgaben stemmen. Allerdings weist die antragstellende Fraktion zu Recht darauf hin, dass es sich um eine wechselseitige Regelung handelt. Ich glaube, dass Brandenburg am Ende gemessen an der Bevölkerungszahl und der Wirtschaftskraft ein Stück weit mehr Aufgaben wird übernehmen müssen. Aber in Summe muss man die hohen Zahlen betrachten, und diese zeigen, dass Syrien in diesem Jahr mit 33 000 Anträgen bei den Erstanträgen auf Asyl weiterhin vorn liegt; Irak liegt deutschlandweit betrachtet auf dem zweiten Platz. Das heißt, das sind genau die Länder mit der akutesten Problematik und dem akutesten Hilfebedarf der Menschen von dort.

Es ist ja so in der politischen Auseinandersetzung: Es mag sein, dass der eine oder andere Punkt sich schon in der Umsetzung befindet. Nichtsdestotrotz sind in Summe betrachtet die politische Notwendigkeit und auch die Zeitgemäßheit dieses Antrags gegeben und ist seine Ausgestaltung weit überwiegend positiv, sodass wir dafür stimmen werden. - Vielen Dank.

(Beifall BVB/FW und DIE LINKE)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Nächste Rednerin ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Schäffer. Bitte schön.

Frau Abg. Schäffer (B90/GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Brandenburg ist ein weltoffenes Land, Brandenburg ist ein solidarisches Land, und Brandenburg bekennt sich dazu, seiner Verantwortung in einer unsicheren Weltlage gerecht zu werden. Das Landesaufnahmeprogramm für syrische Geflüchtete ist ein Teil der Wahrnehmung dieser Verantwortung, Humanität und Menschenrechte zu fördern. Und ja, liebe AfD, unser Grundgesetz sagt: Die Würde des Menschen ist unantastbar. - Es redet nicht von der Würde des Deutschen und auch nicht, wie es Ihnen vielleicht vor schwiebt, von der Würde des weißen Deutschen in mindestens zehnter Generation.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD, CDU, DIE LINKE und BVB/FW
- Zuruf des Abgeordneten Hünich [AfD])

Familien zu vereinen, die durch Krieg und Terror getrennt wurden, halte ich für eine menschliche Selbstverständlichkeit. Wenn die Welt in Aufruhr ist und unschuldige Menschen darunter leiden, ist die Weltgemeinschaft auf jeder politischen Ebene in der Verantwortung, das Mögliche zu tun, um Menschenrechte zu schützen. Das beginnt im ganz Kleinen. Ich bin sehr froh, dass Potsdam, wo ich lebe und Stadtverordnete bin, als Sicherer Hafen aus Seenot gerettete Menschen aufnehmen will und das dahinterstehende Netzwerk aus Städten stetig wächst.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD und DIE LINKE sowie vereinzelt CDU)

Genauso bin ich auch froh, dass sich unsere Koalition dazu bekannt hat, dass das Land Brandenburg seiner Verantwortung gerecht wird. An die Kolleginnen und Kollegen von den Linken: Ich habe gerade noch einmal nachgeschaut - Seite 55 des Koalitionsvertrags, vorletzter Absatz. Es wurde von meinen Vorrednern bereits ausgeführt, dass die Koalition dafür Sorge tragen wird, das erfolgreiche Landesaufnahmeprogramm für syrische Geflüchtete fortzuführen. Darüber hinaus bekennen wir uns im Koalitionsvertrag zur Aufnahme von aus Seenot geretteten Geflüchteten. Damit erklären wir uns bereit, unseren Anteil zu leisten, dass Europa seinen eigenen Werten gerecht wird, indem solidarisch eine menschenwürdige Unterbringung gesichert wird. Mit einem ambitionierten Aufnahmeprogramm für zusätzlich jährlich 200 besonders schutzbedürftige Menschen gehen wir noch darüber hinaus.

Wir schauen bei humanitären Katastrophen, die Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat zwingen, nicht weg. Die Ausgestaltung der Aufnahmeprogramme werden wir nun in der Koalition sorgfältig ausarbeiten und dann hier vorstellen. Ich glaube, dass wir uns damit auf einen guten Weg begeben, unserer Verantwortung in der Welt gerecht zu werden. - Vielen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD und CDU)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung spricht Herr Minister Stübgen. Bitte schön.

Minister des Innern und für Kommunales Stübgen:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst zwei gute Nachrichten: Punkt eins: Die Linksfaktion hat unseren Koalitionsvertrag gelesen;

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Genau! - Walter [DIE LINKE]: Wenigstens wir!)

deswegen haben Sie ja diesen Antrag eingebracht. Es ist auf jeden Fall immer nützlich, unseren Koalitionsvertrag zu lesen.

(Domres [DIE LINKE]: Wir werden Sie beim Wort nehmen, Herr Innenminister!)

Wenn Sie ihn noch einmal lesen, ist es noch nützlicher - für jeden Menschen.

(Beifall CDU - Zuruf des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

Punkt zwei: Ihre freundliche Erinnerung an mein Haus und an mich als Innenminister war aber nicht nötig. Es war eine meiner ersten Handlungen, als ich im MIK ankam, mich darum zu bemühen, das seit 2013 bestehende Landesaufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge für das Land um ein Jahr, bis 2020, zu verlängern. Die ausgearbeitete Vorlage liegt im Moment beim Bundesinnenministerium. Die Zeichnung des Bundesinnenministeriums ist verpflichtend. Der Bundesinnenminister hat mir in der letzten Woche mündlich erklärt, dass dem nichts entgegenstehen wird. Das heißt, ich werde noch in dieser, spätestens in der nächsten Woche in der Lage sein, dieses Programm für ein Jahr zu verlängern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihr Antrag gibt mir aber auch die Möglichkeit, noch etwas genauer unser Koalitionskonzept zu erläutern, wie wir in den nächsten fünf Jahren Flüchtlingspolitik betreiben wollen. Dabei habe ich auch die Gelegenheit, auf Fehler von Ihnen hinzuweisen, die aus Ihrem Antrag hervorgehen.

Ihr Fehler ist insbesondere der, dass Sie verstärkt versuchen wollen, eine brandenburgeigene Flüchtlingspolitik zu machen - in diesem Fall mit Berlin, dazu komme ich noch. Unsere Erfahrung ist aber: Wenn jede europäische Region, jedes Bundesland selbst herumwurstelt und eigene politische Ansätze für dieses in der Tat schwierige und schlimme Thema verfolgt, kommt es zu Doppelstrukturen, zu einander blockierenden Strukturen - und das hilft vor allem den betroffenen Flüchtlingen nicht. Deshalb orientieren wir als Koalition uns an vorhandenen Programmen. Wir haben die Situation, dass die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich im Rahmen von UNHCR und Europäischer Union gebunden ist. Wir als Bundesland sind Teil der Bundesrepublik Deutschland, das heißt der Bundesregierung.

Lassen Sie mich jetzt noch auf einige Punkte eingehen, die wir in unserem Koalitionsvertrag geregelt haben. Benjamin Raschke hat heute früh schon darauf hingewiesen, dass wir uns entschieden haben, in Kooperation mit dem Bund eine begrenzte Anzahl von Seenot-Flüchtlingen aufzunehmen. Es wird sowieso dazu kommen, dass wir aufgrund unserer Größe und unserer Einwohnerzahl Pflichtzuteilungen durch den Bund bekommen werden. Wir wollen aber - soweit es möglich ist - Flüchtlinge zusätzlich aufnehmen, weil wir damit ein wichtiges politisches Signal setzen und zusätzlich Menschen helfen wollen.

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE und DIE LINKE)

Wir haben im Koalitionsvertrag zwei weitere Programme verankert, nämlich zunächst, dass wir auch wieder zusätzlich bis zu 200 Flüchtlinge pro Jahr aus dem Resettlement-Programm des UNHCR aufnehmen wollen. Hier ist es auch so, dass wir über den Bund eine verpflichtende Quote bekommen werden. Wir wollen hier aber zusätzlich etwas tun - soweit das möglich ist -, etwas mehr machen als das, wozu uns der Bund verpflichtet, um das Elend der Flüchtlinge zu lindern.

Wir machen in einem einzigen Punkt eine Ausnahme, indem wir uns nicht an vorhandene UNHCR-Programme koppeln. Dabei geht es darum, dass wir verfolgte Christen aus islamischen Ländern aufnehmen wollen.

Warum koppeln wir uns hier nicht an andere Programme? Ich will deutlich auf Folgendes hinweisen - das haben wir in den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag intensiv diskutiert, und das können Sie auch als klare Kritik von mir sehen -: die Problematik, die seit Jahrzehnten wächst, dass christliche Kulturen, christliche Gemeinden in islamischen Ländern verfolgt, bedroht, ermordet und vertrieben werden. Der UNHCR meint, dieses Problem damit lösen zu können, dass man schlichtweg nicht öffentlich darüber spricht. Deswegen gibt es auch nur wenige öffentliche Debatten dazu. Wir halten das für falsch.

Die Möglichkeiten, die wir in Zusammenarbeit mit der EKD und der katholischen Kirche haben, wollen wir nutzen, um Menschen aus diesen Ländern zu helfen. Es ist leider eh schon so, dass nicht mehr so viele Christen - sie gibt es dort zum Teil seit fast 2 000 Jahren - in diesen Regionen leben; es sind eh nicht mehr so viele Christen dort. Wir wollen helfen, wo wir können. Deshalb dieses zusätzliche Programm.

(Beifall CDU, SPD, B90/GRÜNE sowie des Abgeordneten Vida [BVB/FW])

Ich werde ... - Haben Sie mein Mikrofon ausgeschaltet?

Vizepräsident Galau:

Entschuldigung. Ich dachte, Sie wären fertig. - Bitte, machen Sie weiter. Alles gut.

(Allgemeine Heiterkeit)

Minister des Innern und für Kommunales Stübgen:

Okay. Danke schön. - Ich werde in den nächsten Monaten in meinem Haus die Beschlüsse zur Umsetzung des Koalitionsvertrags umsetzen.

Aber weil das vorhin eine Rolle spielte, noch zwei Hinweise dazu, was die konkreten zusätzlichen Forderungen des Antrags der Fraktion DIE LINKE betrifft. Das ist zum einen, auch Iraker aufzunehmen.

Warum haben wir uns entschieden, das nicht zu machen? Punkt eins ist: Die Innenministerkonferenz hat fast einstimmig - bis auf Berlin - beschlossen, dass wir mit solchen zusätzlichen Programmen möglichst bundeseinheitlich umgehen wollen. „Bundeseinheitlich“ heißt, dass wir uns bei den zusätzlichen Aufnahmeprogrammen auf syrische Flüchtlinge konzentrieren. Nur Berlin geht da einen Sonderweg.

Aber es gibt noch einen objektiven Grund, den ich für wichtig halte: Es ist ganz klar, die syrischen Migranten in Europa bekommen durchweg grundsätzlich, auch in Deutschland, den sogenannten subsidiären Schutz, also den Bürgerkriegsflüchtlingsstatus. Dieser subsidiäre Schutz hat den Nachteil, dass es eine zweijährige Nachzugssperre für Angehörige ersten Grades gibt. Das war ja der Grund, aus dem Brandenburg dieses Programm richtigerweise im Jahr 2013 aufgelegt hat, nämlich, um zumindest punktuell in besonders schwerwiegenden Fällen Abhilfe zu schaffen.

Flüchtlinge aus dem Irak, die in Deutschland ankommen, bekommen grundsätzlich keinen subsidiären Status, außer in Ausnahmefällen aufgrund einzelgerichtlicher Entscheidungen. Deshalb sind sie im normalen Asylverfahren und haben nicht diese Nachzugssperre. Für den Irak ist das nicht in der Form wie für Syrien nötig. Deshalb haben wir uns entschieden, das für Syrien zu machen.

Jetzt der letzte Punkt.

Vizepräsident Galau:

Herr Minister Stübgen, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Minister des Innern und für Kommunales Stübgen:

Selbstverständlich. Bitte.

Frau Abg. Johlige (DIE LINKE):

Herr Stübgen, habe ich Sie gerade richtig verstanden, dass Sie uns mitteilen, dass Flüchtlinge aus Syrien grundsätzlich keinen Flüchtlingsstatus bekommen, sondern subsidiären Schutz, die aus dem Irak allerdings Flüchtlingsstatus und subsidiären Schutz? Ich würde empfehlen, das noch einmal nachzulesen. Denn das ist wirklich falsch.

Minister des Innern und für Kommunales Stübgen:

Gut, ich erkläre es noch einmal. Grundsätzlich bekommen Flüchtlinge aus Syrien den subsidiären Status, weil in Syrien Bürgerkrieg herrscht. Da gibt es eine Nachreisessperre für Angehörige ersten Grades von zwei Jahren. Irakischa Flüchtlinge bekommen grundsätzlich keinen subsidiären Status, sie sind im normalen Asylverfahren. Die Anerkennungsquote beträgt hier ungefähr 31 %. Hier gibt es diese Nachzugssperre nicht. Deshalb dieser Unterschied. - Ich hoffe, dass ich mich jetzt deutlich genug ausgedrückt habe.

Aber ich wollte noch auf eine Frage eingehen - Frau Kollegin, Sie hatten das noch genannt. Das ist das ursprüngliche Brandenburger Landesprogramm, in dem es in der Tat so war, dass es auch für in Berlin lebende Stammberechtigte galt. Das war bis 2019 so. Weil es hier aber nachgewiesenermaßen zu Missbrauchsfällen kam, hat die alte Landesregierung entschieden, dieses Programm abzuschaffen und nur noch für Flüchtlinge aus Syrien - stammberechtigte - in Brandenburg zuzulassen. Genau dieses Programm, wie es jetzt in 2019 gilt, schreiben wir für 2020 fort. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)

Vizepräsident Galau:

Bevor ich jetzt dem Kollegen Büttner von der Fraktion DIE LINKE noch einmal das Wort erteile, weise ich darauf hin, dass die Landesregierung eben ein bisschen überzogen hat. Deshalb nenne ich Ihnen die Restredezeiten. Hiernach hätte die SPD jetzt noch einmal 4:43 Minuten, die AfD 2:43 Minuten, die CDU 4:30 Minuten, B90/GRÜNE 5:45 Minuten, die Linke 8:56 Minuten und BVB / FREIE WÄHLER 4:16 Minuten. Wenn Sie also noch einmal das Wort ergreifen möchten, können Sie das gern tun.

Aber jetzt spricht erst einmal der Kollege Büttner zu uns. Bitte schön.

Herr Abg. Büttner (DIE LINKE):

Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist ja eine spannende Debatte. Ich will auf ein paar Punkte eingehen. - Ich suche gerade Frau Gossmann-Reetz.

(Frau Gossmann-Reetz [SPD]: Hier!)

- Ja, da ist sie.

Ich fange einmal bei Ihnen an.

(Frau Gossmann-Reetz [SPD] spricht mit Frau Richstein [CDU])

- Wenn Sie mir zuhören würden, wäre das echt nett.

Ich bin ein bisschen traurig. Denn in der letzten Legislaturperiode gab es einen Konsens zwischen den demokratischen Fraktionen, diesen Anträgen hier auch tatsächlich gemeinsam zu einer Mehrheit zu verhelfen. Ich sehe, dass Sie diesen demokratischen Konsens momentan brechen, auch wenn Sie Erklärungen haben, die ich an der einen oder anderen Stelle sogar nachvollziehen kann.

Ich will Ihnen noch etwas zur Situation in Syrien sagen. Sie haben gesagt, die Situation habe sich nicht verändert. Ich sage Ihnen: Sie hat sich deutlich verschlechtert.

(Dr. Berndt [AfD]: Was?)

Am Ende meiner Rede werde ich darauf zurückkommen, warum.

Herr Minister Stübgen, ich muss Ihnen auch widersprechen: Nein, wir haben Ihren Koalitionsvertrag nicht gelesen, bevor wir den Antrag geschrieben haben. Die tatsächliche Reihenfolge war: Wir haben den Antrag geschrieben, weil wir gar nicht wussten, dass Sie das im Koalitionsvertrag aufschreiben würden. Sie haben nämlich nicht darüber geredet. Unser Antrag ist eingebracht worden, bevor Ihr Koalitionsvertrag überhaupt vorlag. Also, wir brauchten Ihren Koalitionsvertrag nicht, um selber auf diese Idee zu kommen; da können Sie sicher sein.

Sie haben gesagt, die Länder sollten keine eigene Flüchtlingspolitik machen. Ich will Ihnen einmal sagen, dass das hier in Brandenburg in den letzten Jahren sehr gut funktioniert hat. Selbstverständlich können Länder in der Ausgestaltung der

Flüchtlingspolitik sehr eigene Akzente setzen, und die vorherige Landesregierung hat da mit dem Landesaufnahmegericht eine gute Regelung geschaffen. Das war übrigens eine Regelung, Herr Vida, mit der die Kommunen massiv unterstützt wurden. Mit einer der jüngsten Entscheidungen, nämlich die kommunale Integrationspauschale aufzulegen, sind die Kommunen noch einmal unterstützt worden. Es mag sein, dass Sie im Landkreis Barnim an der einen oder anderen Stelle ein Problem bei der Unterbringung haben. Landesweit - so kann ich Ihnen sagen - ist das nicht der Fall. Es ist einfach nicht so.

Im Übrigen: Eine der großen Errungenschaften, die dieses Bundesland im Rahmen der Flüchtlingspolitik vorzuweisen hat, ist die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte. Leider, Frau Ministerin Nonnemacher, ist das noch nicht im ganzen Land so. Ich hoffe - ich bin da auch sehr zuversichtlich -, dass das dann in Kürze auch für den Landkreis Märkisch-Oderland gelten wird, der das bisher immer noch verweigert hat. Da gibt es ja die Möglichkeit der Weisung.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

Und die Landesprogramme sind natürlich bundesrechtlich geregelt, sodass man sie auch umsetzen kann.

Ja, ich bin der Koalition an einer Stelle tatsächlich auch dankbar: dafür, dass sie ein Programm zum einen für in Seenot geratene Geflüchtete und zum anderen für in verschiedenen Ländern verfolgte Christinnen und Christen auflegen will. Ich würde mich noch mehr freuen, wenn wir noch etwas Weiteres diskutieren würden - davon habe ich bisher nichts gehört, und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie bei Gelegenheit dazu etwas sagen könnten, Herr Minister Stübgen -, denn ich finde, wir sollten auch das Aufnahmeprogramm für Jesidinnen und Jesiden in diesem Land weiterführen und ausbauen, weil diese Bevölkerungsgruppe einem Völkermord ausgesetzt war, der seinesgleichen sucht, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

Ich möchte noch etwas zu der thematisierten Einschränkung sagen. Herr Minister Stübgen, es war nicht so, wie Sie das gerade dargestellt haben - Ihr Haus wird Ihnen das so gesagt haben, dass es Missbrauchsfälle gegeben hat -, es war ein bisschen anders. Es geht ja um die allgemeine Weisung Nummer 4 aus dem Innenministerium vom Dezember 2018. In dieser steht: im Benehmen mit dem MASGF und dem BMI. Da muss ich Ihnen leider sagen: Diese Diskussion kenne ich nur zu gut. Es ist ja auch nicht gänzlich unbekannt, dass es eine nicht immer konfliktfreie Zusammenarbeit zwischen dem Sozial- und dem Innenministerium gab - in der vorherigen Legislaturperiode, zu Ihrer Arbeit sage ich nichts, das können Sie ja alles anders machen.

(Zuruf: Das ist ja ein wichtiger Hinweis!)

Es war dann schlicht und ergreifend so - da kommt ja die Kollegin, die damals im Innenministerium war -: Das MASGF war einfach unterlegen, Sie haben das einfach herausgestrichen, weil Sie es herausstreichen wollten. Das war ja die Politik des Innenministeriums unter Ihrem Vorgänger. Ich bin mir ziemlich sicher, Herr Stübgen - das sind jetzt quasi Vorschusslorbeeren, da müssen Sie ein bisschen aufpassen, Sie haben gestern im Ausschuss schon so viele Lorbeeren bekommen -, ich glaube tatsächlich, dass die Zusammenarbeit an dieser Stelle besser werden kann als die mit Ihrem Vorgänger.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

Insofern war es also eine Entscheidung des damaligen Innenministeriums - gegen den erklärten Willen dieses Landtags -, Berlin herauszunehmen. Und das finde ich schon ziemlich frech.

(Einzelbeifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, wer von Ihnen schon in Syrien und im Irak war.

(Frau Bessin [AfD]: Sie?)

Ich war mehrfach da.

(Frau Bessin [AfD]: Und?)

Und ich weiß nicht, ob Sie sich vorstellen können, wie sich dieses Land Syrien entwickelt hat.

(Frau Bessin [AfD]: Waren Sie jetzt erst da?)

- Frau Bessin, lassen Sie mich einfach ausreden, dann werden Sie es hören. Ihre Zwischenrufe brauche ich nicht, zumindest nicht bei diesem Thema.

Als ich das erste Mal in Syrien war - das ist mittlerweile sehr viele Jahre her -, war Syrien ein wunderschönes Land, das man jedem nur empfehlen konnte, mit einer Mittelschicht - und mit einem grauenhaften Diktator, dem alten Assad.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Berndt [AfD])

- Herr Berndt, zu Ihnen komme ich gleich, er ist ja offensichtlich Ihr Freund, das hat auch seinen Grund. - Durch den Bürgerkrieg ist dieses Land komplett zerstört worden. Es steht in diesem Land nichts mehr, kein Stein ist mehr auf dem anderen. Und wir erleben in der Demokratischen Föderation Nord- und Ostsyrien gerade eine Situation, wo Menschen vertrieben, zerbombt, angegriffen, getötet werden - von einem NATO-Partner, liebe Kolleginnen und Kollegen, von einem NATO-Partner! Ich finde das unverantwortlich, auch als NATO-Land Deutschland so etwas einfach hinzunehmen und zu akzeptieren, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE - Zuruf des Abgeordneten Brüning [CDU])

Insofern ist die Situation in Syrien deutlich schlechter geworden. - Der Zwischenruf von Ihnen ist ziemlich billig, das nehme ich jetzt einfach mal zur Kenntnis. - Es gab aber innerhalb dieser Debatte einen Moment, in dem ich stolz auf dieses Parlament war. Ich kannte den Abgeordneten Berndt ja nicht. Ich habe nichts verpasst.

(Dr. Berndt [AfD]: Da haben Sie was verpasst!)

Man liest ja immer nur etwas. Aber wissen Sie, nach dem, was Sie hier abgeliefert haben, war es ganz offensichtlich die absolute richtige Entscheidung der Parlamentarier, einen Hetzer wie Sie nicht zum Vorsitzenden eines Kulturausschusses zu machen, der für Gedenkkultur in diesem Land zuständig ist.

(Beifall DIE LINKE, B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD und CDU)

Es ist klar, dass Sie Assad in einem Nebensatz noch einmal loben mussten, weil AfD-Parlamentarier schließlich gerne bei dem Massenmörder Assad zu Gast sind. Dafür mag es eine Begründung geben: Die Baath-Partei ist ja, historisch betrachtet, als Ableger der NSDAP gegründet worden.

(Lachen bei der AfD)

Ich lasse das einmal im Raum stehen.

(Unruhe bei der AfD)

Zu dem, was Sie hier von sich gegeben haben: Wer Menschen in diesen Zeiten nach Syrien zurückschicken will, der wird Blut an seinen Händen haben. Nichts anderes passiert, wenn man Menschen in dieses Land zurückschickt.

(Beifall DIE LINKE - Zurufe von der AfD)

Noch ein letzter Punkt. Die AfD macht das permanent: Sie können hier andauernd erzählen, es habe im Jahr 2015 eine Grenzöffnung gegeben. Es wird nicht richtig, weil Sie es permanent wiederholen. Es hat keine Grenzöffnung gegeben. Die Grenzen waren offen, sie wurden nicht geschlossen, sie wurden zu Recht nicht geschlossen, weil es ein humanitäres Anliegen dieses Landes war, Menschen in derartigen Notsituationen aufzunehmen. Dass Sie das nicht akzeptieren, kann ich verstehen. Das müssen Sie auch gar nicht. Sie haben diesen Antrag wieder einmal genutzt - das kam in Ihrer gesamten Rede zum Ausdruck -, um als Brandbeschleuniger für Rassismus, Hass und Hetze in diesem Land zu dienen. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, B90/GRÜNE, SPD sowie vereinzelt CDU)

Vizepräsident Galau:

Ich frage jetzt noch einmal in die Runde, wer die verbliebenen Redezeiten in Anspruch nehmen möchte. SPD-Fraktion?

(Zuruf von der SPD: Nein!)

AfD-Fraktion?

(Zuruf von der AfD: Nein!)

CDU-Fraktion?

(Zuruf von der CDU: Nein!)

Faktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN?

(Zuruf von B90/GRÜNE: Nein!)

BVB / FREIE WÄHLER Fraktion?

(Zuruf von BVB/FW: Nein!)

Damit ist die Rednerliste erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion DIE LINKE hat zu ihrem Antrag „Landesaufnahmeprogramm für syrische Geflüchtete

verlängern und ausweiten!“ auf Drucksache 7/78 eine getrennte Abstimmung über die einzelnen Nummern des Antragstextes beantragt.

(Abgeordneter Bretz [CDU] begibt sich an ein Saalmikrofon.)

Herr Bretz, ich komme gleich zu Ihnen, lassen Sie mich das nur ganz kurz erläutern. Nummer 1 des Antragstextes sieht vor, das Aufnahmeprogramm des Landes Brandenburg für syrische Geflüchtete über die bisher gültige Befristung vom 31.12.2019 hinaus um mindestens zwei weitere Jahre zu verlängern.

Nummer 2 des Antragstextes sieht vor, dabei den begünstigten Personenkreis auf Personen auszuweiten, die ihren Wohnsitz zum Zeitpunkt der Antragstellung seit mindestens einem Jahr in Brandenburg oder Berlin haben.

Nummer 3 des Antragstextes sieht vor, den begünstigten Personenkreis um irakische Geflüchtete zu erweitern.

Bevor ich zu Herrn Bretz komme, frage ich Sie, ob es Bedenken gegen die Teilung des Abstimmungsgegenstandes in der von der Fraktion DIE LINKE beantragten Weise gibt. - Herr Bretz, bitte.

Herr Abg. Bretz (CDU):

Vielen Dank, Herr Vizepräsident, für die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen. Gemäß § 64 Abs. 2 Satz 2 der vorläufigen Geschäftsordnung melde ich für die CDU-Fraktion Bedenken an. Die Begründung dafür ist, dass der Innenminister bereits erklärt hat, dass weite Teile dieses Antrags sich in der Administration befinden. Zur Ausweitung haben wir als Koalition bereits Stellung genommen. Deshalb melden wir Bedenken an.

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Das ist die richtige Rechtsgrundlage. Aufgrund derer lasse ich jetzt das Plenum darüber abstimmen, ob wir diese Teilung zulassen oder nicht. Ich bitte um Stimmen für die Teilung. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die Teilung wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Dann stimmen wir über den Antrag in Gänze ab. Ich bitte um die Stimmen für den Antrag auf Drucksache 7/78. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit wurde dieser Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Damit schließe ich den Tagesordnungspunkt 8. Bevor ich zum Tagesordnungspunkt 9 komme, müssen wir leider noch einmal kurz zurück zum Tagesordnungspunkt 7, „Gesetz zur Aufhebung des Parité-Gesetzes“. Wir hatten dort eine namentliche Abstimmung, und da ist ein kleiner Fehler passiert: Bei den Jastimmen wurde ein Abgeordneter mitgezählt, der nicht anwesend war. Ich verkünde jetzt also das Ergebnis, wie es tatsächlich ist: Wir haben 22 - nicht 23 - Jastimmen, es bleibt bei 54 Neinstimmen und vier Enthaltungen.

Damit schließe ich Tagesordnungspunkt 7 erneut und rufe Tagesordnungspunkt 9 auf.

TOP 9: Für den Wald der Zukunft: Brandenburger Waldgipfel einberufen

Antrag
der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 7/147](#)

Entschließungsantrag
der AfD-Fraktion

[Drucksache 7/314](#)

Entschließungsantrag
der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 7/324](#)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält der Kollege Domres. Bitte schön.

Herr Abg. Domres (DIE LINKE):

Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor 40 Jahren erschien das aufwühlende Buch „Rettet den Wald“ von Horst Stern und anderen, die auf das Waldsterben hinwiesen. Der Buchtitel von damals ist wieder sehr aktuell. Wer in diesem Jahr mit offenen Augen durch den Brandenburger Wald gelaufen ist, wird gemerkt haben, es ist nicht alles so wie sonst: abgestorbene Fichten und Buchen, geschädigte Kiefern, ausgetrocknete Böden und Gewässer, Insektenbefall, Waldbrandflächen, Noteinschläge. Die letzten drei Jahre haben ihre sichtbaren Spuren im Wald hinterlassen. Auf starke Stürme mit viel Windbruch 2017/2018 folgte das katastrophale Dürrejahr 2018. 2019 gab es zwar etwas mehr Regen, aber auch wieder lange heiße und trockene Phasen. Das Wasserdefizit in den Wäldern konnte nicht ausgeglichen werden. Über 3 000 Hektar sind in den letzten beiden Jahren abgebrannt. Wir erinnern uns alle noch an die großen Waldbrände, die Rettungskräfte, Öffentlichkeit und Anwohner tagelang in Atem hielten.

Sturmschäden und Trockenheitsstress haben Kalamitäten Vorschub geleistet, zum Beispiel Nonnenbefall auf mehreren tausend Hektar in der Umgebung von Beelitz. Die Kiefernforsten im Kreis Elbe-Elster sind großflächig so geschädigt, dass Schlimmes zu befürchten ist. Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer sind gefordert, befallenes Schadholz zu beseitigen, um die weitere Ausbreitung der Kalamitäten zu verhindern. Gleichzeitig fällt der Holzpreis durch das Überangebot in den Keller, die Auswirkungen auf die Betriebe sind unabsehbar.

Es ist unverkennbar: Die Forstwirtschaft befindet sich auch in Brandenburg infolge der Katastrophenjahre in einer akuten Krise, die die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer vor Fragen stellt: Wie bewältige ich die unmittelbaren Folgen? Wie bekomme ich geschädigtes Holz aus dem Wald? Wie erhalte ich meinen Wald? Wie verjüngt ich dort, wo es nötig ist? Und nicht zuletzt: Wie komme ich dabei wirtschaftlich über die Runden und wo bekomme ich Hilfe und Unterstützung?

Wir kennen aber auch die Klimaprognosen und wissen: Die aktuelle Krise kann zur Dauerkrise werden. Die Wetterkapriolen der letzten Jahre werden in absehbarer Zeit Normalzustand sein. Wir müssen den Wald und die Forstwirtschaft also zukunftsfähig aufstellen. Beides greift ineinander, akute Krisenbewältigung und längerfristige Strategien. Denn wie wir jetzt mit den geschädigten Flächen umgehen, bestimmt das Waldbild für die nächsten 100 Jahre.

Wir haben mit der Waldvision 2030 in Brandenburg ein Leitbild, das auf große Akzeptanz stößt und meiner Meinung nach auch

aus heutiger Sicht die Perspektive des Waldes richtig beschreibt. Als Hauptziel ist dort formuliert:

„Standortgerechte, naturnahe, klimaplastische und produktive Wälder werden erhalten, entwickelt und ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltig bewirtschaftet.“

Aber was heißt das im Einzelnen? Was muss man dafür tun? Wir nehmen dazu unterschiedliche Ansätze, Fragen und Meinungen zur Kenntnis. Hier nur ein paar Beispiele: Wie viel Waldumbau soll es denn sein und wie schnell soll er gehen? - Um die Wälder widerstandsfähig zu machen, so schnell wie möglich. Die Holzindustrie will aber auch künftig Nadelholz nutzen, vor allem Nadelholz.

Welche Rolle spielt Naturverjüngung? Welche Baumarten sollen gewählt werden? Sind trockenheitsresistente Bäume wie die Douglasien, die viel Grundwasser ziehen, Teil der Lösung oder Teil des Problems? Totholz im Wald - Gefahr oder Schutzmechanismus? Das Thema Verjüngung und Jagd: Wald vor Wild? Wild vor Wald? Wild und Wald? Was heißt das konkret? Wie holt man die Jägerinnen und Jäger ins Boot? Naturwald und Naturtotalreservate: Welche Rolle spielen sie in der modernen Forstwirtschaft?

Insektenkalamitäten: Sollten sie großflächig mit Chemie bekämpft werden oder stellen sie sogar eine Chance dar, den Waldumbau zu beschleunigen? Wie holen wir den kleinen Waldbesitzer mit ins Boot? Welche Unterstützung brauchen private und kommunale Waldbesitzer?

Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner hat ein Förderprogramm im Umfang von 800 Millionen Euro angekündigt, das von Bund und Ländern finanziert werden soll. In Brandenburg werden in den nächsten vier Jahren voraussichtlich jährlich 19 Millionen Euro Bundes- und Landesmittel zur Verfügung stehen. Damit sollen die Bewältigung der Schäden und die Klimaanpassung des Waldes gefördert werden. Nach welchen Kriterien - etwa auch regionalspezifischen Schwerpunkten - gefördert werden soll, konnte noch nicht gesagt werden.

Es gibt noch viele Fragezeichen, wie diese Mittel genau eingesetzt werden sollen. Wie wird sich Brandenburg da positionieren? Wie werden die konkreten Förderrichtlinien im Land ausgestaltet werden? Und schließlich: Welche Rolle soll bei all dem die Forstverwaltung spielen? Soll der Rückzug aus der Fläche bei der Betreuung von Waldeigentümerinnen und Waldeigentümern fortgesetzt werden? Ich glaube, dass es hier zu einem grundsätzlichen Umdenken kommen muss. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass es ohne eine hohe Dichte der Betreuung durch Förster im Wald nicht geht. Die Herausforderungen sind gewaltig, viele Konflikte liegen auf dem Tisch - und sie werden nur bewältigt werden können, wenn es zu einem guten Kommunikationsprozess kommt, der die unterschiedlichen Konzepte aufgreift, der eine transparente Abwägung ermöglicht und zu Lösungen kommt, die allgemein akzeptiert werden.

(Beifall der Abgeordneten Dannenberg und Walter [DIE LINKE])

Sonst drohen die Maßnahmen ins Leere zu laufen. Um ein Beispiel zu nennen: Die Mittel für den Waldumbau wurden in den letzten Jahren nicht ausgeschöpft. Offenbar gingen die Förderrichtlinien am Bedarf der Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer vorbei. Es muss also eine Kommunikation auf Augenhöhe organisiert werden. Dazu gehört, dass alle auf den gleichen Informationsstand gebracht werden, dass alle die Chance

erhalten, sich einzubringen. Als ersten Schritt dafür schlagen wir deshalb einen Waldgipfel vor, der die Interessengruppen zusammenführt, sowohl diejenigen, bei denen das wirtschaftliche Interesse im Vordergrund steht, als auch diejenigen, die sich besonders für die Schutzfunktion des Waldes interessieren, und natürlich die Wissenschaft. Dies ist eine gute Gelegenheit für die neue Landesregierung, ihre Vorstellungen zum zukünftigen Umgang mit dem Wald zu präsentieren, zur Diskussion zu stellen und Anforderungen aus den Interessengruppen aufzunehmen.

Natürlich lassen sich bei einem eintägigen Waldgipfel nicht alle Fragen lösen. Deshalb soll ein Mechanismus entwickelt werden, wie der Dialog auf breiter Basis fortgeführt werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Wald brennt - sinnbildlich gesprochen - die Luft. Damals, beim ersten Waldsterben vor 40 Jahren, ist die Rettung des Waldes tatsächlich gelungen. Man hat es geschafft, die Luftschatzstoffe rechtzeitig zu reduzieren. Auch jetzt müssen wir ganz schnell handeln, um akuten Schaden abzuwenden. Wir müssen langfristige Strategien verfolgen, und beides muss zusammenpassen und umsetzbar sein. Dafür muss das Know-how aller Beteiligten frühzeitig einbezogen werden. Der Waldgipfel ist, wie gesagt, ein Instrument dafür; der dann folgende Dialog aller Akteure ist aus Sicht der Linkenfraktion unabdingbar.

Wir freuen uns, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition, dass Sie einen Entschließungsantrag eingebracht haben. Er enthält aus unserer Sicht auch gute Punkte. Ich werde meiner Fraktion empfehlen, ihm zuzustimmen. Eine objektive Aufgabenanalyse für den Landesforstbetrieb und daraus abgeleitete Personalzielzahlen sind richtig und wichtig. Aber was bedeutet der Satz: „Die planmäßigen altersbedingten Personalrückgänge in den nächsten Jahren sind hierbei zu berücksichtigen [...]“? Altersbedingt ist nur das Ausscheiden der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber nicht die Personalzielzahl. Ziel sollte es doch sein, einen Einstellungskorridor überflüssig zu machen, weil ausscheidendes Personal einfach ersetzt wird.

Zweitens, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, weise ich auf einen Widerspruch hin, auf den Passus zum 10-ha-Erlass. Wenn Sie, wie im Antrag formuliert, die Wahlfreiheit für die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer aufrechterhalten wollen, Dienstleistungen vom Landesbetrieb Forst unabhängig von der Flächengröße in Anspruch zu nehmen, müssen Sie den Erlass aufheben und nicht überprüfen; denn der Erlass verbietet ja genau das für Flächen über 10 ha.

Drittens: Wir freuen uns, dass Sie einem Waldgipfel zustimmen. Unseren Antrag haben Sie damit aber nicht überflüssig gemacht; denn wir wollen den Waldgipfel ausdrücklich nicht als ein einmaliges Event organisiert wissen, sondern daraus soll ein Mechanismus der Zusammenarbeit mit den Interessengruppen abgeleitet werden. Ich schlage Ihnen deshalb vor: Sie stimmen unserem Antrag zu, wir stimmen Ihrem Antrag zu und alles ist gut.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Roick. Bitte schön.

Herr Abg. Roick (SPD):

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Zuschauer des Livestreams! Vielen Dank an die Linkenfraktion für diesen Antrag. Es freut mich, dass meine Berufsgruppe und der Wald ganz am Anfang der Legislaturperiode Thema im Landtag sind. Die letzte Sitzung vor Weihnachten war in der Vergangenheit oft nicht so erfreulich für die Förster, denn meist sind in der letzten Sitzung Reformen beschlossen worden, die einen weiteren Personalabbau zur Folge hatten - und das, während die Förster draußen Weihnachtsbäume verkauften. Zum Glück ist das heute nicht so, und ich denke, auch Ihr Antrag hat heute dazu beigetragen.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass zu wenig Förster und Waldarbeiter dem Wald und damit Brandenburg nicht guttun. Die ordnungsgemäße Beratung und Betreuung der Waldarbeiter auf über 60 % Privatwald können langfristig nicht mehr gesichert werden. Die Überwachung und Analyse von Forstschädlingen droht privatisiert zu werden. Die Waldbrandüberwachung und -vorbeugung werden Lücken aufweisen. Der so dringend notwendige Waldumbau wird ins Stocken geraten. Die Bereitstellung von ökologisch erzeugtem Holz wird gefährdet.

Die Douglasie ist übrigens eher Teil der Lösung, weil sie die geringen Niederschläge aufgrund ihrer großen Herzwurzel am besten überstehen kann. Das muss ich in diesem Zusammenhang einmal sagen. Wir haben in der Enquetekommission der vergangenen Legislaturperiode besonders dafür plädiert, die Douglasie als Ersatzpflanzung wieder zuzulassen.

Nicht zuletzt können Verwaltungsaufgaben nicht mehr in der notwendigen Qualität geleistet werden; der Landesrechnungshof hat davon berichtet. Ich will hier die Leistungen der Kolleginnen und Kollegen nicht schmälen. Sie leisten wertvolle Arbeit für saubere Luft, sauberen Boden, für unsere Natur, für Wasserhaltung der Landschaft, für die Bereitstellung von Rohholz oder für ökologisch erzeugtes Fleisch. Letzteres ist aufgrund der Afrikanischen Schweinepest derzeit nicht genug zu loben; auch hier leisten die Kollegen der Forstverwaltung ihren Beitrag.

Trotz verbesserter Technik können aber die Aufgaben nicht von zwei Personen erledigt werden, wenn es vorher zehn waren. Wir haben in den Koalitionsverhandlungen lange über das Thema Forst geredet, und das Thema hat auch viel stärker als sonst üblich Eingang in den Vertrag gefunden. Das freut mich. Der Vertrag sieht einige Aufgaben vor, die bis Ende 2020 erledigt werden sollen.

Wir haben viel vor - mehr als in Ihrem Antrag: Wir wollen einen Waldgipfel organisieren, um das Thema weiterhin präsent zu halten, einen Waldschutzplan erstellen, den Landeswald Brandenburg zum Klimawald entwickeln, eine Holzbauoffensive starten, um den klimafreundlichen Bau- und Rohstoff mehr nutzen zu können. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass wir die drei Funktionen - Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion - nicht gegeneinander ausspielen, sondern alle drei sind gleichermaßen wichtig. Wir wollen die Eigentümer von Klein- und Kleinst-Privatwaldflächen in ihrer Eigenständigkeit unterstützen und die Förderberatung verbessern. Die Waldbrandvorbeugung und Überwachung soll verbessert werden. Ganz wichtig: Die Landesforstverwaltung soll zukunftsorientiert aufgestellt werden, was auch bedeutet, dass wir in der Zukunft mehr Personal brauchen. Insofern ist Ihre Bemerkung, meine ich, obsolet, denn es soll darum gehen, wirklich mehr Personal einzustellen. Ob das finanziell relevant wird, darüber müssen wir noch sprechen.

Wir werden den Prozess jedenfalls aktiv begleiten - das ist an Herrn Minister Vogel gerichtet -, und ich bitte um Unterstützung für unseren Entschließungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Zu uns spricht nun Frau Abgeordnete Muxel für die AfD-Fraktion.

Frau Abg. Muxel (AfD):

Liebe Brandenburger! Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Bevor wir ins Thema einsteigen, erlauben Sie mir bitte eine kurze persönliche Bemerkung. Ich möchte mich bei den 297 484 Brandenburgern bedanken, die bei der letzten Landtagswahl die AfD gewählt haben; das ist fast ein Viertel der Wähler. Für mich ist das Auftrag und Verpflichtung zugleich.

Damit zum Thema: Die Linken fordern einen Waldgipfel für Brandenburg. Das hört sich vom Grundsatz her wie eine gute Idee an, wenn man an den Zustand unserer Brandenburger Wälder denkt. Jedoch sei mir die Frage erlaubt, warum die Linken diesen Antrag erst stellen, nachdem sie nicht mehr in der Regierungsverantwortung sind. Ist Ihnen vorher der Zustand der Brandenburger Wälder entgangen? Oder lag es gerade nicht im Trend?

(Domres [DIE LINKE]: Sie müssen sich erst einmal einlesen, was wir die letzten Jahre alles gemacht haben!)

Waldschutz und damit Natur- und Tierschutz sind nicht immer Themen für nette Schlagzeilen. Das ist eher Herzblut und jahrelange beharrliche Arbeit.

Zunächst zur Bestandsaufnahme: Wie sieht es aus in unseren Brandenburger Wäldern? Immer heftigere, immer längere und immer häufigere Waldbrände sowie lange Trockenperioden haben den heimischen Forsten in den vergangenen heißen Sommern zugesetzt. Bisher ungeahnter Schädlingsbefall ist kaum in den Griff zu bekommen; der Waldumbau stockt. Immer mehr Brandenburger Wälder werden von einer Kulturlandschaft in Industriegebiete umgebaut. Tiefe, breite Schneisen werden in unsere Wälder geschlagen, damit schweres Gerät die riesigen Fundamente für Windkraftanlagen schaffen kann. Das sind enorm große Betonblöcke - Hypotheken für die nächsten Generationen.

Wald wird für die Geldgier derer vernichtet, denen das Erneuerbare-Energien-Gesetz über den Erhalt der noch intakten Wälder geht. Ich frage Sie: Versteht das ein Bürger? Verstehen Sie das? Dass unsere Natur zerstört wird, um vermeintlich sauberen Strom zu gewinnen, dass die Natur, der Wald und der Lebensraum unserer heimischen Tierarten vernichtet wird – das kann niemand verstehen. Das ist nämlich nicht zu verstehen.

Deshalb geht gerade die AfD in ihrem Entschließungsantrag deutlich weiter. Auch die Regierungsparteien haben heute einen Entschließungsantrag für einen Waldgipfel - mit weiteren Forderungen - eingebracht. Wenn wir jetzt noch die Handlungsempfehlungen im Abschlussbericht der Enquetekommission zur Wertschöpfung in der Forstwirtschaft berücksichtigen, sind wir auf dem richtigen Weg.

Wir wollen aber nicht nur einen Waldgipfel, wir wollen den Waldgipfel oder - noch besser - die Waldgipfel zu einem festen Bestandteil der Ausschussarbeit machen. Der Landwirtschaftsausschuss ist hier gefordert, den Zustand des Waldes und ergriffene Maßnahmen in überschaubaren zeitlichen Abständen mit renommierten Sachverständigen zu diskutieren und die Arbeit des neuen Ministers und seines Ministeriums zu messen.

Die Bundesregierung hat die Bereitstellung von 800 Millionen Euro aus den Haushalten der EU, der Bundesregierung und der Länder angekündigt. Wie viel Geld davon für welche Aufgabe eingesetzt werden soll, ist noch nicht abschließend beschlossen worden.

In Brandenburg haben wir meist kleinteilige Strukturen von Waldeigentum. Die AfD will die breite Streuung des Waldeigentums in Brandenburg erhalten. Die Finanzierung der Projekte darf nicht durch übermäßige Bürokratie gefährdet werden. Außerdem müssen wir die Wertschöpfungskette der Holzwirtschaft im Auge behalten. Die Landesforstverwaltung muss weiterentwickelt werden; es muss eine bedarfsgerechte Aufstockung des Personalbestands erfolgen. Das Durchschnittsalter unserer Brandenburger Walddarbeiter beträgt zurzeit 54 Jahre. Das ist keine Basis, um den jetzigen und zukünftigen Herausforderungen gewachsen zu sein.

(Vereinzelt Beifall AfD)

Unser Brandenburger Wald ist Lebensquelle, Kulturgut und Wirtschaftsgut. Es ist an uns, ihm die Aufmerksamkeit und den Schutz zukommen zu lassen, die er verdient - nicht einmal, sondern immer. Den Wald nachhaltig umzubauen ist auch keine Entscheidung von Jahren, nicht einmal von Jahrzehnten. Wir sind unserer mitteleuropäischen Kulturlandschaft, dem Wohle unserer Bürger und damit dem Wohle des Waldes und der Forsten sowie auch dem Lebensraum Wald für unsere Wildtiere verpflichtet.

Ich bitte deshalb um Zustimmung zum Entschließungsantrag der AfD. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Jetzt erhält die CDU-Fraktion das Wort. Herr Abgeordneter Senftleben, bitte.

Herr Abg. Senftleben (CDU):

Herr Vizepräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute zu Recht dieses Thema auf der Tagesordnung. Daher an dieser Stelle herzlichen Dank für den allerersten Antrag der Linken, der aus unserer Sicht noch ein wenig mehr Ballast gebraucht hätte. Daher haben wir diesen mit unserem Entschließungsantrag auf den Weg gegeben.

Brandenburg hat eine grüne Lunge: Der Wald umfasst etwa ein Drittel unserer Landesfläche. Wie schon in den vorangegangenen Redebeiträgen gesagt, haben wir extreme Jahre für den Wald erlebt: intensive Trockenheit, hohe Temperaturen, Waldbrände, Schädlingsbefall - all das hat den Waldzustand verschlechtert. Wir werden nächste Woche, Herr Minister, im Waldzustandsbericht erfahren, was das mit dem Wald in die-

sem Jahr gemacht hat; das haben wir letzte Woche zum Teil auch schon im Ausschuss besprochen.

Was ich heute aber noch nicht gehört habe, ist eine Antwort auf die Frage, was es dem Waldbesitzer gebracht hat. Wir haben Hunderttausend Privatwaldbesitzer, haben Kommunen und das Land als Waldbesitzer. Wir haben mit sinkenden Erlösen und steigenden Aufwendungen zu kämpfen, was sich negativ auf die Investitionen in den dringend notwendigen Waldumbau, in die Wiederaufforstung bzw. auch den Walderhalt auswirkt. Klar ist: Es ist Zeit zu handeln, weil es eben auch Zeit braucht, Wald richtig aufzuforsten, Waldumbau zu betreiben und den Waldzustand nachhaltig zu verbessern. Deswegen ist es richtig, darüber auch auf einem Waldgipfel, und zwar regelmäßig und nicht als einmalige Show, öffentlich und mit allen Partnern, die wir für die Gestaltung eines widerstandsfähigen Waldes in Brandenburg brauchen, zu reden.

(Vereinzelt Beifall CDU und SPD sowie des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

Ich danke aber auch der Bundesregierung, danke Ministerin Klöckner, die mit ihrer Initiative und vielen Partnern dazu beige tragen hat, dass in den nächsten vier Jahren in ganz Deutschland mehrere Hundert Millionen Euro zur Verfügung stehen werden, um den Waldumbau zu ermöglichen. Brandenburg wird eine Reihe an Zuwendungen dafür erhalten. Genau deshalb haben wir im Koalitionsvertrag festgehalten, dass wir jeden Cent - auch jeden Sondercent - aus Berlin eins zu eins kofinanzieren wollen und müssen, damit das Geld nicht verschenkt wird, sondern da ankommt, wo es gebraucht wird, in dem Fall beim Wald in Brandenburg, meine Damen und Herren. Dafür werden wir als Koalition auch sorgen.

(Vereinzelt Beifall CDU und B90/GRÜNE)

Ich wiederhole: Wir haben Hunderttausend Privatwaldbesitzer. Sie bewirtschaften ungefähr drei Viertel der Waldfäche im Land Brandenburg. Das fehlende Viertel gehört quasi uns allen, ist nämlich Landeswald. Den bekommt man nicht zum Nulltarif. Daher ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass der Landesforst vernünftig aufgestellt ist. Manch einer erinnert sich an meine Redebeiträge aus der letzten Wahlperiode zu dem Thema - ich werde sie gern wiederholen. Aus unserer Sicht gilt: Ein Landesforst muss so aufgestellt sein, dass die Aufgaben, die wir als Politik definieren, auch umgesetzt werden können, und dies nicht als Showveranstaltung verstanden wird. Wir werden alles dafür tun, auch mithilfe der Kollegen von der Linkspartei, und eine tiefgehende Analyse durchführen lassen und anschließend festlegen, welches Personal wir für welche Aufgaben benötigen. Die auch mit Ihnen beschlossene Personalzielzahl von 1 150 Stellen wird dafür definitiv nicht ausreichen. Das werden wir so auch nicht akzeptieren. Wir brauchen mehr Forstmitarbeiter in Brandenburg und werden sie auch einstellen, meine Damen und Herren. Darauf können sich alle verlassen.

(Beifall CDU, SPD, B90/GRÜNE sowie vereinzelt DIE LINKE)

Ich bin auch froh, dass wir als Koalition es geschafft haben, einen gemeinsamen Entschließungsantrag zu stellen.

(Domres [DIE LINKE]: Wir auch!)

- Ja, das glaube ich Ihnen. Der Anlass dazu war ja auch gegeben. Das ist auch alles in einer vernünftigen Reihenfolge geschehen; ich glaube, beim Thema Wald gibt es hier im Haus nicht so viele Ideologen wie bei anderen Politikbereichen. Auf jeden Fall sind wir Fachleute uns bei den Themen Wald und Landesforstbetrieb einig. Ich weise auch deshalb darauf hin, weil wir mit dem Landesforstbetrieb nicht nur unseren Wald vernünftig bewirtschaften wollen, sondern auch Dienstleister für die Hunderttausend Privatwaldbesitzer, die auch mit wenigen Hektar etwas Gutes leisten wollen, und für die Kommunen sind. Auch für sie müssen wir einen vernünftigen Beitrag leisten. Deswegen bitte ich um Zustimmung auf breiter Ebene am heutigen Tag für unseren Entschließungsantrag und auch für breite Zustimmung dafür, dass wir Brandenburg zum Waldland machen wollen. Auch der Wald ist ein Gewinnerthema für unser Land, das die Brandenburger in dieser Form auch gern sehen möchten. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall CDU und SPD sowie vereinzelt B90/GRÜNE und DIE LINKE)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Als Nächste spricht die Abgeordnete Wernicke für die BVB / FREIE WÄHLER Fraktion zu uns. Bitte schön.

Frau Abg. Wernicke (BVB/FW):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielleicht geht es Ihnen wie mir: Mir erschließt sich die Funktionalität des Antrags nicht wirklich. - Der Waldgipfel soll nach Meinung der Antragsteller Bilanz über die aktuelle Situation des Waldes ziehen, und die Landesregierung soll ihre Vorstellung von der Bewältigung der Herausforderung nennen. Diese Bilanz gibt es aber schon. Der Bericht zur Lage und Entwicklung der Forstwirtschaft 2016 - 2018 liegt allen Fraktionen vor.

Waldbesitzer, Holzindustrie, Jagd, Umwelt- und Naturschutz sowie Wissenschaft und Forstverbände sollen - so erklären die Antragsteller - ihr Anliegen auf einen einheitlichen Wissenstand bringen und Gelegenheit haben, ihre Positionen zu präsentieren, sodass dann ein Verfahren festgelegt werden kann, wie die Themen unter Berücksichtigung der verschiedenen Interessen und unter Beteiligung von Experten bearbeitet werden können. Ferner soll - so der Antrag - auch die Verwendung der angekündigten Bundesfördermittel zur Bewältigung der Schäden thematisiert werden. Hier wird deutlich, was diesem Antrag völlig fehlt, nämlich Zielsetzungen, die eine konkrete Umsetzung nach sich ziehen. Was wir wirklich brauchen, sind zielführende Entscheidungen; so weit geht dieser Antrag aber nicht.

Unser Wald hat eine besondere Bedeutung für die Menschen und erbringt zudem wichtige Leistungen für den Klimaschutz und das Gemeinwohl. Ziel muss es sein, für eine nachhaltige Forstpolitik und Bewirtschaftung zu sorgen, um Funktionen und Leistungen der Wälder zu sichern, so, wie es auch im Bundeswaldgesetz verankert ist.

Die sich immer stärker verändernden klimatischen Bedingungen erfordern eine schnellere Realisierung des Waldumbaus. Der Ersatz von Nadelwäldern durch Laubmischwälder ist aber problematisch, da nicht alle Standorte für Laubbäume geeignet sind. Schnell wird der Waldumbau also nicht gehen. Sinnvoll ist daher, die Fördermittel dorthin zu geben, wo ein Waldumbau stattfindet, wo ein neuer Mischwald oder ein gemischter Wald aus alten und neuen Beständen entsteht.

Im Zeitraum 2016 bis 2018 wurde der Umbau von nur 1 500 ha Wald gefördert; es hätten weit mehr sein müssen. Zum einen ist der bürokratische Aufwand des Antrags- und Auszahlungsverfahrens hoch, zum anderen sind Bäume Kapital. Insoweit dürfte der zu erwartende Profit eine Rolle dabei spielen, ob ein Wald nur beerntet oder aber umgebaut wird. Es kann nicht sein, dass Waldbesitzer Profit aus ihren Wäldern schlagen und dann nach staatlicher Hilfe rufen, wenn wiederaufgeforstet werden muss. Wer erntet, muss auch nachsäen.

(Beifall BVB/FW)

Die Ernte bei Nadelgehölzen beginnt nach etwa 30 Jahren, bei Laubbäumen erst nach 100 Jahren. In den erarbeiteten Bilanzen wird eine natürliche Verjüngung eingerechnet. Nur: Was wirklich nachgepflanzt wurde und tatsächlich auch angewachsen ist, wird unzureichend kontrolliert. Wie soll das auch funktionieren - haben doch die wechselnden Landesumweltminister in den letzten Jahrzehnten die Stellen in den Landesforsten von 5 000 auf 1 600 Angestellte reduziert! Nun fehlt das Personal, um die Herausforderung zu bewältigen.

(Beifall BVB/FW sowie vereinzelt AfD)

Im eben schon erwähnten Bericht zur Lage und Entwicklung der Forstwirtschaft in Brandenburg 2016 - 2018 wird umfangreich Auskunft über die Lage und Entwicklung der Forstwirtschaft sowie über die damit verbundenen Förderungen und erforderlichen Maßnahmen gegeben. Dort ist nachzulesen, dass die Waldumbaumbemühungen erste Erfolge zeitigen, die Kontrollen gezielter erfolgen und der vorbeugende Waldbrandschutz stärker in den Fokus gerückt wurde. Es ist aber auch herauszulesen, dass da noch sehr, sehr viel Luft nach oben ist. Letztlich sind das aber erfreuliche Entwicklungen, die es gemeinsam mit allen genannten Beteiligten auszubauen gilt.

Aber nicht Reden bringt uns jetzt voran, sondern Handeln. Die Auswertung des Berichts mit der Maßgabe, die weitere nachhaltige Forstwirtschaft zu fördern und geeignete Maßnahmen hierfür zu ergreifen, sollte Thema eines Waldgipfels sein. Wir sind für einen Waldgipfel, können aber dem Antrag, wie er uns hier und heute - ohne konkretes Ziel - vorliegt, nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall BVB/FW)

Vizepräsident Galau:

Vielen Dank. - Als Nächste spricht die Abgeordnete Hiekel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu uns. Bitte schön.

Frau Abg. Hiekel (B90/GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich an meinem Arbeitsplatz zu Hause aus dem Fenster schaue, sehe ich den Brandenburger Wald, besser gesagt: den typischen märkischen Kiefernforst mit seinem gleichförmigen Altersaufbau und den monotonen Strukturen. Ich wohne am Rand der 25 000 ha großen Lieberoser Heide und habe in den vergangenen beiden Sommern mit großer Sorge die hohen Rauchwolken über der Heide beobachtet, den Brandgeruch in der Nase gehabt und die Löschhubschrauber kreisen sehen.

Ich habe in meinem Leben vor dem Einzug in den Landtag Pegel in diesem Gebiet setzen lassen und den Abwärtstrend der Grundwasserstände dokumentiert, der nur durch die extrem regenreichen Jahre 2010 und 2011 unterbrochen wurde.

Ich habe auf meinen Wegen durch die Heide immer öfter Umwege fahren müssen, weil wieder einmal ein starker Sturm starke Bäume über die Wege gelegt hat.

Aber genug von meinen persönlichen Beobachtungen. Wir alle hier in Brandenburg dürften auf den Waldzustandsbericht am 18.12. gespannt sein. Es ist bereits bekannt, dass der Brandenburger Wald seit Bestehen unseres Bundeslandes noch nie in einem so schlechten Zustand war wie jetzt - der Klimawandel lässt grüßen. Und das ist erst der Anfang. Nicht Windräder bedrohen unsere Wälder, Frau Muxel, sondern wir müssen davon ausgehen, dass sich die Wetterextreme verstärken, dass Trockenheit und lokale Platzregen, aber auch Stürme an Intensität zunehmen. Dafür müssen wir unseren Wald fit machen.

Angesichts der wichtigen Funktionen unseres Waldes für das lokale Klima, den Wasserhaushalt, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen, aber auch als Erholungsraum für die Menschen und nicht zuletzt aus waldwirtschaftlichen Gründen müssen wir zur Erhaltung und zukunftsorientierten Entwicklung der Wälder im Land Brandenburg neue Wege gehen. Ein Waldgipfel, wie ihn DIE LINKE in ihrem Antrag gefordert hat, kann hierbei einen ersten Auftakt für einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs zur Entwicklung einer klimaangepassten Waldwirtschaft bilden. Aber reicht das aus, angesichts der aktuellen Schäden und der Probleme, die auf uns zukommen? Nein, das reicht nicht, und deshalb lehnen wir Ihren Antrag, liebe Kollegen von den Linken, auch ab. Es ist uns einfach zu wenig. Und wir lehnen auch den Antrag der AfD ab; auch der ist uns zu wenig.

Die Weichen, die wir heute in der Waldwirtschaft stellen, müssen langfristige Strategien beinhalten, aber es bedarf auch kurzfristiger, längst überfälliger Maßnahmen für die Entwicklung der Wälder. Für die Entwicklung langfristiger Strategien soll der Waldgipfel im ersten Halbjahr 2020 den Auftakt bilden, und natürlich soll ein Dialog mit allen Beteiligten folgen - das ist völlig klar. Er soll sich neben der Schadensbeseitigung, Wiederbewaldung und Waldbrandvorsorge vor allem mit den Fragen des Waldumbaus hin zu klimaresilienten Wäldern beschäftigen und damit auch eine Grundlage dafür bilden, den Landeswald Brandenburg entsprechend unserem Koalitionsvertrag zu einem Klimawald zu entwickeln.

Hinsichtlich der kurzfristigen Aufgaben ist unstrittig, dass die vom Bund bereitgestellten finanziellen Sondermittel zur Beseitigung und Bewältigung von Waldschäden vollständig kofinanziert werden sollen. Dazu müssen zügig entsprechende Förderrichtlinien des Landes überprüft und modifiziert werden. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung im Entschließungsantrag der Koalition zu weiteren kurzfristigen Maßnahmen auf, die ich hier nicht weiter erläutern möchte - Wolfgang Roick hat das bereits ausführlich getan.

Für alle kurzfristigen Aufgaben und besonders für die Umsetzung der langfristigen Strategien ist es jedoch erforderlich, dass der Landesbetrieb Forst zukunftsorientiert aufgestellt wird. Deshalb fordern wir die Landesregierung auch auf, den Landesbetrieb einer objektiven Aufgabenanalyse zu unterziehen und bis Ende 2020 zu evaluieren. Dabei sind vor allem die zusätzlichen Aufgaben durch den Klimawandel zu berücksichtigen. In diesem Sinne bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD und CDU)

Vizepräsident Galau:

Als Nächster spricht Herr Minister Vogel für die Landesregierung. Bitte schön.

Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz Vogel:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich schließe mich ausdrücklich dem Dank von Herrn Roick an die Fraktion DIE LINKE an, dass sie, nachdem sie das Thema schon in der konstituierenden Sitzung des Umweltausschusses zur Sprache gebracht hat, jetzt auch das Plenum des Landtags dazu nutzt, auf ein wichtiges Thema aufmerksam zu machen.

Herr Domres hat, genauso wie der Antrag, die Situation im Grundsatz schon richtig beschrieben - mit einer kleinen Einschränkung: Soweit sie sich auf Klimaanpassungsmaßnahmen im Wald konzentrieren. Was aber sehr wichtig ist und auch im Antrag der Koalitionsfraktionen aufscheint, ist, dass Klimapolitik immer zwei Seiten hat: Die eine ist die Begrenzung des Ausstoßes von Treibhausgasen, und die andere ist die Anpassung an den Klimawandel. Was häufig übersehen wird, ist, dass unser Wald in Deutschland die größte CO₂-Senke darstellt. Diese Funktion kann der Wald aber nur so lange erfüllen, wie er wächst. In dem Moment, wo er flächendeckend abgängig ist, wird er diese Funktion verlieren. Daher spielen Klimaanpassung und Begrenzung des Ausstoßes von Treibhausgasen zusammen.

Ich freue mich, dass die Initiative der Linken von den Koalitionsfraktionen aufgegriffen wurde - ich nenne namentlich Herrn Roick, Frau Hiekel und Herrn Senftleben - und im Ergebnis ein Entschließungsantrag zustande gekommen ist, der einen detaillierten Auftrag an die Landesregierung, in dem Fall an das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz, zur strategischen Ausrichtung der Forstpolitik formuliert.

(Beifall des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

Ein paar Stichpunkte dazu: Dieser Antrag ist eine Tour d'Horizon durch die Brandenburger Forstpolitik. Da geht es um Klimaanpassungsstrategien, Forststrukturen, forstliche Ausbildung, forstliche Forschung, Bewirtschaftungsfragen, Finanzierung.

An der Stelle eine Erläuterung: Von den 800 Millionen Euro, die die AfD ausfindig gemacht hat, haben wir noch nicht gehört. Wir sind immer noch auf dem Stand, dass wir ungefähr 600 Millionen Euro zur Verfügung haben werden - für ganz Deutschland -, aber wir wissen gegenwärtig noch nicht, wie die Mittel aus dem Forstprogramm des Bundes, die über die GAK ausgereicht werden, verteilt werden. Wenn es allein nach dem Anteil des Forstes an der Gesamtfläche Deutschlands ginge, würden wir ungefähr 9,5 bis 9,7 % der Mittel erhalten. Aber wir haben hier eine besondere Situation, denn eigentlich muss berücksichtigt werden, wer besonders betroffen ist.

Ich habe im Vorfeld der Landtagswahlen einmal eine interessante Karte gesehen. Es ging um Ost-West-Gegensätze, und einer meiner Mitarbeiter hatte herausgefunden, dass man die alte Grenze zwischen Ost und West auch auf meteorologischen Karten sehen kann. Mit Ausnahme des Erzgebirges und eines Teils des Harzes ist die alte Ost-West-Grenze auch eine Grenze in puncto Niederschläge. Wir hatten hier 2017, 2018 und 2019 - das ist auch angesprochen worden - extrem kleine Nieder-

schlagsmengen, und das ist das Problem, das dazu führt, dass wir im Land Brandenburg flächendeckend gigantische Schadensbilder zu verzeichnen haben. Darüber werde ich demnächst bei der Vorstellung des Waldzustandsberichts berichten.

Im Antrag der Koalitionsfraktionen sind auch die Besitzstrukturen angesprochen worden, das Monitoring, der Personalbedarf und der Einstellungskorridor. Mit dem Einstellungskorridor ist es nicht so einfach. Da geht es nicht nur darum, dass ausscheidende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ersetzt werden, sondern wir müssen in einem Einstellungskorridor gegenwärtig eigentlich mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen, weil in den nächsten Jahren wesentlich mehr ausscheiden, als an den forstlichen Ausbildungsstätten ausgebildet werden.

Der 10-ha-Erlass ist angesprochen worden. Dazu sage ich Ihnen jetzt schon - Herr Domres, Sie haben dazu eine mündliche Anfrage gestellt -, dass wir in diesem Jahr eine Entscheidung dazu treffen werden.

(Domres [DIE LINKE]: In diesem Jahr?)

- In diesem Jahr werde ich dazu eine Entscheidung treffen.

Die Entscheidung muss in diesem Jahr getroffen werden, weil Kündigungen zum 31.12. dieses Jahres ausgesprochen wurden. Wenn wir wollen, dass weiterhin eine Anschlussbeschäftigung, eine Anschlussbewirtschaftung gegeben ist, muss dieses Jahr noch eine Entscheidung getroffen werden. Das werden wir in der nächsten Woche abschließend bei mir im Haus klären.

(Beifall des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

Ich will jetzt nicht auf die Details eingehen. Ich sage nur: Den Waldgipfel halte ich für absolut richtig und für erforderlich. Ich finde es auch sehr gut, dass er in beiden Anträgen auftaucht. Ich sage aber auch: Zu Beginn des nächsten Jahres, das wäre ein Schnellschuss. Das bringt uns überhaupt nichts, abgesehen davon, dass das gesamte Ministerium mit der Internationalen Grünen Woche im Januar ausgelastet ist. Lieber gut vorbereitet sein, lieber tatsächlich alle an einen Tisch bekommen und einen Termin finden. Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Koalitionsfraktionen das erste Halbjahr 2020 hierfür als Ziel setzen. Das können wir erfüllen, und ich glaube, das wird der Auftakt zu einer intensiven Beratung sein. Ich bedanke mich auch ausdrücklich bei Herrn Roick für die Ankündigung, dass der Landtag und die Landtagsfraktionen mich dabei eng begleiten und - ich hoffe - unterstützen werden.

Ihnen danke ich für die Aufmerksamkeit. Ich bitte Sie vor allen Dingen, dem gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen, der wirklich hervorragend ist, zuzustimmen. Herr Domres hat das schon angekündigt, und vielleicht können auch noch andere diesem Antrag zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Heiterkeit und Beifall B90/GRÜNE, SPD, CDU sowie des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

Vizepräsident Galau:

Ich frage die einreichende Fraktion, ob sie die Restredezeit nutzen möchte. - Da das nicht der Fall ist, sind wir am Ende der Aussprache und kommen zur Abstimmung.

Die AfD-Fraktion beantragt die Überweisung des Antrags „Für den Wald der Zukunft: Brandenburger Waldgipfel einberufen“ der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/147 an den Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz. Wer stimmt der Überweisung zu? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache, über den Antrag „Für den Wald der Zukunft: Brandenburger Waldgipfel einberufen“ der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/147. Wer stimmt dem Antrag zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen über den Entschließungsantrag „Brandenburg schützt seine Wälder und unterstützt die Waldeigentümer“ der AfD-Fraktion auf Drucksache 7/314 ab. Wer stimmt dem Antrag zu? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Entschließungsantrag „Forstwirtschaft bei Klimaanpassung unterstützen - Waldschäden beseitigen - Landesbetrieb Forst zukunftsfest aufstellen“ der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 7/324. Wer stimmt dem Antrag zu? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei vielen Enthaltungen ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 9 und rufe Tagesordnungspunkt 10 auf.

TOP 10: Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums

Antrag mit Wahlvorschlag
der SPD-Fraktion

Drucksache 7/278

Nachdem die bisherigen Präsidiumsmitglieder, Herr Abgeordneter Mike Bischoff und Herr Abgeordneter Björn Lüttmann, den Verzicht auf ihre Mitgliedschaft im Präsidium erklärt haben, schlägt die SPD-Fraktion nunmehr die Herren Abgeordneten Erik Stohn und Daniel Keller als Mitglieder des Präsidiums vor. Entsprechend einer interfraktionellen Verständigung erfolgen die beiden Wahlen offen und ohne Aussprache. Gibt es dazu Anmerkungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung, und zwar erstens über den Antrag auf Drucksache 7/278 der SPD-Fraktion, Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums, hier Wahlvorschlag Erik Stohn. Ich darf Sie fragen, wer diesem Wahlvorschlag folgt. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich angenommen und Herr Erik Stohn als Mitglied des Präsidiums gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

(Stohn [SPD]: Ja!)

Gut.

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE und DIE LINKE)

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag auf Drucksache 7/278 der SPD-Fraktion, Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums, hier Wahlvorschlag Daniel Keller. Wer stimmt diesem Wahlvorschlag zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dem Wahlvorschlag einstimmig gefolgt worden und

Herr Daniel Keller zum Mitglied des Präsidiums gewählt. Herr Keller, nehmen Sie die Wahl an?

(Keller [SPD]: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE und DIE LINKE)

Ich schließe Tagesordnungspunkt 10. Bevor ich Sie in den Feierabend entlasse, weise ich darauf hin, dass wir heute im Anschluss an die Plenarsitzung in der Landtagskantine einen Parlamentarischen Abend der Johanniter Unfallhilfe haben. Ich lade Sie recht herzlich ein, daran teilzunehmen.

Ein Hinweis zum Schluss: Die morgige Landtagssitzung beginnt bereits um 9 Uhr.

Damit schließe ich die Sitzung. Ihnen allen einen schönen Abend!

Ende der Sitzung: 19.24 Uhr

Anlagen

Gefasste Beschlüsse

Für den Wald der Zukunft: Brandenburger Waldgipfel einberufen

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 4. Sitzung am 11. Dezember 2019 zum TOP 9 folgenden Beschluss gefasst:

„Forstwirtschaft bei Klimaanpassung unterstützen - Waldschäden beseitigen - Landesbetrieb Forst zukunftsorientiert aufstellen

Der Landtag stellt fest:

Rund 37 Prozent der Landesfläche Brandenburgs ist mit Wald bestockt. Circa drei Viertel der Waldfläche wird von Privatwaldbesitzern bewirtschaftet und der Landesbetrieb Forst bewirtschaftet als größter Waldbesitzer insgesamt 273 000 Hektar, welche im öffentlichen Eigentum des Landes Brandenburg stehen. Die vergangenen Jahre - insbesondere seit 2017 - waren gekennzeichnet von Sturm- und Dürreereignissen, großem Hitestress, zahlreichen und mitunter großflächigen Waldbränden und der zum Teil massiven Ausbreitung von Forstsäädlingen und damit verbundener Insektenkalamitäten. Die Folgen stellen aufgrund des hohen Anteils an Schadholz, geringer Marktlerlöse und geschädigter Bestände nicht nur die Waldbesitzenden vor enorme wirtschaftliche Herausforderungen. Die Erholungs- und Schutzfunktion des Ökosystems Wald wird überdies beeinträchtigt.

Der Erhalt und die Anpassung des Waldes an den Klimawandel sind insofern von enormer Bedeutung, als dass Wälder zu den bedeutenden Kohlendioxidensenken zählen und sie darüber hinaus wichtige Ökosystemdienstleistungen erfüllen. Wälder sind Sauerstoffproduzent, filtern Luft und Wasser, sind Wasserspeicher, bieten Lebensraum für Wild und wildlebende Arten, wirken der Bodenerosionen entgegen und bilden einen Temperaturpuffer. Der Entwicklung eines klimastabilen, multifunktionalen Waldes kommt vor diesem Hintergrund eine immer größere Bedeutung zu.

Der Umbau von reinen Nadelholzbeständen zu gemischten und standortangepassten Nadel-Laub-Wäldern trägt maßgeblich zur Risikominimierung bei. Deshalb bleibt der Waldumbau durch Nachpflanzungen und Naturverjüngung weiterhin eine wichtige Generationenaufgabe, bei der die Privat- und Kommunalwaldbesitzer intensiv durch das Land unterstützt werden müssen. Zudem unterstützt der Bund die deutsche Forstwirtschaft in den kommenden vier Jahren mit ca. 500 Mio. Euro zur Bewältigung der durch Dürre und Schädlingsbefall geschädigten Waldflächen. Diese Mittel sind durch die Länder zu kofinanzieren. Außerdem sind der Waldschutz und die Waldbrandvorsorge weiterhin zu verbessern, um den Wald in Brandenburg zu schützen und die Waldbesitzenden zu unterstützen. Dafür bedarf es einer strategischen Neuausrichtung in der Forstpolitik, die einerseits die Waldbesitzenden auf diesem Weg mitnimmt und sie bei den anstehenden Aufgaben unterstützt. Außerdem muss der Brandenburger Wald in Zukunft zu einem resistenten Klimawald unter Wahrung der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion nachhaltig entwickelt werden.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, folgende Maßnahmen umzusetzen:

- im 1. Halbjahr 2020 einen öffentlichen Waldgipfel Brandenburg durchzuführen, um gemeinsam mit Vertretern von Forstverbänden, der Kommunen, Vertretern der Holzindustrie, der Jagd und von Umweltverbänden sowie der forstlichen Forschungsinstitutionen und dem Landesbetrieb Forst Brandenburg (LFB) notwendige Maßnahmen hinsichtlich der Beseitigung der Waldschäden, der Wiederaufforstung, der Verbesserung der Waldbrandvorsorge, des Waldumbaus hin zu gemischten und standortangepassten sowie klimaresilienten Wäldern zu beraten und geeignete Strategien zu entwickeln,
- im Vorfeld des Waldgipfels zum neu erarbeiteten Waldschutzplan des Landes Brandenburg eine Verbändebeteiligung durchzuführen und die Ergebnisse entsprechend zu berücksichtigen.
- die vom Bund bereitgestellten finanziellen Sondermittel zur Beseitigung und Bewältigung von Waldschäden vollständig zu kofinanzieren und entsprechende Förderrichtlinien des Landes mit dem Ziel zu überprüfen, den Bürokratieaufwand für die antragstellenden Waldbesitzenden spürbar zu verringern sowie eine Modifizierung des bisherigen Erstattungsprinzips bei der Förderung der Waldbesitzenden hin zu einem Vorauszahlungsprinzip mit Zuschüssen vor Maßnahmenbeginn zu prüfen,
- den Landeswald Brandenburg zum Klimawald zu entwickeln.
- den Landesbetrieb Forst Brandenburg (LFB) zukunftsorientiert aufzustellen. Hierzu wird die Landesregierung aufgefordert, den LFB auf der Grundlage einer objektiven Aufgabenanalyse, welche außerdem zusätzliche Aufgaben durch den Klimawandel berücksichtigt, bis Ende 2020 zu evaluieren, die Forstgewerkschaften dabei einzubeziehen und anschließend seine Struktur und eine angemessene Personalzielzahl in einem mittelfristigen sowie demografiefesten Personalentwicklungskonzept neu festzulegen. Die planmäßigen altersbedingten Personalrückgänge in den nächsten Jahren sind hierbei zu berücksichtigen und ein verlässlicher Einstellungskorridor insbesondere für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Dienst sowie für Absolventinnen und Absolventen der Waldarbeitsschule Kunerspring ist vorzusehen.
- den „Erlass Dienstleistungen nach § 28 LWaldG Brandenburg“ entsprechend der Empfehlungen der EK 6/1 zu überprüfen, um die Entscheidungsfreiheit aller Eigentümer und Eigentümerinnen von Privat- und Körperschaftswald in Bezug auf entgeltpflichtige Dienstleistungen unabhängig von der Größe des Flächenbesitzes sowohl in forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen als auch für nicht in Zusammenschlüssen Organisierten zu gewährleisten,
- ein Konzept zur Intensivierung der praxisnahen forstlichen Forschung bis Ende 2020 zu erarbeiten und dem für Forst zuständigen Ausschuss des Landtages Brandenburg rechtzeitig vorzulegen,
- zur Steigerung der regionalen Wertschöpfung und zur Bindung von Kohlendioxid wird eine Holzbaufigkeit gestartet und bei der nächsten Novellierung der Brandenburgischen Bauordnung das Bauen mit dem klimafreundlichen Material Holz erleichtert,

- den Kleinst- und Kleinwaldbesitz in Brandenburg intensiver zu unterstützen, indem forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse (FwZ) in ihrer Eigenständigkeit unterstützt und weiterentwickelt werden. In diesem Zusammenhang soll eine Unterstützung zur Einrichtung von Förderberatungen in Forstbetriebsgemeinschaften sowie Möglichkeiten zur Durchführung von Fachveranstaltungen in Kooperation mit geeigneten Partnern zum gesamten Themenspektrum der Branche geprüft werden.
- das Monitoring in Verantwortung der zuständigen forstlichen Behörden und privaten Waldbesitzenden zur Verbesserung der Überwachungs- und Reaktionsmöglichkeit bei waldschutzrelevanten Entwicklungen im Gesamtwald zu intensivieren,
- vor dem Hintergrund der Anforderungen an den Klimawandel und der Notwendigkeit des Waldumbaus in Richtung standortangepasster und klimaresilienter Baumarten die Verfügbarkeit des forstlichen Vermehrungsgutes zu verbessern, indem die durch das Landeskoppenzentrum Forst Eberswalde (LFE) identifizierten Genressourcen im Sinne der Verbesserung der Biodiversität in Zukunft waldbaulich stärker nutzbar gemacht werden,
- zur Waldbrandvorbeugung die Anzahl an Löschwasserentnahmestellen und von Brand- und Katastrophenwegen zu erhöhen sowie ihre Befahrbarkeit zu verbessern. In Schutzgebieten sind die naturschutzfachlichen Anforderungen zu beachten. Für die Munitionsberäumung im Vorfeld präventiver Waldbrandschutzmaßnahmen soll der Bund aufgefordert werden, ein geeignetes Förderprogramm aufzulegen.

Begründung:

Der Erhalt des Waldes mit seiner wichtigen Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion ist ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen. Die durch abiotische und biotische Faktoren hervorgerufenen Schäden in den Wäldern bedürfen zielgerichteter Handlungen und sachgerechter Unterstützungen der Waldbesitzenden. Gleichzeitig ist es dringend notwendig, den Waldumbau vor dem Hintergrund des menschengemachten Klimawandels zielführend voranzutreiben, um die im privaten und öffentlichen Besitz befindlichen Wälder zukunftsfähig und nachhaltig zu entwickeln.

Neben einem Landeswaldgipfel, auf dem öffentlich mit den Beteiligten über geeignete Maßnahmen beraten und Strategien entwickelt werden sollen, bedarf es einer engagierten Unterstützung der Waldbesitzenden in Brandenburg sowie einer leistungsfähigen Forstverwaltung des Landes Brandenburg, die mit dem Landesbetrieb Forst Brandenburg zukunftsorientiert aufgestellt ist.”

Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 4. Sitzung am 11. Dezember 2019 zum TOP 10 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag wählt für die SPD-Fraktion die Herren Abgeordneten Erik Stohn und Daniel Keller als weitere Mitglieder des Präsidiums.“

Ergebnisse der Namentlichen Abstimmungen

Zu TOP 4:

Namentliche Abstimmung zu:

- „Das Haus brennt - und Sie sperren die Feuerwehr aus!“ - Zivilgesellschaftliches Engagement muss in Brandenburg und Deutschland gemeinnützig sein! - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drucksache 7/266 vom 03.12.2019

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Frau Abg. Block (DIE LINKE)
 Herr Abg. Büttner (DIE LINKE)
 Frau Abg. Dannenberg (DIE LINKE)
 Herr Abg. Domres (DIE LINKE)
 Frau Abg. Fortunato (DIE LINKE)
 Herr Abg. Görke (DIE LINKE)
 Frau Abg. Johlige (DIE LINKE)
 Herr Abg. Kretschmer (DIE LINKE)
 Frau Abg. Vandré (DIE LINKE)
 Herr Abg. Walter (DIE LINKE)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Herr Abg. Adler (SPD)
 Frau Abg. Augustin (CDU)
 Herr Abg. Baier (SPD)
 Herr Abg. Barthel (SPD)
 Frau Abg. Barthel (AfD)
 Herr Abg. Dr. Berndt (AfD)
 Frau Abg. Bessin (AfD)
 Herr Abg. Bischoff (SPD)
 Herr Abg. Bommert (CDU)
 Herr Abg. Bretz (CDU)
 Herr Abg. Brüning (CDU)
 Frau Abg. Budke (B90/GRÜNE)
 Frau Abg. Damus (B90/GRÜNE)
 Herr Abg. Drenske (AfD)
 Frau Abg. Duggen (AfD)
 Herr Abg. Eichelbaum (CDU)
 Frau Abg. Fischer (SPD)
 Herr Abg. Funke (SPD)
 Herr Abg. Galau (AfD)
 Herr Abg. von Gifycki (B90/GRÜNE)
 Frau Abg. Gossmann-Reetz (SPD)
 Herr Abg. Hanko (AfD)
 Frau Abg. Hiekel (B90/GRÜNE)
 Herr Abg. Hoffmann (CDU)
 Herr Abg. Hooge (AfD)
 Herr Abg. Hüniß (AfD)
 Herr Abg. Kalbitz (AfD)
 Herr Abg. Keller (SPD)
 Herr Abg. Klemp (B90/GRÜNE)
 Frau Abg. Kniestedt (B90/GRÜNE)
 Frau Abg. Kronmesser (SPD)
 Herr Abg. Kubitzki (AfD)
 Herr Abg. Lakenmacher (CDU)
 Frau Abg. Lange (SPD)
 Frau Abg. Dr. Ludwig (CDU)
 Herr Abg. Freiherr von Lützow (AfD)
 Herr Abg. Lux (SPD)
 Herr Abg. Möller (AfD)
 Herr Abg. Münschke (AfD)
 Frau Abg. Muxel (AfD)
 Herr Abg. Noack (SPD)
 Herr Abg. Nothing (AfD)
 Herr Abg. Pohle (SPD)

Frau Abg. Poschmann (SPD)
 Herr Abg. Raschke (B90/GRÜNE)
 Herr Abg. Dr. Redmann (CDU)
 Frau Abg. Richstein (CDU)
 Herr Abg. Roick (SPD)
 Herr Abg. Rostock (B90/GRÜNE)
 Herr Abg. Rüter (SPD)
 Frau Abg. Schäffer (B90/GRÜNE)
 Herr Abg. Schaller (CDU)
 Herr Abg. Scheetz (SPD)
 Frau Abg. Schier (CDU)
 Herr Abg. Prof. Dr. Schierack (CDU)
 Herr Abg. Schieske (AfD)
 Herr Abg. Senftleben (CDU)
 Frau Abg. Spring-Räumschüssel (AfD)
 Herr Abg. Stohn (SPD)
 Herr Abg. Teichner (AfD)
 Herr Abg. Vogel (B90/GRÜNE)
 Herr Abg. Vogelsänger (SPD)
 Frau Abg. Walter-Mundt (CDU)
 Herr Abg. Wernitz (SPD)

Folgende Abgeordnete enthielten sich der Stimme:

Frau Abg. Nicklisch (BVB/FW)
 Herr Abg. Stefke (BVB/FW)
 Herr Abg. Vida (BVB/FW)
 Frau Abg. Wernicke (BVB/FW)
 Herr Abg. Dr. Zeschmann (BVB/FW)

Zu TOP 7:**Namentliche Abstimmung zu:**

- Gesetz zur Aufhebung des Parité-Gesetzes (Drittes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Landeswahlgesetzes) - Gesetzentwurf der AfD-Fraktion - Drucksache 7/239 (Neudruck) vom 28.11.2019

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Frau Abg. Barthel (AfD)
 Herr Abg. Dr. Berndt (AfD)
 Frau Abg. Bessin (AfD)
 Herr Abg. Drenske (AfD)
 Frau Abg. Duggen (AfD)
 Herr Abg. Galau (AfD)
 Herr Abg. Günther (AfD)
 Herr Abg. Hanko (AfD)
 Herr Abg. Hooge (AfD)
 Herr Abg. Hünick (AfD)
 Herr Abg. John (AfD)
 Herr Abg. Kalbitz (AfD)
 Herr Abg. Kubitzki (AfD)
 Herr Abg. Freiherr von Lützow (AfD)
 Herr Abg. Möller (AfD)
 Herr Abg. Münschke (AfD)
 Frau Abg. Muxel (AfD)
 Herr Abg. Nothing (AfD)
 Herr Abg. Schieske (AfD)
 Frau Abg. Spring-Räumschüssel (AfD)
 Herr Abg. Teichner (AfD)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Herr Abg. Adler (SPD)
 Frau Abg. Augustin (CDU)
 Herr Abg. Baier (SPD)
 Herr Abg. Barthel (SPD)
 Herr Abg. Bischoff (SPD)
 Frau Abg. Block (DIE LINKE)
 Herr Abg. Bretz (CDU)
 Herr Abg. Brüning (CDU)
 Frau Abg. Budke (B90/GRÜNE)
 Herr Abg. Büttner (DIE LINKE)
 Frau Abg. Damus (B90/GRÜNE)
 Frau Abg. Dannenberg (DIE LINKE)
 Herr Abg. Domres (DIE LINKE)
 Herr Abg. Eichelbaum (CDU)
 Frau Abg. Fischer (SPD)
 Frau Abg. Fortunato (DIE LINKE)
 Herr Abg. Funke (SPD)
 Herr Abg. von Gisycki (B90/GRÜNE)
 Herr Abg. Görke (DIE LINKE)
 Frau Abg. Goßmann-Reetz (SPD)
 Frau Abg. Hiekel (B90/GRÜNE)
 Frau Abg. Hildebrandt (SPD)
 Herr Abg. Hoffmann (CDU)
 Frau Abg. Johlige (DIE LINKE)
 Herr Abg. Keller (SPD)
 Herr Abg. Klemp (B90/GRÜNE)
 Frau Abg. Kniestedt (B90/GRÜNE)
 Frau Abg. Kornmesser (SPD)
 Herr Abg. Kretschmer (DIE LINKE)
 Herr Abg. Lakenmacher (CDU)
 Frau Abg. Lange (SPD)
 Frau Abg. Dr. Ludwig (CDU)
 Herr Abg. Lux (SPD)
 Herr Abg. Noack (SPD)
 Herr Abg. Pohle (SPD)
 Frau Abg. Poschmann (SPD)
 Herr Abg. Raschke (B90/GRÜNE)
 Herr Abg. Dr. Redmann (CDU)
 Frau Abg. Richstein (CDU)
 Herr Abg. Roick (SPD)
 Herr Abg. Rüter (SPD)
 Frau Abg. Schäffer (B90/GRÜNE)
 Herr Abg. Schaller (CDU)
 Herr Abg. Scheetz (SPD)
 Frau Abg. Schier (CDU)
 Herr Abg. Senftleben (CDU)
 Herr Abg. Stohn (SPD)
 Frau Abg. Vandre (DIE LINKE)
 Herr Abg. Vogel (B90/GRÜNE)
 Herr Abg. Vogelsänger (SPD)
 Herr Abg. Walter (DIE LINKE)
 Frau Abg. Walter-Mundt (CDU)
 Herr Abg. Wernitz (SPD)
 Herr Abg. Dr. Woidke (SPD)

Folgende Abgeordnete enthielten sich der Stimme:

Frau Abg. Nicklisch (BVB/FW)
 Herr Abg. Stefke (BVB/FW)
 Herr Abg. Vida (BVB/FW)
 Frau Abg. Wernicke (BVB/FW)

Anwesenheitsliste

Herr Abg. Adler (SPD)
Frau Abg. Augustin (CDU)
Herr Abg. Baier (SPD)
Herr Abg. Barthel (SPD)
Frau Abg. Barthel (AfD)
Herr Abg. Dr. Berndt (AfD)
Frau Abg. Bessin (AfD)
Herr Abg. Bischoff (SPD)
Frau Abg. Block (DIE LINKE)
Herr Abg. Bretz (CDU)
Herr Abg. Brüning (CDU)
Frau Abg. Budke (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Büttner (DIE LINKE)
Frau Abg. Damus (B90/GRÜNE)
Frau Abg. Dannenberg (DIE LINKE)
Herr Abg. Domres (DIE LINKE)
Herr Abg. Drenske (AfD)
Frau Abg. Duggen (AfD)
Herr Abg. Eichelbaum (CDU)
Frau Abg. Fischer (SPD)
Frau Abg. Fortunato (DIE LINKE)
Herr Abg. Funke (SPD)
Herr Abg. Galau (AfD)
Herr Abg. von Gifycki (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Görke (DIE LINKE)
Frau Abg. Gossmann-Reetz (SPD)
Herr Abg. Günther (AfD)
Herr Abg. Hanko (AfD)
Frau Abg. Hiekel (B90/GRÜNE)
Frau Abg. Hildebrandt (SPD)
Herr Abg. Hoffmann (CDU)
Herr Abg. Hooge (AfD)
Herr Abg. Hünich (AfD)
Frau Abg. Johlige (DIE LINKE)
Herr Abg. Kalbitz (AfD)
Herr Abg. Keller (SPD)
Herr Abg. Klemp (B90/GRÜNE)
Frau Abg. Kniestedt (B90/GRÜNE)
Frau Abg. Kornmesser (SPD)
Herr Abg. Kretschmer (DIE LINKE)

Herr Abg. Kubitzki (AfD)
Herr Abg. Lakenmacher (CDU)
Frau Abg. Lange (SPD)
Frau Abg. Prof. Dr. Liedtke (SPD)
Frau Abg. Dr. Ludwig (CDU)
Herr Abg. Freiherr von Lützow (AfD)
Herr Abg. Lux (SPD)
Herr Abg. Möller (AfD)
Herr Abg. Münschke (AfD)
Frau Abg. Muxel (AfD)
Frau Abg. Nicklisch (BVB/FW)
Herr Abg. Noack (SPD)
Herr Abg. Nothing (AfD)
Herr Abg. Pohle (SPD)
Frau Abg. A. Poschmann (SPD)
Herr Abg. Raschke (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Dr. Redmann (CDU)
Frau Abg. Richstein (CDU)
Herr Abg. Roick (SPD)
Herr Abg. Rostock (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Rüter (SPD)
Frau Abg. Schäffer (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Schaller (CDU)
Herr Abg. Scheetz (SPD)
Frau Abg. Schier (CDU)
Herr Abg. Prof. Dr. Schierack (CDU)
Herr Abg. Schieske (AfD)
Herr Abg. Senftleben (CDU)
Frau Abg. Spring-Räumschüssel (AfD)
Herr Abg. Stéfke (BVB/FW)
Herr Abg. Stohn (SPD)
Herr Abg. Teichner (AfD)
Frau Abg. Vandre (DIE LINKE)
Herr Abg. Vida (BVB/FW)
Herr Abg. Vogel (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Vogelsänger (SPD)
Herr Abg. Walter (DIE LINKE)
Frau Abg. Walter-Mundt (CDU)
Frau Abg. Wernicke (BVB/FW)
Herr Abg. Wernitz (SPD)
Herr Abg. Wiese (AfD)
Herr Abg. Dr. Zeschmann (BVB/FW)